

2. Tagung des 8. Parteitages

17.–18. November 2023 in Augsburg

Antragsheft I

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Einladung des Bundesgeschäftsführers	Seite 5
Einladung zum Frauenplenum	Seite 6
Allgemeines	Seite 7
Einberufungsbeschluss	Seite 9
Organisatorische Hinweise	Seite 10
Verwendung der Software OpenSlides	Seite 17
Geschäftsordnung	Seite 18
Wahlordnung	Seite 22
Anträge	Seite 27
<i>Anträge zu den Regularien des Parteitags</i>	Seite 29
Tagesordnung	Seite 29
Zeitplan	Seite 29
Gremien	Seite 30
<i>Satzungsanträge</i>	Seite 32
Satzungsanträge des Parteivorstandes	Seite 32
<i>Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei</i>	Seite 35
Antrag P.01. Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der LINKEN	Seite 35
<i>Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung)</i>	Seite 51
Leitantrag L.01. Wahlprogramm zur Europawahl 2024	Seite 51

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 12. September 2023

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

knapp sieben Monate vor den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 wird unser Bundesparteitag mit der anschließenden Vertreter*innenversammlung vom 17. bis zum 19. November 2023 in Augsburg stattfinden. Ich lade Euch und Sie herzlich dazu ein und freue mich, alle Delegierten, Vertreter*innen und weiteren Teilnehmer*innen mit beratender Stimme sowie unsere Besucher*innen und Gäste in Augsburg willkommen zu heißen.

Im Mittelpunkt der zweiten Tagung des 8. Parteitages wird die Beratung und Beschlussfassung unseres Europawahlprogrammes stehen. Bereits im Vorfeld des Parteitages wird der vorliegende Leitantrag des Parteivorstandes in einem breiten Diskussionsprozess den Parteimitgliedern vorgestellt und gemeinsam mit ihnen debattiert. Bis zum 1. November können die Ergebnisse aus den Beratungen und weitere Vorschläge in Form von Änderungsanträgen eingereicht werden.

Am Samstag, den 18. November, beginnt die Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2024. Dafür wird der Bundesausschuss entsprechend unserer Satzung der Partei einen Personalvorschlag unterbreiten.

Mit dem Wahlprogramm und unseren gewählten Vertreter*innen werden wir mit dem Schwung des Parteitages in den Europawahlkampf gehen und für eine starke LINKE in Europa kämpfen. Der Bundesparteitag wird für uns ebenso Weichen für die wichtigen Landtags- und Kommunalwahlen im Jahr 2024 stellen.

Im vorliegenden Antragsheft finden sich die Informationen zu organisatorischen Fragen, Regularien und Fristen. Neben dem Leitantrag für das Europawahlprogramm hat der Parteivorstand weitere Anträge eingereicht, die hier veröffentlicht sind.

Bei der ersten Tagung des 8. Parteitages im Juni 2022 fasste der Parteitag den Beschluss »Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE«. Die Feministische Kommission wurde damit beauftragt, einen parteiweit gültigen Leitfaden zum Umgang mit Sexismus, sexueller Belästigung und geschlechtsspezifischer Gewalt in der eigenen Organisation sowie zur Prävention von Übergriffen zu erarbeiten. Dieser Leitfaden findet sich als Antrag des Parteivorstandes im vorliegenden Antragsheft und wird auf dem Bundesparteitag zur Abstimmung gestellt.

Alle Informationen zum Parteitag werden zudem online auf der Webseite www.die-linke.de/parteitag veröffentlicht. Wenn Ihr oder Sie Fragen habt oder haben, dann wendet Euch, wenden Sie sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle,
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Telefon: 030 24009-397

E-Mail: bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Das Organisationsbüro arbeitet intensiv an der Vorbereitung und sorgt dafür, dass wir in Augsburg gute Arbeitsbedingungen vorfinden werden. Besonderer Dank gilt allen, die uns vor und während des Parteitages ehrenamtlich unterstützen.

Ich wünsche Euch und Ihnen eine gute Anreise und uns allen einen erfolgreichen Parteitag.

Mit solidarischen Grüßen



Tobias Bank
Bundesgeschäftsführer

Einladung zum Frauenplenum

der 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen,

der Parteivorstand hat mit Beschluss vom 23. April 2023 die 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 17. bis 18. November 2023 einberufen. Der Parteitag findet statt in der

Messe Augsburg, Am Messezentrum 5, 86159 Augsburg.

Das Frauenplenum der 2. Tagung des 8. Parteitages wurde einberufen durch den Parteivorstand für

Freitag, 17. November 2023, 20 bis 21.30 Uhr.

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung für das Frauenplenum vor:

1. Eröffnung des Frauenplenums
2. Diskussion und ggf. Beschlussfassung zu Inhalten des Parteitages
3. Weitere Anträge

Die Themen des Frauenplenums ergeben sich aus der Tagesordnung des Parteitages.

Solidarische Grüße



Tobias Bank
Bundesgeschäftsführer

Allgemeine Informationen

Einberufung der 2. Tagung des 8. Parteitags

Der Parteivorstand beruft mit Beschluss vom 23. April die 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 17. bis 18. November 2023 nach Augsburg ein. Tagungsort ist die Messe Augsburg (Am Messezentrum 5, 86159 Augsburg). Der Parteitag beginnt am 17. November um 14 Uhr und endet am 18. November mit dem Beginn der unmittelbar anschließenden Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Europaliste für die Europawahl 2024.

1. Der Parteivorstand schlägt für die 2. Tagung des 8. Parteitages folgende vorläufige Tagesordnung vor:
 1. Eröffnung der 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE.
 2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE.
 3. Berichte
 4. Wahl der Bundesschiedskommission
 5. Wahl der Bundefinanzrevisionskommission
 6. Satzungsänderungen
 7. Bericht der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.
 8. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm.
 9. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 8. Parteitages.
 10. Schlusswort.
2. Das Frauenplenum der 2. Tagung des 8. Parteitages wird für Freitag in einem noch zu bestimmenden Zeitfenster von 2h vorgeschlagen. Die Einberufung mit Vorschlag zur Tagesordnung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.
3. Gemäß §17(5) Bundessatzung Antragschluss für die 2. Tagung des 8. Parteitages ist am 5. Oktober 2023. Antragschluss laut Geschäftsordnung für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am 1. November 2023. Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Sie sollen über das Online-Formular www.die-linke.de/antraege (Beschlussprüfung §17 (6) eingereicht werden. In Ausnahmefällen können Anträge auch an folgende Adresse eingereicht werden:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Antragskommission des Parteitages
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefax: 030 24009-310
E-Mail: antragskommission@die-linke.de
4. Die Bewerber*innen für die Bundesschiedskommission und die Bundefinanzrevisionskommission können bis zum 1. November 2023 für das Antragsheft 3 einen Text (max. 2 000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen) mit einem Foto einreichen an:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefax: 030 24 009-310
E-Mail: kandidaturen@die-linke.de
5. Der Beschluss des Parteivorstandes zur Einberufung der 2. Tagung des 8. Parteitages wird den Delegierten und den weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit beratender Stimme schriftlich übermittelt.

Organisation des Parteitages

Das Organisationsbüro des Parteitages ist wie folgt zu erreichen:

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Ulrike Liersch
Telefon: 030 24009-537
E-Mail: ulrike.liersch@die-linke.de

ab Dienstag, 13. November 2023, 10 Uhr:

Im Tagungscenter der Messe Augsburg
Raum 1.19, Ebene 0
Am Messezentrum 5, 86159 Augsburg
www.messeaugsburg.de
Telefon: 030 24009-537

Anmeldung

Die Anmeldung und Akkreditierung zur 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE erfolgen im Foyer (Halle 6) der Messe Augsburg.

Die Anmeldung ist am Freitag, 17. November 2023 ab 12 Uhr geöffnet. Am Samstag, 18. November und Sonntag, 19. November 2023, sind Anmeldung und Akkreditierung ab 8 Uhr geöffnet.

An der Anmeldung werden die Stimmkarten für Delegierte, Sichtausweise, eventuelle Leihgeräte sowie gegebenenfalls weitere Unterlagen ausgegeben.

Anreise

Gelände- und Anfahrtsplan folgen ab Seite 15.

Öffentliche Verkehrsmittel:

Vom Hauptbahnhof Augsburg zum Messegelände via ÖPNV

Es gibt sowohl die Möglichkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln des Augsburger Verkehrs- und Tarifverbundes (AVV) zum Messegelände zu fahren oder mit dem Zug der Deutschen Bahn.

Vom Hauptbahnhof Augsburg zum Messegelände via Zug

Wer mit dem Zug am Hauptbahnhof Augsburg angekommen ist, kann von dort den Zug bis zur Station »Augsburg Messe« nehmen. Die Fahrzeit beträgt ca. 5 Minuten. Von dort sind es noch 10 Gehminuten zum Messegelände.

Hinweis: Im Reiseplaner der Deutschen Bahn muss als Ziel »Messe DB, Augsburg« eingestellt sein.

Via Tram bis Bukowina Institut/PCI, weiter zu Fuß oder mit dem Bus

Vom Hauptbahnhof kann die Tram-Linie 3 (über Königsplatz) in Richtung Haunstetten West P+R bis zur Haltestelle Bukowina Institut/PCI genommen werden. Die Fahrzeit beträgt ca. 12 Minuten. Von dort ist es entweder nochmal ca. 10 Minuten zu Fuß zum Messegelände oder nochmal eine Station mit dem Bus. Der Bus kann in beiden Richtungen zum Messegelände genommen werden – entweder hält an der Haltestelle Messe Süd oder am Messezentrum.

Via Tram bis Königsplatz, weiter mit dem Bus

Vom Hauptbahnhof die Tram-Linie 3 in Richtung Haunstetten West P+R nehmen und an der Haltestelle Königsplatz aussteigen. Von dort fährt der Bus Nr. 41 in Richtung Maria Stern bzw. Bergstraße bis zur Haltestelle Messezentrum. Die Fahrzeit beträgt ca. 15 Minuten.

Mit dem Auto:

Das Messegelände ist sehr gut ausgeschildert. Es ist auf sehr gut über die B17 zu erreichen.

Aus Richtung Norden kommend

Über die A9

Die B300 bis zur Anschlussstelle Dasing fahren, dort auf die A8 in Richtung Stuttgart wechseln und die Autobahn an der Anschlussstelle Augsburg-West verlassen. Von dort auf die B17 in Richtung Landsberg a. Lech wechseln und die Bundesstraße an der Ausfahrt Augsburg-Messe verlassen.

Über die A7

Auf der A7 bis zur Anschlussstelle Ulm-Elchingen fahren. Dort auf die A8 in Richtung München wechseln und die Autobahn an der Anschlussstelle Augsburg-West verlassen. Von dort auf die B17 in Richtung Landsberg a. Lech wechseln und die Bundesstraße an der Ausfahrt Augsburg-Messe verlassen.

Über die B2

Die B2 bis Gersthofen fahren und dann auf die B17 in Richtung Landsberg a. Lech wechseln und die Bundesstraße an der Ausfahrt Augsburg-Messe verlassen.

Von Richtung Süden kommend

Die A96 in Richtung München bis zur Anschlussstelle Landsberg a. Lech West befahren, dort auf die B17 in Richtung Augsburg wechseln und bis zur Ausfahrt Augsburg-Messe fahren.

Anträge

Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages einzureichen. Anträge und Änderungsanträge über das Internetformular erfolgen: www.die-linke.de/antraege.

Antragsschluss für Anträge ist am Donnerstag, 5. Oktober 2023, 24 Uhr.

Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am Mittwoch, 1. November 2023, 24 Uhr.

Laut Geschäftsordnung ist außerdem zu beachten:

*... Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die **zum Zeitpunkt der Antragstellung** von mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.*

Kontakt zur Antragskommission:

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle
Antragskommission des Parteitages
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030 24009-440
Telefax: 030 24 009-310
antragskommission@die-linke.de

Die Antragskommission arbeitet vor Ort im Tagungscenter, 1. OG, im Raum 2.24 A.

Dringlichkeits- und Initiativanträge mit den laut Geschäftsordnung zum Zeitpunkt ihrer Einreichung benötigten 50 Unterschriften von Delegierten (einschließlich Delegiertennummern) können am Arbeitstisch des Tagungspräsidiums vorne neben der Bühne abgegeben werden.

Ausschlussklausel

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige

menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Fallen euch solche Personen auf, dann sagt am Infopunkt oder im Organisationsbüro Bescheid. Unsere Security kümmert sich dann darum.

Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit ist im gesamten Tagungsobjekt gewährleistet. Es werden Gebärdensprachdolmetscher*innen eingesetzt. Im Tagungscenter, Raum 1.15 (Ebene 0) gibt es einen Nachteilsausgleichsraum. Besondere Anforderungen von Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Assistent*innen sind bitte dem Organisationsbüro im Vorfeld mitzuteilen.

Genoss*innen, die auf Grund einer Beeinträchtigung einen blauen Parkausweis haben und somit einen Behindertenparkplatz benötigen, können direkt vor dem Tagungscenter bzw. der Halle 7 parken. Dort stehen barrierefreie und in unmittelbarer Nähe zum Eingang liegende Parkplätze zur Verfügung. Der Ausweis muss gut sichtbar hinter der Scheibe ausgelegt sein.

Die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik gibt ein Informationsblatt zur Barrierefreiheit und den Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung auf dem Parteitag heraus. Dieses erhaltet ihr am Stand der BAG und bei der Anmeldung.

Besucher*innen

Für Besucher*innen stehen im Plenarsaal (Halle5) ausreichend Plätze zur Verfügung.

Delegationstreffen

Sollten Delegationstreffen (Landesverbände, Zusammenschlüsse) geplant sein, müssen diese im Vorfeld beim Organisationsbüro **bis zum 31.10.2023** angemeldet werden. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Einkaufen

Der nächste Supermarkt ist ca. 800m (10 Minuten zu Fuß) von der Messe Augsburg entfernt. Dieser ist Montag bis Samstag von 9 bis 20 Uhr geöffnet.

Flugblätter, Informationen, Zeitungen, Flyer, Handzettel

Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet und vom Großteil der Delegierten auch nicht gewünscht. Einzelfälle und Ausnahmen entscheidet das Organisationsbüro.

Frauenplenum

Das Frauenplenum findet am Freitag, 17.11.2023 im Plenarsaal statt. Es ist Bestandteil des Parteitags.

Fundsachen

Fundsachen bitten wir, am Informationspunkt am Stand der Bundesgeschäftsstelle in der Halle 7 der Messe Augsburg abzugeben. Dort kann auch nach verlorenen Gegenständen gefragt werden.

Garderobe

Die Garderobe befindet sich im Eingangsbereich (Halle 6) der Messe Augsburg

Gastronomie

Die Versorgung erfolgt ganztägig in der Halle 7 der Messe Augsburg auf Selbstzahlendenbasis. Die Preise für Speisen und Getränke sind, wie in vielen Messehallen, relativ hoch und wir können keinen preiswerteren Caterer binden. Nach der Hausordnung der Messe Augsburg ist das Mitbringen von Speisen und Getränken leider nicht gestattet (es wird jedoch keine Kontrollen danach geben).

Hotels und sonstige Unterbringung

Mit Fragen zur Unterbringung wenden sich Delegierte aus den Landesverbänden bitte an ihre jeweiligen Landesgeschäftsstellen der Partei DIE LINKE.

Die Übernachtung der Delegierten aus den Zusammenschlüssen sowie für Teilnehmer*innen und Delegierte mit beratender Stimme wird durch die Bundesgeschäftsstelle organisiert.

Im Organisationsbüro sind dafür zuständig:

Janina Bloch (Tel. 030 24009-397) und Christina Beck (Tel.: 030 24009-583),
E-Mail: quartier.parteitag@die-linke.de;

Informationspunkt

Während des Parteitages können über den Informationspunkt am Stand der Bundesgeschäftsstelle in der Halle 7 der Messe Augsburg Fragen und Wünsche an das Organisationsbüro gerichtet und Auskünfte eingeholt werden, Fundsachen abgegeben und abgeholt sowie Kopier- und Schreibwünsche eingereicht werden.

Initiativ- und Dringlichkeitsanträge

Für das Schreiben von Initiativ- und Dringlichkeitsanträgen ist ein Schreibbüro eingerichtet. Anmeldungen bitte am Informationspunkt (am Stand der Bundesgeschäftsstelle Halle 7).

Kinderbetreuung

Während des gesamten Parteitages gibt es eine professionelle Kinderbetreuung. Die Betreuung findet für Kinder ab sechs Monaten statt und wird am Freitag und am Samstag bis max. 21 Uhr und am Sonntag bis 17 Uhr erfolgen.

Eine Betreuung von Kindern mit Krankheitssymptomen jeglicher Art ist leider nicht möglich.

Wir bitten darum, die Kinder – mit Geburtsdatum, Wohnadresse, Telefonnummer (Mobil) der Eltern und dem gewünschtem Betreuungszeitraum – **bis zum 5. November 2023** beim Organisationsbüro anzumelden. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn ein besonderer Grund vorliegt.

Im Organisationsbüro ist dafür zuständig:

Christina Beck (Tel.: 030 24009-583),
E-Mail: bundesgeschaefsstelle@die-linke.de

Kopieraufträge

Kopierwünsche können am Informationspunkt (Halle 7) abgegeben werden, über die Realisierung entscheidet die Leitung des Organisationsbüros. Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet.

Infomeile

Die Infomeile findet dieses Jahr in der Halle 7 der Messe Augsburg statt.

Müll

Parteitage produzieren jedes Jahr sehr viel Müll. Versucht Müll zu vermeiden und kümmert euch ansonsten um die Entsorgung. Bitte verlasst euren Bereich im Plenarsaal, wie ihr ihn vorgefunden habt. Die Beseitigung eures Mülls verursacht bei den Reinigungskräften Rückenschmerzen und bei uns teilweise Kopfschütteln. Bitte hinterlasst keine benutzten Taschentücher, leere Fischdosen oder alte Couches. Mülleimer stehen zur Benutzung bereit.

Parken

Wir bitten um die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt einen kostenpflichtigen Parkplatz der Messe Augsburg sowie einen städtischen Parkplatz. Vom städtischen Parkplatz (Friedrich-Ebert-Straße) führt eine Fußgängerbrücke direkt zum Messegelände.

Genoss*innen, die auf Grund einer Beeinträchtigung einen blauen Parkausweis haben und somit einen **Behindertenparkplatz** benötigen, parken kostenfrei vor dem

Tagungscenter oder der Halle 7.

Der Ausweis muss an der Zufahrt gezeigt werden bzw. gut sichtbar hinter der Scheibe ausgelegt sein.

Parteitagsöffnung

Die 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE wird am Freitag, 17.11.2023, um 14 Uhr im Plenarsaal (Halle 5, Messe Augsburg) eröffnet.

Rauchen

In allen Räumen der Messe Augsburg besteht Rauchverbot. Ein Bereich zum Rauchen, die »Raucherinsel« befindet sich auf dem Vorplatz, am Foyer der Halle 5.

Tagungspräsidium

Das Tagungspräsidium ist über den Arbeitstisch neben der Bühne zu erreichen.

Tiere

Bitte lasst eure Hunde, Katzen, Chamäleons, Vogelspinnen und anderes Getier zu Hause. Das betrifft nicht Begleithunde von Menschen mit Beeinträchtigung.

Wahlen

Die Wahlkommission arbeitet direkt im Plenarsaal (Halle 5, Messe Augsburg) hinter der Trennwand der Bühne.

Kandidat*innen können einen Text (max. 2 000 Zeichen) und ein Foto einreichen an: kandidaturen@die-linke.de oder vor Ort am Arbeitstisch des Tagungspräsidiums vorne neben der Bühne abgegeben. Eingereichte Kandidaturen werden vereinheitlicht veröffentlicht.

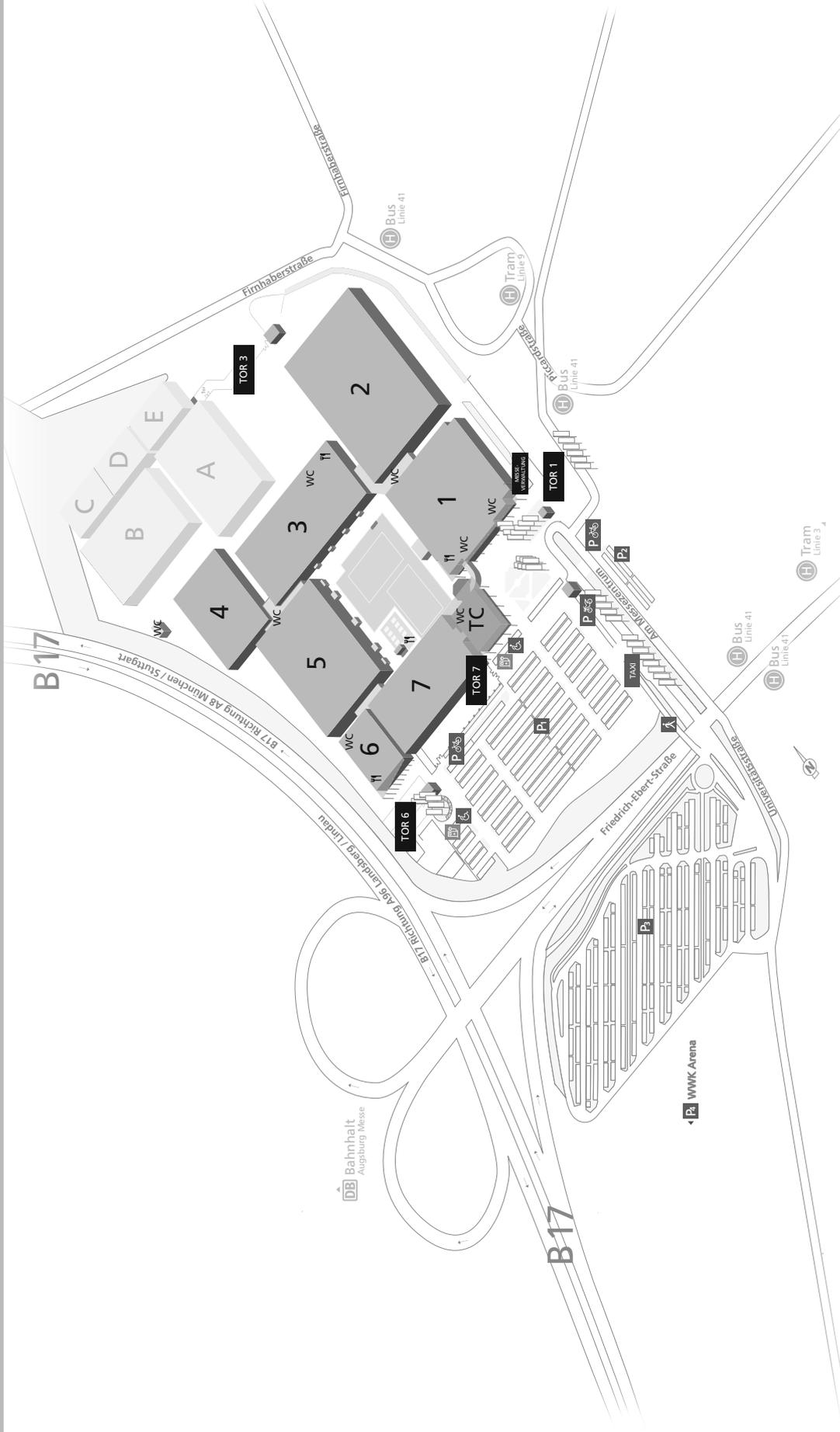
Wasser

Auch dieses Jahr wird es wieder für alle Menschen auf dem Parteitag eine kostenlose Wasserversorgung geben. Zum Wasser

Wortmeldungen

Für Wortmeldungen in der Debatte sind Wortmeldezettel, die es bei der Anmeldung und am Arbeitstisch neben der Bühne gibt, zu benutzen. Die Wortmeldezettel sind am Arbeitstisch abzugeben.

GELÄNDEPLAN



Legende

- Messehallen 1 – 7

Eingänge

Freigelände / Fläche Leichtbauhallen
- Tagungszentrum (TC)
Konferenzräume

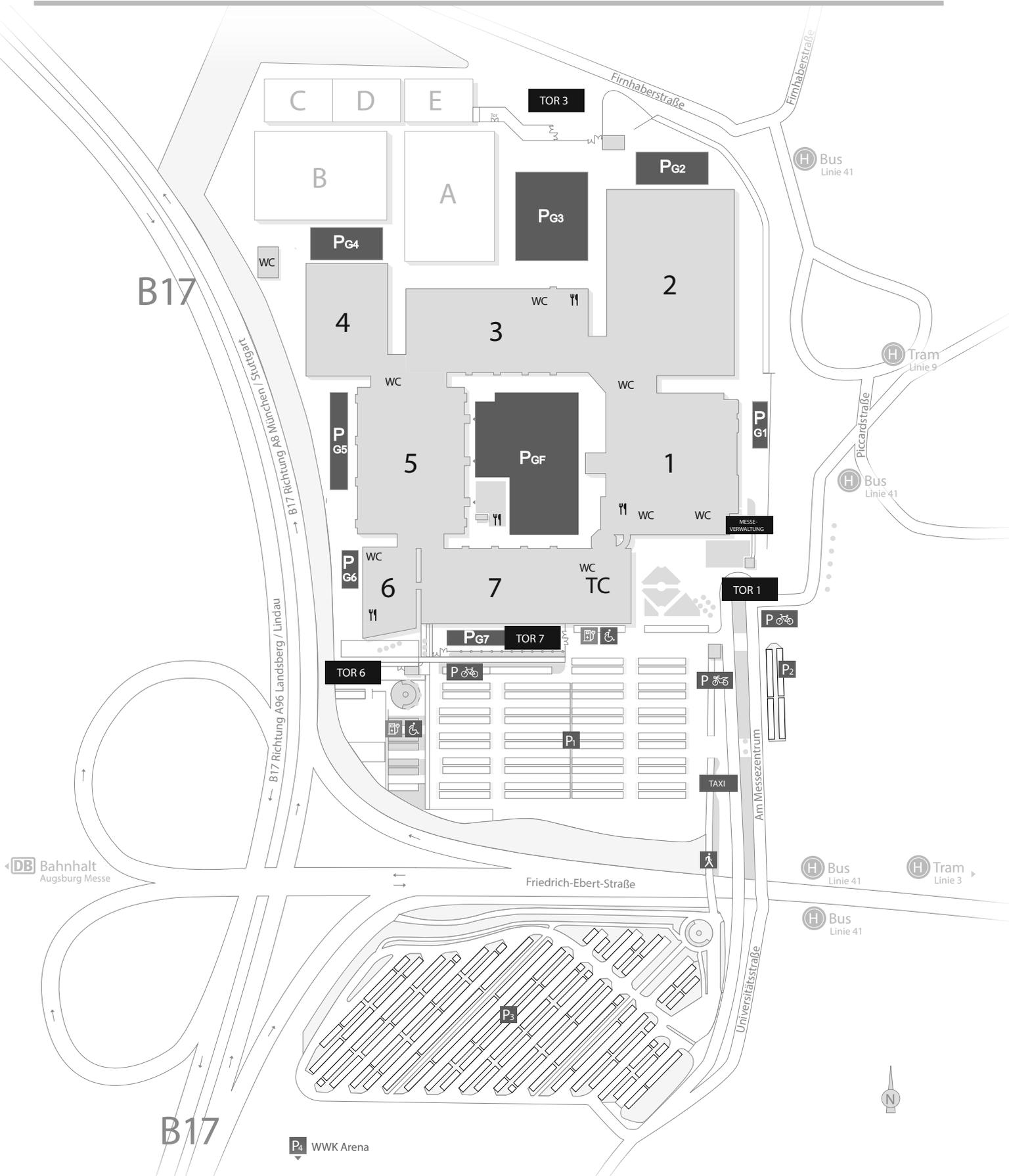
PKW, Fahrrad & Motorrad
Parkplätze

TAXI
Taxistand
- E-Ladesäule

Barrierefreie Parkplätze
- Fußgängerbrücke

Bus- und
Tramhaltestellen

PARKPLÄTZE UND ANFAHRT



Parkplätze und Kapazitäten

P₁ 800 PKW
P₂ 60 PKW

P₃ 1.000 PKW
P₄ 1.140 PKW

P_{G1} 20 PKW
P_{G2} 40 PKW

P_{G3} 242 PKW
P_{G4} 56 PKW

P_{G5} 50 PKW
P_{G6} 10 PKW

P_{G7} 25 PKW
P_{GF} 200 PKW

Verwendung der Software OpenSlides auf dem Parteitag

Für die Antragsberatung, Antragsabstimmung, Verwaltung der Teilnehmenden, Wortmeldungen und Projizierung der Tagesordnung wird das Präsentations- und Versammlungssystem OpenSlides auf dem Parteitag verwendet.

Es ist daher zwingend erforderlich, dass Delegierte einen internetfähigen Laptop zum Parteitag mitbringen. Sollte dies Delegierten nicht möglich sein, bitte unbedingt bis zum 1. November unter folgenden Kontakt melden: parteitag@die-linke.de.

Nach der Meldung als Delegierte bekommen diese über eine automatisierte E-Mail einen Zugang zu OpenSlides. **Sollte bisher keine E-Mail-Adresse von Delegierten gemeldet worden sein, soll diese bitte schnellstmöglich an Hannes Retzlaff (hannes.retzlaff@die-linke.de, Telefon: 030 24009-665) übermittelt werden.**

OpenSlides kann über folgende URL aufgerufen werden: <https://linke.openslides.com>

Um mit OpenSlides dem Parteitag problemlos verfolgen zu können, sollten aktuelle und sicherheitsgepflegte Browser verwendet werden: Chrome, Edge, Firefox.

Antragsschluss für die 2. Tagung des 8. Parteitages ist am Donnerstag, 5. Oktober 2023, 24 Uhr.
Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am Mittwoch, 1. November 2023, 24 Uhr.

Die Anträge sind auf <https://linke.openslides.com> in OpenSlides einzutragen. Eine Anleitung dazu wird bereitgestellt.

Antragsteller*innen, die keine Delegierten sind und bislang keinen Zugang für diese Seite haben, können sich die Zugangsdaten unter der folgenden Adresse geben lassen: antragskommission@die-linke.de, Telefon: 030 24009-440.

Für die Verwendung von OpenSlides werden wieder Anleitungen bereitgestellt und Schulungstermine angeboten, die vorab an die Delegierten kommuniziert werden. Vor Ort wird es ein Support-Team geben, das bei technischen Problemen Hilfestellung leisten kann.

Geschäftsordnung des 8. Parteitages

Beschluss der 1. Tagung des 8. Parteitages, 24. bis 26. Juni 2022 in Erfurt

I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:

- das Tagungspräsidium,
- die Mandatsprüfungskommission,
- die Wahlkommission,
- die Antragskommission.

2) Die Arbeit des Bundesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

3) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

II. Beschlussfassung allgemein

4) Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als Online-Parteitag statt, ist der Bundesparteitag beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten sich in die Parteitags-Konferenzsoftware eingeloggt und ihre Anwesenheit bestätigt hat.

5) Delegierte mit beschließender Stimme haben Stimm- und Rederecht. Delegierte mit beratender Stimme sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben die gleichen Rechte wie Delegierte mit beschließender Stimme, ausgenommen das aktive Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als Online-Parteitag statt, wird das Stimm- und Rederecht ausschließlich über die Parteitags-Konferenzsoftware ausgeübt.

Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, im Zweifel entscheidet der Parteitag. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

6) Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben.

Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt, werden aber ausgezählt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.

Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten oder über die Konferenzsoftware.

III. Regeln in der Debatte

7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die Redezeiten beschließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums.

8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Landes- bzw. Kreisverband bzw. Zusammenschluss oder Jugendverband anzugeben. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als online-Parteitag statt, sind die Wortmeldungen über die Parteitags-Konferenzsoftware einzureichen. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet wie folgt über die Redeliste: Unter Beachtung der Geschlechterquotierung werden

maximal vier Redner*innen gesetzt, über die weitere Reihenfolge der Rednerinnen und Redner entscheidet das Los. Gesetzte Reden dürfen ein Fünftel der Gesamtredezeit zu einem Block nicht überschreiten und sind bezüglich der Redezeit gelosten Reden gleichgestellt.

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

9) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Delegierten und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin bzw. den Redner sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. je 1 Minute).

10) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

11) Antragsarten

Die Geschäftsordnung des Parteitages unterscheidet insbesondere

- Anträge zur Geschäftsordnung des Parteitages,
- Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung,
- ordentliche Anträge,
- Dringlichkeitsanträge,
- Initiativanträge,
- Änderungsanträge,
- Rückholanträge.

12) Geschäftsordnungsanträge

a) Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder zur Wiedereröffnung der Redeliste.

b) Anträge zur Geschäftsordnung sind mündlich zu stellen. Sie werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit keine Abstimmung läuft. c) Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.

d) Anträge zur Beendigung der Debatte bzw. zum Schließen der Redeliste können nur von antragsberechtigten Personen gestellt werden, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.

e) Vor der Abstimmung sind jeweils eine Gegen- und eine Fürrede zuzulassen. Diese darf die Redezeit von einer Minute nicht überschreiten.

13) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

a) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens acht Wochen vor dem Parteitag parteiöffentlich zu publizieren (§ 17 Abs. 5 Bundessatzung) und spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen.

b) Über ihre Behandlung im Plenum entscheidet der Parteitag mit der Annahme der Tagesordnung.

14) Ordentliche Anträge

a) Ordentliche Anträge sind spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen.

b) Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen,

von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung von mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.

15) Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge

- a) Dringlichkeitsanträge sind Anträge zu Ereignissen oder politischen Entwicklungen, die nach Antragschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des Parteitages, eingetreten sind.
- b) Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.
- c) Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind vom Parteitag zu behandeln, wenn zum Zeitpunkt ihrer Einreichung die Unterschriften von mindestens 50 Delegierten vorliegen.

16) Änderungsanträge

- a) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge.
- b) Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 16 Tage vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge sind als Einzelanträge einzureichen; Sammelanträge sind unzulässig.
- c) Änderungsanträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung die Unterschriften von mindestens 25 Delegierten vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.
- d) Bei Änderungsanträgen, die nicht Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung betreffen, können die 25 Delegiertenunterschriften bis zum Beginn des Parteitages bzw. bis zu dem Zeitpunkt während des Parteitages, der vom Parteitag festgelegt wird, nachgereicht werden.

17) Rückholanträge

- a) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen.
- b) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) können nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.
- c) Die Beschlussfassung erfolgt unmittelbar nach Gegen- und Fürrede.

18) Antragsbehandlung

- a) Als Antragsbehandlung wird verstanden
 - die Befassung im Plenum durch Abstimmung im Plenum des Parteitages, die
 - Überweisung an den Parteivorstand oder die Überweisung an den Bundesausschuss
 - die Nichtbefassung im Plenum gemäß Punkt (19) c.
- b) Der Parteitag kann beschließen, zu einem eingebrachten Antrag keine Entscheidung in der Sache herbeizuführen. Anträge werden auch als behandelt verstanden, wenn sie sich durch Abstimmung anderer Anträge erledigt haben.
 - c) Antragsteller*innen haben bei Befassung ihrer Anträge im Plenum das Recht, ihre Anträge vor dem Plenum einzubringen und zu begründen. Dies gilt auch, wenn eine Tagung des Parteitags als Online-Parteitag durchgeführt wird.
 - d) Antragsteller*innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt.

19) Antragskommission

- a) Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf dem Parteitag vorliegen.

b) Anträge und Änderungsanträge, die die Voraussetzungen einer Antragsbehandlung nach den Ziffern 14, 15 und 16 nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragskommission vom Parteitag behandelt.

c) Die Antragskommission kann Änderungsanträge mit ausschließlich redaktionellem Charakter zur Nichtbefassung im Plenum vorschlagen.

d) Die Antragskommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der Behandlung von Anträgen und Änderungsanträgen den Antragsstellern und Antragstellerinnen und dem Plenum Empfehlungen – insbesondere zur Antragsbehandlung nach Ziffer 18 – zu geben.

e) Die Reihenfolge, in der Änderungsanträge behandelt werden, wird von der Antragskommission festgelegt und dem Plenum erläutert.

f) Die Antragskommission hat das Recht, Anträge für unzulässig zu erklären. Unzulässig sind insbesondere Anträge, die die formalen Voraussetzungen der Bundessatzung oder dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen.

g) Die Antragskommission hat das Tagungspräsidium des Parteitages unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn eine ordentliche Antragsbehandlung im vorgesehenen Zeitrahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird.

V. Abstimmungen, Wahlen und Dokumentation

20) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind. Wird über eine Konferenzsoftware abgestimmt, werden alle Abstimmungsoptionen gleichzeitig aufgerufen.

21) Wahlen können auch elektronisch durchgeführt werden.

22) Für die Dokumentation werden von den Tagungen des Parteitages Tonbandmitschnitte erstellt und archiviert. Wird eine Tagung des Parteitags als online-Parteitag durchgeführt, wird ein elektronischer Mitschnitt erstellt und archiviert. Das Beschluss- und das Wahlprotokoll des Parteitages sind schriftlich auszufertigen. Die Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

VI. Parteitag unter besonderen Infektionsschutzbedingungen

23) Das Tagungspräsidium kann die durch die jeweils am Veranstaltungsort gültigen Infektionsschutzmaßnahmen für alle Teilnehmer*innen eines Parteitags für verbindlich erklären. Das kann folgende Umstände umfassen:

a) Für die Veranstaltung gilt 3G, also vollständiger Impfschutz oder vor höchstens drei Monaten genesen oder tagesaktueller Antigen-Test.

b) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitags anwesenden Personen haben auf dem gesamten Veranstaltungsgelände einen Mund-Nasen-Schutz (keine Faceshields) zu tragen, es sei denn, sie befinden sich an ihrem festen Arbeitsplatz (Plenarsaal, Arbeitsräume) oder beim Essen/Trinken.

c) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitags anwesenden Teilnehmer*innen des Parteitags halten den Mindestabstand von 1,50 Metern sowie die Husten- und Nies-Etikette ein.

d) Symptomatische Personen dürfen (auch bei milden Symptomen) das Veranstaltungsgelände eines Bundesparteitags nur mit einem tagesaktuellen negativen Antigen-Test betreten.

e) Die Kapazitätsbegrenzung des jeweiligen Plenarsaals ist einzuhalten.

Wahlordnung der Partei DIE LINKE

Beschluss des Gründungsparteitages am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE am 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt.

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

§ 2 Wahlgrundsätze

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.
- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

§ 3 Ankündigung von Wahlen

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.
- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

§ 4 Wahlkommission

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.
- (3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.
- (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.

(2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.

(3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

(3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.

(4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

§ 7 Wahlvorschläge

(1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).

(3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

§ 8 Stimmenabgabe

- (1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.
- (2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.
- (3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.
- (4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.
- (5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

- (1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.
- (2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

- (1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.
- (2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

- (1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.
- (2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.
- (3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.
- (4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder

- die Wahl vertagt oder
- ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrig bleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

(3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

§ 14 Wahlwiederholung

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

§ 15 Wahlanfechtung

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

- der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.

Anträge

Antrag R.1.: Tagesordnung

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand schlägt für die 2. Tagung des 8. Parteitages folgende
- 2 vorläufige Tagesordnung vor:
- 3 1. Eröffnung der 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE
- 4 2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE
- 5 3. Berichte
- 6 4. Wahl der Bundesschiedskommission
- 7 5. Wahl der Bundefinanzrevisionskommission
- 8 6. Satzungsänderungen
- 9 7. Bericht der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion THE LEFT
- 10 im Europäischen Parlament
- 11 8. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
- 12 Europawahlprogramm
- 13 9. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 8.
- 14 Parteitages
- 15 10. Schlusswort

Antrag R.2.: Zeitplan 2. Tagung des 8. Parteitags

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Zeitplan für die 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE am 17. und 18.**
- 2 **November 2023 in Augsburg**
- 3 **Freitag, 17. November 2023:**
- 4 14.00 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
- 5 14.20 Uhr TOP 4 Wahl der Bundesschiedskommission
- 6 15.05 Uhr TOP 5 Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
- 7 15.50 Uhr TOP 2/3 (Bericht des PV und Bericht EP Delegation) Rede des
- 8 Parteivorsitzenden
- 9 16.15 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
- 10 Europawahlprogramm (Einbringung und Redeliste)
- 11 16.30 Uhr Internationale Gastredner*in EP / EL
- 12 16.50 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
- 13 Europawahlprogramm
- 14 18.00 Uhr Migrantisches Plenum
- 15 19.00 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
- 16 Europawahlprogramm
- 17 20.00 Uhr Frauen (FLINTA*) -plenum
- 18 21.30 Uhr TOP 9 Beschlussfassung zum Leitfaden P13 1. Tagung 8. Parteitag
- 19 21.45 Uhr TOP 6 Satzungsänderungen
- 20 22.15 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
- 21 Europawahlprogramm (Antragsberatung)
- 22 23.00 Uhr TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des
- 23 8. Parteitages
- 24 24.00 Uhr Ende des Beratungstages

- 25 **Samstag, 18. November 2023:**
- 26 09.00 Uhr TOP 3 (Berichte) Rede Fraktionsvorsitzende BTF
- 27 09.30 Uhr Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und
28 Beschlussfassung zum Europawahlprogramm (Antragsberatung)
- 29 10.10 Uhr TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden
- 30 10.30 Uhr Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und
31 Beschlussfassung zum Europawahlprogramm (Antragsberatung)
- 32 12.20 Uhr Internationale Gastredner*in EP/ EL
- 33 12.30 Uhr Pause
- 34 13.15 Uhr Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und
35 Beschlussfassung zum Europawahlprogramm (Antragsberatung)
- 36 15.05 Uhr Schlussabstimmung zu TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und
37 Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
- 38 15.10 Uhr Internationale Gastredner*in EP/ EL
- 39 15.20 Uhr TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung
40 des 8. Parteitages
- 41 16.30 Uhr Schlusswort

Antrag R.3.: Gremien

Antragsteller*in:	Parteivorstand
-------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag die Besetzung der Gremien des Parteitags
2 wie folgt vor:
- 3 **Präsidium**
- 4 Tobias Bank, Parteivorstand
- 5 Katina Schubert, Berlin
- 6 Stefan Hartmann, Sachsen
- 7 Susanne Schaper, Sachsen
- 8 Stefan Glander, Rheinland-Pfalz
- 9 Nina Eumann, NRW
- 10 Christian Schaft, Thüringen
- 11 Birke Bull-Bischoff, Sachsen-Anhalt
- 12 Elwis Capece, Bawü
- 13 Kathrin Flach Gomez, Bayern
- 14 Benjamin-Immanuel Hoff, fds
- 15 Ulrike Grosse-Röthig, Thüringen
- 16 Jan Schalauske, Hessen
- 17 Katharina Slanina, Brandenburg
- 18 Michael Erhardt, Hessen
- 19 Jenny Luca Renner, BAG queer
- 20 Pascal Meiser, Berlin
- 21 Doris Achelwilm, Bremen
- 22 Didem Aydurmus, ÖPF
- 23 Isabelle Vandre, Brandenburg
- 24 Sofia Leonidakis, Bewegungslinke
- 25 Özlem Alev Demirel, NRW
- 26 Regina Preysing, SL
- 27 Luca Grimminger, SH
- 28 N.N., Hamburg

29 N.N., BAG Betrieb und Gewerkschaft

30 **Antragskommission**

31 Charlotte Roffalski, Sachsen

32 Peter Brill, MV

33 Marika Tändler-Walenta, Sachsen

34 Sebastian Koch, Berlin

35 Cornelia Swillus-Knöchel, NRW

36 Tim Detzner, Sachsen

37 Carola Kunde, Sachsen-Anhalt

38 Marc Mulia, NRW

39 Sabine Berninger, Thüringen

40 Jean-Paul Marienfeld, MV

41 Karin Binder, Bawü

42 Christopher Neumann, Brandenburg

43 Franziska Liebich, Bewegungslinke

44 Thomas Hecker, KPF

45 Sefika Minte, BAG Hartz IV

46 Jakob Migenda, Hessen

47 Giesela Brandes-Steggewentz, SL

48 Alexander Jahns, Berlin

49 Manuel Lautenbacher, RLP

50 N.N., Bayern

51 N.N., Linksjugend ['solid]

52 N.N., Linksjugend ['solid]

53 **Wahlkommission**

54 Jessica Pohl, Sachsen

55 Lukas Eitel, Bayern

56 Isabell Fuhrmann, BaWü

57 Peter Weinand, RLP

58 Patricia Usée, Brandenburg

59 Malte Lier, Bremen

60 Kersten Steinke, Thüringen

61 Rainer Benecke, fds

62 Katrin Werner, Rheinland-Pfalz

63 Martin Wittmaack, Hamburg

64 Bjoern Tielebein, Berlin

65 **Mandatsprüfungskommission**

66 Annetta Juckel, Berlin

67 Valentin Schötz, Bayern

68 Heike Kretschmer, NRW

69 Bernhard Strasdeit, Bawü

70 Rita-Sybille Heinrich, Brandenburg

71 Romana Wittmer, Berlin

Antrag S.01.: Satzungsänderungsantrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von P.13 (1)

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Satzungsänderungsantrag 1 im Zusammenhang mit der Umsetzung von P.13
- 2 Kapitel 2: § 3 Die Basis der Partei:
- 3 (4) Ein Mitglied kann nur von einer Schiedskommission nach Durchführung eines
- 4 ordentlichen Schiedsverfahrens auf der Grundlage der Schiedsordnung
- 5 ausgeschlossen werden. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn das Mitglied
- 6 vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der
- 7 Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.
- 8 **Ergänzen durch:**
- 9 Anstelle eines Parteiausschlusses kann bei minderschweren Fällen auch die
- 10 Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und / oder
- 11 das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur
- 12 Dauer von zwei Jahren angeordnet werden.

Begründung

Bisher sieht die Bundessatzung nur eine einzig mögliche Maßnahme als Konsequenz bei parteischädlichem Verhalten oder erheblichem Verstoß gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei vor: den Parteiausschluss. Dieser Umstand lässt kein differenziertes Herangehen zu bei Handlungen, die berechtigterweise gerügt gehören, jedoch nicht für einen Parteiausschluss genügen. Die Tatsache, dass das Fehlverhalten in solchen Fällen nicht zu einem Ausschluss führt, darf durch Genoss:innen nicht dahingehend fehlinterpretiert werden, dass dieses Verhalten hingenommen würde. Es muss unterhalb des Ausschlusses eine Möglichkeit geben, ein Fehlverhalten als solches zu kennzeichnen und dem erforderlichenfalls auch Konsequenzen folgen zu lassen. Diese Möglichkeit gibt es in den Satzungen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien und wird auch durch das Parteiengesetz gestattet.

Im Bewusstsein unserer Parteigeschichte und der Problematik innerparteilicher Sanktionsmöglichkeiten müssen Maßnahmen transparent gehandhabt, Regelungen klar aufgestellt und Schwellen nicht zu niedrig angesetzt werden. Um die Verhältnismäßigkeit zu wahren, sind der Schwere des Übergriffs angepasste Maßnahmen der Ultima Ratio des Parteiausschlusses vorzuziehen.

Die vorliegenden Vorschläge der Feministischen Kommission zur Satzungsänderung auf dem Augsburger BPT wurden bereits mit der Bundesschiedskommission besprochen. Diese hatte keine Einwände und/ oder Änderungsvorschläge.

Antrag S.02.: Satzungsänderungsantrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von P.13 (2)

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Satzungsänderungsantrag 2 im Zusammenhang mit der Umsetzung von P.13

2 Kapitel 6, § 38 Schlichtungs- und Schiedsverfahren:
3 (5) Landesschiedskommissionen schlichten und entscheiden Streitfälle, soweit
4 nicht die Bundesschiedskommission oder eine Schlichtungskommission zuständig ist
5 oder wenn die Schlichtung im Kreisverband gescheitert ist. Sie entscheiden
6 erstinstanzlich über Widersprüche gegen die Ablehnung von Mitgliedschaften und
7 über Ausschlüsse aus der Partei.
8 **Ergänzen durch:**
9 ... sowie über die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller
10 Funktionen und / oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der
11 Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren.

Begründung

(siehe Begründung zu S.01., hier jedoch bezüglich der LANDES-Schiedskommissionen)
Bisher sieht die Bundessatzung nur eine einzig mögliche Maßnahme als Konsequenz bei parteischädlichem Verhalten oder erheblichem Verstoß gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei vor: den Parteiausschluss. Dieser Umstand lässt kein differenziertes Herangehen zu bei Handlungen, die berechtigterweise gerügt gehören, jedoch nicht für einen Parteiausschluss genügen. Die Tatsache, dass das Fehlverhalten in solchen Fällen nicht zu einem Ausschluss führt, darf durch Genoss:innen nicht dahingehend fehlinterpretiert werden, dass dieses Verhalten hingenommen würde. Es muss unterhalb des Ausschlusses eine Möglichkeit geben, ein Fehlverhalten als solches zu kennzeichnen und dem erforderlichenfalls auch Konsequenzen folgen zu lassen. Diese Möglichkeit gibt es in den Satzungen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien und wird auch durch das Parteiengesetz gestattet.

Im Bewusstsein unserer Parteigeschichte und der Problematik innerparteilicher Sanktionsmöglichkeiten müssen Maßnahmen transparent gehandhabt, Regelungen klar aufgestellt und Schwellen nicht zu niedrig angesetzt werden. Um die Verhältnismäßigkeit zu wahren, sind der Schwere des Übergriffs angepasste Maßnahmen der Ultima Ratio des Parteiausschlusses vorzuziehen.

Die vorliegenden Vorschläge der Feministischen Kommission zur Satzungsänderung auf dem Augsburger BPT wurden bereits mit der Bundesschiedskommission besprochen. Diese hatte keine Einwände und/ oder Änderungsvorschläge.

Antrag P.01.: Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der LINKEN

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der
2 LINKEN

3 1. Präambel: Den Grundkonsens erneuern

4 Als Antwort auf #linkemetoo und in Solidarität mit von Sexismus und sexistischer
5 Gewalt betroffenen Personen in der LINKEN wurde auf dem Bundesparteitag 2022 in
6 Erfurt nahezu einstimmig der Antrag P.13 mit dem Titel „Den Grundkonsens
7 erneuern. Für eine feministische LINKE“ verabschiedet.

8 Mit diesem Beschluss hat sich DIE LINKE verpflichtet, Maßnahmen gegen sexistische
9 Gewalt innerhalb der Partei zu ergreifen. Das hat sie getan. Es wurden
10 parteiinterne Vertrauenspersonen und parteiexterne Expertinnen als
11 Ansprechpersonen für betroffene Personen etabliert, parteiweite Weiterbildungen
12 zur Sensibilisierung für Sexismus durchgeführt und die bundesweite Feministische
13 Kommission berufen. Sie hatte durch den Antrag P.13 und vom Parteivorstand den
14 Auftrag, einen Leitfaden für den Umgang mit sexistischen Vorfällen und
15 Verhaltensweisen in unserer Partei auszuarbeiten.

16 Unser Selbstverständnis ist klar: In einer Partei, deren Ziel eine gewaltfreie
17 Gesellschaft möglichst gleichberechtigter und selbstbestimmter Menschen ist,
18 dürfen Sexismus und sexistische Gewalt in all ihren Formen keinen Platz haben.
19 Als LINKE stehen wir in einer feministischen Tradition, die weiß, dass
20 Geschlechterverhältnisse auch Machtverhältnisse sind und es strukturelle
21 Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern gibt. Eine Tradition, die die
22 systematischen Benachteiligungen von Frauen*, Lesben, intergeschlechtlichen,
23 nicht-binären, trans und agender Personen (FLINTA*) beenden sowie von Sexismus
24 und sexistischer Gewalt Betroffene schützen, stärken und von Zwängen befreien
25 will.

26 Wir sind in emanzipatorischen Bewegungen tief verwurzelt. Wir sind eine aktive
27 Partnerin, wenn es um den Kampf gegen patriarchale Gewalt und für die Belange von
28 FLINTA* und allen anderen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer
29 sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer sozialen Lage
30 diskriminierten Menschen geht. Wir werden unserem politischen Anspruch aber nur
31 dann gerecht, wenn wir unsere feministische Verankerung glaubwürdig vertreten und
32 im Alltag konkret machen. Das heißt, eine gewalt- und diskriminierungsfreie
33 Kultur gerade auch in unseren eigenen Reihen zu leben.

34 Diese wichtigen Ziele – gesellschaftlich wie innerparteilich – beschreiben
35 zugleich den Weg und die Zukunft unserer Partei. Wir werden uns den
36 Herausforderungen als Organisation stellen.

37 Struktureller Sexismus braucht Antworten auf struktureller Ebene. Dieser
38 Leitfaden ist eine erste Verabredung für einen innerparteilichen, demokratischen
39 Prozess. Er legt grundlegende Prinzipien dafür fest und bleibt gleichzeitig an
40 vielen Stellen beweglich, um in verschiedenen Situationen den jeweils geeigneten
41 Weg gehen zu können. Nicht auf alle Fragen haben wir bereits eine fertige
42 Antwort, neue Fragen werden hinzukommen. Erfahrungen mit dem Leitfaden zu

43 sammeln, sie auszuwerten und den Leitfaden dann weiterzuentwickeln, gehört zur
44 praktischen Umsetzung dieses Prozesses.

45 **Woher kommt die Gewalt? Dimensionen von Patriarchat und Kapitalismus**

46 Als LINKE kann es uns nicht allein darum gehen, uns und andere vor Gewalt zu
47 schützen. Es geht darum, sie gemeinsam zu überwinden. Dafür ist notwendig zu
48 verstehen, woher – in diesem Fall: sexistische – Gewalt kommt.

49 Sexismus baut auf patriarchalen und kapitalistischen Machtstrukturen auf,
50 reproduziert Stereotype und verhindert Chancengleichheit, gleichberechtigte
51 Teilhabe und demokratische Einmischung. Schlimmer noch: Sexistische Strukturen
52 und Zuschreibungen der Ungleichwertigkeit (wie z.B. „Frauengedöns“ oder „kein
53 richtiger Mann“ oder „trans ist schräg“) können zu sexistischer Gewalt in all
54 ihren Formen führen. Die Norm der Zweigeschlechtlichkeit und die Beschränkung auf
55 traditionelle Geschlechterrollen stützen Ungerechtigkeit und Ausbeutung.

56 Gesellschaftlich zeigen sich diese der kapitalistischen Ausbeutung nützlichen
57 Geschlechterverhältnisse beispielhaft bei der nach wie vor unbezahlten oder
58 unterbezahlten Care- (also Sorge- und Reproduktions-) Arbeit, die überwiegend von
59 Frauen* geleistet wird. Relevant, für den Kapitalismus gar systemrelevant ist
60 nicht nur, dass die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit in Sphären der
61 „Produktion“ und „Reproduktion“ aufgespalten wird, sondern auch, dass diese
62 beiden Sphären in eine Hierarchie gebracht werden: Während Produktion
63 wertschöpfend ist und oft Anerkennung genießt, ist Reproduktion oft unsichtbar,
64 soll möglichst billig sein und dem Erhalt der „eigentlichen“ Produktion dienen.
65 Durch diese Teilung der Arbeit in produktiv-wertschöpfende und reproduktiv-
66 sorgende wird Geschlecht sozial konstruiert und im Alltag verfestigt, nicht erst
67 seit dem Kapitalismus, aber hier auf spezifische Art und Weise. Die den beiden
68 Sphären zugehörigen Tätigkeiten werden jeweils unterschiedlichen Geschlechtern
69 zugewiesen: fürs Planen, Leiten, Programmieren und Politikmachen sind in der
70 Tendenz als „Männer“ sozialisierte Menschen zuständig, fürs Ernähren, Trösten,
71 Saubermachen und für soziale Kompetenzen als „Frauen“ sozialisierte Menschen. Das
72 verfestigt Geschlecht als binäre (zweigeteilte) Anordnung und etabliert eine
73 Hierarchie zwischen Personengruppen. Konkret: „Frauenberufe“ oder als weiblich
74 geltende Tätigkeiten werden abgewertet. Zugleich erscheinen die mit diesen
75 Tätigkeiten verbundenen Eigenschaften als „Natur“ der Frauen – dem männlichen
76 Geschlecht untergeordnet. Hier liegt die gesellschaftliche Basis für patriarchale
77 Gewalt. Und hier liegt auch die Erklärung dafür, dass der Einsatz für eine
78 bessere Bezahlung der – ganz überwiegend weiblichen – Pflegekräfte und der
79 Einsatz gegen sexistische Gewalt eng zusammengehören. Geschlecht ist also Teil
80 einer Herrschafts(an)ordnung. Für alle, die in diese Ordnung nicht reinpassen,
81 bedeutet das alltägliche Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen.

82 **Wieso sprechen wir von Gewalt?**

83 Wir verstehen Gewalt nicht ausschließlich als im üblichen Sinne sichtbar
84 aggressiven Akt (wie z.B. schlagen, bedrohen, anschreien), sondern als
85 vielschichtiges, manchmal auch leises und subtiles Mittel, um Dominanz
86 herzustellen, zu beweisen oder zu festigen. Bei Gewalt durch Männer wird eine
87 männliche Position der Stärke unterstrichen und die betroffene Frau –
88 stellvertretend für Frauen als solche – auf ihren untergeordneten Platz in der
89 Gesellschaft verwiesen, um diese männliche Position und die damit verbundenen
90 Privilegien und Gewissheiten abzusichern. Gerät diese traditionell höherstehende
91 Position im Zuge gesellschaftlicher Entwicklungen ins Wanken, nimmt der Hass auf
92 Frauen tendenziell zu.

93 Frauenfeindliche oder patriarchale Gewalt kann alle Geschlechter treffen, selbst

94 Männer. Das mag erstmal widersprüchlich klingen. Doch ob Dominanz gewaltvoll
95 ausgeübt wird, hängt nicht von der Geschlechtsidentität der betroffenen Person
96 ab, sondern von der Zuschreibung durch den Täter. Denn es geht um eine bestimmte
97 Idee und Abwertung von Weiblichkeit. So kann es Menschen treffen, die sich als
98 Frauen identifizieren, aber auch Menschen, die keine Frauen sind, sofern ihnen
99 eine Weiblichkeit unterstellt wird, der sie nicht entsprechen und auch gar nicht
100 entsprechen wollen. Das sind zum Beispiel nicht-binäre Menschen, also Menschen,
101 die nicht (eindeutig) männlich oder weiblich sind. Auch offen trans feminine
102 Personen erleben eine spezifische Form von Gewalt, weil die Abwertung ihrer
103 Weiblichkeit häufig verstärkt wird durch den Vorwurf „Verrat“ an der
104 Männlichkeit. Auch bei Gewalt gegen schwule oder als feminin gelesene Männer
105 spielen die Abwertung von Weiblichkeit und der eingeforderte Beweis „echter“
106 Männlichkeit eine Rolle.

107 **Sexismus auch in den eigenen Reihen**

108 Wir können uns nicht darauf ausruhen, dass Feminismus in unseren Grundsätzen,
109 Statuten und Regularien „selbstverständlich“ verankert ist. Wir müssen
110 weitergehen und uns fragen, was wir in unserem Parteileben besser machen, wie wir
111 unseren Grundkonsens greifbar verankern können. Unser Feminismus ist nicht
112 nebensächlich oder auf Vorstandsquoten verengt, sondern grundlegend und
113 sozialistisch. Die fundamentale Neugestaltung bestehender
114 Geschlechterverhältnisse gehört zum Kern einer linken Vision von einem
115 solidarischen Leben für alle. Um die Gesellschaft in diese Richtung zu verändern,
116 müssen auch wir uns verändern.

117 Das bedeutet zuallererst: anzuerkennen, dass sexistische Gewalt als
118 gesellschaftliche Realität auch in unseren Reihen stattfindet, dass auch wir als
119 Mitglieder einer Partei mit feministischem Anspruch nicht frei von sexistischen
120 Prägungen und anti-feministischen Mustern sind. Wir sind ein Teil der
121 Gesellschaft und stehen nicht über ihr. Aber wir sollten den Anspruch (und die
122 Analyse) haben, Sexismus in seinen zahlreichen Erscheinungsformen zu erkennen, zu
123 benennen und zu stoppen.

124 Verhaltensweisen, Strukturen und Vorteilsnahmen, die sich gegen FLINTA*-Personen
125 auswirken, finden sich in politischen Zusammenhängen reichlich: Dies können
126 informelle Klüngel und Sprechweisen sein, die andere geschlechtsspezifisch – oft
127 auch unbewusst – ausschließen; oder patriarchale Diskussionskulturen (zum
128 Beispiel beim Sprechen sehr viel Raum einnehmen oder das Unsichtbar-Machen
129 qualifizierter Redebeiträge); oder die Geringschätzung vermeintlich „weicher“
130 (bzw. „weiblicher“) Politikfelder; oder die Ignoranz gegenüber der – auch in der
131 Partei – geleisteten Care-Arbeit (Wer kümmert sich im Kreisverband um
132 Notwendigkeiten wie Kaffee kochen, Protokoll schreiben oder Kinderbetreuung?
133 Zufällig immer dieselben?), bis hin zu geschlechtsspezifischen Beleidigungen und
134 Übergriffen.

135 Sexismus in Parteien ist keine unschöne Begleiterscheinung, sondern ein
136 fundamentales Problem, das größer wird, wenn wir ihm nicht mit strukturellen
137 Maßnahmen und gemeinsamer Betroffenheit begegnen. Weil es in Parteien nicht nur
138 um geteilte Inhalte und ein kämpferisches Miteinander geht, sondern immer auch um
139 individuelle Macht, kulturelle Hegemonien und zwischenmenschliche Konkurrenz,
140 sind Parteien besonders anfällig dafür, dass – teils subtile, teils offenkundige
141 – sexistische Praktiken genutzt werden, um andere Mitglieder, ihre Aktivitäten,
142 Ausdrucksformen und Themen herabzusetzen. Unsere Aufmerksamkeit muss deshalb
143 eine
144 besonders aufgeklärte und umsichtige sein. Gegen sexistische Strukturen braucht
es Strukturen des gelebten (Queer-)Feminismus, die zugleich sichtbar, sensibel,

145 offensiv, präventiv, transparent, schutz- und vertrauensbildend sind.

146 **Einordnung des Leitfadens und Arbeit der Feministischen Kommission**

147 Der vorliegende Leitfaden konzentriert sich auf Fälle von Sexismus und
148 sexistischer Gewalt, weil er auf eine spezifische Situation antwortet, die 2022
149 in der Debatte über sexistische Übergriffe und Machtmissbrauch in unserer Partei
150 zum Ausdruck kam. Er möchte dies in einer angemessenen Tiefe der
151 Auseinandersetzung tun. Das heißt nicht, dass die hier vorgeschlagene Methodik
152 eine Formel für alles ist. Wir wollen auch bei anderen Formen von Diskriminierung
153 und Gewalt weiter an uns arbeiten. Wir müssen ansprechbar und offen dafür sein,
154 künftig auch hier systematischere Ansätze zu entwickeln.

155 Auch wenn sich die Ausgangsbedingungen in Landes- und Kreisverbänden, zwischen
156 all unseren Arbeitsgruppen, Gliederungen und Gremien bundesweit sicherlich
157 unterscheiden, ist der kollektive Handlungsbedarf nicht von der Hand zu weisen:
158 Schon jetzt haben viele FLINTA*-Personen ihre aktive Mitarbeit in der Partei
159 eingeschränkt, was u.a. Ausdruck und Folge fehlender emanzipatorischer Räume in
160 der Partei ist. Die Probleme mangelnder solidarischer Parteikultur gemeinsam
161 anzugehen, wird sich lohnen, und zwar für alle. Wir brauchen Prozesse der
162 Sensibilisierung, Demokratisierung und Politisierung, damit unser gesamtes
163 Miteinander gleichberechtigter, wertschätzender und wirkmächtiger wird. Ein
164 erneuerter feministischer Grundkonsens wird auch positiv auf zukünftige
165 Mitglieder, Sympathisant*innen und Wähler*innen ausstrahlen und uns als Partei
166 stärken.

167 Die bereits angestoßenen Maßnahmen des Parteivorstandes, der Vertrauenspersonen,
168 die zahlreichen Debatten innerhalb parteiinterner Gliederungen bundesweit sowie
169 die Arbeit der Feministischen Kommission sind ein wichtiger Anfang. Schon jetzt
170 tragen die Initiativen unterschiedlichster Akteur*innen in den Landesverbänden
171 und gleichstellungspolitisch Aktiver in der Partei Früchte. Eigene Awareness-
172 Konzepte und Richtlinien entstehen, Vertrauenspersonen qualifizieren sich weiter,
173 Unterstützungsstrukturen entwickeln sich fort. Wir können trotz aller
174 Schwierigkeiten, die ein Umdenken mit sich bringen kann, positiv auf die bereits
175 angestoßenen Veränderungen blicken. Hier soll der vorliegende Leitfaden zentraler
176 Referenzpunkt für das gemeinsame Wirken werden.

177 Dieser Leitfaden ist das Ergebnis der mehrmonatigen intensiven Zusammenarbeit von
178 feministisch erfahrenen Aktiven aus unterschiedlichen Gliederungen und
179 Zusammenhängen der Partei mit externen Expertinnen aus der professionellen
180 Beratung. In der Feministischen Kommission verknüpfen sich fachliche Expertise,
181 politisches Wissen und feministisches Begehren.

182 Doch wird es nicht reichen aufzuschreiben, wie man sexistisches Verhalten
183 verhindern kann. Nur wenn wir unser Handeln ernsthaft prüfen und eine sicherere
184 Atmosphäre schaffen, werden wir unserem Ziel ein Stück näherkommen: eine
185 solidarische Basis für linke Politik zu sein, ein Fundament, von dem aus
186 Gesellschaft verändert werden kann. Dafür lohnt es sich, gemeinsam zu kämpfen.

187 **2. Unser Ansatz: Kollektive Verantwortungsübernahme**

188 Als sozialistische Partei verpflichten wir uns zum Ansatz kollektiver
189 Verantwortungsübernahme, wie sie nachfolgend im Sinne des linken Konzeptes
190 „Transformative Gerechtigkeit“ ausgeführt wird. Auch wenn wir weder als Menschen
191 noch als Organisation außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse stehen (oder
192 gar über ihnen), so wollen wir doch mindestens einen Schritt vorausgehen und
193 diese Verhältnisse verändern.

194 Ausgangspunkt ist, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, sicherere Räume zu
195 schaffen und aus persönlicher und kollektiver Verantwortung heraus zu handeln.

196 Kollektive Verantwortung meint hier nicht nur die Reaktion auf einen Vorfall
197 sexistischer Gewalt, sondern zudem eine aktive und dauerhafte Politik, um die
198 gleichberechtigte Teilhabe aller zu stärken. Verständlicherweise gibt es viele,
199 die sich eine schnelle Lösung für den Umgang mit Gewalt und Sexismus innerhalb
200 unserer Partei wünschen. Kollektive Verantwortungsübernahme ist aber ein
201 langsamer und mitunter schwieriger Weg. Es braucht für diesen Lernprozess
202 Wohlwollen und Fehlertoleranz, aber auch Klarheit und Entschlossenheit. Wir
203 wollen als Partei die nötige Kraft dafür aufbringen.

204 Das Konzept der kollektiven Verantwortungsübernahme wurde von INCITE! geprägt,
205 einem im Jahr 2000 gegründeten Netzwerk radikaler Feminist*innen of Color aus den
206 USA. INCITE! nennt die folgenden vier Elemente als grundlegende Bestandteile des
207 Konzepts. Sie gehören zusammen, d.h. sie können nicht einzeln angewendet werden:

208 **2.1. Arbeit mit der betroffenen Person: Unterstützung von Personen, die von** 209 **sexistischer Gewalt betroffen sind; Förderung ihrer Selbstbestimmung**

210 Wir arbeiten betroffenenzentriert. Das heißt, dass die von Gewalt betroffene
211 Person und ihre Bedürfnisse die Grundlage der Aufarbeitung sind. Das heißt auch,
212 der betroffenen Person zu glauben, dass ihre Grenzen verletzt worden sind und sie
213 das Erlebte am besten selbst in Worte fassen kann.

214 Wir bauen kein paralleles Justizsystem auf und sind keine Richter*innen. Es geht
215 uns vielmehr darum, die betroffene Person zu unterstützen und einen politischen
216 Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt zu finden.

217 Wir wissen, dass Betroffenen der Schritt, sich zu melden und Unterstützung zu
218 erfragen, immer wieder schwerfällt und mit vielen Zweifeln und Befürchtungen
219 einhergeht. Studien belegen, dass etliche Betroffene eher schweigen, sich
220 zurückziehen und sich eben nicht an geschulte und sensibilisierte Personen wenden
221 – in unserer Partei an die Vertrauenspersonen. Der vorliegende Leitfaden möchte
222 dazu beitragen, dass Betroffene sich ermutigt fühlen, ihr Schweigen zu brechen
223 und sich Begleitung und Unterstützung zu holen. Ziel ist, dass Betroffene weiter
224 in der Partei bleiben können und sich in ihr wohl und sicher fühlen, eben kein
225 „stiller Ausschluss“ von Betroffenen stattfindet, die gehen, weil sie kein Gehör
226 finden oder nicht ernst genommen werden.

227 Nicht wenige Mitglieder unserer Partei machen sich Sorgen, dass Vorwürfe
228 sexistischer Gewalt missbraucht werden könnten, dass sie möglicherweise nicht
229 sachlich und angemessen geklärt werden und Rufschädigungen Einzug halten. Richtig
230 ist, dass (partei-)öffentliche Vorwürfe in diesem Feld keine Lappalie sind und
231 keine falschen Dynamiken entstehen dürfen. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen
232 ist bekannt, dass unberechtigte Vorwürfe sexistischer Gewalt in verschwindend
233 geringer Häufigkeit vorkommen im Vergleich zum umgekehrten Fall: dass nämlich
234 Erfahrungen sexistischer Gewalt und Verletzung nicht thematisiert werden, weil
235 Betroffene Angst haben, dass ihnen nicht geglaubt wird, oder sie noch mehr zum
236 Opfer werden. Dies stets im Blick zu behalten und zugleich allen Beteiligten
237 gegenüber die nötige Sorgfaltspflicht walten zu lassen, sie einzubeziehen und zu
238 begleiten, niemanden zu übergehen oder zu stigmatisieren, ist ebenfalls eine
239 nicht zu unterschätzende Herausforderung.

240 Um den Bedürfnissen von Betroffenen gerecht zu werden, müssen wir als Partei auch
241 die Grenzen unserer Fähigkeiten beachten. Das bedeutet, dass wir keine Therapie
242 oder juristische Beratung anbieten können. Wir können aber helfen, indem wir an
243 entsprechende Stellen verweisen. Wir lassen Betroffene nicht allein.

244 **2.2. Arbeit mit der gewaltausübenden Person: Verantwortungsübernahme durch die** 245 **gewaltausübende Person und Verhaltensänderung**

246 Verantwortung zu übernehmen heißt, dass die gewaltausübende Person sich mit den

247 geschilderten Erlebnissen der betroffenen Person auseinandersetzt und bereit ist,
248 an sich zu arbeiten und das Verhalten zu ändern. Unser Grundgedanke ist: Menschen
249 können Fehler machen. Menschen können ihr Verhalten ändern.

250 Ziel ist, einen Lernprozess anzustoßen, der zu einer reflektierten
251 Verhaltensänderung führt und somit verhindert, dass Vorfälle wieder passieren.
252 Ein solcher Lernprozess setzt eine Fehlerkultur voraus, in der Verhaltensweisen
253 und Vorfälle entschuldigt, korrigiert und bearbeitet werden können. Sich nach
254 einem Fehlverhalten verletzlich zu zeigen, ist nur möglich, wenn die Struktur um
255 einen herum das auch unterstützt.

256 Das Patriarchat durchzieht uns alle. Niemand von uns kann sich davon
257 freisprechen. Der Verinnerlichung des Patriarchats entgegenzuwirken, ist nicht
258 einfach. Das wird wahrscheinlich auch Wut, Ärger, Verunsicherung in uns auslösen.
259 Niemand wird gern mit eigenem Fehlverhalten konfrontiert, aber für Veränderung
260 ist das notwendig. Es wird eine Herausforderung sein, offen zu bleiben, wenn uns
261 jemand mit unseren Fehlern konfrontiert. Es ist Aufgabe von uns allen, ein Umfeld
262 zu schaffen, in dem es möglich ist, die eigenen Fehler zuzugeben, aber auch
263 Fragen und Zweifel zu äußern. Auf diese Herausforderung wollen wir uns ehrlich
264 einlassen.

265 **2.3. Arbeit in und mit der betroffenen Struktur: Maßnahmen innerhalb der** 266 **Organisation, die Haltungen und Verhaltensweisen stärken, die sich gegen Sexismus** 267 **und sexistische Gewalt richten**

268 Sexistische Gewalt findet nicht im luftleeren Raum statt und betrifft deshalb
269 immer auch die jeweilige Organisationseinheit der Partei. Für uns bedeutet dies,
270 dass wir sowohl bei konkreten Vorfällen als auch dauerhaft an unseren Strukturen
271 arbeiten (müssen), uns kontinuierlich queer*feministisch weiterbilden und
272 gemeinsam entwickeln. Denn Prävention und Aufarbeitung gehören zusammen.

273 Als Partei erwarten wir von jedem Mitglied Haltung gegen Sexismus und sexistische
274 Gewalt. Nach Rücksprache mit der betroffenen Person wird die gewaltausübende
275 Person möglichst unmittelbar auf ihr Verhalten angesprochen. Kollektive
276 Verantwortung bedeutet auch, die Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten zu
277 wahren.

278 Es ist wichtig, sich der strukturellen und politischen Dimension von sexistischer
279 Gewalt sowie der Machtverhältnisse bewusst zu sein. Machtkämpfe und
280 Konkurrenzsituationen sind Teil der Parteirealität. Zugleich wissen wir, dass
281 unsere Partei als Organisation ein hohes Gut ist: Sie ist der Ort gemeinsamer
282 Aktivitäten und gelebter Solidarität, sie hat Potenzial für ein besseres Leben
283 für alle.

284 **2.4. „Alle Verhältnisse umwerfen“: Veränderung der gesellschaftlichen und** 285 **politischen Verhältnisse, denen die Gewalt entspringt**

286 Als linke Partei arbeiten wir mit all unserer Kraft daran, „alle Verhältnisse
287 umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein
288 verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (vgl. MEW 1: 385). Diese Aufforderung
289 ist im Programm der LINKEN aufgenommen und leitet unsere politische Praxis an.
290 Welche Wege wir dabei im Einzelnen einschlagen, diskutieren wir stets weiter. Aus
291 diesem Grund wird dieser Punkt im vorliegenden Leitfaden nicht im Detail
292 ausgeführt, ist aber fundamentaler Bestandteil unserer Arbeit gegen sexistische
293 Gewalt auch in den eigenen Reihen.

294 **3. Der Leitfaden: Wann, wer und wie?**

295 Im Folgenden wird der Anwendungsrahmen des Leitfadens skizziert, also der
296 Anwendungsbereich, die Zuständigkeiten und die Verantwortungsbereiche.

297 **3.1. Anwendungsbereich**

298 Es geht um Vorfälle von Sexismus und sexistischer Gewalt. Das kann ganz
299 Unterschiedliches sein, im Folgenden ein paar exemplarische Beispiele:

- 300 • Ein verdienter Genosse nimmt sich viel Redezeit, dominiert die Debatten und
301 schreibt nie das Protokoll.
- 302 • Ein Hauptamtlicher der LINKEN legt unterm Tisch ungefragt die Hand auf den
303 Oberschenkel eines ehrenamtlichen Mitglieds.
- 304 • Eine Genossin macht wiederholt abwertende Sprüche zum Aussehen und
305 Kleidungsstil einer anderen Genossin.
- 306 • Ein Kreisvorsitzender hinterfragt die Geschlechtsidentität einer trans
307 Person, die sich auf einem Neumitgliedertreffen vorstellt, und macht Scherze
308 über „diesen Fimmel mit den Pronomen“.
- 309 • Ein beliebtes Vorstandsmitglied bietet dem Praktikanten eine Jobperspektive
310 unter der Voraussetzung an, mit ihr tanzen zu gehen.
- 311 • Ein erfahrener LINKER Stadtrat verdreht die Augen, tuschelt mit anderen
312 Leuten und belächelt seine neue LINKE-Mitstreiterin, wenn sie im
313 Kommunalparlament das Wort ergreift.
- 314 • Ein Genosse hört nicht auf, einer Genossin private Nachrichten zu schicken,
315 obwohl diese ihn gebeten hat, das sein zu lassen.
- 316 • Ein angesehener LINKER Abgeordneter nötigt eine queere Person zu nicht-
317 einvernehmlichen sexuellen Handlungen.
- 318 • Ein Flirt zwischen Genoss*innen beginnt einvernehmlich, dann möchte sie
319 nicht weitergehen und zieht sich zurück, er lässt nicht locker.

320 Meistens gelingt es, solche Situationen unter Genoss*innen zu klären. Manchmal
321 kann es aber auch schwerfallen oder Umstände geben, unter denen eine betroffene
322 Person mehr Unterstützung möchte. Diese Unterstützung regelt der vorliegende
323 Leitfaden.

324 Der Leitfaden findet Anwendung

- 325 • wenn beide Parteien des Vorwurfs Mitglieder der LINKEN sind
- 326 • wenn die gewaltausübende Person Mitglied der LINKEN ist
- 327 • wenn der Vorfall sich im Kontext einer LINKEN
328 Veranstaltung/Aktion/Zusammenkunft zuträgt, hervorgerufen durch ein Nicht-
329 Mitglied, und sich die Frage stellt, was die Partei ändern muss, damit so
330 etwas nicht mehr passiert.

331 Bei Beschwerden über andere Formen der Diskriminierung (Rassismus,
332 Altersdiskriminierung, Ableismus, also Diskriminierung aufgrund einer
333 körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung etc.) wird nach fallspezifischen
334 Lösungen gesucht. In jedem Fall werden auch sie anonymisiert in die Dokumentation
335 an den Bundesvorstand aufgenommen, um in die künftige Arbeit einzufließen.
336 Der Leitfaden ist unser gemeinsamer Rahmen auf Bundesebene der Partei.
337 Landesverbände, Arbeitsgruppen oder Strömungen können auch davon abweichende,
auf
338 spezifische Gegebenheiten eingehende Regelungen treffen, solange diese nicht mit
339 dem vorliegenden Leitfaden im Widerspruch stehen und sich alle beteiligten
340 Personen stets auf diesen Leitfaden berufen können.
341 Der Leitfaden wird bis in spätestens drei Jahren (2026) evaluiert, überarbeitet
342 und neu beschlossen.

343 **3.2. Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche**

344 **A. Vertrauensgruppen:** Diese soll es mindestens in jedem Landesverband und auf
345 Bundesebene geben.

346 Vertrauensgruppen bestehen aus Vertrauenspersonen. Sie sind parteiinterne
347 Anlaufstellen in erster Linie für Betroffene im Zusammenhang mit der Partei,
348 zuständig für die Begleitung und Durchführung einer parteiinternen,
349 fallspezifischen Aufarbeitung und für die anonymisierte Dokumentation ihrer
350 Arbeit. Empfohlen wird eine mindestens dreiköpfige Gruppe von Vertrauenspersonen,
351 die durch den jeweils zuständigen Vorstand berufen wird.

352 Die Vertrauenspersonen unterstützen die Betroffenen nicht im professionell
353 therapeutischen, wohl aber im persönlich geschulten Sinne, um mit ihnen eine
354 parteiinterne Verfahrensweise anzustoßen. Sie sind unabhängig von
355 Parteihierarchien und - außer ihren jeweiligen Vorständen in Form anonymisierter
356 Berichte, siehe „Dokumentation“ - niemandem rechenschaftspflichtig. Deshalb
357 sollen Vertrauenspersonen weder Mitglieder in Landesvorständen noch im
358 Bundesvorstand sein, um Interessenskonflikte zu minimieren. Vertrauenspersonen,
359 die eine persönliche Verbindung zu den Beteiligten eines Vorfalls haben, dürfen
360 nicht an dessen Aufarbeitung beteiligt sein.

361 Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben müssen Vertrauenspersonen mindestens eine
362 spezielle Schulung oder Bildungsveranstaltung besuchen, die durch die Partei
363 organisiert oder finanziert wird.

364 Ohne Wertschätzung und Unterstützung durch Vorstände und viele Genoss*innen ist
365 es für Vertrauenspersonen schwer, wirksam zu werden. Ihre Arbeit ist weder
366 einfach noch unumstritten. Umso wichtiger ist es, dass sie Rückhalt erfahren.

367 Vertrauenspersonen sind zu Verschwiegenheit und zur besonders peniblen Einhaltung
368 des Datenschutzes verpflichtet. Im Zweifel ist es aber wichtig für sie, selbst
369 Ansprechpersonen haben, um Fragen, Unsicherheiten und eventuellen Frust
370 besprechen zu können. Ihnen wird angeboten und empfohlen, sich mit anderen
371 Vertrauenspersonen der Partei zu vernetzen. Die anonymisierte interne
372 Fallberatung unter geschulten Vertrauenspersonen zum Zweck des lernenden
373 Austauschs und der in unseren Möglichkeiten liegenden Professionalisierung sind
374 eine Form der Reflexion, die die Vertraulichkeit nicht verletzt. Bei Bedarf
375 ermöglicht die Partei den Vertrauenspersonen auch externe Supervision.

376 B. Awareness-Strukturen: Während Parteiveranstaltungen sind Awareness-Beauftragte
377 für Mitglieder und Besucher*innen ansprechbar und unterstützen betroffene
378 Personen direkt vor Ort. Im besten Fall lösen sie Konfliktsituationen
379 niedrigschwellig und zeitnah. Sind von der betroffenen Person weitergehende
380 Maßnahmen im Sinne des vorliegenden Leitfadens gewünscht, muss dies an
381 Vertrauenspersonen weitergegeben werden.

382 C. Beratungsstellen: Die Vertrauensgruppen verfügen in ihrer jeweiligen Region
383 über eine Übersicht über geeignete professionelle Anlaufstellen für die
384 psychologische und rechtliche Beratung und Begleitung betroffener Personen und
385 arbeiten mit diesen zusammen.

386 D. Externe Expert*innen: Auf Bundesebene gibt es eine Zusammenarbeit mit externen
387 Expert*innen, bei Bedarf wird dieser Pool weiter ausgebaut. Den Landesverbänden
388 werden solche Kooperationen vor Ort empfohlen. Die externen Expert*innen sind
389 nicht für die innerparteiliche Aufarbeitung zuständig. Vielmehr sind sie
390 zusätzliche, parteiunabhängige Anlaufstellen bei sexistischen Vorfällen im
391 Zusammenhang mit der Partei. Auf Grundlage der bei ihnen auflaufenden
392 parteibezogenen Fälle geben die Expert*innen fallspezifische sowie allgemeine,
393 strukturelle Handlungsempfehlungen.

394 E. Verantwortung der Vorstände: Die Trennung der Verantwortungsbereiche von
395 Vorständen und Vertrauenspersonen ist wichtig, um Einflussnahme zu verhindern.
396 Gleichzeitig tragen Vorstände die politische Verantwortung. Um dieses Dilemma

397 auflösen, ist ein Austausch zwischen beiden grundlegend: zu den
398 Arbeitsbedingungen der Vertrauenspersonen sowie zu den Maßnahmen, die in die
399 Partei hineinragen. Auch wenn in der Dokumentation Auffälligkeiten wie z.B. die
400 Häufung von Vorkommnissen in bestimmten Strukturen auftreten, ist der Vorstand in
401 der Verantwortung, tätig zu werden. Präventionsarbeit und die Aufgabe, die
402 politischen Dimensionen sexistischer Gewalt zu thematisieren, fallen ebenfalls in
403 den Verantwortungsbereich von Vorständen.

404 F. Verantwortung der Mitglieder – solidarische Parteikultur sind wir alle: Für
405 eine solidarische, diskriminierungsfreie Parteikultur sind wir alle
406 verantwortlich. Es braucht gemeinsame Weiterbildungen, um Sexismus zu verstehen,
407 Vorurteile zu reflektieren und Gegenstrategien zu erarbeiten. Es braucht Räume
408 für Frauen und/oder FLINTA*in unserer Partei. Aber auch Männer brauchen
409 spezifische Möglichkeiten und Räume, um eine solidarische Parteikultur zu
410 entwickeln. Die Workshops spezifisch für Männer auf dem Bundesparteitag 2022
411 waren ein guter Anfang. Diese wollen wir parallel zu Frauen- oder FLINTA*-Plena
412 auf allen Landespartei- und Bundesparteitagen anbieten, durchgeführt je nach
413 Bedarf von externen Personen oder von Genoss*innen.

414 **4. Wenn ein Vorfall passiert ist... – Ablauf**

415 Im Rahmen der Partei kam es zu Sexismus oder sexistischer Gewalt, und die
416 betroffene Person wendet sich an eine Vertrauensperson oder an einen Vorstand,
417 der an die Vertrauenspersonen verweist. Sobald die Meldung bei einer
418 Vertrauensperson oder -gruppe angekommen ist, gilt es, folgende Ebenen im Blick
419 zu haben:

420 **4.1. Meldung und (Erst-)Gespräch mit der betroffenen Person**

421 Die betroffene Person entscheidet, wem sie sich nach einem Vorfall anvertraut.
422 Wünscht sie eine innerparteiliche Aufarbeitung oder eine unverbindliche Beratung,
423 dann sind die Vertrauenspersonen die in der Partei dafür zuständige Instanz. Sie
424 stehen Betroffenen innerhalb der Partei zur Seite, kümmern sich um den
425 parteiinternen Prozess der Aufarbeitung und sind hier zu finden:
426 <https://www.die-linke.de/partei/vertrauenspersonen/>.

427 Möchte die betroffene Person lieber ein Gespräch mit den von der Partei
428 beauftragten, externen und unabhängigen Expertinnen, sind diese hier zu finden:
429 <https://www.die-linke.de/partei/expertinnen-kommission/>

430 Damit diese Unterstützungsmöglichkeiten im Fall der Fälle ohne Barrieren rasch zu
431 finden und zu erreichen sind, steht die Bundesgeschäftsstelle in der Pflicht, die
432 Kontakte oder Webseiten der Vertrauenspersonen und externen Expert*innen
433 regelmäßig zu prüfen und zu aktualisieren.

434 Es steht der betroffenen Person frei, welche Vertrauensperson(en) welcher Ebene
435 sie anspricht. Nach der Meldung gibt es ein (erstes) Gespräch zwischen der
436 angesprochenen Vertrauensperson oder -gruppe und der Betroffenen. Auf Wunsch ist
437 es möglich, dass Expert*innen oder Unterstützungspersonen der betroffenen Person
438 dabei sind.

439 Die betroffene Person benennt, was ihr widerfahren ist, in ihrem Tempo. Ihre
440 Schilderungen und ihre Bedürfnisse werden durch die Vertrauenspersonen
441 aufgenommen, sie sind später maßgebliche Grundlage für die Ausarbeitung eines
442 Fahrplans, aber bestimmen nicht über organisatorische Konsequenzen und Schritte.

443 Der Leitfaden samt seinen Verfahrensweisen setzt erst ein, wenn die Betroffene
444 sich für eine parteiinterne Aufarbeitung entschieden hat. Das kann (muss aber
445 nicht) das Ergebnis des Erstgesprächs mit einer Vertrauensperson sein.

446 Vertrauenspersonen gehen mit den an sie herangetragenen Informationen und Daten

447 vertraulich um und handeln nach bestem Wissen und Gewissen. Wer sich an eine
448 Vertrauensperson wendet, kann sich darauf verlassen, dass kein weiterer
449 operativer Schritt im Klärungsprozess ohne das Einverständnis der betroffenen
450 Person erfolgt.

451 Zur Transparenz und Sicherheit, damit sie sich ein genaueres Bild machen kann,
452 werden der betroffenen Person auch die z.B. durch das Parteiengesetz gesetzten
453 Grenzen ergreifbarer Maßnahmen mitgeteilt. Es wird nichts versprochen, was nicht
454 gehalten werden kann. Auch die Grenzen der Zuständigkeit und Kompetenzen müssen
455 klar sein: Vertrauenspersonen können keine juristische oder psychologische
456 Beratung anbieten. Sie können aber helfen, indem sie z.B. an geeignete Stellen
457 verweisen (Fachberatungsstellen, Landesschiedskommission,
458 Bundesschiedskommission, Anwält*in etc.), die bestehenden Vertrauens- und
459 Awareness-Strukturen stärken und die gemeinsame Auseinandersetzung mit Sexismus
460 voranbringen.

461 Auch Dritte, die in einer konkreten Situation unangemessenes Verhalten
462 mitbekommen, sind in einem weiteren Sinne „betroffen“ und können handeln: Sie
463 können die betroffene Person in einem vertraulichen Moment ansprechen und sie
464 fragen, wie es ihr geht und ob sie sich Unterstützung wünscht. Auch kann ein*e
465 Dritte*r auf das Angebot der Vertrauensgruppen in der LINKEN hinweisen. Besteht
466 kein Vertrauensverhältnis mit der Betroffenen oder ergibt sich keine vertrauliche
467 Situation, um ein Gespräch anzubieten, können Dritte sich auch an
468 Vertrauenspersonen wenden und ihnen schildern, was sie mitbekommen haben. Eine
469 Bearbeitung im Sinne dieses Leitfadens wird dadurch aber nicht in Gang gesetzt,
470 denn allein die betroffene Person entscheidet, ob das geschehen soll oder nicht.

471 Im Sinne der oben erwähnten Betroffenenzentrierung besteht keine Pflicht der
472 Partei, gegen den Willen von Betroffenen tätig zu werden. Einzige Ausnahmen sind
473 Fälle, die unter den Kinder- und Jugendschutz fallen, bei denen man gesetzlich
474 tätig werden muss. Hat eine betroffene Person zu diesem speziellen Ausnahmefall
475 Fragen oder Unsicherheiten, kann sie sich bei ihrer Vertrauensgruppe melden.

476 **4.2. Gespräch mit der beschuldigten Person**

477 Nach Zustimmung der Betroffenen zu einer parteiinternen Bearbeitung ist der erste
478 Schritt ein Gespräch mit der beschuldigten Person, in dem die Erzählung der
479 betroffenen Person im Zentrum steht. Der beschuldigten Person wird kommuniziert,
480 was die Vertrauensgruppe von ihr erwartet. Hier werden konkrete Punkte benannt
481 und verständlich gemacht. Besonders wichtig ist die Vermittlung von Gefühlen der
482 Herabsetzung, persönlichen Verletzung, Wut, Ohnmacht oder Scham bei der
483 betroffenen Person.

484 Grenzverletzungen sind subjektiv. In der Regel kann es nicht darum gehen, die
485 „Objektivität“ eines subjektiv geschilderten Tatzusammenhangs zu ermitteln,
486 sondern zu erkennen, was der Kontext des grenzverletzenden Handelns und ein
487 möglicher Ansatz der (versuchten) Wiedergutmachung ist. Gegenüber einer
488 beschuldigten Person geht es also nicht um den formalen Nachweis einer Schuld,
489 sondern um Perspektivwechsel („Wie war das für die betroffene Person, was hat sie
490 erlebt?“ Was hat mein Verhalten hervorgerufen?“, Verantwortungsübernahme („Was
491 kann ich zur Heilung der Situation beitragen?“) und Veränderungsbereitschaft
492 („Was muss ich hinterfragen und verändern, in Zukunft tun oder lassen?“).

493 Grundsätzlich kann eine konstruktive Arbeit mit der grenzverletzenden Person dann
494 angestrebt werden, wenn sie bereit ist, sich mit dem Vorwurf und der erfolgten
495 Verletzung ernsthaft auseinanderzusetzen.

496 Da es gegenüber der grenzverletzenden Person gerade nicht um den Beweis einer
497 Schuld geht, ergibt hier die häufig angeführte Unschuldsvermutung keinen Sinn.

498 Die Unschuldsvermutung ist ein Schutzrecht gegenüber der Strafjustiz und den
499 Ermittlungsbehörden – doch die Partei ist kein paralleles Justizsystem.

500 Wichtig: Mitglieder einer Vertrauensgruppe müssen untereinander abstimmen, wer
501 mit der betroffenen und wer mit der beschuldigten Person spricht und
502 weiterarbeitet. Das sollte nach Möglichkeit personell getrennt sein.

503 **4.3. Ausarbeitung eines Fahrplans**

504 Die für den Fall zuständige Vertrauensgruppe erarbeitet in Rückkopplung mit der
505 betroffenen Person Maßnahmen, die für sie Schutz herstellen sollen. Die
506 betroffene Person kann nicht allein entscheiden, welche Maßnahmen das sein
507 können, denn diese Maßnahmen betreffen uns als Organisation. Ohne ihr
508 Einverständnis werden aber keine Maßnahmen ergriffen, damit sie die Kontrolle
509 über den Prozess behält.

510 **4.4. Maßnahmen**

511 Die von der Vertrauensgruppe ausgearbeiteten Maßnahmen können auf zwei
512 unterschiedlichen Ebenen liegen:

513 A. Schutzmaßnahmen

514 Die patriarchale Denkweise – die in der Gesellschaft so allgegenwärtig ist, dass
515 sie uns alle durchzieht – verleitet uns, nach Strafen zu verlangen. Unser
516 Schwerpunkt sollten aber Schutzmaßnahmen zugunsten von (potenziell) Betroffenen
517 sein, damit sie sich in unserer Partei wohl und sicher fühlen und auch weiterhin
518 mitarbeiten können. Schutzmechanismen haben beispielsweise das Ziel, ein direktes
519 Aufeinandertreffen der beteiligten Personen während eines laufenden Prozesses zu
520 vermeiden, damit es nicht zum „stillen Ausschluss“ der betroffenen Person kommt,
521 weil sie einfach geht. Entsprechende Vereinbarungen müssen von Beginn an einen
522 (auch zeitlich) klaren Rahmen haben, der dem Vorfall angemessen ist.

523 Handelt es sich um Schutzmaßnahmen, die unsere Organisation oder die beschuldigte
524 Person in irgendeiner Weise einschränken, müssen sie mitgeteilt und vermittelt
525 werden. Es kann aber auch Schutzmaßnahmen geben, die niemanden einschränken,
526 sondern die betroffene Person stärken, indem sie zum Beispiel auf
527 Parteiveranstaltungen von unterstützenden Personen begleitet wird. Ob und wie
528 diese Maßnahmen mitgeteilt werden, hängt vom konkreten Fahrplan ab.

529 Es muss nicht zwangsläufig und in jedem Fall zu eingeleiteten Schutzmaßnahmen
530 kommen. Manchmal kann in Gesprächen mit entsprechender Sensibilität aller
531 Beteiligten ein Lernprozess angeschoben werden, der „im Hintergrund“ läuft, die
532 Verletzung aufarbeitet und positiv in die Partei zurückwirkt.

533 B. Lernprozess:

534 Von der gewaltausübenden Person wird ein Lernprozess eingefordert, z.B. durch
535 eine Weiterbildung oder eine individuelle professionelle Beratung. Es gibt Fälle,
536 in denen Täter an externe Strukturen empfohlen werden müssen, um ihr Verhalten zu
537 ändern. In anderen Fällen kann die Kommunikation mit Tätern innerparteilich
538 geschehen. Die Vertrauensgruppen sprechen hierfür fallweise Empfehlungen aus.

539 Lehnt die beschuldigte Person niedrigschwellige Maßnahmen ab oder zeigt sich im
540 Laufe des Aufarbeitungsprozesses als nicht kooperationswillig, kann dies
541 stärkere, weitreichendere Maßnahmen zur Folge haben. Solche Maßnahmen sind durch
542 die Satzung der Partei zu regeln.

543 Wir machen es uns zu einfach, wenn wir denken, mit dem Ausschluss der
544 gewaltausübenden Person aus unseren Strukturen habe sich das Problem erledigt.
545 Damit würde die gewaltausübende Person aus ihrer persönlichen und politischen
546 Verantwortung entlassen. Dennoch: Täterarbeit im Sinne einer psychologischen und
547 therapeutischen Aufarbeitung können wir nicht leisten, weder personell noch

548 finanziell.

549 **4.5. Aufarbeitung von und Umgang mit Vorfällen in der betroffenen Struktur**

550 Ein Vorfall kommt häufig nicht aus dem Nichts und findet nicht im luftleeren Raum
551 statt. Auch die umgebende Parteistruktur, das politische Umfeld, ist „betroffen“.

552 Hätten wir was merken müssen? Haben wir was gemerkt und nichts gesagt? Finden wir

553 „übertrieben“, was jetzt als Reaktion passiert? Wie können wir weiter gemeinsam

554 aktiv sein? Was braucht die betroffene Person, um in unserer Struktur zu bleiben?

555 Deshalb gehört die Arbeit mit der betroffenen Struktur unabdingbar zum Konzept

556 der kollektiven Verantwortungsübernahme. Dieser Leitfaden zeigt nicht nur Wege

557 der Aufarbeitung von Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt mit Betroffenen und

558 Täter*innen auf, sondern auch Wege der Aufarbeitung für die betroffene

559 Parteistruktur, in deren Reihen der Vorfall passiert ist oder eine toxische

560 Kultur Einzug halten konnte.

561 Konkret: In Absprache mit der betreuenden Vertrauensgruppe findet eine Reflexion

562 des Vorfalls mit den Mitgliedern der betroffenen Parteistruktur durch den/die

563 thematisch zuständige*n Referent*in aus der Bundesgeschäftsstelle, durch kundige

564 Multiplikator:innen oder durch eine lokale Gleichstellungsperson statt, bei

565 Bedarf auch unter Einbeziehung externer Beratung. Es gilt, bei dieser Reflexion

566 die Bedürfnisse der Betroffenen zu respektieren und die Grenzen der

567 Verschwiegenheit zu beachten. In jedem Fall muss es eine Kontaktmöglichkeit für

568 die Mitglieder der betroffenen Struktur geben, ggf. auch eine

569 Mitgliederinformation, um Gerüchte zu vermeiden und die Aufarbeitung zu

570 vermitteln.

571 **4.6. Abschluss und ggf. erneu(er)te Integration in die Struktur**

572 Wenn die gewaltausübende Person bereit ist, in einen Reflexionsprozess zu gehen

573 und Verantwortung für das Geschehene und dessen Auswirkungen zu übernehmen, ist

574 das zu respektieren statt zu stigmatisieren. Ob dies gelingt und irgendwann

575 abgeschlossen ist, wird nicht von der gewaltausübenden Person entschieden.

576 Es braucht Raum dafür, mit Fehlern umzugehen, also einerseits Schwäche oder Scham

577 einzugestehen, andererseits aber auch „verzeihen“ zu können. Zugleich ist nicht

578 möglich, eine Probe auf das Gelernte zu machen, d.h. die Vertrauensgruppe kann

579 nicht „überprüfen“, ob eine Entschuldigung ernst gemeint, also ob der Groschen

580 wirklich gefallen ist. Sollte die Person weiterhin auffallen, braucht es einen

581 neuen Fahrplan mit ggf. weitreichenderen Konsequenzen.

582 Eine mögliche erneu(er)te Integration in die Parteistruktur hängt also vom

583 Abschluss eines im Fahrplan vereinbarten Aufarbeitungsprozesses ab. In diesem

584 Prozess der erneuten Integration tragen auch die Genoss*innen der betroffenen

585 Parteistruktur sowie die jeweiligen Vorstände eine Verantwortung.

586 **4.7. Dokumentation und Auswertung**

587 Die Vertrauenspersonen erfassen die Fälle anonymisiert in einem standardisierten

588 Erfassungsbogen nach unterschiedlichen Kategorien (Anzahl, Diskriminierungsform,

589 strafrechtlich relevant ja/nein, Wiederholungsfall ja/nein etc.), um im Zweifel

590 auf dokumentierte Zusammenhänge zurückgreifen zu können. Berichte an die

591 Vorstände der jeweiligen Ebene erfolgen regelmäßig, mindestens zweimal jährlich,

592 und finden Aufnahme in den Rechenschaftsbericht der Vorstände an Bundes- bzw.

593 Landesparteitag. Diese anonymisierten Berichte unterstreichen die Ernsthaftigkeit

594 der Anstrengungen und dokumentieren mögliche Fortschritte, Defizite,

595 Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Herausforderungen.

596 Diese Berichte sind auch deshalb so wichtig, weil sie in die Auswertung und

597 Weiterentwicklung des Leitfadens einfließen – ein Auftrag, der in der

598 Verantwortung einer ständig berufenen, also verstetigten Feministische Kommission

599 liegen soll (siehe hierzu letzter Vorschlag unter „Prävention“).

600 5. Prävention

601 Sexismus im Kontext von Parteileben, politischen Gruppen, auf Parteitag oder in
602 Sitzungsdebatten hat besondere Dimensionen. Mitglieder auf sexistische Weise an
603 ihrer politischen Beteiligung und Entwicklung zu hindern oder zu beeinträchtigen,
604 indem z.B. Äußerlichkeiten von FLINTA* kommentiert, feministische Themen
605 degradiert, entsprechende Beiträge ignoriert oder belächelt werden oder tätliche
606 Übergriffe passieren, ist nicht bloß ein Nicht-Ernstnehmen und eine Verletzung
607 von persönlichen Grenzen und Gefühlen. Es bedeutet eine substantielle
608 Benachteiligung betroffener Personen bei der politischen Willensbildung und
609 Parteiarbeit. Es bedeutet ein mehr oder weniger systematisches Verweigern von
610 notwendigen Ressourcen wie Anerkennung und Wirkungsmacht, eine Schwächung
611 gleicher Rechte und Chancen bis hin zum stillen Ausschluss bestimmter Personen,
612 wenn sich diese frustriert oder gedemütigt zurückziehen.

613 Selbst in der Partei etablierte FLINTA* können durch sexistische Verhaltensweisen
614 geschwächt werden, wenn diese als so „normal“ gelten, dass sie quasi unsichtbar
615 wirken. Oder wenn zum Beispiel infolge machtpolitischer Gruppendynamiken
616 Genoss*innen aller Geschlechter sich an Sexismus gegenüber einer Person
617 beteiligen. Oder wenn sexistische Praktiken übersehen und unterschätzt werden,
618 weil eine linke Partei ja per Definition und Programmatik schon ausreichend
619 feministisch ist – vermeintlich.

620 Durch vorhandene Hierarchien etwa zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, neuen und
621 erfahrenen Mitgliedern, Funktionsträger*innen und Basisgenoss*innen können
622 Machtgefälle entstehen, die sich mit sexistischem Verhalten oder Machtmissbrauch
623 verschränken und verstärken können. Hier gilt es, Regeln zu definieren und
624 Strukturen zu schaffen, die Dominanzgebaren und Willkür in die Schranken weisen.

625 Prävention von Vorfällen setzt Problembewusstsein voraus. Wollen wir unserem
626 politischen Grundkonsens umfassend genügen, ihn weiterentwickeln und gemeinsame
627 Kämpfe führen, braucht es eine solidarische Parteikultur sowie verlässliche
628 Strukturen – und natürlich Menschen, die dafür einstehen.

629 Es gibt viele Möglichkeiten, all dies zu verbessern. Ausgewählte Aspekte der
630 Präventionsarbeit sind:

- 631 • Aufwertung von Politikfeldern anstreben, die als „weiche“ Themen gelten,
632 obwohl sie von universeller Bedeutung und massivem Kürzungs- und
633 Legitimationsdruck von rechts ausgesetzt sind: feministische,
634 Gleichstellungs- und Queer-Politik; Kinder- und Jugendpolitik; Care-Arbeit
635 und Zeitsouveränität.
- 636 • feministische Prägung „harter“ Politikfelder wie Haushalts- und
637 Finanzpolitik, Verkehrs- und Klimapolitik voranbringen.
- 638 • geschlechtsspezifische Barrieren der Beteiligung im Parteileben analysieren
639 und abbauen; dies betrifft etwa (familienfreundliche) Uhrzeiten von
640 Sitzungen und anderen Veranstaltungen, verbindliche Angebote an
641 Kinderbetreuung mindestens für Parteitage, Quotierungen von Redelisten
642 (inkl. Erstredner*innen), Verteilung reproduktiver Tätigkeiten in der Partei
643 (wer kümmert sich um Versorgung, moderiert, protokolliert, hat ein offenes
644 Ohr für persönliche Anliegen usw.?)
- 645 • Bewusstsein dafür schaffen, dass Rollenerwartungen gegenüber FLINTA* und
646 anderen diskriminierungsbetroffenen Personen häufig widersprüchlich und
647 kompliziert sind und damit einem unbefangenen Auftreten im Weg stehen (z.B.
648 werden sowohl selbstbewusstes Auftreten als auch Zurückhaltung und stilles
649 Auftreten kritisiert). Betroffenen sollte wohlwollend und vorurteilsfrei

- 650 begegnet und die Möglichkeit gegeben werden, ihre Punkte ohne unfreundliche
651 Unterbrechung, absichtliche Resonanzverweigerung oder besserwisserische
652 Maßregelung zu artikulieren.
- 653 • Bildungsformate zu Sexismus, Diskriminierung und Gewalt auf allen
654 Parteiebenen entwickeln und verpflichtende Fortbildungen für Funktions- und
655 Mandatsträger*innen sowie für Genoss*innen in Führungsposition umsetzen.
 - 656 • Treffen, Veranstaltungen, Projekten und Kampagnen mit Blick auf die
657 Beteiligung von Frauen*, Lesben, intergeschlechtlichen, nicht-binären,
658 transgeschlechtlichen und agender Personen (FLINTA*) sowie von
659 diskriminierungs betroffenen Personen auswerten
 - 660 • Räume und Gelegenheiten schaffen, um den Umgang untereinander zu
661 reflektieren: Wie geht es uns miteinander in der Partei? (ggf. mit externer
662 Moderation o.ä.)
 - 663 • Diversität nicht nur als Repräsentation in Funktionen und Mitgliedschaft
664 begreifen, sondern als aktive Beteiligung an Entscheidungen, Honorierung und
665 Unterstützung von Engagement, Positionierung und Einbringung eigener
666 Erfahrungen.
 - 667 • diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit verstärken
 - 668 • Awareness-Konzepte für alle Mitgliederversammlungen, Konferenzen und
669 Parteitage, geschulte Awareness-Beauftragte vor Ort etablieren
 - 670 • Gleichstellungs- und Diversitätsbeauftragte in den Landes- und
671 Kreisverbänden anregen
 - 672 • Statistiken und Mitgliederbefragungen zu Geschlechterverhältnissen in der
673 Partei auswerten, um ggf. diskriminierende oder ausschließende Strukturen
674 sichtbar(er) zu machen.
 - 675 • eine Feministische Kommission als ständige Kommission (ähnlich dem
676 Ältestenrat, der Historischen Kommission) berufen. Aufgaben wären unter
677 anderem: Auswertung und Weiterentwicklung des Leitfadens auf Grundlage der
678 regelmäßigen Berichte der Vertrauenspersonen, Entwicklung und/oder Stärkung
679 von feministischen Perspektiven in allen Politikfeldern, parteiweite
680 Mitgliederbefragung zu geschlechtsbezogenen Teilhabemöglichkeiten und
681 erlebter Diskriminierung in der Partei, Entwicklung eines FLINTA*-
682 Förderplans der LINKEN, Neugestaltung einer Frauen- und/oder FLINTA*-
683 Konferenz, Feministische Sommerakademie.
- 684 Um Machtunterschiede innerhalb der Partei zu verringern, die geschlechtsbezogene
685 Gewalt begünstigen können, möchten wir zudem folgende Vorschläge weiter
686 diskutieren:
- 687 • Rotation bezeichnet die Festlegung eines Wechsels nach einem festen Turnus.
688 In der LINKEN gilt etwa für alle Parteiämter, inklusive der
689 Parteivorsitzenden, eine empfohlene maximale Amtszeit von acht Jahren. Für
690 Parlamentsabgeordnete gibt es keine solche Regelung. Das Rotationsprinzip
691 gehört zu einem der ältesten Prinzipien vieler linker Parteien oder auch
692 Gewerkschaften international.
 - 693 • Die Trennung von Amt und Mandat bedeutet im Kontext von Parteien, dass
694 dieselbe Person nicht zu gleichen Zeit eine gewählte Parteifunktion und ein
695 Wahlamt/Mandat bekleidet. Dies kann weiter konkretisiert werden, indem es z.
696 B. nicht auf der gleichen Ebene (kommunal, Land, Bund) erfolgen soll. Ziel
697 der Trennung ist, die Konzentration von Macht auf einzelne Personen zu
698 verhindern.

Begründung

Fußnote zur Begrifflichkeit "Arbeit mit der gewaltausübenden Person":

Vieles ist noch in Debatte: Die Feministische Kommission konnte sich auf keinen festen Begriff einigen. Die Begriffe „beschuldigte Person“, „gewaltausübende Person“ und „Täter“ werden deshalb in diesem Leitfaden synonym füreinander verwendet.

Antrag L.01.: Wahlprogramm zur Europawahl 2024

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Liebe Wähler*innen,
- 2 die anstehenden Europawahlen werden mitentscheiden: Schaffen wir es, aus den
- 3 vielen Krisen herauszukommen? Denn viele wichtige Entscheidungen werden längst
- 4 auf europäischer Ebene getroffen. Wie können wir Lebensmittel und Energie
- 5 bezahlbar machen? Wie die Wirtschaft in Europa sozial gerecht umbauen? Wie die
- 6 Klimakatastrophe stoppen? Wie das Massensterben im Mittelmeer beenden und die
- 7 Brutalität und das Massensterben an den EU-Außengrenzen beenden? Wie unsere
- 8 Demokratie schützen und Frieden schaffen?
- 9 DIE LINKE macht dafür ein klares Angebot: Wir müssen den Markt grenzübergreifend
- 10 regeln und Demokratie ausbauen. Wir greifen die Wut vieler Menschen auf und
- 11 machen Druck für grundsätzliche Veränderung. Reiche und Konzerne wollen wir
- 12 endlich in die Verantwortung nehmen und zur Kasse bitten, um massiv in eine
- 13 soziale und klimagerechte Zukunft zu investieren, statt Europa den Lobbyisten und
- 14 Rechten zu überlassen.
- 15 DIE LINKE will ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in
- 16 Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die
- 17 Menschenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Unsere
- 18 Vision von einem geeinten Europa ist, dass es sich unabhängig von der
- 19 Blockkonfrontation zwischen den USA und China macht und auf soziale Sicherheit,
- 20 Klimagerechtigkeit, Diplomatie und Abrüstung setzt. Ein Europa der globalen
- 21 Gerechtigkeit, das damit aufhört, den globalen Süden durch Freihandelsverträge
- 22 und den Ausverkauf an Konzerne auszubeuten. Eine EU, in der die Menschen mehr
- 23 zählen als der Profit. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung. Dazu laden wir Sie
- 24 ein.
- 25 Die letzten Jahre haben zeigt: Eine starke linke Stimme im Europaparlament macht
- 26 einen Unterschied. Wir sind nicht käuflich und nehmen als einzige Partei im
- 27 Bundestag keine Spenden von Unternehmen und Konzernen an. Wir haben gemeinsam
- 28 mit vielen wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Mit Ihrer Unterstützung
- 29 können wir soziale Gerechtigkeit in der EU stark machen. Inmitten all der Krisen
- 30 ist die Europawahl daher auch eine Chance.
- 31 In der vergangenen Legislatur haben wir im Europaparlament einiges erreicht: Auf
- 32 unsere Initiative hat das Europaparlament die Freigabe von Impfpatenten
- 33 beschlossen. Wir haben dazu beigetragen, dass ein armutsfester Mindestlohn in
- 34 Europa eingeführt wird. Wir haben im Europaparlament entscheidenden Druck für das
- 35 Gesetz zum Schutz von über 28 Millionen Arbeitenden auf den digitalen Plattformen
- 36 gemacht. Das zeigt: Eine starke LINKE stärkt soziale Sicherheit in Europa und
- 37 baut aus, was Leben und Alltag besser macht.
- 38 Die Vision eines vereinten Europas ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden
- 39 als Gegenpol zu Faschismus und Krieg. Die Europäische Union verkörpert für viele
- 40 die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, um
- 41 Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen, einen gemeinsamen Markt zu
- 42 schaffen und das Kapital zu stärken. Während Regierungen und große Unternehmen
- 43 die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion
- 44 meilenweit dahinter zurück. Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen

45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf um
47 Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne
48 und für die sozialen Garantien allein auf der Ebene der Nationalstaaten nicht
49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns sowohl gegen die
51 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
52 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

53 Die EU braucht dringend Veränderung. Oft werden große Unternehmen mit
54 Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen
55 sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll
56 der Weg nach vorne sein. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns wahlweise mit
57 einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder
58 dem Treten nach unten zufriedengeben.

59 Seit Jahrzehnten ist es nicht gelungen, die Ungleichheit in Europa zu verringern.
60 Dabei wächst der Reichtum von wenigen. Die Maastricht-Kriterien verbieten es, für
61 langfristige öffentliche Ausgaben Kredite aufzunehmen. Im Ergebnis fehlt in der
62 EU öffentliches Geld für Bildung, bezahlbares Wohnen, Pflege und Gesundheit, für
63 funktionierende Kommunen und für die Abschaffung der Armut. Jedes vierte Kind in
64 der EU lebt in Armut. Viele Gesundheitssysteme in der EU sind in der Coronakrise
65 in die Knie gegangen. Pflegekräfte haben bis weit über ihre Grenzen gearbeitet.
66 Doch die Gewinne der Pflege- und Pharmakonzerne sind rasant gestiegen.
67 Öffentliche Schulen und Hochschulen sind marode, es gibt viel zu wenige
68 Lehrkräfte. In vielen Städten herrscht Wohnungsnot für Menschen mit mittleren und
69 niedrigen Einkommen. Die Mieten explodieren, aber Wohnungskonzerne und
70 Investmentfonds machen große Profite. Die Regeln zur Förderung von
71 Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt haben Privatisierungen von öffentlichem
72 Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen vorangetrieben. Die Leistungen sind
73 teurer und schlechter geworden. Mit den Renten wird auf den Finanzmärkten
74 spekuliert. Große Digitalkonzerne zahlen viel zu wenig Steuern. Markt und
75 Profitstreben bestimmen Lebensbereiche, die zuerst Bedarfe und Bedürfnisse der
76 Menschen befriedigen sollen. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir
77 innerhalb der EU und auch hierzulande immer noch weit entfernt. So kommen wir
78 nicht durch die Krisen, so schaffen wir weder den nötigen sozial-ökologischen
79 Umbau noch retten wir so die Demokratie.

80 Die Europäische Union wird ihre selbstgesteckten, wenig ambitionierten Klimaziele
81 verfehlen, unterdessen eskaliert die Klimakrise mit Waldbränden, Dürren und
82 Starkregen auch in Europa. Der Weg, über höhere Preise und steuerpolitische
83 Anreize die CO2-Emissionen zu verringern, wird den Klimawandel nicht aufhalten.
84 „Der Markt wird es schon richten“ ist das Credo. Aber der Markt regelt es nicht!
85 Die Regierenden in der EU erklären, dass sie eine klimaneutrale Wirtschaft
86 wollen. Aber sie scheuen den Konflikt mit den fossilen Konzernen und wollen nicht
87 mit einer Wirtschaftspolitik brechen, die die Interessen von Reichen und Konzerne
88 nach vorne stellt. Ihr Fokus auf „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ und
89 Standortkonkurrenz bedeutet für Menschen und Umwelt: Ungleichheit, Armut und
90 Zerstörung. Die Ökosysteme kollabieren, die natürlichen Grundlagen werden
91 geplündert. Daran ändert auch der „Green Deal“ der EU-Kommission nichts. Die
92 meisten Emissionen werden von Konzernen und Reichen verursacht. Der „Club of
93 Rome“ weist in seinem letzten Bericht darauf hin, dass die Reichsten die meisten
94 Ressourcen verbrauchen, ohne die nötigen Konsequenzen zu tragen. Er hat recht.
95 Die Klimakatastrophe wirksam zu bekämpfen, heißt: die Macht der großen Konzerne

96 brechen, Eigentum demokratisieren und Reichtum umverteilen. Es ist Zeit
97 umzusteuern. Es braucht Mut für eine Wirtschaftswende durch einen sozial
98 gerechten, demokratisch gestalteten und ökologisch nachhaltigen Umbau.

99 Wir wollen den Lobbyismus und die Korruption beenden. Die Demokratie und
100 Zusammenhalt stärken – das geht nicht mit Worten. Das geht nur, wenn die
101 Interessen von Reichen und Konzernen beschränkt werden, statt diejenigen mit
102 wenig Geld gegen die mit noch weniger Geld auszuspielen. Wir wollen Vorgaben, an
103 die sich die Konzerne halten müssen. Wir wollen, dass erneuerbare Energien und
104 nachhaltige Wirtschaft massiv gefördert werden: mit öffentlichem Geld, das dann
105 zu öffentlichem Eigentum oder öffentlichen Beteiligungen führt. Beschäftigte und
106 Gewerkschaften müssen den Umbau wesentlich mitgestalten können, dafür braucht es
107 mehr Mitbestimmungsrechte, Beschäftigungsgarantien und die Stärkung der
108 Tarifbindung. Eine Energieversorgung aus öffentlicher Hand muss bezahlbare und
109 sozial gestaffelte Preise anbieten. Wir streiten für eine Investitionsoffensive,
110 die Europa zukunftsfähig macht, die den Alltag für die Menschen in
111 strukturschwachen und benachteiligten Regionen in Ost und West besser macht, den
112 Umbau der Industrie schafft und unsere Kommunen stärkt: mehr und verlässlicher
113 Bus- und Schienenverkehr, kostenfreier ÖPNV, erneuerbare Energien, starke
114 regionale Wirtschaft mit guten Löhnen und kürzeren Transportwegen. So schaffen
115 wir soziale Sicherheit im Wandel – und Millionen gut bezahlte
116 Industriearbeitsplätze mit Zukunft!

117 Der soziale und klimagerechte Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine
118 epochale Herausforderung. Er erfordert mehr grenzübergreifende Kooperation und
119 internationalen Austausch. Doch die EU driftet politisch wie sozial auseinander
120 und die USA, die EU und China konkurrieren zunehmend miteinander. Die weltweiten
121 Machtblöcke verschieben sich. Die Welt ist unübersichtlicher und gefährlicher
122 geworden, die Blockkonfrontation zwischen den USA und China bzw. Russland spitzt
123 sich zu. Neue Handelskriege und ein gigantischer Rüstungswettlauf sind die Folge.
124 Die EU rüstet im Bündnis mit den USA und der NATO seit Jahren auf und liefert
125 Waffen an Diktaturen.

126 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dauert an. Er
127 ist ein Verbrechen. Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Zahl der Toten
128 steigt immer weiter, Wohnhäuser und Infrastruktur werden zerstört. Der Krieg muss
129 sofort beendet werden, dafür sollte die Europäische Union dringend ihre
130 diplomatischen Bemühungen verstärken, anstatt Eskalation und Abnutzungskrieg zu
131 befeuern. Zusammen mit Brasilien, Indien und China kann sie diplomatischen Druck
132 aufbauen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Zivile
133 Alternativen zum militärischen Tunnelblick und zu immer mehr Waffen sind dringend
134 nötig. Das gilt umso mehr, als weltweit zahlreiche Kriege toben, in denen – wie
135 in Äthiopien oder im Jemen – Hunderttausende Menschen getötet werden, oft mit
136 europäischen Waffen und westlicher Unterstützung. Teilweise sind es NATO-Partner
137 wie die Türkei, die das Völkerrecht brechen. Putins brutaler Angriff auf die
138 Ukraine dient zugleich als Anlass, die Rüstungsausgaben der EU-Staaten massiv zu
139 steigern. Auch in Deutschland. 100 Milliarden Euro Sondervermögen bekommt allein
140 die Bundeswehr – trotz Pflagenotstand und Bildungsmisere, Wohnungsnot und
141 verfehlter Klimaziele. Das schafft nicht mehr Sicherheit, weil die
142 Rüstungsausgaben der EU-Staaten längst ein Vielfaches derer Russlands betragen.
143 Die Gewinne der Rüstungskonzerne gehen durch die Decke, die Aktionär*innen freuen
144 sich über hohe Dividenden. Statt immer mehr Geld an Rüstungskonzerne zu
145 verschwenden, brauchen wir massive Investitionen in die Zukunft und den
146 klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – das schafft
147 Energieunabhängigkeit und nachhaltige Sicherheit.

148 Pandemie und Ukrainekrieg haben gezeigt, wie anfällig der globale Kapitalismus

149 und die über viele Länder gestreckten Produktions- und Lieferketten sind. In der
150 Krise sind die Energiepreise in die Höhe getrieben worden, die fehlgesteuerte
151 Regulierung des europäischen Strommarktes hat dazu beigetragen, die Lage zu
152 verschlimmern. Die Gewinne der Energiekonzerne explodieren. Die Preise, besonders
153 für Lebensmittel, bringen überall in Europa Menschen an den Rand der
154 Existenzkrise. Die Konzerne reden angesichts der hohen Inflation von einer Lohn-
155 Preis-Spirale, doch tatsächlich ist es eine Profit-Preis-Spirale. Die Löhne
156 bleiben systematisch hinter der Inflation zurück. Die Gewinne der großen
157 Unternehmen und von Digitalkonzernen wie Amazon steigen in ganz Europa massiv.
158 Der Reichtum von Konzernen und Superreichen explodiert, Lobbyisten machen Druck
159 und schreiben an den Europäischen Gesetzen mit.

160 Ergebnis dieses Krisen-Kapitalismus: In ganz Europa wächst die Verunsicherung. In
161 vielen Ländern erleben wir ein Erstarken der extremen Rechten, die die Demokratie
162 verächtlich macht und menschenverachtende Hetze betreibt. Auch in der EU ist die
163 Demokratie bereits vielfach unter Druck, in vielen Mitgliedstaaten sind Rechte an
164 der Regierung und reißen Grundlagen der Demokratie ein. Auch Parteien der
165 sogenannten Mitte ordnen Menschenrechte und Demokratie zunehmend autoritären
166 Maßnahmen unter und opfern sie kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen. Sie
167 kommen den Rechten immer weiter entgegen. Wir zeigen klare Kante gegen rechts und
168 die große Koalition der Abschottung. Als einzige Fraktion im Europaparlament
169 stellen wir uns den Angriffen auf das Asylrecht kompromisslos entgegen. Wir
170 fordern: keine Deals mit Diktatoren, Menschenrechte verteidigen und
171 Fluchtursachen bekämpfen – nicht Geflüchtete.

172 Demokratie ist keine Frage des Bekenntnisses und der schönen Worte. Für uns
173 bedeutet Demokratie mehr Gleichheit: beim Reichtum, bei den Lebensbedingungen in
174 Europa und in Deutschland, bei den Entscheidungen, die das Leben aller betreffen.
175 Unsere Demokratie wird gefährdet durch Superreiche, Konzerne und Lobbygruppen,
176 die sich demokratischen Regeln entziehen. Sie wird angegriffen durch rechte
177 Parteien. Wo die stark sind, sind grundlegende Rechte wie Frauenrechte in Gefahr.
178 Und die Demokratie wird gefährdet durch eine Politik, die Reichen und Rechten den
179 roten Teppich ausrollt. Wir stellen uns den Demokratiefeinden überall in den Weg
180 und kämpfen für gleiche Rechte für alle Menschen. Niemand darf aufgrund seines
181 Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung oder Identität benachteiligt werden.
182 Die öffentlichen Leistungen, die soziale Vorsorge dürfen nicht mehr durch
183 Profitstreben, Spekulation und Markt kaputt gemacht werden. Sie sind Grundlagen
184 der Demokratie.

185 Wir wissen: Es ist nicht wahr, dass für Sozialpolitik und Investitionen kein Geld
186 da ist. Kürzungspolitik und „Schuldenbremse“ sind politische (Fehl-)
187 Entscheidungen, die geändert werden können. Und Geld kann bei Superreichen und
188 Konzernen eingesammelt werden. Denn der explodierende Reichtum von wenigen
189 beruht auf der Ausbeutung von vielen. Wir wollen den Reichtum zurückholen und so
190 einsetzen, dass Armut in Europa abgeschafft wird, dass mit der Energiewende gute
191 Arbeitsplätze entstehen, dass die Lebensverhältnisse sich für alle zum Besseren
192 entwickeln, statt dass in Europa Billiglohn- und Armutszonen Steueroasen
193 gegenüberstehen.

194 Die Zeit drängt. Konzerne, Konservative und Liberale bereiten unter der
195 Überschrift „Agenda 2030“ schon den nächsten Angriff auf soziale Rechte,
196 Beschäftigte und Sozialstaat vor. Das zeigt: Wer Europa will, der muss es Reichen
197 und Konzernen nehmen und dem öffentlichen Eigentum Vorfahrt vor Privatisierung,
198 Spekulation und Marktgläubigkeit geben. Unsere Wirtschaft braucht ein starkes
199 öffentliches Rückgrat und massive Investitionen, damit wir die zahlreichen Krisen

200 meistern können. Wir wollen, dass die EU für die Menschen funktioniert. Dafür
201 wollen wir die EU verändern. Noch hat sie neoliberale Kürzungspolitik in
202 Institution eingeschrieben: durch Fiskalpakt, Maastricht-Kriterien und der als
203 „Schuldenbremse“ verharmlosten Investitionsbremse. Das muss nicht so bleiben. Es
204 braucht den Mut, den Markt zu regeln und die Macht der Konzerne zu brechen. Dann
205 ist ein anderes, gerechtes, hoffnungsvolles Europa möglich.

206 Dafür treten wir überall ein – auf der Straße, in den Parlamenten, in den
207 Betrieben, in den Wohnvierteln. Damit sind wir nicht allein. Die Proteste in
208 Frankreich gegen die unsoziale Rentenreform, die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften
209 in Deutschland, Initiativen für eine bessere Gesundheitsversorgung in Spanien
210 oder die Kämpfe der feministischen Bewegung für das Recht auf
211 Schwangerschaftsabbruch in Polen zeigen: Auch der Mut wächst. Darauf wollen wir
212 gemeinsam mit unseren europäischen Verbündeten und der Europäischen Linken
213 aufbauen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Zusammen mit
214 den vielen Menschen, die für bezahlbare Wohnungen und Klimagerechtigkeit, gegen
215 Stromsperren, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor aktiv
216 sind. Viele wenden sich gegen Freihandelsabkommen, fordern sichere Fluchtwege und
217 versorgen Geflüchtete. Sie verhindern die Privatisierung des Wassers oder stellen
218 genossenschaftlich Ökostrom her. Sie gehen auf die Straße für Frieden und
219 internationale Solidarität. Die Menschen, die in sozialen Bewegungen aktiv sind
220 und vielfach in ihren Nachbarschaften Solidarität und Demokratie leben – sie sind
221 Botschafter*innen für ein anderes Europa, eine gerechte Europäische Union.

222 Positive Veränderungen sind möglich. Die Auseinandersetzungen um die Reform des
223 Fiskalpaktes und die Umsetzung der Ergebnisse der EU-Zukunftskonferenz können
224 eine Chance sein. Die Aufnahme gemeinsamer Anleihen, die Lockerung der
225 Beihilferegeln, die Verlängerung der Fristen zum Schuldenabbau und die Schaffung
226 von Investitionsfonds zeigen: Der Neoliberalismus in der EU ist bereits unter
227 massivem Druck. Endlich. Doch er wird nicht von alleine fallen. Wir müssen und
228 wir können ihn überwinden. Bei den kommenden Wahlen geht es daher um nicht
229 weniger als die Zukunft der EU – und damit von uns allen.

230 Wir treten an gegen ein Europa der Reichen, Rechten und Lobbyisten – und für die
231 Interessen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, all der Menschen mit
232 niedrigen und mittleren Einkommen. Sie sind unsere Leute. Für sie machen wir
233 Politik. Deswegen wollen wir eine europäische Zeitenwende für Gerechtigkeit.
234 Deshalb wollen wir, dass die EU zu einer Kraft für soziale Gerechtigkeit,
235 Klimaschutz und Frieden wird. Ein unabhängiges Europa, das den Menschen
236 verpflichtet ist, nicht dem Profit.

237 Dafür brauchen wir Ihre Stimme.

238 **1. UMVERTEILEN FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT**

239 Die Ungleichheit in der EU ist gewachsen, die Schere zwischen Arm und Reich geht
240 weiter auf. Das Versprechen, dass Europa durch die Europäische Union stärker
241 zusammenwächst, wurde nicht gehalten. Ungleichheit ist das Gegenteil von sozialer
242 Gerechtigkeit. Sie schließt Millionen von Menschen von einer gerechten Teilhabe
243 an der Gesellschaft aus – und die Ungerechtigkeit ist im Alltag zu spüren:
244 Arbeiten bis zur Erschöpfung in der Pflege, an der Kasse und trotzdem kaum über
245 den Monat kommen, höhere Energiekosten – aber die Konzerne freuen sich über
246 Rekordgewinne. Ungleichheit unterhöhlt die Demokratie und zerstört den
247 gesellschaftlichen Zusammenhalt in der EU. Die EU hat sich gleichwertigen
248 Lebensverhältnissen verschrieben. Die Ungleichheit zwischen den Regionen wächst
249 aber. Ungleichheit bedeutet ungleiche Löhne für die gleiche Arbeit an

250 unterschiedlichen Orten in der EU; Frauen bekommen immer noch weniger für die
251 gleiche Arbeit. Wer reich ist, belastet die Umwelt um ein Vielfaches. Wer arm
252 ist, ist häufiger krank und stirbt früher. Wer reich ist, kann sich leichter vor
253 der Steuer verstecken und hat bessere Chancen, mit Lobbyvereinen die eigenen
254 Interessen ins Parlament zu bringen.

255 Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen. DIE LINKE streitet für eine
256 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, damit es für ein gutes Leben für
257 alle reicht.

258 - Wir wollen den Reichtum von den Profiten zu den Löhnen verschieben: Die Gewinne
259 der Unternehmen in Europa sind durch die Decke gegangen, die Löhne und Gehälter
260 werden von den Preissteigerungen aufgebraucht. Die Inflation wird von den
261 Profiten der Konzerne angetrieben. Die Unternehmen investieren einen immer
262 geringeren Teil ihrer Profite in Innovation und verschieben einen immer größeren
263 zu den Dividenden. Innovationen wollen sie über staatliche Investitionen – und
264 damit zu einem Gutteil über Lohnsteuern – finanziert bekommen, statt die eigenen
265 Gewinne einzusetzen.

266 - Wir wollen die Beschäftigten ins Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen
267 stellen. Steuerung von Investitionen, Modernisierung und allgemeine
268 Arbeitsbedingungen müssen von den Beschäftigten selbst bestimmt werden. Sie
269 schaffen durch ihre Arbeit den Reichtum der Unternehmen – nicht das Management.

270 - Wir wollen den privaten Reichtum zum Öffentlichen verschieben: Hohe Vermögen
271 und Konzerngewinne müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens überall in
272 der EU beitragen. Für soziale Sicherheit und verlässliche öffentliche
273 Dienstleistungen und Strukturen, für Investitionen in den klimagerechten und
274 sozialen Umbau unserer Wirtschaft. Das ist auch ein Beitrag zu gleichwertigen
275 Lebensverhältnissen in der EU.

276 - Wir wollen den Reichtum von oben nach unten lenken: Wir wollen soziale
277 Mindeststandards durchsetzen und Armut in Europa abschaffen.

278 Wir setzen uns ein für gute Sozialleistungen und dafür, dass Menschen nicht auf
279 Sozialleistungen angewiesen sind: weil die Löhne und Renten für ein gutes Leben
280 reichen; weil die öffentlichen Dienstleistungen gebührenfrei sind; weil Wohnen
281 bezahlbar ist, weil die Energiekosten sozial gestaffelt sind. Gesellschaftliche
282 Teilhabe und der Schutz vor Armut sind nicht nur eine Frage der Sozialpolitik.
283 Sie bauen auf starke Gewerkschaften, die für gute Löhne kämpfen. Dafür sind
284 Tariftreue und Streikrechte zentral. Gute Löhne müssen zu Renten führen, mit
285 denen der Lebensstandard gehalten werden kann und die sicher vor Armut schützen.
286 Teilhabe baut auf einer sozial gerechten Wirtschaftspolitik und der Vergabe von
287 öffentlichen Mitteln auf: Entsteht der Reichtum in den Regionen, wo produziert
288 wird? Zahlen die großen Unternehmen dort Steuern, wo sie Umsätze machen? Entsteht
289 aus öffentlicher Förderung auch öffentliches Eigentum? Werden die öffentlichen
290 Eigentumsanteile genutzt, um auf die Art des Wirtschaftens und soziale Preise
291 Einfluss zu nehmen? Wir wollen die Gewichte verschieben: Die Daseinsvorsorge muss
292 gemeinwohlorientiert arbeiten, nicht nach Profiten. Für stärkere Mitsprache der
293 Beschäftigten in allen Unternehmen und Sektoren, die staatliche Förderungen und
294 Investitionen erhalten!

295 **Umverteilen für gute Arbeit**

296 Wir streiten für gute Löhne in ganz Europa, von denen alle gut leben können.
297 Unternehmen dürfen ihre Betriebe oder Firmensitze nicht zum Lohn- und
298 Sozialdumping verlagern oder die Rechtsform wechseln, um Mitbestimmungsrechte
299 der Beschäftigten auszuhebeln. Wir wollen gute Standards für alle in einem
300 demokratischen Europa. Wir wollen, dass Menschen sich frei in Europa bewegen

301 können – aber sie sollen nicht auswandern müssen, weil es in ihrem Herkunftsland
302 keine Arbeit oder nur zu schlechten Bedingungen gibt. Wir finden uns nicht damit
303 ab, dass sie als Billigarbeitskräfte missbraucht werden, wenn sie zum Arbeiten
304 nach Deutschland oder in andere Länder kommen. Wir haben im Europäischen
305 Parlament eine Mindestlohnrichtlinie erkämpft, die einen armutsfesten Mindestlohn
306 ermöglicht. Jetzt kämpfen wir dafür, dass er in Deutschland umgesetzt wird.

307 **Die Löhne hoch!**

308 Mindestens 20 Millionen Menschen sind in der EU trotz Erwerbsarbeit von Armut
309 bedroht. Die EU verpflichtet die Mitgliedsstaaten mit der Mindestlohnrichtlinie,
310 bis Ende 2024 Gesetze zu erlassen für eine angemessene Höhe der Mindestlöhne und
311 ihre regelmäßige Anpassung. Als angemessener Mindestlohn gelten laut EU
312 mindestens 60 Prozent des mittleren (= Median) Stundenlohns. In Deutschland wären
313 das 2024 14,12 Euro! Die EU fordert nationale Aktionspläne zur Erhöhung der
314 Tarifbindung, wenn für weniger als 80 Prozent der Beschäftigten Tarifverträge
315 gelten. In Deutschland sind es nur etwa 50 Prozent – jede*r zweite Beschäftigte
316 hierzulande ist nicht durch einen Tarifvertrag geschützt. Mit Tarifverträgen
317 verdienen die Beschäftigten mehr und sind besser geschützt. Wir wollen dafür
318 sorgen, dass die Tarifbindung steigt!

- 319 - Der Mindestlohn muss in Deutschland auf mindestens 14 Euro steigen.
- 320 - Öffentliches Geld nur noch für gute Arbeit. Damit öffentliche Aufträge nicht
321 mehr an Lohndrücker und Betriebe ohne Tarifvertrag vergeben werden, muss
322 Tariftreue als Voraussetzung bei öffentlichen Aufträgen bundesweit
323 festgeschrieben werden, auch für die Subunternehmen.
- 324 - Wir wollen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Die Tarifbindung ist in
325 Deutschland auch deswegen so niedrig, weil es Unternehmen leicht gemacht wird,
326 sich Tarifverträgen zu entziehen. Tarifverträge müssen auf Antrag der
327 Gewerkschaften allgemeinverbindlich werden.
- 328 - Tarifverträge müssen bei der Auslagerung auf Subunternehmen fortgelten.
- 329 - Werkverträge und Leiharbeit wollen wir strenger regulieren, um Lohndumping zu
330 unterbinden.
- 331 - Mitgliedschaften ohne Tarifvertrag (OT) in Arbeitgeberverbänden wollen wir
332 verbieten.
- 333 - Wir wollen die Tariftreuepflicht ins EU-Vergaberecht aufnehmen.

334 **Kürzere Arbeitszeiten: Zeit für Familie statt Stress ohne Ende**

335 Unternehmensverbände drängen in vielen europäischen Ländern auf längere
336 Arbeitszeiten für Beschäftigte. Sie wünschen sich 12-Stunden-Tage und 60-Stunden-
337 Wochen und machen mobil gegen Schutzgesetze, die dem im Weg stehen. Sie
338 versuchen, das als Freiheitsgewinn zu verkaufen. Doch Freiheit heißt, dass wir
339 selbst darüber entscheiden können, wie und wofür wir unsere Zeit verwenden – und
340 nicht das Management nach seinen Profitinteressen. Deswegen streiten wir für
341 kürzere Arbeitszeiten, damit mehr Zeit für Familie, Freunde, Hobbys und Erholung
342 bleibt. In vielen Berufen sind Beschäftigte schon jetzt am Rand ihrer Kräfte. Das
343 betrifft besonders auch Pflegekräfte, Erzieher*innen und Beschäftigte in sozialen
344 Einrichtungen. Viele arbeiten deswegen in Teilzeit, auch wenn das für sie weniger
345 Geld und niedrige Renten bedeutet – und den Mangel an Fachkräften verstärkt. Mit
346 kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen werden Pflege, Erziehung und andere
347 „Mangelberufe“ attraktiver. So können genügend Fachkräfte gefunden und gehalten
348 werden. Kürzere Arbeitszeiten erleichtern eine gleichberechtigte Arbeitsteilung
349 bei Haushalts- und Sorgearbeiten, die bisher hauptsächlich von Frauen erledigt
350 werden.

- 351 - Eine 4-Tage-Woche ist genug: kurze Vollzeit für alle bei vollem Lohn- und
352 notwendigem Personalausgleich. Wir schlagen dafür eine Verkürzung auf etwa 30
353 Stunden pro Woche vor (bzw. 4-Tage-Woche): flexibel über die Berufsbiografie zu
354 wählen. Wir wollen Modellprojekte dazu fördern. Arbeitszeitverkürzung darf nicht
355 zur Verdichtung der Arbeit führen.
- 356 - Deutschland muss endlich eine verbindliche Arbeitszeiterfassung für alle
357 Beschäftigten umsetzen, die dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes entspricht.
358 Beschäftigte werden durch nicht erfasste Arbeitszeiten und unrealistische
359 Leistungsvorgaben um einen Teil ihrer Löhne betrogen.
- 360 - Wartezeiten während der Arbeit müssen verpflichtend bezahlt werden. Sie sind
361 keine Freizeit der Beschäftigten!
- 362 - Wir brauchen EU-Arbeitsschutzrichtlinien zum Schutz vor Stress und körperlicher
363 Überlastung für gute Standards in der gesamten EU.

364 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

- 365 Frauen verdienen in Deutschland immer noch fast ein Fünftel weniger als Männer.
366 Das ist einer der höchsten Verdienstunterschiede aller EU-Länder. Mit der
367 Entgelttransparenzrichtlinie verpflichtet die EU die Mitgliedsstaaten bis 2026 zu
368 Maßnahmen, um das zu ändern. Wir wollen nicht nur Transparenz, sondern
369 Gleichheit: Das deutsche Entgelttransparenzgesetz muss ein
370 Entgeltgleichheitsgesetz sein. Wir brauchen nicht nur ein Auskunftsrecht, sondern
371 stärkere Durchsetzungsrechte, um tatsächlich gleiche Bezahlung zu erreichen.
372 Zudem müssen die Löhne in sogenannten Frauenberufen steigen – dazu muss die
373 Auslagerung durch öffentliche Arbeitgeber beendet und öffentliche
374 Dienstleistungen ausreichend finanziert werden (siehe Kapitel 1, „Steuern gegen
375 Ungleichheit und für eine gute Zukunft“).
- 376 - Alle Unternehmen müssen ihren Beschäftigten Auskunft über das Lohnniveau für
377 vergleichbare Tätigkeiten geben.
- 378 - Wir wollen ein Verbandsklagerecht zur Durchsetzung gleicher Bezahlung, damit
379 Frauen nicht mehr allein ihre Rechte einklagen müssen.

380 **Beschäftigte schützen in der Digitalisierung**

- 381 Durch die Digitalisierung von Produktionsprozessen, die Nutzung von
382 Computersystemen und Anwendungen künstlicher Intelligenz bekommt der Schutz von
383 Beschäftigten eine neue Dringlichkeit. Digitale Vorgänge hinterlassen Daten, die
384 umfassende Rückschlüsse auf die Arbeitenden, Leistungs- und Verhaltenskontrollen
385 und -steuerung ermöglichen. Wir wollen die Persönlichkeitsrechte von
386 Beschäftigten schützen, unzulässige Kontrollen verhindern und Verhaltenssteuerung
387 begrenzen. Nur so können wir eine menschenwürdige Arbeitswelt erhalten und
388 ausbauen, in der digitale Anwendungen Unterstützung für Beschäftigte sind und
389 nicht nur Mittel zur Profitsteigerung der Unternehmen. Digitalisierung soll das
390 Leben und die Arbeit erleichtern, nicht erschweren oder dazu dienen,
391 Arbeitsrechte zu schleifen.
- 392 - Der Datenschutz für Beschäftigte muss umfassend geregelt werden. Die EU hat das
393 in der Datenschutzgrundverordnung ausdrücklich ermöglicht!
- 394 - Wir wollen den Einsatz von Keyloggern und anderen Überwachungstechnologien
395 verbieten.
- 396 - Die digitale Überwachung von Betriebsräten muss ausgeschlossen werden.
- 397 - Betriebsräte und Beschäftigte müssen Auskunftsrechte erhalten, wo künstliche
398 Intelligenz (KI) zum Einsatz kommt. Es muss transparent gemacht werden, welche
399 Algorithmen eingesetzt werden, damit Betriebsräte deren Arbeitsweise und
400 Entscheidungsprozesse überprüfen können.

401 - Keine Personalauswahl durch KI! Sie führt zu Diskriminierung, weil abweichende
402 Erfahrungen weniger Berücksichtigung finden.
403 - Wir wollen, dass die EU den Einsatz von KI in der Arbeitswelt europaweit
404 regelt. Besonders im digitalen Bereich machen die Arbeitsbedingungen nicht an den
405 Grenzen halt.

406 28 Millionen Menschen arbeiten in Europa für digitale Plattformen wie Uber,
407 Lieferando und Co unter oft prekären Bedingungen. 2025 werden es wahrscheinlich
408 bereits 43 Millionen sein. Sie sind häufig Scheinselbstständige und erhalten ihre
409 Aufträge über intransparente Algorithmen. Mit der Plattformarbeitsrichtlinie will
410 die EU Beschäftigtenrechte und soziale Absicherung für diese Arbeiten
411 sicherstellen. Die Unternehmerverbände versuchen, diese Rechte möglichst vielen
412 Beschäftigten vorzuenthalten. Wir wollen, dass die Richtlinie für alle
413 Beschäftigten umfassend umgesetzt wird, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregeln,
414 Sozialversicherungsschutz, betriebliche Mitbestimmungsrechte und das Recht auf
415 gewerkschaftliche Organisierung nicht ausgehöhlt oder umgangen werden.

416 - Betriebsbegriff und Arbeitnehmerbegriff müssen an die Realität kapitalistischer
417 Plattformarbeit angepasst werden. Den Beschäftigten bei Plattformen stehen
418 dieselben Arbeitsrechte, derselbe Sozialversicherungsschutz und dieselben
419 Mitbestimmungsrechte zu wie Beschäftigten in herkömmlichen Betrieben.
420 - Es muss ein Auskunftsrecht über Auftragsvergabe durch Algorithmen geschaffen
421 werden. Betriebsräte brauchen Einsichtsrecht in die Algorithmen.

422 **Soloselbstständige absichern**

423 Die Europäische Kommission hat Leitlinien verabschiedet, die Tarifverhandlungen
424 von Soloselbstständigen ermöglichen, indem sie vom Wettbewerbsrecht
ausgenommen

425 sind. Das begrüßen wir, aber wir brauchen auch eine europäische Regelung zur
426 Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Soloselbstständige.

427 - Auftraggeber müssen auch für Soloselbstständige Sozialversicherungsbeiträge
428 zahlen.

429 - Es müssen branchenweite Mindesthonorare geregelt werden.

430 **Auslagerung auf Subunternehmer einschränken**

431 Die Auslagerung von Aufträgen auf rechtlich selbstständige Subunternehmer nimmt
432 zu. Damit wollen die Unternehmer – und auch die öffentlichen Arbeitgeber! –
433 Arbeits- und Tarifstandards im Hauptunternehmen umgehen. Insbesondere in der
434 Bauwirtschaft, Logistik, im IT-Sektor, der Reisebranche, im öffentlichen
435 Personenverkehr und in der Landwirtschaft kommt derartiges Sozialdumping häufig
436 vor.

437 - Wir wollen eine europäische Regelung zur Generalunternehmerhaftung, wie es sie
438 z. B. im Baugewerbe in Deutschland gibt. Auftraggeber müssen für die
439 Arbeitsbedingungen und Entlohnung der von ihnen beauftragten Subunternehmer
440 einstehen.

441 - Bei einer Änderung der EU-Verträge müssen die Bereiche der öffentlichen
442 Daseinsvorsorge von Liberalisierung und Privatisierung ausgenommen werden.

443 **Unternehmen in die Verantwortung nehmen für die gesamte Lieferkette**

444 Die EU will Sorgfaltspflichten von Unternehmen bei deren ausländischen
445 Zulieferern festschreiben. Es ist kein Naturgesetz, dass Unternehmen Vorprodukte
446 von Subunternehmern in anderen Ländern beziehen, deren Arbeits- und
447 Herstellungsbedingungen sie nicht kontrollieren können. Es ist

448 Unternehmensstrategie, um die Kosten für Herstellung und Lagerung ihrer Produkte
449 zu senken. Sozial- und Umweltdumping, Verletzungen von Arbeits- und
450 Menschenrechten werden dabei meist in Kauf genommen. Es ist nicht wahr, dass die
451 Unternehmer nicht wissen und nicht beeinflussen können, unter welchen Bedingungen
452 ihre günstigen Zulieferer produzieren lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle
453 Hersteller in die Verantwortung genommen werden.

454 - Die Schwellenwerte für Unternehmensgrößen müssen deutlich herabgesetzt werden.
455 - Wir wollen die Informations- und Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte
456 erweitern. (Siehe Kapitel 4, „Soziale Gerechtigkeit weltweit“)

457 **Mehr Rechte für mobile Beschäftigte und Saisonbeschäftigte**

458 Arbeitsmobilität innerhalb der EU darf nicht dazu führen, dass Beschäftigte
459 ausgebeutet werden und die soziale Absicherung ausgehebelt wird. Noch immer
460 werden auch „Briefkastenfirmen“ genutzt, um mit mobilen Beschäftigten einen
461 Dumpingwettbewerb um die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsbedingungen
462 zu organisieren. Dieses Unterlaufen von Arbeitsstandards muss unterbunden werden.
463 Die EU will mit einer Überarbeitung der Entsenderichtlinie die soziale
464 Absicherung von ins Ausland entsandten Beschäftigten stärken. Dabei muss gelten:

465 - Voller Sozialversicherungsschutz in jedem Arbeitsverhältnis ab dem ersten Tag,
466 auch für Saisonbeschäftigte. „Geringfügige Beschäftigung“ darf nicht länger für
467 Sozialdumping missbraucht werden!

468 - Sozialversicherungsbeiträge müssen dort gezahlt werden, wo die Wertschöpfung
469 stattfindet, um missbräuchliche Entsendung zu verhindern.

470 - Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung müssen grenzüberschreitend
471 angerechnet werden.

472 - Vermittlungsagenturen müssen Mindeststandards einhalten und in gute
473 Arbeitsbedingungen vermitteln.

474 - Wir streiten für verbindliche menschenwürdige Standards für Unterkünfte mobiler
475 Beschäftigter.

476 - Arbeitsschutzkontrollen in den Mitgliedsländern müssen im Sinne der
477 Beschäftigten ausgebaut werden: Es muss aufhören, dass der Zoll im Zweifelsfall
478 seine Erfolge durch Aufdeckung „illegalen Aufenthalts“ schafft, statt gegen die
479 Unternehmen vorzugehen. Das ist besonders für ausländische Beschäftigte wichtig,
480 aber auch um den Arbeitsschutz zu stärken.

481 - Europaweite Beratungsstellen für mobile Beschäftigte wie „Faire Mobilität“ des
482 DGB muss die EU dauerhaft ausreichend finanzieren.

483 **Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft stärken**

484 Unternehmer sehen die Demokratie gern am Werktor enden. Der europäische
485 Binnenmarkt erleichtert es, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen und mit
486 Verlagerung in Länder mit niedrigeren Löhnen oder Sozialstandards zu drohen (und
487 die Drohung umzusetzen). Sie ändern die Rechtsform ihrer Unternehmen, um die
488 Mitbestimmung der Beschäftigten über die Unternehmenspolitik in den
489 Aufsichtsräten zu umgehen. Die Umwandlungsrichtlinie der EU erlaubt jedoch eine
490 viel stärkere Begrenzung als die Bundesregierung umgesetzt hat. Wir setzen uns
491 dafür ein, die Rechte von Beschäftigten und Betriebsräten zu stärken und treten
492 der Aushöhlung der Demokratie durch die Unternehmer entgegen. Das ist für einen
493 sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft von entscheidender Bedeutung.

494 - Wir fordern ein Mitbestimmungsrecht bei wirtschaftlichen Fragen wie
495 Betriebsschließung, Verlagerung, Entlassungen.

496 - Die deutschen Mitbestimmungsgesetze müssen auf ausländische
Unternehmensformen

497 ausgeweitet werden und auch bei der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) voll
498 gelten, um Mitbestimmungsflucht zu verhindern. Europäische Betriebsräte wollen
499 wir stärken.

500 - Das Streikrecht muss für alle Beschäftigten in Deutschland gewährleistet sein,
501 einschließlich der Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen und für
502 Beamt*innen.

503 - Wo öffentliche Gelder an Unternehmen fließen, müssen sie mit einer Ausweitung
504 der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bzw. öffentlichem Miteigentum
505 verbunden werden.

506 - Bei Standortverlagerungen sind öffentliche Fördermittel für die Ansiedlung
507 zurückzuzahlen. Der Zeitraum, für den das gilt, muss verlängert werden.

508 - Wir wollen Genossenschaften und kollektives Eigentum an Betrieben fördern.

509 **Soziale Sicherheit für alle in Europa: Umverteilen von oben nach** 510 **unten**

511 **Armut abschaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen**

512 Wir sagen der Ungleichheit den Kampf an: Der unverschämte Reichtum weniger ist
513 die Armut vieler. Damit wollen wir Schluss machen. Wir wollen den Sozialstaat
514 überall in Europa stärken und die Unternehmen stärker für die Finanzierung der
515 sozialen Sicherungssysteme in die Pflicht nehmen.

516 Mehr als jede*r Fünfte in der Europäischen Union ist von Armut bedroht, das sind
517 über 140 Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 18 Jahren zählt dazu. Die
518 Ungleichheiten der Regionen haben zugenommen. Die „soziale Säule“ der EU sollte
519 ein Gegengewicht zur neoliberalen Politik und ihren Folgen schaffen. Mehr als 100
520 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor, in prekärer Beschäftigung und
521 sind trotz und mit Arbeit arm. Der Verarmung und Entsicherung stellen wir unsere
522 Vision einer sozial gerechten EU entgegen, in der alle Menschen sozial
523 abgesichert mit guter Arbeit, auskömmlichen Renten und armutsfester
524 Existenzsicherung leben können. Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für ein
525 würdevolles Leben. Wenn Konzerne und Reiche in die Pflicht genommen werden, ist
526 sie finanzierbar.

527 - Europäische Mindeststandards: Die sozialen Standards in den EU-Ländern dürfen
528 nur nach oben angeglichen, aber nicht abgesenkt werden (Aufwärtskonvergenz).
529 Statt Institutionalisierung von Kürzungen (wie mit den Maastricht-Kriterien und
530 dem Fiskalpakt) fordern wir für die EU einen automatischen Mechanismus zur
531 sozialen Sicherung. Wenn Löhne und Einkommen, Beschäftigung und Sozialausgaben
532 unter einen Grenzwert fallen, müssen entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet
533 werden.

534 - Wir wollen ein europäisches Mindesteinkommen: Es soll das soziokulturelle
535 Existenzminimum sichern, wenn keine ausreichenden finanziellen Mittel verfügbar
536 sind. Dieses Mindesteinkommen muss in allen Lebenslagen sicher gegen Armut
537 schützen. Das Europäische Parlament hat im März 2023 auf unseren Antrag hin eine
538 verbindliche Richtlinie beschlossen, jetzt muss sie umgesetzt werden!

539 - Wir wollen eine europäische Erwerbslosenversicherung durchsetzen. Dafür soll
540 eine Rahmenrichtlinie geschaffen werden, die den Mitgliedsstaaten Vorgaben macht.
541 Sie muss Mindeststandards festlegen zu Anwartschaften, Anspruchshöhe und -dauer
542 sowie zur Abdeckungsquote (also wie viele Erwerbslose Leistungen aus der
543 Erwerbslosenversicherung beziehen).

544 - Wenn soziale Rechte verletzt werden, die in der Europäischen Sozialcharta
545 verankert sind, wollen wir ein kollektives Beschwerderecht (Verbandsklagerecht)
546 schaffen. Das sieht das „EU-Protokoll über ein fakultatives

547 Kollektivbeschwerdeverfahren“ von 1995 vor. Deutschland hat dieses Protokoll
548 bislang weder unterzeichnet noch ratifiziert.
549 - Sozialen Fortschritt institutionalisieren: Wir fordern eine soziale
550 Fortschrittsklausel, um den grundsätzlichen Vorrang von sozialen Grundrechten,
551 insbesondere des Streikrechts (unabhängig von der Branche), vor den
552 Binnenmarktfreiheiten zu sichern.

553 Renten sichern!

554 Wir streiten für ein Alter in sozialer Sicherheit überall in Europa. Jede*r
555 fünfte Rentner*in in der EU ist von Armut bedroht. Mit den Renten darf nicht an
556 den Finanzmärkten spekuliert werden, und Rentenleistungen dürfen nicht von den
557 Aktienkursen abhängig sein. Die Unternehmen wollen das Eintrittsalter in die
558 Rente nach oben verschieben. Wir stellen uns dem entgegen!

559 - Wir wollen eine europaweite Mindestrente, die garantiert, dass alle Menschen im
560 Alter sicher vor Armut sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des
561 jeweiligen Landes liegen. Sie soll einkommens- und vermögensgeprüft sein.

562 - Die gesetzliche Rente muss europaweit den im Erwerbsleben erreichten
563 Lebensstandard sichern. Deshalb fordern wir in Deutschland ein Rentenniveau von
564 53 Prozent und eine Aufwertung von Zeiten im Niedriglohn. Wir wollen, dass die
565 Beiträge der Arbeitgeber über denen der Beschäftigten liegen, wie es in
566 Österreich, Schweden und Spanien bereits der Fall ist.

567 - Die europäischen Pensionskassen gehören zu den weltweit größten Investoren in
568 fossile Energien. Durch den Ausbau kapitalgedeckter Rentensysteme sind sie zu
569 renditegetriebenen Investoren geworden, die nicht nur umweltschädlich, sondern
570 auch riskant agieren. Durch die europaweite Stärkung gesetzlicher und
571 umlagebasierter Rentenkassen wollen wir die Macht der Pensionskassen
572 zurückfahren.

573 Kinderarmut europaweit bekämpfen, Kinderrechte stärken

574 In der EU lebten 2019 insgesamt gut 22 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in
575 Armut. Das sind fast 18 Millionen Kinder in Not. Auch in Deutschland ist jedes
576 fünfte Kind von Armut betroffen. Die Europäische Kindergarantie soll Kinderarmut
577 und soziale Ausgrenzung von Kindern in der EU bekämpfen.

578 - Wir wollen, dass die Europäische Kindergarantie so umgesetzt wird, dass allen
579 Kindern und Jugendlichen die soziokulturelle Teilhabe und ein gleichberechtigter
580 und diskriminierungsfreier Zugang zu kostenloser Bildung und Erziehung,
581 Gesundheitsversorgung, gesunder Ernährung und altersgerechter Unterkunft
582 ermöglicht wird.

583 - Bei der Umsetzung müssen Kinder und Jugendliche beteiligt werden, damit ihre
584 Perspektiven Berücksichtigung finden.

585 - Die Einführung einer Kindergrundsicherung muss ein zentraler Baustein der
586 Europäischen Kindergarantie sein.

587 Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu 588 öffentlich

589 Wir wollen eine EU, die für sozialen Fortschritt steht, mit einer Politik der
590 Vollbeschäftigung die Verhandlungsmacht der Beschäftigten stärkt und den
591 finanziellen Herausforderungen des sozialen und ökologisch gerechten Umbaus der
592 Wirtschaft gewachsen ist. Der Haushalt der EU und die nationalen Haushalte müssen
593 dem genügen, entsprechende Haushaltsposten müssen steigen.

594 Die Probleme des Neoliberalismus zeigen sich offen. Immer häufiger ist die EU

595 gezwungen, mit den neoliberalen Prinzipien zu brechen, auf denen ihre eigenen
596 Verträge gründen. Wir streiten für eine starke, unabhängige EU, die den sozialen
597 und ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft organisiert. Der EU-
598 Haushalt muss das abbilden.

599 Zur Bewältigung der Coronakrise hat die EU zusammen mit ihrem mehrjährigen
600 Finanzrahmen 2021–27 das Programm NextGenerationEU verabschiedet. Erstmals hat
601 die EU eigene Kredite, sogenannte Eurobonds, zu günstigen Konditionen auf den
602 Finanzmärkten aufgenommen. Das reicht aber nicht aus, um die bestehenden Krisen
603 in der EU anzugehen.

604 Die Kriterien von Maastricht und der Stabilitäts- und Wachstumspakt schreiben
605 vor, dass Staaten sich jährlich mit nicht mehr als drei Prozent ihres
606 Bruttoinlandsproduktes verschulden dürfen und ihr Gesamtschuldenstand 60 Prozent
607 nicht überschreiten darf. Der Fiskalpakt verschärft die Neuverschuldungsquote für
608 die Euroländer sogar auf maximal 0,5 Prozent. Diese Regeln verhindern eine aktive
609 Fiskalpolitik der EU. Sie legen die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf eine
610 neoliberale Politik fest, nach der Profitsteigerung von Konzernen Vorrang hat.
611 Breite und dauerhafte gesellschaftliche Akzeptanz kann die EU nur finden, wenn
612 sie nicht länger dem neoliberalen Dogma folgt und nicht mit persönlichen
613 Entbehrungen verbunden wird, die „von Brüssel“ beschlossen werden.

614 Die europäischen Fiskalregeln haben – wie die deutsche Schuldenbremse – sinnvolle
615 und notwendige öffentliche Investitionen verhindert. Im Zuge der Corona-Krise
616 wurden sie ausgesetzt, weil sie an der Realität gescheitert sind. Zurzeit wird
617 zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten über ihre zaghafte Reform
618 verhandelt. Das Drei-Prozent-Defizitkriterium und die 60-Prozent-
619 Schuldenstandsquote bleiben jedoch erhalten. Die Mitgliedsstaaten sollen
620 lediglich mehr Flexibilität beim Schuldenabbau haben. Die Begrenzung des Defizits
621 auf drei Prozent und die Obergrenze von 60 Prozent sind willkürlich festgelegt,
622 es gibt keine ökonomische Begründung. Wir fordern, dass sie aufgehoben und die
623 Europäischen Verträge entsprechend geändert werden, um wirksame Sozialpolitik und
624 langfristige, sozial-ökologische Investitionen zu ermöglichen!

625 Der erste Schritt kann gemacht werden, ohne die Verträge zu ändern: Wir wollen,
626 dass öffentliche Nettoinvestitionen über Kredite finanziert werden dürfen.
627 Öffentliche Investitionen führen dazu, dass die öffentliche Infrastruktur und das
628 öffentliche Vermögen gestärkt und verbessert werden und schaffen nachhaltige
629 wirtschaftliche Entwicklung. Öffentliche Investitionen dürfen deshalb nicht in
630 Defizite und den Schuldenstand eingerechnet werden – ausgenommen Investitionen in
631 Rüstungs- und Militärausgaben, da sie nicht zur Erhöhung des gesellschaftlichen
632 Wohlstands beitragen.

633 DIE LINKE fordert:

634 - Der EU-Haushalt muss doppelt so groß sein, um die zahlreichen Krisen in der EU
635 zu meistern und eine regional ausgeglichene Entwicklung zu ermöglichen.

636 - Woher kommt das Geld: Wir wollen neue Steuern für transnationale und
637 multinationale Konzerne einführen. Eine Finanztransaktionssteuer und eine
638 Gesamtbesteuerung von Konzernen auf EU-Ebene durch die direkte Besteuerung von
639 25 Prozent der Unternehmensgewinne hilft, die Steuern in der EU zu
640 harmonisieren.

641 - Wir wollen Strukturmittel der EU gezielt für den sozial-ökologischen Umbau
642 (europäischer Green New Deal) einsetzen, und die Menschen und Regionen in der
643 Konversion unterstützen: Umbau von Wirtschaft und Verkehr, von Energie und
644 Landwirtschaft.

645 - Wir wollen kein Geld für Frontex, Pesco und ähnliche Rüstungsprogramme
646 ausgeben. Stattdessen werden Gelder benötigt, um zivile Konfliktlösungen zu

647 stärken – auch das Wissen und die Forschung dazu.
648 - Für das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele und für Geschlechtergerechtigkeit
649 wird noch immer zu wenig ausgegeben, wir wollen das ändern.
650 - Gelder aus dem EU-Haushalt dürfen nicht an Sozialkürzungen oder die
651 Einschränkung von sozialen und Arbeitsrechten in den Mitgliedsstaaten gebunden
652 werden. Das schadet der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.
653 - Wir wollen die EU reformieren; sie muss eigene Schulden aufnehmen können, für
654 die sie selbst haftet.
655 - Wir wollen, dass die neoliberalen Maastricht-Kriterien, der Stabilitäts- und
656 Wachstumspakt und der Fiskalpakt grundsätzlich überarbeitet und die Verträge
657 geändert werden. Kosmetische Korrekturen sind nicht ausreichend.
658 - Die Europäische Zentralbank soll den EU-Haushalt finanzieren dürfen.
659 - Der EU-Haushalt und die Demokratisierung der EU gehören zusammen: Das
660 Europäische Parlament hat bislang keine eigenständige Kontrolle über den Haushalt
661 der EU. Das wollen wir ändern!

662 **Mehr öffentlicher Reichtum: Vorfahrt fürs Öffentliche**

663 Die öffentliche Daseinsvorsorge umfasst Bildung, Mobilität, Energie, Pflege,
664 Gesundheit, Wohnen, Wasser, Abwasser und vieles mehr. In all diesen Bereichen
665 wollen wir eine kostengünstige und ökologisch gerechte Versorgung aufbauen. Die
666 öffentliche Daseinsvorsorge ist in der EU über Jahrzehnte dem Markt ausgeliefert
667 und kaputt gekürzt worden. Die Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen und die
668 Einschränkungen für Unternehmen in öffentlicher Hand haben die Qualität der
669 öffentlichen Dienste beschädigt. Zahlreiche kommunale Betriebe wurden
670 privatisiert. Die Orientierung auf Wettbewerbsfreiheit und Austerität hat überall
671 in der EU tiefe Spuren hinterlassen: In den Schulen fehlt es an Lehrer*innen und
672 an Geld für die Sanierung von Gebäuden; in den Krankenhäusern herrschen
673 Pflegenotstand und Bettenmangel nicht nur während der Corona-Krise.
674 Energiekonzerne erzielen Milliardengewinne, während die Mehrheit unter hohen
675 Energiepreisen leidet. Immer mehr Menschen wissen, dass Privatisierung nicht zu
676 günstigeren Preisen und besseren Dienstleistungen führt – im Gegenteil.
677 Das Angebot der Daseinsvorsorge ist eine Klassenfrage: Wer es sich leisten kann,
678 schickt die Kinder auf Privatschulen. Wer in der Großstadt eine Eigentumswohnung
679 kaufen kann, braucht keinen gemeinnützigen Wohnungsbau. Wer SUV fährt, braucht
680 keinen Nahverkehr. Wer einen Swimmingpool hat, braucht keine öffentlichen
681 Schwimmbäder. Gute öffentliche Dienstleistungen sind der Kitt, der die
682 Gesellschaft zusammenhält. Sie sind entscheidend für die Lebensqualität der
683 Menschen. In den EU-Verträgen und Richtlinien darf nicht länger auf Profit und
684 Privatisierung gedrängt werden! DIE LINKE streitet für reiche öffentliche
685 Angebote mit guten Dienstleistungen und Arbeitsbedingungen statt privaten
686 Reichtum und öffentlichen Mangel. Öffentliche Daseinsvorsorge stärken bedeutet,
687 öffentlichen Reichtum zu schaffen. Wir holen uns die öffentliche Daseinsvorsorge
688 zurück und schaffen die Voraussetzung für ein gutes Leben für alle.

689 Unsere Vision der öffentlichen Daseinsvorsorge umfasst:

- 690 - Der ÖPNV ist gut ausgebaut und kostenfrei in der ganzen EU. (Siehe Kapitel 3,
- 691 „Mehr Mobilität mit weniger Verkehr“)
- 692 - Alle haben Zugang zu lokal produzierter, gemeinwirtschaftlich organisierter und
- 693 preiswerter Energieversorgung durch Stadtwerke und Energiegenossenschaften mit
- 694 sozial gestaffelten Preisen. (Siehe Kapitel 3, „Energiewende sozial gerecht statt
- 695 Energiemarkt“)
- 696 - Bezahlbarer Wohnraum für alle! Mehr öffentlicher Wohnraum und mehr
- 697 Gemeinnützigkeit auf dem Wohnungsmarkt – unser Ziel ist mindestens die Hälfte in

698 öffentlicher Hand! (Siehe Kapitel 1, „Recht auf Wohnen, klimagerecht und
699 bezahlbar für alle“)

700 - Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir eine
701 bedarfsgerechte Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens:
702 Krankenhäuser und Pflegeheime zurück in die öffentliche Hand! (Siehe Kapitel 1,
703 „Gute Gesundheit und Pflege“)

704 - Kommunale Sorgezentren: Hier werden zugängliche soziale Dienstleistungen
705 geschaffen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrative Hilfen.
706 Die Sorgezentren stellen auch Räume für Austausch, Verständigung und
707 Selbstorganisation bereit. Damit stärken sie das solidarische Miteinander in den
708 Nachbarschaften.

709 - Soziale Zentren schaffen! Wir schlagen vor, leer stehende Gewerberäume in
710 kommunale oder genossenschaftliche Hand zu überführen und als soziale Zentren zu
711 nutzen. Diese Orte sollen der Begegnung dienen und grundlegende Dienstleistungen
712 wie Post und Bank anbieten. Sie können Räume für zivilgesellschaftliche
713 Initiativen, gemeinsames Kaffeetrinken, Diskussionsrunden, Kulturveranstaltungen,
714 Beratung und vieles mehr bereithalten. Wir wollen Modelle fördern, in denen
715 mehrere Generationen zusammenwohnen. Auch Dorfläden mit Zugang zu
716 Bestellplattformen regionaler Produzent*innen sind möglich.

717 - Willkommen braucht Strukturen: Geflüchtete kommen in den Kommunen an – wir
718 unterstützen sie dabei, eine Willkommenskultur zu schaffen und die Geflüchteten
719 zu versorgen. Wir fordern einen EU-weiten Fonds, der Geflüchteten
720 Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen
721 Städten
722 hilft. (Siehe Kapitel 5, „Willkommen braucht Strukturen“)

723 - Öffentliche (Sprudel-)Wasserspender wie in Rom, Sonnencremespender wie in
724 Holland und flächendeckend kostenlose öffentliche Toiletten: Wir wollen, dass die
725 Kommunen in der Lage sind, mehr als das absolut Nötige zu schaffen.

726 Wir sagen, wie wir das bezahlen wollen: mit angemessenen Steuern auf hohe
727 Vermögen und Konzerngewinne und mit einem starken, gerechten EU Haushalt.

727 **Das Geld ist da: Holen wir uns den Reichtum zurück!**

728 Die EU hat darauf hingewirkt, öffentliches Eigentum aufzulösen und dem Markt
729 zuzuführen. Wir wollen öffentliches Eigentum und die Orientierung am Gemeinwohl
730 in der Daseinsvorsorge stärken. Öffentliches Eigentum muss auch bedeuten: Sozial
731 verträgliche Preise und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften.

732 - Wir wollen einen Kommunalisierungsfonds auf EU-Ebene aus Mitteln der
733 Kohäsionspolitik. Er soll Kommunen finanziell unterstützen, die ihre
734 privatisierten Betriebe in öffentliche Trägerschaft (zurück-)führen wollen, seien
735 es Wohnungsbestände, Krankenhäuser, Wasserversorgung, der öffentliche Nahverkehr
736 oder die Abfallwirtschaft.

737 Gefördert werden müssen Modelle mit unterschiedlichen Eigentumsformen:
738 Eigentümerschaft von Kommunen, von Beschäftigten oder von Bürger*innen – vom
739 klassischen Regiebetrieb über Stadtwerke bis hin zu Genossenschaften. Gemeinsame
740 Bedingung für eine Förderung ist eine gemeinnützige Ausrichtung: Überschüsse und
741 Gewinne dürfen nicht entnommen, sondern müssen reinvestiert werden. Im Falle
742 einer kommunalen Trägerschaft ist eine Abgabe an den öffentlichen Haushalt der
743 Kommune möglich.

744 **Für starke Kommunen**

745 Die öffentliche Daseinsvorsorge muss lokal und regional gewährleistet werden.

746 Viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge werden von den Kommunen getragen.
747 Sie unterliegen dem Zwang, Dienstleistungen europaweit auszuschreiben.
748 Europäische Fördermittel sind an Zufinanzierung der Kommunen gebunden – die oft
749 fehlt, weil die Kommunen zu wenig Steuern von Unternehmen und Reichen einnehmen
750 und vom Bund zu wenig bei den Kosten der Sozialleistungen unterstützt werden. Das
751 Ergebnis: Oft wird das preiswerteste Angebot akzeptiert oder die Leistungen
752 werden privatisiert oder ganz eingestellt. Wir wollen Vergaben an soziale,
753 tarifliche und ökologische Kriterien binden und Vorrang für kurze Wege und
754 regionale Angebote festschreiben. Viele Kommunen wollen ihre ausgelagerten
755 Betriebe und Dienstleistungen wieder in eigene Trägerschaft überführen. DIE LINKE
756 unterstützt sie bei diesem Prozess mit dem Kommunalisierungsfonds.
757 Unsere Vision der öffentlichen Daseinsvorsorge erfordert, dass Kommunen Spielraum
758 haben, die Bedürfnisse der Bürger*innen gemeinwohlorientiert zu befriedigen. Die
759 Kommunen sind in ihrer Wirtschaftstätigkeit dem Korsett des EU-Binnenmarktes
760 unterworfen – das wollen wir ändern: Krankenhäuser, Museen oder Energieversorger
761 sollten nicht als Unternehmen angesehen werden, die miteinander um die höchsten
762 Profite konkurrieren müssen.

763 - Die öffentliche Daseinsvorsorge ohne Zwang zu Profitmaximierung soll nicht die
764 Ausnahme, sondern die wünschenswerte Regel sein. Kommunen als Träger der
765 öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen in ihrer Funktion der gemeinnützigen
766 Bereitstellung von Gütern nicht behindert werden. Die Verträge und Richtlinien
767 der EU, vor allem im Vergabe- und Beihilferecht müssen entsprechend geändert
768 werden.

769 - Direktvergaben der Daseinsvorsorge an kommunale Träger sollen nicht nur
770 weiterhin möglich, sondern wieder die Norm sein. Angriffe auf Direktvergaben
771 durch Konzerne müssen abgewehrt werden. Das Privatisierungsverbot, das im Bereich
772 Wasser von der europäischen Bürgerinitiative Right2Water erkämpft wurde, ist ein
773 guter Schritt, der auch in anderen Bereichen angewandt werden sollte.

774 - Die aktuelle EU-weite Ausschreibungspflicht für kommunale Dienstleistungen
775 lehnen wir ab. Bei Vergabe von Aufträgen an öffentliche oder private Träger
776 braucht es hohe soziale (Tarifpflicht) und ökologische Kriterien. Dazu fordern
777 wir eine weitere Lockerung der Beihilferegulungen und das Ende oder zumindest
778 Ausnahmen von der europäischen Schuldenbremse: Kommunen und Länder brauchen
779 finanzielle Spielräume, um sozial und ökologisch gerechte öffentliche
780 Daseinsvorsorge zu organisieren.

781 - Das EU-Recht gesteht den Mitgliedsstaaten, Ländern und Kommunen mittlerweile
782 zu, eigene Kriterien für Vergaben festzulegen. Wir wollen, dass ökologisch
783 verträgliches und möglichst regionales Wirtschaften mit Tarifbindung im Regelfall
784 in der EU gesetzliche Voraussetzung für die Vergabe wird.

785 - Viele Kommunen in der Europäischen Union und in Deutschland sind chronisch
786 unterfinanziert. Die kommunalen Einnahmen müssen deshalb gestärkt und verstetigt
787 werden. Die Krise der Kommunalfinanzierung zeigt sich, wenn Kommunen nicht einmal
788 Fördermittel abrufen können, weil sie zu wenig Personal in den planungsrelevanten
789 Bereichen (z. B. den Bauämtern) haben, um sie zu beantragen.

790 - Die Fördermittel der EU sind bisher an Mitfinanzierung der Kommunen gebunden.
791 Damit können Kommunen mit Finanzproblemen – die besonders auf die Förderung
792 angewiesen sind – weniger Mittel beantragen als finanzstarke Kommunen. Wir wollen
793 das umkehren: Kommunen in der Krise und in Haushaltssicherung sollen bevorzugt
794 Anträge stellen können.

795 **Recht auf Wohnen, klimagerecht und bezahlbar für alle!**

796 Wir setzen uns für ein Recht auf Wohnen ein: bezahlbar, klimagerecht und
797 würdevoll. Die EU trägt zum Recht auf Wohnen bislang nichts bei – das muss sich

798 ändern. Das Europäische Parlament hat mit Unterstützung der LINKEN eine
799 Resolution verabschiedet, dass jede*r das Recht auf bezahlbares Wohnen hat. Das
800 Recht muss verbindlich gemacht werden und weiter gehen: Um das Recht auf Wohnen
801 durchzusetzen, braucht es gesellschaftliche Kontrolle über den Wohnungssektor; er
802 darf nicht den Interessen von Immobilienkonzernen oder dem Wildwuchs von Airbnb
803 überlassen werden. Wir kämpfen gemeinsam mit den europäischen Mieter*innen-
804 Bewegungen für konsequenten Mieter*innenschutz und Mietobergrenzen, für die
805 europäische Finanzierung von gemeinnützigem Wohnungsbau und gegen
806 Obdachlosigkeit.

807 **Unser Zuhause, nicht eure Profite**

808 Wir wollen Schluss machen mit der finanzierten Wohnungswirtschaft. Aktuell
809 werden Immobilienfonds mit Fördermitteln der EU ausgestattet: Beispielsweise hat
810 Vonovia ohne transparente Auflagen 600 Millionen Euro für energetische
811 Sanierungen von der Europäischen Investitionsbank bekommen. Keine staatlichen
812 Zuschüsse für profitorientierte Wohnungskonzerne ohne klare soziale Auflagen und
813 Transparenz!

814 - Die Förderpolitiken der EU und ihrer Mitgliedsstaaten müssen darauf
815 ausgerichtet werden, das Recht auf klimagerechten, bezahlbaren Wohnraum zu
816 verwirklichen. Wir wollen Immobilienfonds und -konzernen den Boden entziehen.
817 Konzernen wollen wir ihre Geschäftsgrundlage, Fonds ihre Börsenzulassung nehmen.
818 Steuervorteile für Immobilieninvestor*innen und -unternehmen, wie zum Beispiel
819 Share Deals, müssen flächendeckend abgeschafft werden.

820 - Wir unterstützen Initiativen zur Vergesellschaftung von großen
821 Immobilienkonzernen: In Deutschland überführen wir Wohnraum in Anstalten
822 öffentlichen Rechts, andere Länder haben dafür andere Rechtsgrundlagen. Die EU
823 darf Enteignung von Wohnungskonzernen nicht unterbinden.

824 - Airbnb und Co. wollen wir den Boden entziehen. Überall in Europa wird Wohnraum
825 für Ferienunterkünfte missbraucht. Das wollen wir verhindern. Für
826 nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat wollen wir eine faire
827 Alternative schaffen („Fairbnb“). Die Zweckentfremdung von ganzen Wohnungen oder
828 Häusern wollen wir verbieten. Das sichert Wohnraum dort, wo er besonders knapp
829 ist: in nachgefragten Städten und Regionen.

830 - Gegen Immobilien- und Bodenpreisspekulation: Leerstand und
831 Immobilienspekulation müssen wie in Spanien verpflichtend der Vermietung
832 zugeführt werden.

833 **Gemeinnützigen Wohnraum stärken!**

834 Wir wollen die Investitionen in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau EU-
835 weit stärken.

836 - Gemeinnütziger Wohnraum wird dezentral vor Ort geschaffen: Kommunen,
837 Genossenschaften und selbstverwaltete Wohnprojekte müssen dabei rechtlich und
838 finanziell von der EU unterstützt werden. Wir ändern das EU-Beihilferecht, sodass
839 die Bevorzugung von gemeinnützigem Wohnraum nicht mehr von der EU behindert
wird.

840 - Wir wollen die Kommunen finanziell dabei unterstützen, dezentral Wohnraum zu
841 erwerben und gemeinnützig zu bewirtschaften. Hierfür wollen wir einen
842 europäischen Kommunalisierungsfonds schaffen. Auf den können die Kommunen
843 zugreifen und so die öffentliche Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand holen.
844 In Deutschland können damit Wohnungsbestände von Immobilienkonzernen
845 übernommen werden. In anderen europäischen Ländern können
Eigenheimbesitzer*innen

846 unterstützt werden, die wegen steigender Zinskosten von Zwangsräumungen bedroht
847 sind.

848 - Sozialer Wohnungsbau darf nicht genutzt werden, um private Investor*innen zu
849 subventionieren. Der Bau von Sozialwohnungen muss dauerhaft in die Hand
850 gemeinnütziger Akteure gelegt werden.

851 - Wir schaffen Förderprogramme der Europäischen Investitionsbank für
852 gemeinnützigen Wohnraum und passen die Regelungen im Stabilitäts- und
853 Wachstumspakt an, sodass Investitionen in gemeinnützigen Wohnraum nicht auf
854 Schulden angerechnet werden.

855 **Mieten und bezahlbarer Wohnraum**

856 Es ist in der EU zur Normalität geworden, dass Menschen mehr als 40 Prozent ihres
857 Einkommens für Wohnen ausgeben, während die Immobilienkonzerne Inflation,
858 Indexmieten und energetische Modernisierungen nutzen, um ihre Profite zu erhöhen.
859 In vielen europäischen Städten hat sich das Problem weiter verschärft. Ob
860 Mailand, Madrid, Mannheim oder Dresden: Das Leben wird für immer mehr Menschen
861 unbezahlbar.

862 - Wir wollen verbindliche Mietobergrenzen und ein Verbot von Indexmietverträge in
863 der ganzen EU. Das bremst auch den Bau von Luxusapartments – wir brauchen mehr
864 bezahlbaren Wohnraum!

865 - Ein großer gemeinnütziger Wohnungssektor hält die Mieten bezahlbar – wie etwa
866 in Wien. Um der Wohnungskrise endlich entgegenzuwirken, müssen die Investitionen
867 in den bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau massiv ausgeweitet werden und in den
868 Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungssektors fließen.

869 - Sicher vor Kündigung: Wir fordern Dauermietverträge in ganz Europa als
870 effektiven Kündigungsschutz.

871 **Wohnraum schaffen gegen Obdachlosigkeit**

872 In Europa sind ungefähr 700 000 Menschen obdachlos. In den vergangenen zehn
873 Jahren ist ihre Zahl um 70 Prozent gestiegen. Obdachlosigkeit ist Symptom einer
874 verfehlten Wohnungs- und Sozialpolitik. In der Europäischen Union wird zu wenig
875 dagegen getan – in Ungarn wird Obdachlosigkeit seit 2018 sogar kriminalisiert.

876 - Wichtigstes Mittel gegen Obdachlosigkeit ist ein EU-weites Verbot von
877 Zwangsräumungen: Niemand darf auf die Straße gesetzt werden! Das Grundrecht auf
878 Wohnen muss von der EU und allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

879 - Es braucht eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Sie muss
880 gleichberechtigten Zugang zu Hilfsangeboten, Gesundheitsversorgung und
881 Sozialleistungen ermöglichen. Obdachlose Menschen mit ausländischer
882 Staatsbürgerschaft dürfen nicht diskriminiert werden!

883 - Housing First! Wohnungs- und obdachlosen Menschen sollen zuerst eigene
884 Mietwohnungen vermittelt werden. Das bildet den Grundstein für andere soziale
885 Leistungen wie Suchthilfe oder Arbeitssuche.

886 - Wohnungen statt Lager – keine menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten
887 in Sammelunterkünften! Die dezentrale Unterbringung in einer eigenen Wohnung muss
888 in der ganzen EU zum Standard werden! (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der
889 Demokratie: Keine Festung Europa“)

890 **Sozial gerechte ökologische Modernisierung**

891 Der Gebäudesektor ist für einen Großteil der CO₂-Emission verantwortlich:
892 Bestandssanierungen und Wärmewende sind deshalb dringend. Für eine sozial
893 gerechte Wärmewende braucht es gesellschaftliche Kontrolle – ansonsten finden
894 Immobilienkonzerne immer Wege, um die Miete zu erhöhen.

895 - In Deutschland muss die Modernisierungsumlage abgeschafft werden, damit die
896 Kosten nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden können.

897 - Kein öffentliches Geld an Immobilienhaie: Wir wollen, dass Förderung an klare
898 soziale und ökologische Kriterien gekoppelt wird. Ein gemeinnütziger
899 Wohnungssektor garantiert die sozial gerechte Wärmewende.

900 - Die Einbeziehung des Gebäudesektors in den Europäischen Emissionshandel ETS 2.0
901 lehnen wir ab, denn eine pauschale Bepreisung ist sozial ungerecht. Mieter*innen
902 haben keinen Einfluss auf Heizung und Sanierung ihrer Wohnung. Der vorgeschlagene
903 Klimasozialfonds ist zu niedrig ausgestattet und muss aufgestockt werden. Die
904 Gelder wollen wir für die Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungssektors
905 einsetzen.

906 - Bei der Novelle der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) unterstützen wir EU-
907 Mindestenergiestandards (MEPS), bei denen jene Gebäude zuerst sanieren werden
908 müssten, die den schlechtesten Energiestandard aufweisen. Konzerne und
909 Vermieter*innen werden verpflichtet, die am schlechtesten gedämmten Gebäude zu
910 sanieren. Da in schlecht sanierten Häusern überdurchschnittlich viele Gering- und
911 Durchschnittsverdienende leben, ließen sich solche Sanierung mit hohen
912 Treibhausgaseinsparungen ganz praktisch mit Alltagsverbesserungen für diejenigen
913 verbinden, die diese am meisten brauchen.

914 - Lösungen im Bestand statt Neubauten! „Bauen, Bauen, Bauen“ ist nicht nur
915 wirkungslos gegen zu hohe Mieten, sondern auch unökologisch: Es werden zu teure
916 Wohnungen gebaut und Flächen versiegelt. Lösungen im Bestand müssen Vorrang
917 haben. Wo Wohnraum knapp ist, muss er auch in Neubauten bezahlbar sein. Beim
918 Neubau sollen nachhaltige Baustoffe eingesetzt werden. Dazu gehören
919 Recyclingmaterialien und Holz.

920 - Die Wärmewende muss vor Ort gemeinschaftlich umgesetzt werden und ist Teil der
921 öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Kommunen erarbeiten Wärmepläne und setzen
922 Lösungen auf Siedlungsebene um – mit Wärmenetzen, die von Genossenschaften oder
923 Stadtwerken betrieben werden. Der Fokus der Wärmewende muss auf Wärmepumpen
924 und Wärmenetzen liegen. „Grüner Wasserstoff“ ist im Wärmebereich ineffizient und
925 teuer und kann deshalb keine Lösung sein.

926 - Ein EU-Fonds für die Wärmewende muss geschaffen werden, auf den Kommunen
927 zugreifen können und damit vor Ort gemeinsam mit den Bürger*innen kommunale
928 Wärmeplanung und energetische Sanierungen durchführen und unterstützen können.

929 - Sozial-ökologische Modernisierung kann zum Jobmotor werden und
Hunderttausende

930 Arbeitsplätze schaffen: Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, höhere Löhne
931 und eine Ausbildungs-offensive ein, statt EU-weitem Dumping bei Handwerkerlöhnen!

932 Wir wollen nicht nur unsere Häuser modernisieren, sondern auch unsere Viertel.
933 Energetische Sanierungen von Stadtvierteln bieten die Gelegenheit, den
934 öffentlichen Raum umzugestalten und soziale Infrastrukturen zu fördern. Wir
935 machen Stadtpolitik gemeinsam mit den Menschen: Demokratie und Partizipation in
936 der Stadtentwicklung, wie beispielsweise in Barcelona, können zum Antrieb sozial-
937 ökologisch gerechter Stadtpolitik werden.

938 - Der sozial-ökologische Umbau von Stadtvierteln ist eine Klassenfrage, denn die
939 grünen Stadtviertel sind die Viertel der Reichen. Deshalb muss der Fokus von
940 Sanierungen und Förderpolitiken auf Vierteln mit vielen Sozialwohnungen liegen.

941 - Wir wollen Ortskerne wiederbeleben und den unökologischen Flächenverbrauch
942 durch Neubauten auf der grünen Wiese beenden! Dafür müssen wir den öffentlichen
943 Raum umgestalten – uns die Ortschaften zurückholen! Wir fordern, in leeren
944 Einkaufspassagen Sorgezentren einzurichten, die zum Mittelpunkt von Orten und
945 Menschen werden. Jugendzentren, Gemeinschaftsgärten und kulturelle und städtische

946 Freiräume ohne Konsumzwang wollen wir fördern.

947 **Gute Gesundheit und Pflege**

948 Alle Menschen in der EU müssen ein Recht auf und Zugang zu guter
949 Gesundheitsversorgung haben. Tatsächlich aber ist der Zugang zu Gesundheit
950 ungleich: Wer arm ist, leidet häufiger an chronischen Krankheiten und
951 Behinderungen. Menschen in ärmeren Mitgliedsstaaten sterben im Schnitt fast zehn
952 Jahre früher. Mit hohem Bildungsniveau in Italien kann man im Durchschnitt ein 17
953 Jahre längeres Leben erwarten als in Estland mit niedriger Bildung. Markt und
954 Profitstreben sind schlechte Ordnungsprinzipien in der Gesundheitspolitik.
955 Rechtsakte der EU in der Gesundheitspolitik dürfen nicht auf den Prinzipien des
956 freien Handels und des Wettbewerbs fußen. Die Gesundheitspolitik der
957 Mitgliedsstaaten darf durch diese Prinzipien nicht eingeschränkt werden. Als Teil
958 der öffentlichen Daseinsvorsorge wollen wir dem Binnenmarkt und dem EU-
959 Wettbewerbsrecht Pflege und Gesundheit entziehen (Siehe Kapitel 1, „Mehr
960 öffentlicher Reichtum: Vorfahrt fürs Öffentliche“). Wir wollen eine Versorgung,
961 die sich nach dem Bedarf der Menschen richtet, nicht nach der Profitabilität
962 ihrer Behandlung.

963 - Die EU-Politik muss verbindliche Mindeststandards setzen, die allen in der EU
964 lebenden Menschen garantiert werden. Diese Mindeststandards sollten Umfang und
965 Qualität der Versorgung bestimmen. Mitgliedsstaaten, die Schwierigkeiten haben,
966 dies zu erreichen, müssen Unterstützung der EU erhalten. Non-Profit-
967 Gesundheitsversorgung muss Vorrang erhalten.

968 - Besondere Bedürfnisse, z. B. von Menschen mit Behinderungen, Senior*innen oder
969 Menschen mit Sprach- und Lernschwierigkeiten, müssen berücksichtigt werden.
970 Leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen
971 selbstverständlich werden.

972 DIE LINKE setzt sich für eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung für alle
973 Menschen in Europa ein. Patient*innen können bei Gesundheitsleistungen in anderen
974 EU-Staaten auf den Kosten sitzenbleiben. In Deutschland sind Menschen ohne
975 Aufenthaltserlaubnis von Leistungen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.

976 - Wer sich in einem anderen Mitgliedsstaat aufhält und dort gesundheitliche
977 Versorgung benötigt, muss sie erhalten – unabhängig davon, ob beschäftigt,
978 erwerbslos oder im Ruhestand. Der Zugang zu Gesundheitssystemen anderer EU-
979 Staaten muss über die EHIC (European Health Insurance Card) niedrighschwellig und
980 diskriminierungsfrei sichergestellt sein.

981 - EU-Bürger*innen, die in ein anderes EU-Land ziehen, dürfen nicht von Leistungen
982 ausgeschlossen werden. Das muss durch EU-Recht verhindert werden. DIE LINKE
983 fordert, dass diese Benachteiligung in Deutschland abgeschafft wird.

984 - Es müssen europaweit Informations-, Beratungs- und Clearingstellen eingerichtet
985 werden, um Gesundheitsangebote und Krankenversicherungsvorgaben bzw. Wege in
986 eine Krankenversicherung zu erläutern.

987 - Es müssen europaweit Gesundheitsversorgungsstellen auf Rastplätzen eingerichtet
988 werden. Sie sollen v. a. LKW-Fahrer*innen und Bus-Fahrer*innen gesundheitliche
989 Beratung und Behandlung von berufsspezifischen Beschwerden anbieten.

990 - Gerade in benachteiligten Stadtvierteln sind Gesundheitsversorgungsangebote
991 nötig. Diese Angebote sollten inter- und multidisziplinär ausgerichtet sein, d.
992 h. verschiedene medizinische ärztliche Disziplinen beinhalten. Sie sollen auch
993 Zugänge zu Krankenpflege, Altenpflege und Geburtshilfe sowie zu sozialer Arbeit
994 ermöglichen.

995 - Der ambulante Versorgungsbereich für Menschen mit psychischen Krankheiten muss
996 europaweit flächendeckend aufgebaut werden.

997 **Aus der Pandemie lernen**

998 Die Coronapandemie hat es gezeigt: Ein auf Profit getrimmtes Gesundheitswesen
999 ohne Reserven ist im Ernstfall überfordert. Die Krankenhäuser arbeiten schon im
1000 Normalbetrieb am Limit. Die beste Pandemievorsorge ist deshalb, das
1001 Gesundheitswesen bedarfsgerecht und auskömmlich zu finanzieren und den
1002 Pfl egenotstand zu beenden. Menschen in Armut, mit niedrigen Einkommen, Kinder,
1003 Alte und Kranke haben unter der Pandemie besonders gelitten. Das darf sich nicht
1004 wiederholen. Auch auf EU-Ebene braucht es deshalb eine bessere Vorsorge.
1005 Regionale Kooperationen über Landesgrenzen hinweg sollten ausgebaut werden. Das
1006 macht unsere Versorgungssysteme auch im Katastrophenfall reaktionsfähiger.

1007 - Wir wollen EU-weit eine gut organisierte Vorratshaltung für Schutzmasken, -
1008 kleidung und Hygieneartikel, damit alle Menschen unabhängig vom Einkommen
1009 bestmöglich geschützt werden können und Ärzt*innen sowie Pflegekräfte mit der
1010 nötigen Ausrüstung ausgestattet sind.

1011 - Wir setzen uns für ein EU-weites Monitoring im Pandemiefall ein, nach
1012 einheitlichen Standards.

1013 - Die Pandemie ist für viele Menschen noch nicht vorbei: Long Covid und Post-Vac-
1014 Syndrom müssen weiter erforscht und die Betroffenen unterstützt werden.

1015 - Es braucht einen europäischen Pandemierat, in dem auch Vertreter*innen von
1016 Zivilgesellschaft und Gewerkschaften vertreten sind, um die Verhältnismäßigkeit
1017 staatlichen Handelns im Falle einer Pandemie zu wahren. Dazu gehört es, strenge
1018 Kriterien für Grenzschießungen im Pandemiefall zu entwickeln.

1019 - DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass globale Pandemien auch global solidarisch
1020 bekämpft werden und ärmere Länder unterstützt werden. Damit die
1021 Weltgesundheitsorganisation (WHO) unabhängig ist, muss sie besser durch die
1022 Mitgliedsstaaten finanziert werden. Es braucht strengere Regeln, um die
1023 Beeinflussung durch Konzerne und Lobbyverbände zu unterbinden.

1024 - Patente können tödlich sein. Wir wollen eine öffentlich finanzierte Impfstoff-
1025 Forschung mit geistigen Eigentumsrechten (z. B. Patenten) in öffentlicher Hand,
1026 damit lebenswichtige Impfstoffe allen kostengünstig zur Verfügung stehen. Die
1027 Produktion und Verteilung lebensrettender Impfstoffe darf nicht den
1028 Profitinteressen einzelner Pharmaunternehmen untergeordnet werden.

1029 **Gute und bezahlbare Pflege für alle in Europa mit fairen Arbeitsbedingungen**

1030 Überall in Europa wächst der Bedarf an Pflege und überall gibt es zu wenig
1031 Pflegekräfte. In den Lücken der Versorgung und der Pflegeversicherungen entstehen
1032 grenzüberschreitende Ausbeutung auf der einen und Profite auf der anderen Seite,
1033 etwa bei der 24-Stunden-Betreuung. DIE LINKE setzt sich für bezahlbare und gute
1034 Pflege ein und für gute und faire Arbeitsbedingungen.

1035 - Wir brauchen europäische Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen in
1036 der Pflege mit verbindlichen Personalschlüsseln (Personalbemessung).

1037 - Überall in Europa muss die Pflegevollversicherung die gesamten Pflegekosten der
1038 Versicherten abdecken. Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko mehr sein.

1039 - Die 24-Stunden-Betreuung wollen wir überführen in reguläre
1040 Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungsschutz, gesetzlicher
1041 Arbeitszeit, Urlaub und Mindestlohn.

1042 - Wir fordern eine öffentliche Investitionsoffensive für mehr Einrichtungen mit
1043 guter und bezahlbarer Pflege, fairen Arbeitsbedingungen und mehr Personal.

1044 - Keine Profite mit der Pflege: Wir wollen, dass Pflegekonzerne keine Gewinne
1045 ausschütten dürfen. Überschüsse müssen zurück in die Pflege fließen. Wir wollen
1046 Pflegekonzernen die Börsenzulassung entziehen.

1047 - Öffentliche und gemeinnützige Pflegeanbieter wollen wir durch mehr staatliche

1048 Investitionen stärken.

1049 - Wir wollen wohnortnahe und gemeinnützige Pflegeplattformen fördern, die gut
1050 ausgebildete, tariflich bezahlte und sozial abgesicherte Pflegekräfte an
1051 Privathaushalte vermitteln – eine Alternative zu den 24-Stunden-
1052 Betreuungskräften.

1053 - Pflegende Angehörige sollen europaweit unabhängig vom Erwerbsstatus zusätzliche
1054 Rentenansprüche aus ihrer unbezahlten Pflegetätigkeit bekommen. Die
1055 Unterstützungsleistungen für die familiäre Pflege wollen wir in der ganzen EU
1056 verbessern.

1057 - Die Ausbildung von Hebammen muss europaweit gefördert werden. Ambulante
1058 Entbindungsstrukturen und stationäre Geburtshilfe müssen flächendeckend in Europa
1059 gestärkt werden.

1060 - Es braucht ein europaweit koordiniertes Ausbildungsprogramm für
1061 Gesundheitsversorgung, Pflege und Geburtshilfe. In allen Ausbildungsbereichen
1062 müssen die Themen Armut, soziale Benachteiligung, Sozialmedizin ein wesentliche
1063 inhaltliche Bestandteile sein.

1064 **Kostenlose und qualifizierte Psychotherapie**

1065 Knapp 40 Prozent der EU-Bürger*innen leiden an einer psychischen Erkrankung. Das
1066 sind über 200 Millionen Menschen. Nur die Hälfte von ihnen bekommt eine
1067 angemessene Behandlung. In keinem Land der EU gibt es genug psychotherapeutische
1068 Versorgung. Marginalisierte Gruppen wie Arme oder Migrant*innen sind davon
1069 besonders betroffen. Sie haben durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen ein
1070 höheres Risiko, psychisch zu erkranken. Durch die multiplen Krisen erhöht sich
1071 dieses Risiko für viele Menschen. In der EU gibt es weder eine einheitlich
1072 geregelte Berufsbezeichnung für Psychotherapeut*innen noch eine durchgängige
1073 Kostenübernahme durch Krankenversicherungen.

1074 - Wir wollen einheitliche Standards in der EU für die Qualifizierung von
1075 Psychotherapeut*innen. Der Name soll eine europaweit geschützte Berufsbezeichnung
1076 werden mit vergleichbar hohen Qualitätsstandards.

1077 - Psychotherapien müssen in der gesamten EU als Kassenleistung abgerechnet werden
1078 können.

1079 - Nicht-ärztliche Psychotherapeut*innen wollen wir mit ärztlichen
1080 Psychotherapeut*innen gleichstellen.

1081 **Sichere und kostengünstige Arzneimittelversorgung**

1082 Engpässe bei der Arzneimittelversorgung sind nicht erst seit der Coronapandemie
1083 an der Tagesordnung. Eine Ursache ist die Strategie der Pharmaindustrie, die
1084 Produktion von Arzneimitteln und Zusatzstoffen aus wirtschaftlichen Gründen z. B.
1085 nach Indien oder China zu verlagern. Wenn die Liefer- und Produktionsketten
1086 brechen, entstehen Lücken in der Versorgung. Wir wollen regionale
1087 Wirtschaftskreisläufe stärken. Das macht die Arzneimittelversorgung in der EU
1088 sicherer und die EU insgesamt unabhängiger.

1089 - In der EU-Arzneimittelstrategie muss im Vordergrund stehen, dass die Versorgung
1090 sichergestellt ist. Kommt es zu einem Lieferengpass, müssen die pharmazeutischen
1091 Unternehmen darlegen, dass der Engpass für sie unabwendbar war.

1092 - DIE LINKE setzt sich bei den Verhandlungen zum EU-Gemeinschaftskodex für
1093 Humanarzneimittel dafür ein, dass die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung
1094 als wichtige Gemeinwohlaufgabe der Mitgliedsstaaten definiert wird. Dieser
1095 Gemeinwohlaufgabe muss im EU-Recht Vorrang gegenüber dem freien Binnenmarkt
1096 eingeräumt werden.

1097 - Anreize zur Verlagerung von Produktionskapazitäten in die EU bzw. nach

1098 Deutschland müssen durch klare Auflagen für mehr Versorgungssicherheit
1099 (Diversifizierung von Herstellungs- und Zulieferunternehmen, robuste Lieferketten
1100 etc.) flankiert werden.
1101 - Arzneimittel werden oft aus Niedrigpreisländern in Hochpreisländer verbracht,
1102 was in den Exportländern die Versorgungssicherheit gefährdet. Mitgliedsstaaten
1103 der EU müssen befähigt werden, das zu unterbinden.

1104 **Europäischer Gesundheitsdatenraum (EHDS)**

1105 In der EU wird ein Europäischer Gesundheitsdatenraum (European Health Data Space,
1106 EHDS) gebildet. Gesundheitsdaten von über 500 Millionen EU-Bürger*innen sollen in
1107 nationalen elektronischen Patient*innenakten (ePA) gesammelt werden. Die
1108 Datensammlung kann die medizinische Forschung und gesundheitliche Versorgung der
1109 Bürger*innen in ganz Europa erleichtern und verbessern. Dafür ist entscheidend,
1110 dass unsere Daten bestmöglich geschützt und nicht für kommerzielle Verwertung
1111 freigegeben werden. Auf dem weltweiten Gesundheitsdatenmarkt sind Massendaten
1112 für Versicherungsunternehmen, die Pharmaindustrie und Bigtechkonzerne als
1113 „Ölquellen“ der Zukunft begehrt. (Siehe Kapitel 2, „Unsere Daten für ein besseres
1114 Leben nutzen statt für Profite“)

1115 - DIE LINKE fordert gemeinsam mit deutschen und europäischen Datenschutz- und
1116 Patient*innen-Organisationen, dass die EU-Verordnung so überarbeitet wird, dass
1117 die ärztliche Schweigepflicht, individuelle Persönlichkeitsrechte wie der Schutz
1118 der Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung geschützt
1119 sind.

1120 - DIE LINKE lehnt jede kommerzielle Nutzung der EU-Gesundheitsdaten ab. Die in
1121 den elektronischen Patient*innen-Akten gespeicherten Daten sind Eigentum der
1122 europäischen Bürger*innen. Sie müssen ohne Einschränkungen selbst darüber
1123 entscheiden können, ob und wie ihre Daten über individuelle gesundheitliche
1124 Maßnahmen hinaus verwendet werden dürfen. Die EU darf die Daten der Bürger*innen
1125 nicht dafür nutzen, den Markt für Gesundheitsdaten anzuheizen.

1126 - Der Europäische Gesundheitsdatenraum darf ausschließlich zur Weiterentwicklung
1127 und Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bürger*innen in ganz Europa
1128 dienen. Das entspricht der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte
1129 und der Datenschutzgrundverordnung.

1130 **Drogen entkriminalisieren**

1131 DIE LINKE setzt sich für einen europaweiten Paradigmenwechsel in der
1132 Drogenpolitik ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und
1133 Hilfe. Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik können Risiken und
1134 Schäden reduziert werden – ein Verbot von Drogen kann das nicht. Es verhindert
1135 weder den Drogenhandel, noch senkt es wirksam den Konsum. Zugleich bindet die
1136 Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die
1137 Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon.

1138 - Die EU soll in ihren Mitgliedsstaaten Maßnahmen unterstützen, die auf
1139 Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung von
1140 Drogen setzen.

1141 - DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das EU-Recht und das Schengener Abkommen
1142 geändert werden, damit sie einer umfassenden Legalisierung von Cannabis in den
1143 Mitgliedsstaaten nicht im Weg stehen. Unser Ziel ist, Cannabis in der EU
1144 insgesamt zu legalisieren.

1145 **Steuern gegen Ungleichheit und für eine gute Zukunft**

1146 Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Dienstleistungen ist in der EU
1147 vorangetrieben worden, dadurch ist die Ungleichheit gewachsen. Auf der Suche nach
1148 schnellen Gewinnen haben viele Reiche und Konzerne ihre Gewinne in Spekulation
1149 mit Immobilien, Boden und Pflege gesteckt und sich auf Kosten der Mehrheit der
1150 Bevölkerung bereichert. Die Mieten schießen durch die Decke, die Pflegekosten
1151 steigen. Lebensmittel- und Energiekonzerne heben die Preise in Krisenzeiten so
1152 stark an, dass sie enorme Extragewinne erzielen.

1153 Gleichzeitig haben viele Regierungen in der EU die Steuern für Vermögen und
1154 Gewinne von Unternehmen abgesenkt – auch in Deutschland. Menschen mit
1155 niedrigeren und mittleren Einkommen werden stärker belastet. Die Konzerne suchen
1156 immer nach Wegen, ihre Steuern nicht zu zahlen: Allein durch Steuerflucht gehen
1157 den EU-Staaten jährlich rund 46 Milliarden Euro verloren. Das ist unfair und geht
1158 auf Kosten von uns allen.

1159 DIE LINKE sagt: Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten! Wir müssen
1160 Konzerne stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, um die Armut in
1161 der EU abzuschaffen, die Wirtschaft sozial und ökologisch umzugestalten und die
1162 öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Dafür braucht es zusätzliche
1163 Investitionen über Kredite (siehe Kapitel 1, „Für ein starkes europäisches
1164 Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich“) und zusätzliche Einnahmen
1165 durch Steuern. Hier gilt für uns: Durch Steuern können die EU und ihre
1166 Mitgliedsstaaten die Ausrichtung der EU lenken. Die EU soll dort Verantwortung
1167 übernehmen, wo nationale Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind, z. B. bei der
1168 Besteuerung international tätiger Unternehmen. Dort, wo Mitgliedsstaaten mehr
1169 Kontrolle haben, soll die EU die Umsetzung in den Ländern sicherstellen. Das
1170 Einstimmigkeitsprinzip der EU muss in Sachen Steuern abgeschafft werden. Sonst
1171 torpedieren Niedrigsteuerländer wie Ungarn oder Irland jeden Fortschritt.

1172 **Hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern**

1173 Eine gerechtere Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und hohen Einkommen baut
1174 wirtschaftliche und politische Macht ab, verringert soziale Ungleichheit und
1175 stärkt dadurch die Demokratie. Mit den höheren Steuereinnahmen können wir die
1176 dringend benötigten Lehrkräfte, Erzieher*innen, Pflegekräfte,
1177 Sozialarbeiter*innen und auch die Bademeister*innen im örtlichen Schwimmbad
1178 bezahlen. Wir wollen einen europaweiten Korridor für abgestimmte Regelungen in
1179 den EU-Staaten, um Mindestbesteuerungen für hohe Vermögen, Erbschaften und
1180 Schenkungen festzulegen.

1181 - In Deutschland setzten wir uns dafür ein, dass die seit 1997 ausgesetzte
1182 Vermögensteuer wieder erhoben wird.

1183 - Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden. Der
1184 österreichische Unternehmersohn und Red-Bull-Erbe Mark Mateschitz hat letztes
1185 Jahr 25 Milliarden steuerfrei geerbt. Für diese Superreichen sollen die
1186 Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen erhöht und die persönlichen
1187 Freibeträge herabgesetzt werden.

1188 - Die besonderen Kosten der Krise dürfen nicht den laufenden Haushalt belasten
1189 und zu Kürzungen führen.

1190 - Zur Bewältigung der Krisenlasten wollen wir eine einmalige Vermögensabgabe
1191 erheben.

1192 **Globale Mindeststeuersätze für Unternehmen und Konzerne**

1193 Die Finanzminister*innen der G-20-Staaten haben sich 2021 auf einen globalen
1194 Mindeststeuersatz von 15 Prozent geeinigt. Dieser reicht aber nicht aus, um den
1195 Steuerwettbewerb zwischen Staaten und die Steuerflucht von Unternehmen effektiv

1196 zu verhindern.

1197 - Wir fordern einen globalen Mindeststeuersatz für Unternehmen von 25 Prozent, um
1198 ernsthaft gegen Steuerwettbewerb und Profitverschiebung vorzugehen

1199 **Krisengewinne besteuern**

1200 Konzerne wie Total, Shell und RWE haben im Zuge des Ukraine-Kriegs durch enorme
1201 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Solche Übergewinne, die deutlich
1202 über den Gewinnen der vergangenen Jahre liegen, lassen sich weder auf eine
1203 gesteigerte Leistungs- oder Innovationskraft noch auf einen erhöhten Mehrwert für
1204 die Gesellschaft zurückführen. Ganz im Gegenteil: Sie zeigen, dass die Konzerne
1205 Krisensituationen ausnutzen, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.
1206 Wenige profitieren, und die große Mehrheit muss mit den gestiegenen Preisen
1207 kämpfen. Wir wollen die Extraprofite an die Allgemeinheit zurückverteilen. DIE
1208 LINKE fordert die Einführung einer EU-weiten Übergewinnsteuer in Höhe von 90
1209 Prozent für alle Krisenprofiteur*innen. Die Übergewinnsteuer soll rückwirkend
1210 eingeführt werden und dauerhaft gelten. Die positiven Erfahrungen anderer Länder
1211 wie Spanien und Griechenland bestätigen: Übergewinne können erfolgreich
1212 abgeschöpft werden.

1213 - Allein in Deutschland hätte die Besteuerung von Übergewinnen im Energiesektor
1214 im Jahr 2022 bis zu 102 Milliarden Euro eingebracht.

1215 - Die Übergewinnsteuer muss auf andere Bereiche ausgeweitet werden, die von Krieg
1216 und Krisen profitieren. Hierzu zählen beispielsweise die Rüstungsindustrie, der
1217 Bankensektor und große Onlinehändler wie Amazon.

1218 **Spekulationsgewinne besteuern**

1219 Wir streiten für eine europäische Finanztransaktionssteuer, um Spekulant*innen
1220 stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Die
1221 Finanztransaktionssteuer trifft vor allem kurzfristige Großumsätze mit kleinen
1222 Gewinnmargen. Sie schrumpft und stabilisiert so die Finanzmärkte. Insbesondere
1223 der computergestützte Hochfrequenzhandel hat keinerlei Nutzen für die
1224 Realwirtschaft und verbraucht Unmengen an Energie.

1225 - Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden.
1226 Ziel ist es, diese Abgabe weltweit einzuführen. Bis dahin braucht es eine
1227 einheitliche Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene. Diese Steuer würde laut EU-
1228 Kommission 50 Mrd. Euro jährlich einbringen.

1229 - Wir wollen die Abgeltungssteuer in Deutschland abschaffen. Statt einer
1230 Billigsteuer für Kapitalerträge sollen sie der normalen Einkommenssteuer
1231 unterliegen. Wer viel Einkommen hat, muss entsprechend höhere Sätze zahlen. In
1232 der EU sollen Mindeststeuersätze vereinbart werden.

1233 **Banken und Finanzmärkte entmachten**

1234 Aus den Finanzkrisen wurde nicht ausreichend gelernt: Das haben die jüngste
1235 Erschütterung der Banken, die Notrettung der Crédit Suisse und die Zusammenbrüche
1236 einzelner Finanzdienstleister wie Wirecard gezeigt. Auch 15 Jahre nach der Pleite
1237 der Investmentbank Lehman Brothers sind viele Maßnahmen, die während der
1238 Finanzkrise versprochen wurden, nicht umgesetzt. Eine Krise im Finanzsektor kann
1239 ganze Staaten und Sozialsysteme in den Ruin stürzen – oder es werden „nur“
1240 Anleger*innen oder Kund*innen um Milliardenbeträge geschädigt und betrogen.

1241 In der Finanzkrise sind viele Schulden der Banken auf die Staatshaushalte
1242 übertragen und „vergesellschaftet“ worden. Wenn die Wirtschaft läuft, werden die
1243 Gewinne privatisiert. Von hochkomplexen Finanzinstrumenten (zum Beispiel Derivate
1244 höheren Grades) gehen weiter große Risiken aus – ein Nutzen für das Gemeinwesen

1245 ist mit ihnen nicht verbunden.

1246 - DIE LINKE will den Finanzsektor auf eine dienende Funktion für die Gesellschaft
1247 zurechtstutzen. Die Finanzmärkte sollen in ihrer Dynamik entschleunigt und im
1248 Volumen massiv reduziert werden. Spekulation mit Nahrungsmitteln soll verboten
1249 werden. Beim Handel mit Agrarrohstoffderivaten müssen strengere und höhere
1250 Positionslimits geschaffen werden.

1251 - Wenn immer größere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privat organisiert
1252 werden, müssen hohe Renditen erwirtschaftet werden, der Finanzmarkt übernimmt die
1253 Kontrolle. Das wollen wir verhindern. Wir wollen, dass Krankenhaus-, Pflege- und
1254 Immobilienkonzernen die Börsenzulassung entzogen wird.

1255 - In Zukunft sollen nur noch solche Finanztransaktionen, -dienstleistungen und -
1256 instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder
1257 gesellschaftlichen Nutzen stiften. Statt wie bisher alle Finanzpraktiken
1258 zuzulassen, die nicht ausdrücklich verboten sind, müssen Finanzinstrumente in
1259 Zukunft eine ausdrückliche Zulassung durch einen Finanz-TÜV erhalten, bevor sie
1260 in Umlauf gebracht werden dürfen.

1261 - Sogenannte „Schattenbanken“ wie Hedgefonds und der „graue“ Kapitalmarkt agieren
1262 außerhalb herkömmlicher Regulierungen. Sie bergen die Gefahr neuer
1263 Finanzmarktkrisen und sind eine Bedrohung für die Weltwirtschaft. Daher setzt
1264 sich DIE LINKE für eine strikte Regulierung und eine strenge Finanzaufsicht von
1265 Schattenbanken ein.

1266 Die großen Investmentbanken mit ihren riskanten Geschäften können sich nach wie
1267 vor darauf verlassen, dass sie auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden. Die
1268 neu geschaffenen Instrumente zur Abwicklung von Banken im Krisenfall,
1269 einschließlich des Bankenabwicklungsfonds, sind zur praktischen Bewältigung
1270 akuter Schieflagen nicht realistisch ausgestaltet. Das zeigte sich schon 2017 im
1271 Fall der Liquiditätskrise des spanischen Banco Popular. Die Regeln haben keine
1272 präventive, d. h. vorbeugende Wirkung zur Verhinderung künftiger Banken Krisen.
1273 Die europäischen Banken sind immer noch zu groß und zu stark verknüpft mit
1274 anderen Sektoren, um in die Pleite zu gehen wie jeder andere Betrieb, der nicht
1275 gut gewirtschaftet hat.

1276 - Banken müssen verkleinert und das Investmentbanking abgewickelt werden. Als
1277 ersten Schritt soll das Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen
1278 isoliert werden. Alle Banken müssen auf ein solides, auf die Bedürfnisse der
1279 Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell nach dem Vorbild
1280 der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet werden. Zu diesem
1281 Geschäftsmodell gehören: 1. Angebote im Bereich Zahlungsverkehr, 2. einfachere
1282 und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater
1283 Investitionen.

1284 - DIE LINKE ist grundsätzlich für eine europäische Einlagensicherung, aber nur
1285 für Institute und Einleger*innen von Banken ähnlichen Zuschnitts und
1286 Risikoprofils in Europa. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen nicht für
1287 die Spekulationsverluste internationaler Investmentbanken geradestehen müssen.

1288 - Wir fordern die vollständige Implementierung von Basel-III-
1289 Eigenkapitalvorschriften, um die Finanzstabilität der Banken zu verbessern.

1290 **Vermögen und Machtkonzentration sichtbar machen**

1291 Wir wollen die Transparenz von Vermögen erhöhen und fordern dazu die Einrichtung
1292 eines EU-Vermögensregisters (European Asset Registry).

1293 - Europa braucht effektive Transparenzregeln, um bei der Suche nach schmutzigem
1294 Geld aus Kriminalität, Korruption und von russischen Oligarchen erfolgreich zu

1295 sein.

1296 - Es braucht eine europarechtliche Bestimmung, die der Öffentlichkeit Zugang zu
1297 Daten der nationalen Transparenzregister gewährt.

1298 - Die blinden Flecken im internationalen Steuerinformationsaustausch müssen
1299 behoben werden. Ein erster Schritt ist erhöhte Transparenz durch eine öffentliche
1300 länderspezifische Berichtspflicht (Public Country-by-Country Reporting). Konzerne
1301 müssen Umsatz, Gewinne und bezahlte Steuern für jedes Land, in dem sie
1302 wirtschaftlich aktiv sind, offenlegen.

1303 **Steueroasen trockenlegen und Finanzkriminalität verfolgen**

1304 Jährlich gehen mindestens 90 Milliarden Euro Steuereinnahmen verloren, weil
1305 Gewinne und Vermögen in Steueroasen „geparkt“ werden. Geldwäsche und
1306 Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen und Steueroasen – auch „made in
1307 Germany“ – austrocknen.

1308 - Schluss mit Steuervermeidung: Der Wettlauf nach unten muss unterbunden werden.
1309 Wenn Gewinne in Niedrigsteuergelände verschoben werden, müssen sie in den
1310 einzelnen Ländern, in denen der Konzern aktiv ist, nachversteuert werden.
1311 Konzerne müssen (stärker) am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und der
1312 Umsätze besteuert (Quellensteuer) werden. Das gilt besonders für die Besteuerung
1313 von Übergewinnen.

1314 - Verbindungen zu Steueroasen kappen: Mit Quellensteuern von 50 Prozent auf alle
1315 Zahlungen (Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben) von Unternehmen, die in
1316 nichtkooperative Staaten abfließenden, machen wir Steuerflucht unattraktiv. Die
1317 Unternehmen dürfen sich die Steuer nur anrechnen, wenn alle steuerrelevanten
1318 Informationen offengelegt werden.

1319 - DIE LINKE fordert den Aufbau einer europäischen Finanzpolizei zur Ermittlung
1320 und Bekämpfung von kriminellen Unternehmenspraktiken wie Steuerhinterziehung,
1321 Steuerbetrug, Geldwäsche und Korruption.

1322 - DIE LINKE setzt sich für eine schärfere Geldwäscheregulierung für den
1323 grenzüberschreitenden Onlineglücksspielmarkt ein. Hier wurde lange gezögert und
1324 vieles verschlafen.

1325 **Europäische Geldpolitik**

1326 DIE LINKE fordert eine Demokratisierung der Europäischen Zentralbank (EZB). Neben
1327 dem Ziel der Preisstabilität soll ihr Mandat auch auf Vollbeschäftigung und
1328 wirtschaftliche Entwicklung erweitert werden. Ebenso muss der EZB die
1329 Finanzierung von Staatsausgaben ermöglicht werden, damit das künstliche
1330 Insolvenzrisiko von Euro-Staaten unterbunden wird. Schon eine Garantie der
1331 Staatsanleihen würde diese de facto risikolos machen. Denn die EZB kann als
1332 Schöpferin der Währung in Euro niemals pleitegehen. Nur sie kann der Kreditgeber
1333 der letzten Instanz sein. Ein inflationäres Risiko besteht nicht, weil die EZB
1334 weiterhin ihrem Inflationsziel von zwei Prozent verpflichtet ist. Großbritannien
1335 und Kanada liefern den Beweis, dass das problemlos funktioniert: Dort verkaufen
1336 die Finanzminister Anleihen auch direkt an die Zentralbank.

1337 - Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu
1338 ermöglichen.

1339 - Kurzfristig und vertragskonform könnte diese Funktion auch durch den Ankauf von
1340 Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie nationaler Förderbanken
1341 erfüllt werden.

1342 - Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert
1343 wird und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist*innen unterliegt. Gerade in
1344 Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen sind Zentralbanken politische

1345 Schlüsselakteure.

1346 - Wir wollen eine demokratische Kontrolle der EZB. Die Führungsgremien der EZB –
1347 wie EZB-Rat, -Direktorium und -Präsident*in – sollen vom Europäischen Parlament
1348 gewählt werden. Die grundlegenden und langfristigen Zielsetzungen der Geldpolitik
1349 sollen im Parlament diskutiert und entschieden werden. Gerade in Zeiten von
1350 Finanz- und Wirtschaftskrisen und beim sozial-ökologischen Umbau sind
1351 Zentralbanken wesentliche Schlüsselakteure und müssen politisch kontrolliert
1352 werden.

1353 - Zur Finanzierung des großen Bedarfs an öffentlichen Investitionen
1354 einschließlich des ökonomischen Wiederaufbaus Europas nach der Corona-Pandemie
1355 und der Energiepreiskrise soll das Instrument von Euro-Anleihen ausgeweitet
1356 werden. Wenn die EZB diese Anleihen garantiert, gibt es kein Haftungsrisiko.

1357 (Siehe Kapitel 1, „Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von
1358 privat zu öffentlich“)

1359 - In der Inflationskrise versucht die EZB durch Erhöhung des Leitzinses die
1360 Inflation zu bekämpfen. Das schadet mehr, als es nutzt: Dringend benötigte
1361 Investitionen werden gebremst, die Preise sinken nicht. Ein Teil der Inflation
1362 ist profitgetrieben und muss fiskalpolitisch bekämpft werden. Übermäßig hohe
1363 Gewinne von Unternehmen müssen mit einer Übergewinnsteuer abgeschöpft werden
1364 (siehe Krisengewinne besteuern).

1365 - Die Zinsen für Sparer*innen wollen wir an die Zinsen der Banken koppeln, damit
1366 diese den steigenden Leitzins weitergeben und sich nicht an Sparer*innen
1367 bereichern können.

1368 - Wir fordern einen Deckel für Dispozinsen: Der Zinssatz für Dispositions- und
1369 Überziehungskredite darf maximal fünf Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der EZB
1370 liegen. So schützen wir Menschen, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen
1371 und den Dispokredit oft nutzen müssen.

1372 Die Macht der Internet-Riesen (Bigtechs) in die Schranken weisen

1373 - Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine
1374 schleichende Privatisierung lehnen wir ab. Internetgiganten (Amazon und Co.) und
1375 Finanztechnologieunternehmen (z. B. PayPal oder N26) müssen denselben Regeln und
1376 Gesetzen unterworfen sein, wie sie für konventionelle Finanzdienstleister (z. B.
1377 Banken und Versicherungen) gelten.

1378 - DIE LINKE befürwortet die Einführung eines digitalen Euro durch die EZB. Der
1379 digitale Euro soll ein von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein,
1380 das Privatpersonen in begrenztem Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB
1381 halten können. Nur mit einer öffentlichen Alternative zu den Bezahlssystemen der
1382 großen Internet-Konzerne lässt sich ihrer enormen Finanztechnik- und Datenmacht
1383 entgegenwirken und glaubwürdig ein europäisches Datenschutzniveau durchsetzen.

1384 EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen

1385 DIE LINKE setzt sich für ein verbindliches Bewertungs- und Klassifikationssystem
1386 (Taxonomie) für Geldanlagen auf europäischer Ebene ein, damit nachhaltige
1387 Geldanlagen transparent identifiziert werden können. Neben Klimaschutz müssen
1388 auch soziale Aspekte stärker berücksichtigt und durch strenge Kriterien
1389 abgebildet werden. Leitlinie sollten die Ziele der UN zur nachhaltigen
1390 Entwicklung (SDG) sein.

1391 - Investitionen in Atom- oder Gasenergie sind nicht nachhaltig und müssen aus der
1392 EU-Taxonomie gestrichen werden. Auch Greenwashing mit der EU-Taxonomie, wie das
1393 Einbeziehen von konventionellen Schiffen und Flugzeugen oder
Ausgleichsmaßnahmen

1394 von Biodiversitätsverlusten lehnen wir ab.

1395 - Öffentliche Banken, wie die Europäische Investitionsbank (EIB) und die
1396 Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW) sollen nur noch nachhaltige
1397 Investitionen tätigen dürfen. Die EZB darf nicht weiter Anleihen von Unternehmen
1398 mit hohen CO2-Emissionen aufkaufen und dadurch den Klimaschutz unterlaufen. Sie
1399 braucht starke soziale und ökologische Standards und muss ihrer Verantwortung in
1400 der Förderung von Klimaschutz gerecht werden.

1401 **2. WIRTSCHAFT SOZIAL UND ÖKOLOGISCH GERECHT UMBAUEN**

1402 Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Sie soll unsere Bedürfnisse befriedigen
1403 und nicht die Gier von Aktionären nach Profit. Entscheidungen über Investitionen
1404 und Produktion müssen endlich demokratisch getroffen werden und nicht einigen
1405 Superreichen in der Gesellschaft überlassen bleiben. Denn wir müssen die größte
1406 Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts bewältigen: die ökologische Krise aus
1407 Klimawandel, Naturzerstörung und Ressourcenknappheit. Die EU begegnet dem mit
1408 einer grün-liberalen Modernisierungsstrategie: Steuergeschenke für den
1409 klimaneutralen Umbau von Unternehmen und technologische Innovation sollen neue
1410 grüne Profitmöglichkeiten schaffen. Neue, grüne Märkte sollen entstehen. Aber die
1411 Kosten tragen die Bürger*innen.

1412 Dem entgegen stehen national-konservative und extrem-rechte Parteien. Sie leugnen
1413 die ökologische Krise und versprechen ein Weiter-so im fossilen Kapitalismus, mit
1414 Öl- und Gasimporten aus Diktaturen, mit schmutziger Braunkohle und einer
1415 Industrie, die weiter Profit auf Kosten von Mensch und Natur machen kann.

1416 Wir wollen keinen grün lackierten Kapitalismus, der die soziale Ungerechtigkeit
1417 weiter verschärft. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben die
1418 Verletzlichkeit von Lieferketten und transnationalen Netzwerken (wie Pipelines
1419 und dem internationalen Zahlungssystem SWIFT) gezeigt. Die globalisierte
1420 Wirtschaft ist extrem krisenanfällig. In der neuen Blockkonfrontation ringen die
1421 USA, China und die EU um die Vormachtstellung bei der Produktion grüner
1422 Technologien. Die zugespitzte Konkurrenz, Handelskriege, Aufrüstung, gewaltsame
1423 Konflikte bis hin zu Kriegen verschärfen die ökologische Krise weiter. Knappe
1424 Ressourcen und finanzielle Mittel, die für den Umbau der Wirtschaft dringend
1425 nötig wären, werden auch durch ein wirtschaftliches Wettrüsten verschleudert.
1426 Jeder Machtblock versucht, Marktführer für grüne Technologien zu werden und die
1427 Konkurrenz auszustechen. Dadurch verlieren wir Zeit und Ressourcen im Kampf gegen
1428 die Klimakrise und setzen Menschenleben aufs Spiel.

1429 Wir sagen: Der Weg aus Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer
1430 Ungleichheit beginnt mit einer grundlegend anderen Wirtschaftspolitik.
1431 Kosmetische Korrekturen reichen nicht. Unsere Gesellschaft braucht eine sozial
1432 und ökologisch gerechte Wirtschaftswende!

1433 Die Europäische Union hat bisher in ihrer Wirtschaftspolitik auf mehr Profit für
1434 Unternehmen, mehr Markt und mehr Konkurrenz gesetzt. Sie hat öffentliches
1435 Eigentum und öffentliches Wirtschaften begrenzt. Jede Kommune kennt den Zwang,
1436 Verträge und Dienstleistungen so auszuschreiben, dass jeder Anbieter in der EU
1437 sich bewerben kann. Gewinner sind meist die günstigsten Angebote auf Kosten von
1438 Menschen und Umwelt. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie konnten wir die
1439 Mängel des Marktes sehen: zu wenig Masken, Impfstoffe, Luftfilter für die
1440 Schulen. Lieferketten sind zusammengebrochen, denn es gab zu wenig regionale
1441 Wirtschaftskreisläufe, zu wenig regionale Produktion und es dauerte zu lange,
1442 dringend benötigte Dinge produzieren zu lassen. Das wollen wir ändern.

1443 Eine starke, unabhängige Wirtschaft in der EU muss heißen: Wir steuern die
1444 Industrie in eine soziale und ökologisch gerechte Zukunft mit guter Arbeit und

1445 guten Löhnen und wir stärken regionale Wirtschaftskreisläufe: Wir wollen dort
1446 produzieren, wo die Dinge verbraucht werden. Wir treiben die nachhaltige
1447 Rohstoffwende und die Agrarwende voran.

1448 Für DIE LINKE ist klar: Die Wirtschaftswende kann nur gemeinsam mit den
1449 Beschäftigten gelingen. Nur mit einem Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung,
1450 mit neuen Perspektiven auf sinnvolle und klimagerechte (Industrie-)Produktion,
1451 mit sozialen Sicherungssystemen, die vor Armut schützen, kann aus Angst vor
1452 Veränderung, Mut und Hoffnung auf ein besseres Leben erwachsen. Transformation
1453 bedeutet dann einen Gewinn an Lebensqualität. Unser Ziel ist das gute Leben für
1454 alle – nicht Profit für die wenigen.

1455 **Die Industrie umbauen**

1456 Die Wirtschaft kann nur mit staatlichen Interventionen klimagerecht umgebaut
1457 werden. Es ist Zeit, dass die Wirtschaftspolitik sich von den neoliberalen Mythen
1458 verabschiedet und auf öffentliche Investitionen für eine soziale und ökologisch
1459 gerechte Wirtschaft setzt.

1460 Mit dem Investitionsprogramm „Next Generation EU“ hat die EU erstmals in großen
1461 Umfang (750 Milliarden Euro) Kredite aufgenommen, die vor allem in die
1462 Ökologisierung und Digitalisierung investiert werden sollen. Der „Green Deal“ der
1463 EU soll ein zentraler Innovations- und Wachstumsmotor für Industrie- und
1464 Wirtschaft sein und Europa eine führende Rolle im Wettbewerb um die grünen
1465 Zukunftstechnologien sichern. Auf das große Investitionsprogramm der USA (den
1466 „Inflation Reduction Act“) hat die EU-Kommission mit einem eigenen Gesetz
1467 geantwortet (dem „Net Zero Industry Act“). Der „Green Deal“ der EU reicht
1468 allerdings nicht einmal dafür aus, die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen.
1469 Die Investitionsprogramme der EU sind vor allem darauf ausgerichtet, die
1470 Wettbewerbsfähigkeit der Konzerne zu verbessern und ihre Gewinne zu maximieren –
1471 ein grüner angestrichener Kapitalismus, bei dem sich an der Verteilung von
1472 Profiten und Löhnen, von Privatem und Öffentlichem, von gesellschaftlichem
1473 Reichtum nichts ändert. Die Industriehilfen der EU sind nicht an
1474 arbeitsrechtliche und soziale Kriterien geknüpft – das ist sogar in den USA
1475 anders.

1476 DIE LINKE setzt sich stattdessen für den sozialen und ökologischen Umbau der
1477 Industrie in der EU ein. Einen „grünen Kapitalismus“ kann es nicht geben. Wir
1478 brauchen eine Industrie, die den Planeten für unsere Kinder erhält, die
1479 Demokratie und Mitbestimmung im Umbau stärkt und nicht abbaut, und die den Alltag
1480 für alle besser macht. Das erreichen wir mit einer aktiven Industriepolitik, die
1481 gute Arbeit schafft, das Klima schützt und auf sinnvolle und zukunftsfähige
1482 Produktion setzt. Wir wollen eine Industriepolitik, die aufbaut, umbaut und
1483 rückbaut. Und gleichzeitig öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärkt.
1484 Steuerschlupflöcher wollen wir schließen und eine Mindeststeuer für
1485 transnationale Konzerne erheben. (Siehe Kapitel 1, „Steuern gegen Ungleichheit
1486 und für eine gute Zukunft“) Subventionen und Investitionshilfen für eine CO2-
1487 freie Industrie müssen an soziale Bedingungen für gute Arbeit, Tariftreue,
1488 konkrete Beschäftigungszahlen, Ausbildungsquoten und Standortgarantien geknüpft
1489 werden. Wer Beschäftigungsabbau betreibt, muss Fördergelder zurückzahlen. Es
1490 dürfen keine Unternehmen in Steueroasen außerhalb der EU gefördert werden.
1491 Industrieförderungen müssen an klare soziale, ökologische und arbeitsrechtliche
1492 Kriterien gebunden werden. Dividendenausschüttungen müssen bei der
1493 Inanspruchnahme von staatlichem Rettungsgeld verboten werden.

1494 - Mithilfe von Differenz- und Klimaschutzverträgen (CCfDs) wollen wir
1495 klimafreundliche Technologie bei der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen

1496 fördern und Beschäftigung schützen: Energieintensive Industriebetriebe erhalten
1497 Finanzhilfen für die Umrüstung auf eine CO2-arme Produktion in Höhe der Differenz
1498 der CO2-Vermeidungskosten und dem CO2-Zertifikatspreis. So bleiben
1499 Industriebetriebe in der Transformation wettbewerbsfähig und Beschäftigung kann
1500 geschützt werden.

1501 - Das Europäische Beihilferecht wird geändert: Der von der EU bereits
1502 verabschiedete, befristete Krisenrahmen Temporary Crisis Framework (TCF) muss
1503 ausgeweitet und verstetigt werden. Verfahren müssen insgesamt beschleunigt
1504 werden.

1505 - Insbesondere die Wettbewerbs- und Beihilferegelungen in Artikel 101 und 107 des
1506 Vertrages der Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) müssen so abgeändert
1507 werden, dass kartellrechtliche und subventionsrechtliche Ausnahmen zugelassen
1508 werden, wenn die Förderung den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung
1509 (Sustainable Development Goals, SDGs) dient und/oder die Beihilfen einen
1510 wesentlichen Beitrag für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft
1511 leisten.

1512 - Einen innereuropäischen Solidaritätsmechanismus, um die Industrie
1513 finanzschwächerer Mitgliedsländer zu unterstützen, wenn das Beihilferecht
1514 gelockert wird. Der Solidaritätsmechanismus soll verhindern, dass die
1515 wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU noch stärker werden, weil Länder wie
1516 Deutschland oder Frankreich höhere Finanzhilfen organisieren können.

1517 - Die strategischen Förderprojekte der Europäischen Kommission, IPCEIs (Important
1518 Projects of Common European Interests), müssen ausgeweitet und zugleich an
1519 striktere ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden. Neben Halbleitern,
1520 grünem Wasserstoff und Batterien müssen auch für Wind- und Solarkraft neue
1521 Industriekonglomerate und -cluster aufgebaut werden. Die Forschung gerade für
1522 Sprunginnovationen in der Nano- und Klimatechnologie muss eng mit diesen
1523 Standorten verknüpft werden. Ein IPCEI-Projekt sollte auch für ein europäisches
1524 Bahn- und Nahverkehrsnetz sowie für Produktion und Wartung der dafür notwendigen
1525 Bahnen und Busse ausgeschrieben werden.

1526 - Gelder für Forschung und Entwicklung für die Stärkung einer regionalen
1527 Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte
1528 kontrolliert werden, in denen neben der regionalen Regierung und Unternehmen,
1529 auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht
1530 haben.

1531 Viele Unternehmen in der EU haben nicht die Größe und finanzielle Ausstattung, um
1532 den Aufgaben der Transformation gerecht zu werden. Deshalb müssen auch direkte
1533 Staatsbeteiligungen an Unternehmen europarechtlich möglich werden, die das Ziel
1534 haben, den sozial-ökologischen Umbau zu beschleunigen und neue Formen der
1535 Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen.

1536 - DIE LINKE fordert die Gründung einer europäischen Industrieförderung. Finanziert
1537 durch die Europäische Investitionsbank (EIB) soll die Förderung gezielt Anteile an
1538 Unternehmen erwerben, die eine Schlüsselrolle in der Transformation einnehmen und
1539 den klimaneutralen Umbau steuern. Durch die europäische öffentliche Kontrolle
1540 wird die neoliberale Wettbewerbslogik in der EU ausgehebelt, in der Konzerne als
1541 nationale Champions gegeneinander positioniert werden. Eine stärkere öffentliche
1542 Kontrolle durch Eigentumsanteile kann auch der Herausbildung von monopolistischen
1543 Strukturen entgegenwirken.

1544 - Der Aufbau einer sozial-ökologischen öffentlichen Industriestruktur sorgt
1545 dafür, dass nicht nur die Kosten der Transformation durch die Menschen in Europa
1546 getragen werden, sondern auch die Gewinne wieder zurück in die öffentliche Hand
1547 und damit demokratischer Kontrolle zufließen. Die Belegschaft wie auch die
1548 Gesellschaft können außerdem mehr Mitbestimmung über Investitions- und

1549 Produktionsentscheidungen bekommen.

1550 **Strukturwandel vor Ort gemeinsam mit den Menschen**

1551 Der sozial-ökologische Umbau der Industrie betrifft die europäischen Regionen
1552 unterschiedlich. Insbesondere Regionen, in denen Kohle abgebaut wird oder Autos
1553 produziert werden, stehen vor großen Herausforderungen. Der Wandel geht zulasten
1554 der Beschäftigten und der Menschen vor Ort, wenn nicht gegengesteuert wird. Es
1555 gibt eine Vielzahl von Förderprogrammen auf EU-Ebene. Wir vereinfachen sie und
1556 setzen auf eine einheitliche Transformationsstrategie. Die Förderungen in der
1557 Transformation kommen den Menschen in den Regionen zugute und werden an soziale
1558 und ökologische Kriterien gekoppelt. Unternehmen müssen ihren Beschäftigten neue
1559 Perspektiven für einen Arbeitsplatz ermöglichen, wenn sie ihre
1560 Produktionsstrukturen umbauen. Ihnen müssen Übergänge in „grüne“ Jobs und in
1561 Bedarfsberufe (z. B. Pflege oder ÖPNV) geschaffen werden.

1562 - Wir fordern, den Just Transition Fund auszuweiten. Nicht nur Kohleregionen,
1563 sondern alle von der Transformation betroffene Regionen werden unterstützt.
1564 Insbesondere die Automobilregionen werden beim Umbau unterstützt. (Siehe Kapitel
1565 3, „Mehr Mobilität mit weniger Verkehr“)

1566 - In den Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, wollen wir Wirtschafts-
1567 und Transformationsräte einsetzen, die über das Geld aus den Transformationsfonds
1568 verfügen und den Umbau vor Ort gestalten. (Siehe Kapitel 2, „Industrie umbauen“)

1569 Mit der Europäischen Struktur- und Förderpolitik soll sozialer Ausgleich zwischen
1570 den Regionen erreicht werden. Aber der EU-Kohäsionsbericht (2022) zeigt, dass der
1571 kaum messbar ist. Die Förderung muss konsequenter auf mehr soziale Gleichheit
1572 zielen! Das geht, wenn die Förderung stärker auf öffentliche und nicht
1573 profitorientierte Daseinsvorsorge ausgerichtet wird. Deutschland zahlt zwar viel
1574 in die EU ein, die (ost)deutschen Regionen profitieren aber auch besonders von
1575 der EU-Kohäsionspolitik und den EU-Strukturfonds. Ohne die europäischen Mittel
1576 hätten viele Projekte in den Kommunen nicht realisiert werden können.

1577 - Wir wollen den EU-Strukturfonds besser ausstatten. Damit stärken wir die
1578 Kommunen und die öffentliche Daseinsvorsorge als Fundament einer sozial und
1579 ökologisch gerechten Gesellschaft.

1580 **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

1581 Wir wollen die Distanz zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen reduzieren:
1582 Wo hergestellt wird, soll auch verbraucht werden. Dadurch werden Lieferketten
1583 kürzer und ökologischer. Anstatt Industriekomponenten quer durch Europa zu
1584 schicken, um die billigsten Löhne auszuschöpfen, wollen wir integrierte
1585 Produktionsabläufe stärken. Das sichert lokale Arbeitsplätze und stärkt die
1586 Regionen abseits der Metropolen. Dabei gilt: Produktion so lokal wie möglich, so
1587 global wie nötig!

1588 Mit der Förderung von regionalem Tourismus sparen wir Verkehr. Mit der
1589 Energiewende produzieren wir Strom lokal vor Ort, anstatt Spanien zum
1590 Photovoltaikpark für Europa zu machen. Mit der Agrarwende werden lokale
1591 Versorgungsstrukturen geschaffen und gestärkt, anstatt die industrielle
1592 Landwirtschaft zu fördern.

1593 - Bei öffentlichen Ausschreibungen, Beschaffungen und Subventionen stärken wir
1594 soziale und ökologische Kriterien: Wir berücksichtigen Transportemissionen sowie
1595 lokale Ausbildungs- und Beschäftigungsquoten und unterstützen damit lokale
1596 Unternehmen.

1597 - Regionale Produkte und Vertriebsstrukturen stärken wir, indem wir Produktions-

1598 und Vertriebsgenossenschaften miteinander verbinden. Graswurzelbewegungen, die
1599 regionale Wertschöpfungsstrukturen etablieren möchten, sollen von den
1600 Regionalmitteln der EU profitieren.
1601 - Die Ortskerne wiederbeleben: Wir fördern soziale Zentren überall in der EU!
1602 Soziale Zentren sind Ausgangspunkt für neue nachbarschaftliche Gemeinschaften und
1603 dienen als Orte der Begegnung. Sie sind Räume für grundlegende Dienstleistungen
1604 wie Post und Bank, zivilgesellschaftliche Initiativen und gemeinsames
1605 Kaffeetrinken. Wir wollen Marktplätze wiederbeleben und den Einzelhandel stärken.
1606 Wochenmärkte mit lokalen Produzent*innen wollen wir für die wohnortnahe
1607 Versorgung mit gesunden und nachhaltigen Produkten fördern.
1608 Grundsätzlich wollen wir öffentliche Investitionen in nicht profitorientierte
1609 Dienstleistungen und die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Der Gedanke des
1610 Gemeinwesens mit öffentlichen Räumen und Dienstleistungen zur sozialen Inklusion
1611 und Integration muss im Europäischen Gesellschaftsmodell stärker gemacht werden.

1612 Für die sozial-ökologische Rohstoffwende

1613 Der soziale und ökologisch gerechte Umbau unserer Wirtschaft muss anders mit
1614 Rohstoffen umgehen. Die Metallproduktion hat sich seit 2000 weltweit fast
1615 verdreifacht. Mehr als 93,5 Prozent der Primärrohstoffproduktion – also das, was
1616 mit Bergbau an Metallen aus der Erde gewonnen wird – ist Eisen für die
1617 energieintensive Stahlproduktion. Der Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen
1618 Grenzen.

1619 Auch die Produktion grüner Technologien ist abhängig von vielen Rohstoffen, die
1620 es in der EU nicht in ausreichendem Maße gibt, bzw. die bisher nicht in der EU
1621 gefördert werden. Besonders hoch ist die Importabhängigkeit von seltenen Erden
1622 und Metallen. Bis zum Jahr 2050 wird die EU z.B. das 60-fache an Lithium im
1623 Vergleich zu heute benötigen. Der Verbrauch von Rohstoffen wie Graphit oder
1624 Kobalt könnte bis zum 15-fachen im Jahr 2050 steigen. Es drohen zunehmende
1625 geopolitische Konflikte über die knapper werdenden Ressourcen. Gleichzeitig
1626 braucht es immer mehr Energie, um die Ressourcen abzubauen. Der Bergbau findet
1627 oft unter nicht akzeptablen Bedingungen statt: Menschenrechte werden verletzt,
1628 Wasser verseucht und die Umwelt zerstört. Das ist der Preis für den
1629 Rohstoffhunger. Für den Schutz des Klimas und der natürlichen Grenzen unseres
1630 Ökosystems muss der Rohstoffabbau deshalb reduziert werden.

1631 - Der Verbrauch von Primärrohstoffen in der EU muss bis zum Jahr 2030 um zehn
1632 Prozent sinken.

1633 - Wir denken Klimaschutz und die Reduktion metallischer Rohstoffe zusammen: Wir
1634 treiben die Mobilitätswende voran (Siehe Kapitel 3, „Mehr Mobilität mit weniger
1635 Verkehr“) und bauen eine europäische Kreislaufwirtschaft auf.

1636 - Wir verankern und verstärken Menschenrechte und Umweltstandards in allen EU-
1637 Gesetzen.

1638 - Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten. Die lokale Bevölkerung muss
1639 bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung beteiligt werden.

1640 - Die Massenproduktion grüner Technologie darf sich nicht auf der Ausbeutung der
1641 Natur und Menschen in den Ländern des globalen Südens stützen. Wir wollen keinen
1642 „grünen Kolonialismus“. Dafür fordern wir ein stärkeres Lieferkettengesetz und
1643 die Berücksichtigung starker sozialer und ökologischer Standards in
1644 Handelsabkommen der EU. (Siehe Kapitel 4, „Gerechte Handelspolitik: Kooperation
1645 statt Konkurrenz“)

1646 Mehr Kreislaufwirtschaft weniger Abfälle

1647 Die Rohstoffwende kann nur gelingen, wenn mehr genutzte Ressourcen wieder in die
1648 Produktion eingespeist werden und so eine Kreislaufwirtschaft entsteht. Die

1649 kapitalistische Verwertung mit ihrem inhärenten Zwang zu unbegrenztem Wachstum
1650 hat uns in eine Wegwerfgesellschaft geführt: neue Produkte werden schneller
1651 gekauft, wenn die alten schneller kaputtgehen oder nicht mehr repariert oder
1652 upgedatet werden können. Wir müssen den entfesselten Markt zurück in soziale und
1653 ökologische Bahnen zwingen: Stopp der Sinnlos-Produktion. Wir wollen raus aus der
1654 Wegwerfgesellschaft und rein in die Kreislaufwirtschaft, dafür benötigen wir
1655 strengere Vorgaben für Haltbarkeit und keine Sollbruchstellen. Unser Ziel ist
1656 eine möglichst lange Lebensdauer von Produkten. Wir wollen Reparieren und
1657 Wiederverwenden, statt wegzuschmeißen. Wenn etwas entsorgt werden muss, dann
1658 bestmöglich recyceln, damit wir wertvolle Rohstoffe wieder zurück in den
1659 Kreislauf führen können.

1660 Z.B. Smartphones: Im Schnitt kaufen die Menschen in Deutschland alle drei Jahre
1661 ein neues Gerät. Das sind ca. 22 Millionen pro Jahr. Festverbaute Akkus, fehlende
1662 Updates für ältere Geräte und verklebte Einzelteile, die eine Reparatur
1663 erschweren, verleiten zum Neukauf. Nur 45 Prozent der Altgeräte kommen in einer
1664 Recyclingstelle an, wobei die Produkte so gebaut sind, dass die wertvollen
1665 seltenen Erden nur sehr aufwendig wiedergewonnen werden können. Für die
1666 Hersteller ein profitables Geschäft auf Kosten der Nachhaltigkeit.

1667 - DIE LINKE fordert: höhere gesetzliche Recyclingquoten und höhere Rezyklat-
1668 Einsatzquoten in der EU.

1669 - Wir wollen die Ökodesignvorgaben für Produkte erweitern, um Anforderungen an
1670 Lebensdauer, Update-, Upgrade-, Reparier-, Weiterverwend- und Recycelbarkeit zu
1671 schaffen.

1672 - Wir wollen, dass Hersteller für die Kosten für Rücknahme, Transport,
1673 Wiederaufbereitung oder Entsorgung ihrer Produkte verantwortlich sind.

1674 **Abfälle vermeiden**

1675 Rund 33 Millionen Tonnen Abfall werden jährlich aus der EU exportiert. Oft landet
1676 der Müll in Ländern im globalen Süden, wo er unter dramatischen sozialen und
1677 ökologischen Bedingungen entsorgt und verarbeitet wird. Die schon jetzt illegale
1678 Müllverschiffung von Elektroschrott (E-Waste) wollen wir intensiver bekämpfen.

1679 - Wir wollen das Müllaufkommen insgesamt reduzieren: Hierfür fordern wir auch
1680 Abgaben auf Einwegverpackungen für die Verkäufer und ein einheitliches
1681 Pfandsystem für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen in der EU.

1682 - Müllexporte aus der EU wollen wir verbieten.

1683 - Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der

1684 Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand. Sie dürfen nicht privatisiert werden.

1685 Ist die Privatisierung bereits erfolgt, kämpft DIE LINKE für Rekommunalisierung.

1686 Nur so kann eine soziale und ökologische Abfallwirtschaft garantiert werden.

1687 **Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft**

1688 Ein Drittel der Mittel der EU werden für Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

1689 Die Landwirtschaft wurde in der EU und durch die EU liberalisiert. Die Reform der

1690 Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist nicht genutzt worden, um den überfälligen

1691 sozial-ökologischen Umbau auch in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen im

1692 erforderlichen Maß voranzubringen. Sie sichert vor allem die Profite der

1693 Agrarkonzerne. Die Landwirtschaft ist der Hauptverursacher für den Verlust der

1694 Artenvielfalt. Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben.

1695 Stattdessen sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung, die

1696 umweltfreundlich, gesünder und sozial sind, gefördert werden:

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach

1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing – auch durch intransparente Share Deals – verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer – für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.

1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebiotransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten – mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

1778 Digitalisierung

1779 Die EU hat Digitalisierung zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht und will mit
1780 Milliarden Euro öffentlicher Gelder die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung
1781 digitaler Technologien auf allen Ebenen fördern. Dabei geht es nicht um
1782 Technologien für eine gerechte Onlinewelt für alle oder für gute soziale und
1783 klimagerechte öffentliche Dienstleistungen. Das Ziel ist, der europäischen IT-
1784 Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu einer führenden Rolle zu verhelfen.
1785 Dazu sollen IT-Forschungszentren und -Unternehmen gefördert werden, ausreichend
1786 Anwendungsgebiete erschlossen und Datenbestände nutzbar gemacht werden, um die
1787 Produktentwicklung zu ermöglichen und Märkte für diese Anwendungen zu schaffen.
1788 Europäische IT-Unternehmen sollen den großen amerikanischen und chinesischen
1789 Zentren Konkurrenz machen können. Ungebremst droht eine zunehmende
Überwachung,
1790 stärkere soziale Spaltung, ein Abbau sozialer Rechte und die weitere Aushöhlung
1791 öffentlicher Leistungen – ganz im Sinne der Konzerne. Der hohe Energie- und
1792 Ressourcenverbrauch digitaler Anwendungen droht den Klimakollaps zu
1793 beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung zur Lösung
1794 gesellschaftlicher Probleme beiträgt, statt vor allem auf Profite und Kontrolle
1795 zu zielen.

1796 Das Internet von den Konzernen befreien

1797 Wir stehen für ein radikales Umdenken hin zu gemeinwohlorientierten Plattformen
1798 und wirklich sozialen Netzwerken anstelle von Profitmaschinen. Die
1799 Internetgiganten Facebook (Meta), Google (Alphabet), Amazon und Co. kontrollieren
1800 70 bis 80 Prozent des gesamten Digitalmarktes und gestalten ihre Angebote im
1801 Interesse der eigenen Profite. Wirkliche Entscheidungsfreiheit, freie

1802 Meinungsbildung und informationelle Selbstbestimmung gehen dabei verloren.
1803 Alternative Angebote haben bisher kaum eine Chance. Die Verordnung der EU über
1804 Digitale Märkte soll dieses Ungleichgewicht beseitigen, doch ihre Regeln müssen
1805 erst in drei Jahren eingehalten werden und es werden nicht alle Monopole davon
1806 erfasst. Mit klaren Regeln und Förderkonzepten setzen wir dem Internet der
1807 Konzerne gemeinwohlorientierte Konzepte entgegen. Wir wollen die digitale Welt
1808 schrittweise vom Kapitalismus befreien.

1809 - Um gegen die skrupellosen Geschäftsmodelle der Unternehmen vorzugehen, setzen
1810 wir uns für ein Verbot von Tracking und personalisierter Werbung ein.

1811 - Onlinedienste müssen über die verschiedenen Anbieter hinweg funktionieren,
1812 offene Schnittstellen haben und eigene Daten zu anderen Anbietern mitgenommen
1813 werden können.

1814 - Wir wollen öffentliche und genossenschaftliche Plattformen für
1815 gemeinwohlorientierte Dienstleistungen fördern, z. B. eine App für europaweite
1816 Mobilitätsangebote, für faire Zimmervermietung („Fairbnb“) und eine
1817 Pflegeplattform mit genossenschaftlichen und gemeinnützigen Pflegeanbietern.

1818 - Freie Software muss dauerhaft gefördert werden, vor allem für universelle
1819 Basissoftware und offene Standards. Mit öffentlichem Geld finanzierte Software
1820 muss offene Software sein. Das gilt vor allem für die öffentliche Verwaltung und
1821 öffentliche Unternehmen.

1822 Künstliche Intelligenz, die allen nützt

1823 Die EU will in den nächsten zehn Jahren mit viel Geld die Entwicklung und den
1824 Markt für KI-Anwendungen fördern. In Bereichen wie Krebserkennung, Pharmazie oder
1825 Astronomie kann künstliche Intelligenz Fortschritte ermöglichen. Viele der in der
1826 Öffentlichkeit bekannten KI-Anwendungen nützen jedoch vor allem dem Profit der
1827 Unternehmen und haben nur geringen gesellschaftlichen Mehrwert; gleichzeitig sind
1828 mit ihnen hohe Risiken verbunden. Verbraucherschutz und ethische Standards können
1829 nur sichergestellt werden, wenn die Algorithmen nachvollziehbar sind – daran
1830 haben die Unternehmen in der Regel kein Interesse. Wir wollen KI-Anwendungen
1831 fördern, die nachweislich einen gesellschaftlichen Nutzen haben. In anderen
1832 Bereichen wollen wir KI-Einsatz beschränken oder verhindern. Denn auch der
1833 Energieverbrauch für KI ist riesig.

1834 - Die EU soll Forschung zu gesellschaftlich nützlichen Anwendungen künstlicher
1835 Intelligenz fördern und kritische Forschung zu Risiken künstlicher Intelligenz
1836 öffentlich finanzieren.

1837 - In sensiblen Bereichen müssen Erklärbarkeit, Nachvollziehbarkeit der Prozesse,
1838 Transparenz, wie Entscheidungen zustande kommen sowie Transparenz, mit welchen
1839 Daten die KI trainiert wurde, gewährleistet sein.

1840 - Entscheidungen, die durch KI getroffen werden und Auswirkungen für Menschen
1841 haben, müssen immer nachvollziehbar sein und beanstandet werden können (und
1842 zwar nicht bei einer KI-Instanz oder Chat-Software).

1843 - KI-Systeme, die Grundrechte verletzen, müssen verboten werden: Automatisierte
1844 Gesichtserkennung und Verhaltensklassifikation in öffentlich zugänglichen Räumen
1845 wollen wir verbieten.

1846 - In Schulen dürfen keine KI-Systeme eingesetzt werden, die Leistungen, Lernen
1847 oder Sozialverhalten bewerten.

1848 Unsere Daten für ein besseres Leben nutzen statt für Profite

1849 Jede Aktion im Internet verrät den Konzernen unsere Vorlieben und macht uns
1850 (besser) vorhersehbar und kontrollierbar. Mit ihrer Datenstrategie will die EU
1851 Massen zusätzlicher Daten für Forschung und IT-Entwicklung nutzbar machen und

1852 einen „Binnenmarkt für Daten“ fördern. Dazu gehören neben den Daten vernetzter
1853 Haushaltsgeräte u. a. Gesundheitsdaten im Europäischen Gesundheitsdatenraum
1854 (EHDS), Mobilitätsdaten und Daten aus öffentlichen Verwaltungen. Diese Daten sind
1855 oft hochsensibel und berühren grundlegend den Schutz der Persönlichkeit. In den
1856 Händen von z. B. Arbeitgebern oder Versicherungen können sie die Existenz von
1857 Menschen gefährden. In der Hand von Medienkonzernen oder Überwachungsbehörden
1858 ermöglichen sie (schon jetzt) Manipulation und gefährden Demokratie,
1859 Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit. Die Sammlung, Aufbewahrung und
1860 Verwendung dieser Daten müssen deshalb im Sinne der Persönlichkeitsrechte und des
1861 Gemeinwohls streng begrenzt und kontrolliert werden. Das steht in einem
1862 Spannungsverhältnis zum Interesse der Unternehmen, möglichst viele Daten für
1863 möglichst viele – auch erst noch zu erkundende – Anwendungen, nutzen zu können.
1864 Unternehmen entwickeln mit unseren Daten nicht nur Sprachcomputer oder
1865 Krebsmedikamente. Mit diesen Daten entwickeln sie auch Geschäftsmodelle, um neue
1866 Profitquellen in den öffentlichen Haushalten zu erschließen und bisher öffentlich
1867 erbrachten Leistungen Konkurrenz zu machen (im Verkehrsbereich z. B. Uber, Moia,
1868 BerlKönig und Co.). Wir wollen den Schutz der Daten und die ausschließliche
1869 Nutzung für gemeinwohlorientierte Zwecke sicherstellen.

1870 - Zweckbegrenzung der Datennutzung: Gesundheitsdaten bspw. dürfen nur für
1871 Gesundheitsforschung, nicht für personalisierte Werbung genutzt werden. (Siehe
1872 Kapitel 1, „Europäischer Gesundheitsdatenraum (EHDS)“)

1873 - Daten dürfen nur an Empfänger gehen, die ein nachgewiesenes Interesse und
1874 Kompetenz in der Forschung haben, nicht an Google oder Palantir.

1875 - Gemeinwohlklausel: Die Forschung muss dem Gemeinwohl dienen, nicht nur dem
1876 Profitinteresse von Unternehmen.

1877 - Forschung zu gesellschaftlich wichtigen Fragen muss öffentlich finanziert sein.

1878 - Die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung müssen öffentlich zugänglich
1879 sein. Es darf nicht sein, dass die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung
1880 patentgeschützt und teuer von der Öffentlichkeit zurückgekauft werden müssen.

1881 - Die Auffassung von Daten als handelbares Eigentum lehnen wir ab. Die Daten
1882 vernetzter Geräte müssen auf Geräte anderer Hersteller übertragbar sein, dazu
1883 sind Standardformate und Zugriffsrechte auf diese Daten grundlegend. Unabhängige
1884 Werkstätten müssen Zugang zu den Daten erhalten können, ebenso wie Nutzer*innen
1885 volle Hoheit über anfallende personenbezogene Daten innehaben müssen.

1886 3. KLIMAGERECHTIGKEIT!

1887 Wir spüren schon jetzt die dramatische Veränderung des Klimas. Waldbrände,
1888 Wassermangel, Dürren und Hitzesommer werden Normalität. Es ist nicht nur die
1889 Klimakrise: Das ökologische System des Planeten droht zusammenzubrechen. Das
1890 rücksichtslose Wirtschaften überschreitet die natürlichen Grenzen und stellt den
1891 Profit an erste Stelle – und nicht die Bedürfnisse der Menschen und unser
1892 Überleben auf dem Planeten.

1893 Sitzen wir alle im gleichen Boot? Nein: Manche finanzieren sich eine
1894 Parallelwelt. Sind wir alle gleich verantwortlich? Nein. Der ökologische
1895 Fußabdruck ist extrem ungleich verteilt. Das gilt zwischen reichen und armen
1896 Staaten, für die Reichen weltweit gegenüber den Armen der Welt – und auch
1897 innerhalb der Europäischen Union. Das reichste eine Prozent der Bevölkerung in
1898 Deutschland stößt 35-mal so viel CO₂ aus wie die Ärmsten. 800 Superreiche in
1899 Deutschland haben sogar einen CO₂-Ausstoß, der 1 000-mal so hoch ist wie der der
1900 Deutschen im Durchschnitt. Gleichzeitig sind die Armen von Umweltveränderung und
1901 Verschmutzung am stärksten betroffen. Wer Vermögen besitzt, kann sich besser vor
1902 Hitze, Trockenheit und Überschwemmung schützen. Die Armen können das nicht. Die

1903 Naturzerstörung bedroht materielle Lebensgrundlagen und wird auch in Deutschland
1904 zur Klassenfrage.

1905 Mit der Politik der EU-Kommission und der Ampelregierung in Deutschland wird es
1906 nicht gelingen, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Mehr Mut für
1907 einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Umbau ist nötig: Wir brauchen
1908 klare Vorschriften und Vorgaben, vor allem für Konzerne. Wir müssen besonders die
1909 Sektoren umbauen, die bisher keinen Beitrag leisten, um die Klimaziele zu
1910 erreichen: Verkehr und Wohnen. In beiden Fällen bremsen mächtige
1911 Konzerninteressen den Umbau. DIE LINKE tritt für einen sozial und ökologisch
1912 gerechten Umbau ein: Wir schützen die Mieter*innen und Menschen mit kleinen und
1913 mittleren Einkommen vor den Kosten. Wir schaffen Alternativen für mehr Mobilität
1914 und mehr Lebensqualität in den Städten und Dörfern. Der Umbau auf erneuerbare
1915 Energien muss mit bezahlbaren und sozial gestaffelten Preisen einhergehen und
1916 darf die großen Unternehmen nicht aus den Regeln ausnehmen. Im Gegenteil: Wer am
1917 meisten schmutzt, muss am stärksten reguliert werden. Vieles in unserem Leben
1918 wird sich ändern. Wir müssen die Art und Weise, wie wir wirtschaften, wie wir
1919 leben, arbeiten und unsere Freizeit verbringen, grundlegend neu organisieren. Die
1920 Politik der EU und der Bundesregierung führt dazu, dass Menschen, die keine
1921 Alternative zum Auto haben, einen höheren Preis für Benzin und Diesel zahlen
1922 müssen. Mieter*innen, die keine Möglichkeit haben, ihre Heizung zu ändern, werden
1923 gezwungen, höhere Heizkosten zu zahlen. Gleichzeitig können die Superreichen
1924 weiter ungehindert durch die Welt jetten und ihre Villen beheizen, weil ihnen die
1925 zusätzlichen Kosten nichts ausmachen. Die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen
1926 schwindet dadurch.

1927 Wir wollen die Superreichen stärker in die Verantwortung nehmen. Viele Menschen
1928 fühlen sich von der verfehlten Politik der Regierung in der Energiekrise im Stich
1929 gelassen. Rechte Politiker*innen versuchen damit Stimmung gegen Klimaschutz zu
1930 machen. Aber die Energiepreise sind nicht wegen des Klimaschutzes gestiegen,
1931 sondern weil die Energiekonzerne eine Möglichkeit gesehen haben, im Krieg
1932 Extraprofite einzufahren und der Europäische Strommarkt so gestrickt wurde, dass
1933 die Mitnahme von Extraprofiten begünstigt wird. Nur mit öffentlichem Geld konnten
1934 die horrenden Preise der Konzerne abgefedert werden. Dagegen braucht es: mehr
1935 öffentliches Eigentum in der Energieversorgung und mehr Vorgaben bei der
1936 Preisgestaltung. Der Markt wird es nicht richten, wir müssen dem Markt Grenzen
1937 setzen. Wir machen den sozial-ökologischen Umbau gemeinsam mit den
Beschäftigten,
1938 stärken die Mitbestimmung und setzen uns für eine verbindliche Arbeitsplatz- und
1939 Einkommensgarantie für Beschäftigte ein. Wir wollen eine regionale und
1940 gemeinwohlorientierte Versorgung: kostenlosen öffentlichem Nahverkehr als
1941 Alternative zum Auto ausbauen. Lokal produzierte, preiswerte regenerative
1942 Energieversorgung; Industrie, die sich darauf konzentriert, ökologisch sinnvolle
1943 Dinge sozial gerecht zu produzieren: Straßenbahnen statt elektrischer SUVs,
1944 Wärmepumpen statt Wasserstoffheizungen. Dadurch schaffen wir Wohlstand und einen
1945 Gewinn an Lebensqualität für alle statt für wenige: Der ökologische Umbau ist ein
1946 sozialer Umbau oder er wird nicht gelingen.

1947 **Energie: So geht's gerecht**

1948 Die EU hat in den vergangenen vier Jahren die Klimagesetzgebung verschärft. Die
1949 Ziele für Emissionsreduktion und Energieeffizienz wurden verschärft. Die
1950 Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe soll reduziert werden. Doch die
1951 Maßnahmen reichen nicht aus, um das CO₂-Budget des 1,5-Grad-Ziels im Pariser
1952 Klimaabkommen einzuhalten. Ausgerechnet Deutschland mit seinem grünen Energie-
1953 und Wirtschaftsminister blockiert an entscheidenden Stellen. Im deutschen

1954 Klimaschutzgesetz werden die Sektorziele de facto abgeschafft und mit dem
1955 ambitionierten LNG-Ausbau werden neue Gasüberkapazitäten geschaffen – die
1956 Energiewende wird ausgebremst.
1957 Wir wollen die EU bis 2040 klimaneutral machen. Dafür reichen die bisherigen
1958 Pläne der EU nicht aus. Damit der Klimawandel bekämpft wird und die Pariser
1959 Klimaziele umgesetzt werden, müssen die Treibhausgasemissionen schnell sinken.
1960 Sonst übersteigt die Gesamtmenge an CO₂-Emissionen das Restbudget, das der EU zur
1961 Verfügung steht. Dafür müssen die Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien, die
1962 Reduzierung von Treibhausgasen und die Energieeffizienz für 2030 verschärft
1963 werden.

1964 - Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU soll bis 2030 auf
1965 mindestens 50 Prozent ansteigen. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU bis
1966 2030 im Vergleich zum Jahr 2000 um 40 Prozent fallen. Die Ziele müssen in
1967 verbindliche nationale Ziele für jeden Mitgliedstaat übertragen werden.

1968 - Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um
1969 mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2040 um
1970 90 bis 95 Prozent. Um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten diese Ziele
1971 erreichen, soll es verbindliche CO₂-Budgets für jeden Mitgliedstaat geben, womit
1972 die Pfade zur Reduzierung der Emissionen regelmäßig überprüft werden können.

1973 - Bis zum Jahr 2035 muss die Elektrizitätserzeugung in der gesamten EU zu 100
1974 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen und möglichst dezentral organisiert
1975 sein. Das ist technisch möglich, wie Studien beweisen. Aber diese Ziele können
1976 nur erreicht werden, wenn sie mit wirksamen ordnungspolitischen Maßnahmen und
1977 einem historischen Investitionsprogramm unterstützt werden. (Siehe Kapitel 1,
1978 „Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich“)

1979 **Energiewende sozial gerecht statt Energiemarkt**

1980 Die Klima- und Energiepolitik der EU-Kommission setzt vor allem auf den Markt.
1981 Doch der Markt regelt es nicht: Die Strompreise explodieren, während sich
1982 Konzerne bereichern. Die Energiearmut in der EU steigt. Der Emissionshandel wurde
1983 auf den Verkehr- und Wärmebereich ausgedehnt – das wird die Menschen in der EU
1984 noch stärker belasten. Er geht am Problem vorbei, dass die meisten Emissionen von
1985 Konzernen und Menschen mit viel Geld verursacht werden. DIE LINKE setzt auf klare
1986 Vorgaben und will nachhaltige Alternativen stärker fördern: mit öffentlichem
1987 Geld, das dann auch zu öffentlichem Eigentum und Beteiligungen führt. Mit
1988 Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte
1989 Preise möglich. Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der
1990 Hand von Konzernen, sondern von Bürger*innen, von Kommunen und
Genossenschaften.

1991 Wir wollen ihre Erzeugung und Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral
1992 wie nötig organisieren. Der EU-Energiebinnenmarkt leitet Strom und Gas durch ganz
1993 Europa und vermarktet sie über Börsen. Wir wollen dagegen Strom aus dem
1994 Stadtwerk, den kommunalen Solar- oder Windkraftanlagen.

1995 - Preiskontrollen statt Stromabzocke: Für den durchschnittlichen Verbrauch von
1996 elektrischem Strom und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife
1997 schaffen. Die Strompreise müssen stärker überwacht, kontrolliert und sozial
1998 gerechter gestaltet werden. In Deutschland fordern wir einen Energie-Soli für
1999 Reiche zur Finanzierung sozial gerechter Preise.

2000 - Ziel des Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher*innen bezahlbaren
2001 Strom zur Verfügung zu stellen, statt Konzerne reich zu machen. Wenige, teure,
2002 fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten Strommarkt
2003 setzen.

2004 - Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise lehnen wir ab.

2005 Ein klimagerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne ausschließen.
2006 Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie konsequent
2007 abgeschöpft werden.

2008 - Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure: Wir wollen eine dauerhafte
2009 Mindestbesteuerung der Übergewinne der fossilen Energiekonzerne in Höhe von 90
2010 Prozent einführen. Investitionen in erneuerbare Energien dürfen gegengerechnet
2011 werden. Damit die Gewinne der Mineralölkonzerne auch effektiv besteuert werden
2012 können, wollen wir eine Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.
2013 (Siehe Kapitel 1, „Steuern gegen Ungleichheit und für eine gute Zukunft“)

2014 - Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer
2015 zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand
2016 soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große
2017 Teile der Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir
2018 nutzen, um Windräder- und Solarfabriken (wieder) in der EU anzusiedeln.

2019 - Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in den EU-Mitgliedstaaten mithilfe von
2020 Rekommunalisierung in die öffentliche Hand überführt, demokratisch kontrolliert
2021 und europäisch koordiniert werden. Kommunen können hierzu auf den
2022 Rekommunalisierungsfonds der EU zurückgreifen.

2023 - DIE LINKE will, dass der EU-Emissionshandel (ETS 1) so reformiert wird, dass
2024 die Menge der Zertifikate auf das CO₂-Restbudget der EU begrenzt wird, um die
2025 Pariser Ziele zu erreichen.

2026 - Die energieintensive Industrie bekommt noch zehn Jahre kostenlose
2027 Emissionsberechtigungen. Das ist zu lange! Das Abschmelzen der Gratiszertifikate
2028 muss schneller gehen – im Gegenzug muss der EU-Grenzausgleichsmechanismus
(CBAM)

2029 entsprechend angepasst werden. Für den klimaneutralen Umbau der Industrie braucht
2030 es eine aktive Industriepolitik statt leistungsloser Extraprofite durch
2031 Gratiszertifikate. (Siehe Kapitel 2, Absatz Die „Industrie umbauen“)

2032 Kampf gegen Energiearmut und Energiesperren

2033 Der Emissionshandel soll nach Beschluss der EU auf die Sektoren Wärme und Verkehr
2034 (ETS-2) ausgedehnt werden. Wir lehnen das ab: Stattdessen müssen verbindliche
2035 Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden. Förderprogramme und staatliche
2036 Infrastrukturprogramme müssen den Umbau in den Sektoren unterstützen. In den
2037 Sektoren Wärme und Verkehr sorgt ein gesetzlich regulierter Rahmen für mehr
2038 soziale Gerechtigkeit und einen schnelleren ökologischen Umbau.

2039 - DIE LINKE fordert mehr Geld für den Klimasozialfonds, um Ungerechtigkeit durch
2040 Preissteigerungen auszugleichen. Die Kopplung an das ETS-2 lehnen wir ab.

2041 - In Deutschland fordern wir ein Klimageld als Direktzahlung zur Unterstützung
2042 für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen.

2043 - Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die
2044 einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges
2045 Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.

2046 Wärmewende sozial gerecht

2047 Der Gebäudesektor ist für einen großen Teil der Treibhausgase in der EU
2048 verantwortlich. Eine Wärmewende ist also dringend nötig, um bis 2040 eine
2049 klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen: Gebäude müssen saniert, Heizungen
2050 umgestellt werden. (Siehe Kapitel 1, „Sozial gerechte ökologische
2051 Modernisierung“) Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter*innen
2052 und Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen!

2053 - Investitionsoffensive: 14 Millionen fossile Heizanlagen müssen allein in

2054 Deutschland durch Wärmepumpen oder Nah- und Fernwärmenetze ersetzt werden.
2055 Hierfür muss die Produktion europaweit hochgefahren werden – gemeinwohlorientiert
2056 nach hohen sozialen, tariflichen und ökologischen Standards.
2057 - ETS-2 macht Gasheizungen zur Kostenfalle für die Verbraucher*innen. Aus
2058 Klimaschutzgründen muss in ganz Europa das Heizen mit Erdgas beendet werden.
2059 Hierfür muss die EU über die Ökodesignrichtlinie verbindliche Vorgaben für den
2060 Gasheizungsaustausch machen, Planungssicherheit schaffen und ein soziales
2061 Finanzierungsprogramm auflegen.
2062 - Durch ein massives Förderprogramm müssen Stadtwerke, kommunale
Energieversorger
2063 und genossenschaftliche Initiativen beim Aufbau von Wärmenetzen unterstützt
2064 werden.
2065 - Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu
2066 machen, fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis
2067 nicht höher als die tatsächlichen Wärmeherstellungskosten sein.
2068 - Es gibt vielfältige Lösungen für die Wärmewende: Wärmepumpen für
2069 Einfamilienhäuser, Nah- und Fernwärmenetze in verdichteten urbanen Räumen. Um
2070 Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Haus für Haus Konzepte zu
2071 entwickeln, braucht es verpflichtend kommunale Wärmeplanung in der ganzen EU und
2072 ein massives Förderprogramm! Wasserstoff kann im Wärmebereich keine
2073 flächendeckende Lösung darstellen – Wasserstoff ist in diesem Fall energetisch zu
2074 ineffizient und zu teuer.

2075 Die Zukunft ist erneuerbar

2076 Konservative und liberale Parteien versuchen immer wieder – getrieben von der
2077 fossilen Energielobby – sogenannte Technologieneutralität in der Klimapolitik
2078 durchzusetzen. Was sich gut anhört, entpuppt sich schnell als Strategie, um die
2079 Energiewende zu verlangsamen und weitere Profite für fossile Energiekonzerne und
2080 überkommene Geschäftsmodelle zu sichern: Sei es für unterirdische CO2-
2081 Verpressung, E-Fuels, neue Gaskraftwerke, die angeblich auf Wasserstoff umrüstbar
2082 sein sollen, oder für Atomkraft.
2083 DIE LINKE setzt auf eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren
2084 Energiequellen. Keine falschen technischen Lösungen!
2085 - Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas (LNG) und Erdgas
2086 darf keine neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir wollen
2087 schwimmende Flüssiggasterminals (Floating Storage and Regasification Units,
2088 FSRUs) auf das begrenzen, was für die Versorgungssicherheit nötig ist. Wir
2089 fordern ein EU-weites Frackingverbot. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde,
2090 darf nicht importiert werden.
2091 - Für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie! Seit über 65 Jahren
2092 fördert und verbreitet die EU mit dem Vertrag über die Europäische
2093 Atomgemeinschaft (EURATOM) die Kernenergie in Europa mit Milliarden an
2094 Steuergeld. Atomkraft ist eine unbeherrschbare Risikotechnologie, die im Störfall
2095 todbringend ist und über Generationen hinweg Mensch und Umwelt massiv gefährdet.
2096 EURATOM steht einer europaweiten Energiewende im Weg und muss deshalb aufgelöst
2097 werden.
2098 - Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen
2099 Geldanlagen. Die sogenannte Taxonomie für Atomkraft und Gas wollen wir beenden.
2100 (Siehe Kapitel 1, „EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen“)
2101 - Carbon Capture and Storage (CCS) – also die Entnahme aus der Luft, der
2102 Transport und die Einlagerung von Kohlendioxid – ist keine Lösung für
2103 Klimaschutz. Die Speicherung von CO2 unter der Erde ist mit hohen Risiken
2104 verbunden. Wir wollen CCS deshalb verbieten. Das sogenannte Carbon Capture and

2105 Utilization (CCU) – also die stoffliche Nutzung des entnommenen CO₂ – darf nicht
2106 dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und fossile Anwendungen und
2107 Produktionsprozesse länger als nötig betrieben werden.

2108 Wasserstoff kann Kohle und Erdgas dort ersetzen, wo der direkte Einsatz von
2109 Ökostrom nicht möglich ist. Das betrifft die Dekarbonisierung der Stahlindustrie,
2110 von Teilen der Chemiewirtschaft, im Flug- und im Seeverkehr sowie zur
2111 Rückverstromung während Dunkelflauten.

2112 - Wasserstoff und dessen Folgeprodukte dürfen nur auf Basis von Ökostrom gewonnen
2113 werden. Sie dürfen nur dort eingesetzt werden, wo keine effizienteren
2114 Alternativen vorhanden sind.

2115 - Wo die Elektrolyseanlagen öffentlich gefördert sind, müssen sie mindestens
2116 anteilig öffentlich betrieben werden.

2117 - Den Import und die Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft oder fossilen
2118 Quellen lehnen wir ab. Den Import von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien
2119 wollen wir auf ein unvermeidbares Minimum begrenzen. (Siehe Kapitel 3,
2120 „Klimagerechtigkeit weltweit“)

2121 - Die Förderung von Technologien wie E-Fuels (mit elektrischer Energie
2122 hergestellte Kraftstoffe) lehnen wir ab. E-Fuels können nur eine Nischenlösung
2123 sein: Sie sind ineffizient und teuer. Und sie führen im globalen Süden zu
2124 Landnutzungskonflikten auf Kosten von Menschen und Natur.

2125 - Erdgasbestandsnetze wollen wir umrüsten und neue Wasserstoffnetze in
2126 öffentlicher Hand ausbauen und betreiben.

2127 **Anpassung an den Klimawandel**

2128 Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind teurer als Vorbeugung – beides
2129 ist notwendig. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind vielerorts zu spüren:
2130 in der Flutkatastrophe im Ahrtal, in vielen Gebieten Europas ist Dürre Alltag
2131 geworden. Selbst wenn die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt werden könnte, wird
2132 es mehr Starkregen, Hitzetage, längere Trockenzeiten und niedrige
2133 Grundwasserspiegel geben. Mit zunehmender Klimaerwärmung müssen wir unsere
2134 Städte

2134 umbauen – die Hitze wird im Sommer unerträglich, und urbane Hitzeinseln sind eine
2135 Gefahr für die Gesundheit und das Leben und es kommt immer häufiger zu
2136 Trinkwasserknappheit. Das trifft besonders Menschen, die ihre Arbeit im Freien
2137 verrichten, Kinder auf Spielplätzen, alte Menschen.

2138 - Es gibt vielfältige Maßnahmen zur Klimaanpassung: Oberflächen können farblich
2139 aufgehellt werden, Schottergärten gehören verboten. Es müssen mehr
2140 Schattenflächen geschaffen werden, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume.
2141 Gebäude- und Flächenbegrünung wollen wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende
2142 Wirkung haben. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland können
2143 Luftleitbahnen gewährleisten.

2144 - Es werden noch immer mehr Flächen versiegelt als entsiegelt. Kälteschneisen
2145 werden vernichtet, Betonwüsten machen Gegenden um mehrere Grade heißer. Wir
2146 müssen Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte in Europa müssen zu
2147 Schwammstädten werden.

2148 - Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wenn das Wasser
2149 knapp wird: Wollen wir Wasser nutzen für Lebensmittelanbau und öffentliche
2150 Schwimmbäder oder Golfplätze und private Swimmingpools? DIE LINKE steht in diesen
2151 Fragen auf der Seite der Mehrheit der Menschen. Es braucht eine europäische
2152 Wasserstrategie unter dem Motto: Gemeinwohl vor Profitinteressen und
2153 Daseinsvorsorge vor Industrie.

2154 - Die EU muss die Städte und Kommunen dabei unterstützen,

2155 Klimaanpassungsmaßnahmen durchzuführen – Klimaanpassung wird Teil der
2156 öffentlichen Daseinsvorsorge. Alle Städte und Kommunen sollen Hitzeaktionspläne
2157 (HAP) erstellen.

2158 **Klimagerechtigkeit weltweit**

2159 Die Länder des globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung besonders
2160 stark betroffen – und am wenigsten dafür verantwortlich. Der Klimawandel kann nur
2161 wirksam bekämpft werden, wenn alle Staaten ihren gerechten Beitrag leisten. Die
2162 früh industrialisierten Staaten haben eine besondere Verantwortung für den
2163 klimaneutralen Umbau. Die EU muss wegen dieser historischen Verantwortung
2164 möglichst schnell aus den fossilen Energieträgern und Produktionsweisen
2165 aussteigen. Die Finanzierungshilfen durch die Europäische Union und die
2166 Europäische Investitionsbank müssen deutlich erhöht werden. Internationale
2167 Solidarität heißt für uns auch die kostenlose Bereitstellung von Technologie für
2168 Klimaschutz und -anpassung.

2169 - Hochverschuldete Länder im globalen Süden sind weder in der Lage, den Umbau auf
2170 eine klimafreundliche Wirtschaftsweise zu stemmen, noch können sie sich vor den
2171 Folgen der Erderwärmung schützen. DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderung der
2172 Kampagne Debt for Climate nach einem globalen Schuldenschnitt für Länder des
2173 globalen Südens. DIE LINKE macht sich auf EU-Ebene dafür stark,
2174 Reparationsforderungen für klimabedingte Schäden anzuerkennen.

2175 - Insbesondere Frauen und Kinder leiden überdurchschnittlich unter den
2176 Umweltschäden und sterben häufiger bei Naturkatastrophen. Ohne
2177 Geschlechtergerechtigkeit kann es keine Klimagerechtigkeit geben. Bei allen
2178 Klimaschutzmaßnahmen muss das mitgedacht werden und alle Maßnahmen müssen
2179 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. (Siehe Kapitel 5,
2180 „Geschlechtergerechtigkeit europaweit“)

2181 - Für Bevölkerungen, die durch den Klimawandel ihre bisherigen Lebensgebiete
2182 verlieren, soll die EU internationale solidarische Lösungen herbeiführen oder
2183 sich daran beteiligen.

2184 - Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Umwelt- und
2185 Klimaflüchtlinge. Niemand flieht freiwillig! (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der
2186 Demokratie: Keine Festung Europa“)

2187 - Klimagerechtigkeit bedeutet auch, Rohstoff- und Ressourcenverbrauch zu
2188 verringern und sich für eine gerechte Verteilung von Rohstoffen und
2189 Ressourcenverbrauch einzusetzen. Wir wollen soziale und ökologische Standards
2190 entlang der Lieferketten auch für erneuerbare Energien (z.B. seltene Erden) und
2191 grünen Wasserstoff. (Siehe Kapitel 2, „Für die sozial-ökologische Rohstoffwende“)

2192 **Mehr Mobilität mit weniger Verkehr**

2193 DIE LINKE streitet dafür, dass alle ihre Fahrt- und Reiseziele erreichen können,
2194 die Orte und Dörfer besser vernetzt sind und die Städte lebenswerter werden. Der
2195 öffentliche Nah- und Fernverkehr in der ganzen EU muss ausgebaut werden – das ist
2196 der Schlüssel zur Verkehrswende. Eine gut ausgebaute Bahn mit einem integrierten
2197 Bahnnetz kann Europa näher zusammenbringen und wäre eine gute Alternative zum
2198 Fliegen. Deutschland hat völlig gegen diese Notwendigkeit die Deutsche Bahn in
2199 einen riesigen Investitionsrückstand hineinfahren lassen und die Nachtzüge
2200 eingestellt. Das verschlechtert die Verbindungen in ganz Europa! Wir setzen uns
2201 ein für öffentlichen Verkehr, der uns alle barrierefrei, bequem und preiswert ans
2202 Ziel bringt, am Gemeinwohl und den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

2203 Die EU hat mit dem Fit-for-55-Paket angefangen, Klimaschutz auf die Agenda zu
2204 setzen. Aber der Fokus liegt darauf, den CO2-Preis zu erhöhen. Der CO2-Preis wird

2205 keine ausreichende Lenkungswirkung haben: Reiche, die mit Privatjets fliegen oder
2206 ein Drittauto haben, können es sich leisten, den CO2-Preis zu bezahlen, ohne ihr
2207 Verhalten zu ändern. Die anderen sind auf funktionierende Alternativen
2208 angewiesen, um vom Auto umzusteigen. Die gibt es oft nicht, weil sie zu wenig
2209 gefördert werden. Diese Menschen treffen die Preiserhöhungen existenziell.

2210 Unsere LINKE Verkehrswende sieht so aus: Wir bauen kollektive und
2211 klimaverträgliche Verkehrsmittel aus und fahren die Produktion von Bussen und
2212 Bahnen hoch. Wir schaffen die Förderung für den klimaschädlichen Flug- und
2213 Autoverkehr ab: In Zukunft sind viel weniger Autos nötig. Wir wollen die
2214 Innenstädte autofrei machen. Den Güterverkehr wollen wir reduzieren und den Rest
2215 von der Straße auf die Schiene verlagern. Das Luxusspektakel der Reichen beenden
2216 wir: Privatflugzeuge und Megajachten wollen wir in der gesamten EU verbieten.

2217 **Verkehr vergesellschaften!**

2218 Ein sozial und ökologisch gerechter Verkehr muss gegen die Automobilindustrie
2219 durchgesetzt werden. Die Beschäftigten der Autoindustrie verdienen gute
2220 Perspektiven in einer Industrie mit Zukunft, mit guten Löhnen und tariflich
2221 abgesicherten Arbeitsplätzen. Die Autokonzerne versuchen Verbrenner mit noch
2222 größeren E-SUVs zu ersetzen. Das hat keine Zukunft. Gleichzeitig fehlen auf dem
2223 Weltmarkt Schienen, Waggon, S-Bahnen und Busse.

2224 - Die Interessen der Beschäftigten müssen im Mittelpunkt des Industrie-Umbaus
2225 stehen! Die Transformation der (Auto-) Industrie bedroht die Beschäftigten
2226 bereits jetzt. Es braucht Konversionsstrategien, einen gerechten Übergang für die
2227 Beschäftigten und Möglichkeiten für Umschulungen und Karrierewechsel.

2228 - Die Automobilindustrie soll so umgebaut werden, dass sie sozial-ökologisch
2229 sinnvolle Produkte produziert: Für die Mobilitätswende werden Tausende neue (E-)
2230 Busse und Schienenfahrzeuge benötigt, Wärmepumpen, Windräder, Fotovoltaik-
2231 Anlagen

2231 und (Lasten-) Fahrräder.

2232 - Der Aufbau von (auch öffentlich betriebenen) Produktionsstätten für E-Busse und
2233 Schienenfahrzeuge muss durch die EU unterstützt werden.

2234 - Durch einen europaweiten Ausbauplan für die Verkehrsinfrastruktur entsteht
2235 Sicherheit: Dadurch werden Kapazitäten aufgebaut und Arbeitsplätze geschaffen.

2236 - Wenn es staatliche Investitionshilfen für die Konzerne gibt, müssen sie genutzt
2237 werden, um öffentliches Eigentum, Mitbestimmung und bessere Arbeitsbedingungen
2238 zu erlangen. Wenn Unternehmen mit staatlichem Geld gerettet werden, dürfen keine
2239 Dividenden ausgezahlt werden. Die notwendige Transformation vor Ort muss durch
2240 Transformationsräte unter Beteiligung von Beschäftigten und der Zivilgesellschaft
2241 gestaltet werden. (Siehe Kapitel 2, „Industrie umbauen“)

2242 **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und Land**

2243 Unsere Vision: Die Öffentlichen sind Grundverkehrsmittel für alle;
2244 Hauptverkehrsmittel in den Städten und eine realistische Alternative auf dem
2245 Land. Stadt-Umland-Verbindungen werden gestärkt und an den Bedürfnissen von
2246 Pendler*innen ausgerichtet. Auch die Orte und Dörfer werden untereinander besser
2247 verbunden. Barrierefreiheit überall ist eine Selbstverständlichkeit. Die
2248 öffentlichen Verkehrsmittel werden mit Fernverkehr und Radwegen gekoppelt, so
2249 schaffen wir ein attraktives Angebot für kurze und lange Wege. Sukzessive wird
2250 der öffentliche Nahverkehr in der ganzen EU kostenlos, im ersten Schritt für
2251 Leistungsberechtigte, Studierende, Azubis und Schüler*innen.

2252 - Um diese Vision umzusetzen, ist ein massiver Ausbau der Öffentlichen
2253 Verkehrsmittel in der ganzen EU nötig. Der „europäische Rahmen für urbane

2254 Mobilität“ ist ein Schritt in die richtige Richtung, um verbindliche Ausbauziele
2255 festzulegen und einen leistungsfähigen, barrierefreien und komfortablen
2256 Nahverkehr zu schaffen – der Ausbau darf sich aber nicht nur auf die urbanen
2257 Zentren beschränken.
2258 - Busse und Bahnen in öffentliche Hand! Unsere Vision ist der Betrieb des
2259 öffentlichen Nahverkehrs durch landeseigene Betriebe und Kommunen. Mit den
2260 Ausschreibungspflichten treibt die EU die Privatisierungen voran. Das muss
2261 gestoppt werden. Direktvergaben müssen weiter möglich sein. Überall, wo der
2262 öffentliche Nahverkehr privatisiert wurde, setzen wir uns für die
2263 Rekommunalisierung ein. Kommunen können hierfür auf den
Kommunalisierungsfonds
2264 zugreifen.
2265 - Wir unterstützen die Kampagne #Wirfahrezusammen von der Gewerkschaft Verdi
2266 und Fridays for Future! Die LINKE kämpft gemeinsam mit den Beschäftigten und der
2267 Klimagerechtigkeitsbewegung in der ganzen EU für höhere Löhne und bessere
2268 Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Nur so können die
2269 öffentlichen Verkehrsmittel auch ausgebaut werden.

2270 **Gegen Mobilitätsarmut – Abhängigkeit vom Auto verringern!**

2271 Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Autoverkehr bis 2035 halbiert werden.
2272 Schlüssel hierfür ist, dass bezahlbare, klimafreundliche Alternativen entstehen
2273 und die öffentlichen Verkehrsmittel ausgebaut werden. Das hat für uns Priorität.
2274 Am Verbrenner-Aus zu rütteln, hat keinen Sinn – denn selbst die
2275 Automobilindustrie hat verstanden, dass E-Autos die Antriebstechnologie der
2276 Zukunft sind. E-Autos sind aber nur dann klimaschonender, wenn sie leicht sind
2277 und der Strom aus erneuerbaren Energiequellen kommt.
2278 - Die meisten Autos sind viel zu groß und schwer: Wir fordern eine Begrenzung des
2279 Autogewichts von Neuwagen auf zwei Tonnen. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen
2280 für Familien mit mehreren Kindern oder andere spezifische Bedarfe, wie
2281 Transporter und Campingfahrzeuge.
2282 - Die Automobilkonzerne nutzen die sogenannten Super-Credits, die sie durch den
2283 Verkauf von E-Autos bekommen, um die Flottengrenzwerte einzuhalten: Mit dem
2284 Beschluss des Verbrenner-Aus müssen auch die Super-Credits entfallen!
2285 - Verkehr soll nicht in den Emissionshandel (ETS 2.0) einbezogen werden. Auch
2286 eine pauschale Bepreisung von CO₂ im Individualverkehr lehnen wir ab. Das trifft
2287 diejenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind und oft keine Alternativen haben,
2288 und ist deshalb sozial ungerecht. Der Klimasozialfonds ist viel zu gering, um das
2289 abzufedern: Das vorhandene Geld sollte vor allem für einkommensärmere Haushalte
2290 benutzt werden, die auf ihr Auto angewiesen sind.
2291 - Wir lehnen den von der EU forcierten Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur für
2292 den Individualverkehr und den Erhalt von Tankstellen unter dem Framing der
2293 Technologieoffenheit ab. Das dient nur den Interessen der fossilen Industrie. Den
2294 Ausbau von öffentlichen E-Ladesäulen lehnen wir nicht ab, aber wichtiger finden
2295 wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.
2296 - Langfristig müssen andere Siedlungsstrukturen geschaffen werden: Statt
2297 Supermärkte auf der grünen Wiese wollen wir Ortskerne mit belebten Zentren auch
2298 abseits der Metropolen – so werden Wege reduziert und Gemeinschaften (wieder-)
2299 aufgebaut.

2300 **Vorfahrt: Bahn vor Flugzeug**

2301 Flugzeuge sind enorm klimaschädlich: Deshalb muss das Fliegen drastisch reduziert
2302 werden, um die Klimaziele zu erreichen. E-Fuels sind energie- und kostenintensiv
2303 und keine Alternative zu weniger Fliegen.

2304 Mit dem Zug ins europäische Ausland zu reisen, ist manchmal eine Herausforderung:
2305 Verschiedene Buchungsportale, keine Fahrgastreue und vieles ist teuer. Es gibt
2306 viel zu wenige Nachtzüge. Wir wollen eine europäische Gesellschaft schaffen, die
2307 für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Bahngesellschaften sorgt,
2308 die bessere Vernetzung im Personen- und Güterverkehr organisiert und
2309 grenzüberschreitende Schienenprojekte voranbringt – unsere Vision sind die United
2310 Railways of Europe! Dann gäbe es eine gemeinsame Buchungsplattform, koordinierte
2311 Fahrpläne und eine massive Ausweitung des grenzüberschreitenden Verkehrs: Mit den
2312 United Railways of Europe kann bis 2035 ein Europatakt eingeführt werden, mit
2313 Verbindungen im Stundentakt zwischen den europäischen Haupt- und Großstädten.
2314 Dann können wir mit dem Nachtzug nach Marseille und umsteigefrei nach Barcelona
2315 fahren – bezahlbar und barrierefrei. Ein erheblicher Teil des Luftverkehrs würde
2316 auf die Schiene verlagert.

2317 - Kurzstreckenflüge für Zugstrecken unter sechs Stunden sind dann nicht mehr
2318 nötig, wir wollen sie verbieten.

2319 - Klimaschädliche Subventionen des Flugverkehrs wollen wir abschaffen.

2320 Gleichzeitig wollen wir die Bahntickets mit öffentlichen Subventionen
2321 verbilligen.

2322 - Wir setzen dem klimaschädlichen Luxuskonsum der Reichen Grenzen:

2323 Privatflugzeuge wollen wir EU-weit verbieten – Flugtaxi auch! Anstatt pauschal
2324 höhere Preise mit der Einbeziehung von Flügen in das EU-Emissionshandelssystem
2325 einzuführen, erheben wir eine zusätzliche Steuer für First- und Business-Class-
2326 Flüge, denn die sind pro Person besonders CO₂-intensiv.

2327 - Statt neuer Autobahnen und Flughäfen brauchen wir einen EU-weiten Plan für den
2328 Umbau und die alternative Nutzung von fossiler Verkehrsinfrastruktur. Die
2329 Förderung für Straßen und Flughäfen im Rahmen der Europäischen Transportnetze
2330 (TEN-T) muss beendet werden – die freiwerdenden Gelder werden für den Ausbau der
2331 Bahn genutzt.

2332 - Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten sofort beenden. Ein Einstieg in
2333 die Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung defizitärer
2334 Regionalflughäfen. Um den Rückbau der Flugindustrie und -infrastruktur sozial
2335 gerecht umzusetzen, braucht es wie in der Automobilindustrie Maßnahmen für einen
2336 gerechten Übergang der Beschäftigten unter dem Motto: Vom Flugbegleiter zum
2337 Zugbegleiter.

2338 - Eine attraktive Bahn ist Voraussetzung für die Mobilitätswende: Die gibt es nur
2339 in öffentlicher Hand und ohne Wettbewerb. Mit den United Railways of Europe
2340 arbeiten die Bahnunternehmen Europas zusammen statt gegeneinander – zum
2341 Beispiel können sie einen gemeinsamen Wagenpool für Nachtzüge aufbauen. Das
2342 spart Kosten und schafft Planungssicherheit. Die EU darf die Trennung von
2343 Bahnbetrieb und -infrastruktur nicht weiter vorantreiben. Direktvergaben an die
2344 Bahnunternehmen sollen mit Vorrang behandelt werden. Beim Wechsel eines
2345 Betreibers müssen die Beschäftigten übernommen werden.

2346 - Für Flächenbahn: Der Ausbau der europäischen Netze darf nicht nur auf den High-
2347 Speed Verbindungen zwischen den Metropolen erfolgen. Das TEN-T Schienennetz, der
2348 europäische Verkehrswegeplan, muss schnell umgesetzt werden – und das mit einem
2349 Fokus auf dem weniger profitablen grenzüberschreitenden Verkehr.

2350 Güterverkehr

2351 Die internationalen Konzerne spielen die niedrigsten Lohnkosten global
2352 gegeneinander aus und nutzen die niedrigen Transportkosten – dadurch stecken
2353 immer mehr Transportkilometer in den Produkten. Die Absurdität des globalen
2354 Güterverkehrs muss beendet werden: Nordseekrabben, die in Marokko gepult und in
2355 Polen verpackt werden, um dann an der Nordsee als regionales Produkt verkauft zu

2356 werden, sind keine echten Nordseekrabben. Wir wollen den Güterverkehr insgesamt
2357 reduzieren und einen wesentlichen Teil des restlichen Güterverkehrs auf die
2358 Schiene verlagern:

2359 - Regionale Produktionsketten und regionale Vermarktung tragen erheblich zur
2360 Reduzierung des Lkw- und Seeverkehrs bei, auch deshalb wollen wir regionale
2361 Wirtschaftskreisläufe stärken. (Siehe Kapitel 2, „Regionale Wirtschaftskreisläufe
2362 stärken“)

2363 - Höhere Transportkosten sind ein wichtiges Mittel, um Transportwege zu
2364 reduzieren. Durch die verpflichtende Umsetzung und Erhöhung der Lkw-Maut in allen
2365 Mitgliedstaaten kann gewährleistet werden, dass höhere Distanzen auch höher
2366 bepreist werden. Dadurch gewinnt der Schienengüterverkehr gegenüber dem Lkw-
2367 Verkehr erhebliche Kostenvorteile. Die Einnahmen der Lkw-Maut sollen wie in der
2368 Schweiz der Förderung des Güterverkehrs zugutekommen.

2369 - Es gibt zwar Fortschritte in den Lkw-Sozialvorschriften, wie das Heimkehrrecht,
2370 aber sie sind immer noch unzureichend. Die Sozialvorschriften für Lkw-
2371 Fahrer*innen müssen weiter verbessert und die Kontrollen ausgeweitet werden. Sie
2372 brauchen endlich höhere Löhne – diese tragen auch zur Reduktion von
2373 Transportwegen bei.

2374 - Das europäische Transportnetz Schiene muss umgesetzt werden. Die weitere
2375 technische und rechtliche Harmonisierung des EU-Eisenbahnverkehrs ist
2376 Voraussetzung für einen Umstieg auf die Schiene in der EU: Die EU muss
2377 gewährleisten, dass das 740-Meter-Netz für den Güterverkehr tatsächlich bis 2030
2378 EU-weit ausgebaut wird.

2379 - Große Industrie- und Gewerbegebiete sollen verpflichtend einen angemessenen
2380 Gleisanschluss vorhalten.

2381 - Um die Städte vom Lieferverkehr zu entlasten, wollen wir Kommunen darin
2382 unterstützen, lokale Logistikzentren mit guten Arbeitsbedingungen einzurichten.
2383 Wir wollen öffentliche, gemeinwohlorientierte Paket- und Lieferdienste fördern,
2384 anstatt urbaner Hyperkonkurrenz auf Kosten der Beschäftigten.

2385 **Schifffahrt und Seeverkehr**

2386 Die EU treibt die Dekarbonisierung des Seeverkehrs durch E-Fuels voran. Dazu gibt
2387 es kaum Alternativen. Aber E-Fuels sind teuer und energieintensiv – deshalb muss
2388 der Seeverkehr reduziert werden. Hierfür muss die EU verbindliche Ziele vorgeben.
2389 Eine Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturen reduziert den globalen Verkehr
2390 mit Containerschiffen erheblich. Auch die Emissionen der Kreuzfahrt- und
2391 Containerschiffe sind zu hoch.

2392 - Billigflaggen im europäischen Seeverkehr wollen wir verbieten. Unterstützung
2393 für die Seefahrt muss an soziale und ökologische Bedingungen gekoppelt werden.
2394 Die Konkurrenz der europäischen Häfen muss durch eine enge Kooperation abgelöst
2395 werden.

2396 - Überall, wo es möglich ist, müssen Schiffe mit Strom betrieben werden:
2397 küstennah, in der Binnenschifffahrt und auf Kurzstrecken. Container- und
2398 Kreuzfahrtschiffe müssen in den europäischen Häfen verpflichtend Landstrom
2399 nutzen.

2400 - Private motorisierte Superjachten mit mehr als 60 Metern Länge wollen wir EU-
2401 weit verbieten. Es ist ein Skandal, dass sie als Freizeitboote vom EU-
2402 Emissionshandel ausgenommen werden sollen.

2403 - Die Emissionen von Kreuzfahrtschiffen sind zu hoch – regionaler Tourismus muss
2404 gestärkt und Kreuzfahrten müssen reduziert werden.

2405 - Wir wollen, dass die Tonnagesteuer als spezielle Besteuerungsregelung für
2406 Schifffahrtsunternehmen europaweit abgeschafft wird. Stattdessen sollen diese

2407 Unternehmen der regulären Gewinnbesteuerung unterworfen werden, um eine
2408 gleichberechtigte Behandlung im Steuersystem sicherzustellen.

2409 Weltraum

2410 - Kein Weltraumspaß für die Superreichen auf Kosten unseres Klimas! Wir wollen
2411 private Raumfahrt und Weltraumtourismus vom Boden der EU aus verbieten.

2412 Um Weltraumschrott zu vermeiden, muss die EU gemeinsam mit der internationalen
2413 Gemeinschaft verbindliche Vorgaben zu Entsendung und Betrieb von Satelliten
2414 entwickeln und umsetzen.

2415 Nachhaltige Digitalisierung

2416 Digitale Anwendungen und Geräte verbrauchen viel Strom. Für ihre Herstellung
2417 werden viele Rohstoffe benötigt, die meist in Ländern des globalen Südens unter
2418 ausbeuterischen, umweltschädigenden Bedingungen und unter Missachtung der
2419 Arbeitsrechte der Beschäftigten erzeugt werden. Das betrifft auch die Herstellung
2420 der Geräte selbst. Menschenrechte, Beschäftigten-Rechte und Umwelt- und
2421 Klimaschutzanforderungen müssen weltweit eingehalten werden. Die Digitalisierung
2422 wird den Strombedarf steigern. Damit der Strom ökologisch erzeugt werden kann,
2423 sind zusätzliche Windkraftanlagen und Solarfelder erforderlich. Auch deren
2424 Herstellung braucht Rohstoffe und Energie, und ihr Betrieb verbraucht Flächen.
2425 Effizienzgewinne bei Geräten wurden bisher stets durch zusätzliche neue Geräte
2426 und Anwendungen überkompensiert (Rebound-Effekt). Deshalb brauchen wir eine
2427 ernsthafte Auseinandersetzung darüber, in welchen Bereichen Digitalisierung das
2428 Leben von Menschen und unsere Zukunft verbessert, und in welchen sie das nicht
2429 tut: Damit Digitalisierung den Menschen nutzt und nicht dem Profit.

2430 - Stoppschild für energiefressende Werbung, Tracking und Datensammelei im Dienst
2431 von Konsum und Meinungsmanipulation.

2432 - Wir wollen den Energieverbrauch digitaler Anwendungen reduzieren: durch
2433 Datensparsamkeit und verpflichtende energiesparende Standardeinstellungen z. B.
2434 bei Videos. Software mit sehr hohem Energieverbrauch, z. B. Blockchains oder
2435 künstliche Intelligenz, soll nur entwickelt werden, wenn sozialer Fortschritt
2436 damit verbunden ist und es keine sparsameren Alternativen gibt.

2437 - Abwärme von Rechenzentren muss verpflichtend nachgenutzt werden, z. B. in
2438 Wärmenetze eingespeist werden. Das muss bei der Standortplanung und der
2439 Kühltechnik (Wasserkühlung) von vornherein berücksichtigt werden.

2440 - Langlebigkeit, leichte Reparierbarkeit, Nachnutzbarkeit durch modulare
2441 Bauweise, Mindestupdatepflichten, gute Ersatzteilverfügbarkeit und weitreichende
2442 Interoperabilität von Soft- und Hardware müssen verbindlich festgeschrieben
2443 werden. Garantiepflichten wollen wir auf mindestens 5 Jahre erhöhen,
2444 Abschreibungsfristen deutlich verlängern und Mindestnutzungsdauer beschaffter
2445 Kommunikationstechnik in öffentlichen Einrichtungen deutlich erhöhen. (Siehe
2446 Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger Abfälle“)

2447 - Das Lieferkettengesetz muss verschärft werden, Hersteller müssen für die
2448 Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards entlang der gesamten
2449 Lieferkette haftbar gemacht werden. (Siehe Kapitel 4, „Gerechte Handelspolitik:
2450 Kooperation statt Konkurrenz“ und Kapitel 1, „Umverteilen für gute Arbeit“)

2451 - Für die Energiewende und Digitalwirtschaft benötigte endliche Rohstoffe und
2452 seltene Erden müssen nach Möglichkeit durch ökologisch weniger bedenkliche
2453 Rohstoffe ersetzt und entsprechende Forschung dazu stark gefördert werden.

2454 Beispiel: Ersatz von Lithium durch Natrium in Akkus.

2455 Artensterben bekämpfen!

2456 Der Zwang zum Wirtschaften für den größten Profit untergräbt unsere natürlichen
2457 Lebensgrundlagen. Deutschland gehört zu den Regionen mit höchstem Wasserverlust
2458 in der EU. Das Artensterben schreitet ungebremst voran. Wälder, Moore und Meere
2459 stehen vor dem Kollaps.

2460 Zwar sind die Mittel für den Schutz von Biodiversität in der EU erhöht worden.
2461 Doch die selbst gesteckten Naturschutzziele hat die EU deutlich verfehlt. Die
2462 Konservativen und extrem rechten Parteien im EU-Parlament versuchen im Interesse
2463 der Agrarlobby ein wirksames EU-Renaturierungsgesetz zu verhindern, das zerstörte
2464 Ökosysteme und Artenvielfalt wiederherstellen soll.

2465 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und zerstörte Ökosysteme
2466 wiederherstellen: Saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und eine
2467 wachsende biologische Vielfalt. Nur eine intakte Natur sichert auch das Leben für
2468 uns Menschen.

2469 - Wildtiere und ihre Lebensräume müssen besonders geschützt werden.

2470 Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent umgesetzt
werden.

2471 - Menschenrechte müssen gewahrt werden, es darf keinen Landraub an Indigenen
2472 durch Naturparks geben.

2473 - Die EU muss eine Positivliste zur Haltung von Haustieren entwickeln. Die soll
2474 exotische Tiere vor der Entnahme aus der Natur schützen. Und sie soll
2475 sicherzustellen, dass nur Tiere privat gehalten werden, deren Grundbedürfnisse
2476 auch erfüllt werden können und die keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen
2477 (Krankheiten, Prädatoren).

2478 Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir ausweiten. Der Schutz
2479 muss unter strenger Kontrolle und Einhaltung der Fauna-Flora-Habitatrichtlinien
2480 (FFH) geschehen.

2481 - Wir wollen das EU-LIFE-Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für
2482 die Verbesserung des Zustands von Natur und Umwelt erwiesen hat.

2483 - Die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Gewässerzustand und
2484 ihre Tochterrichtlinien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.

2485 - Die Natur wird oft nur als Objekt von Umweltschutz wahrgenommen. Ein anderes
2486 Verhältnis zur Natur soll sich auch im Recht niederschlagen. DIE LINKE
2487 unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen. Die Natur hat
2488 dann Rechte, die eingeklagt werden können.

2489 - Es braucht ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände
2490 in den EU Mitgliedsstaaten.

2491 **Die Meere schützen**

2492 Die Weltmeere machen rund 73 Prozent unseres Planeten aus. Sie bieten Lebensräume
2493 für Tiere und Pflanzen, sind Nahrungsquellen, regulieren das Klima und
2494 produzieren Sauerstoff. Doch diese Lebensräume werden immer weiter zerstört.
2495 Jedes Jahr gelangen acht Millionen Tonnen Müll in die Ozeane. Die Förderung von
2496 Öl und Gas vergiftet das Wasser, Überfischung und Klimaerwärmung zerstören
2497 Lebensräume.

2498 - Seit März 2023 gibt es ein UN-Hochseeschutzabkommen, das es ermöglicht,
2499 Hochseegewässer unter Schutz zu stellen. Die EU muss auf eine schnelle
2500 Ratifizierung des Abkommens drängen und sich dafür einsetzen, dass 30 Prozent der
2501 weltweiten Meeresflächen bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden.

2502 - Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der
2503 Meeresbiotope durchsetzen. Betroffene Regionen und Beschäftigte sollen bei der
2504 Ausgestaltung des Strukturwandels unterstützt werden. Fischereisubventionen

2505 müssen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards gekoppelt werden.
2506 - Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: sodass nicht mehr Fische
2507 gefischt werden, als nachwachsen können. Die Lebensgrundlagen und die
2508 Arbeitsbedingungen der Menschen in und außerhalb der EU, auf den Schiffen und in
2509 den Fanggebieten sollen gesichert werden.
2510 - Die Fischerei mit Stellnetzen und Schleppnetzen wollen wir verbieten. Die
2511 Fischer*innen bei der Nutzung alternativer Fangmethoden unterstützen.
2512 - Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte
2513 müssen verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung
2514 der in der Region ansässigen und tätigen Betriebe der Fischerei erforderlich.
2515 - Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und
2516 der Industrie muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine
2517 Grundlage dafür. Verstöße müssen effektiver geahndet werden.
2518 - Nur nachhaltige Aquakulturen sollen gefördert werden. Auch die
2519 Massentierhaltung im Wasser muss sozial, ökologisch und hinsichtlich des
2520 Tierschutzes reguliert werden. Hierfür braucht es strenge Richtlinien und
2521 Kontrollen, damit fragile Ökosysteme nicht weiter zerstört werden.
2522 - Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden. Die EU soll Einfluss auf Staaten
2523 wie Norwegen, Island und Japan nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.
2524 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.
2525 - Den Tiefseebergbau wollen wir international verbieten.
2526 - Mehr Plastik als Fische im Meer? Das müssen wir verhindern. Der Gebrauch von
2527 Plastik muss drastisch reduziert werden. Die Entstehung von Mikroplastik muss
2528 bestmöglich vermieden werden. (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
2529 Abfälle“)

2530 Tiere schützen

2531 DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen
2532 und Tieren. Wir wollen Tiere nicht als Dinge verstanden wissen und nicht als
2533 Mittel zu Profit. Mehrere erfolgreiche Europäischen Bürgerinitiativen zeigen: Die
2534 europäische Bevölkerung will endlich echten Tierschutz. Tiere sind fühlende
2535 Wesen, und so müssen wir sie auch behandeln. DIE LINKE setzt sich auch auf der
2536 EU-Ebene für konsequenten Tier- und Artenschutz ein. Tierschutz muss unabhängig
2537 von Profitinteressen durchgesetzt werden: Von der Landwirtschaft (Siehe Kapitel
2538 2, Landwirtschaft) bis zum Forschungslabor. Wir wollen, dass Tierschutz EU-
2539 Gemeinschaftsziel wird. Das ist wichtig, damit arme Kommunen Fördergelder
2540 bekommen können.
2541 - Wir brauchen höhere Standards ohne Schlupflöcher, mehr Transparenz in der
2542 Tierindustrie sowie unabhängige Kontrollen und entsprechendes Personal.
2543 - Wir wollen Tierversuche in der EU verbieten und alternative Forschungsmethoden
2544 fördern. Es braucht endlich klare Ausstiegspläne in allen Mitgliedstaaten.
2545 - Der Handel mit Tieren (insbesondere im Internet) muss streng reguliert werden.
2546 Wilderei und illegaler Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein
2547 Verbot der Herstellung und ein Importverbot von Pelzen.
2548 - Wir schützen wilde Tiere, in dem wir Biotope miteinander verbinden. Durch
2549 Tierkorridore reduzieren wir Wildunfälle: Hier helfen z. B. Zäune an Autobahnen
2550 und Geschwindigkeitsbegrenzungen.
2551 - Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die
2552 Grundbedürfnisse der jeweiligen Art angepasst werden. Soziale Tiere sollen nur
2553 noch in Ausnahmefällen einzeln gehalten werden dürfen. Wir fordern ein sofortiges
2554 Verbot von Delfinarien, Wildtieren in Zirkussen sowie ein Verbot der Tierhaltung
2555 auf Jahrmärkten und an ähnlichen Orten.
2556 - Wir streiten für ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und Aquarien nicht

2557 artgerecht gehalten werden können oder international unter Schutz stehen. Wild
2558 gefangene Tiere dürfen nicht in Zootierhandlungen verkauft werden.
2559 - Die Europäischen Naturschutzrichtlinien müssen so reformiert werden, dass die
2560 Freizeitjagd begrenzt wird. Die Jagd auf Hunde und Katzen sowie Prädatoren wie
2561 Füchse wollen wir untersagen.
2562 - Auf Pflanzen, Tiere, Menschen und andere Lebewesen sowie auf ihre Organe, Gene,
2563 Gensequenzen und auf Zuchtverfahren dürfen keine Patente angemeldet werden.

2564 4. FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT WELTWEIT

2565 Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt
2566 spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte
2567 und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der
2568 Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen
2569 Stellvertreterkonflikten. Hinzu kommt das Großmachtstreben Russlands. Die NATO
2570 und andere Militärbündnisse rüsten massiv auf, davon profitieren vor allem die
2571 Rüstungskonzerne. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den
2572 Regen. Reaktionäre Bewegungen sind an vielen Orten auf dem Vormarsch. Die
2573 Bedrohung durch den Autoritarismus ist auch in Europa real. Die Gefahren eines
2574 Weltkriegs und einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so groß wie
2575 heute. Das macht deutlich: Eine multipolare Welt braucht internationale
2576 Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik.

2577 Doch die EU ist allzu oft Teil von Eskalation und verfolgt eine kurzfristige
2578 Interessenpolitik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt,
2579 dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die
2580 ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“. Deswegen möchte sie die EU zu einem
2581 Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend
2582 für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU
2583 auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation. Die Handelsstrategien der EU
2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. Der 2017
2588 geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen
2589 Armee. Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
2593 „strategischen Autonomie“ nutzt vor allem den europäischen Rüstungskonzernen –
2594 und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.

2595 Wir setzen dagegen auf Deeskalation, globale Gerechtigkeit und zivile
2596 Konfliktlösung, um der sich zuspitzenden Blockkonfrontation eine friedliche
2597 Alternative entgegenzusetzen. Das meint eine Politik, die nicht der Logik des
2598 Militärischen folgt, die die Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von
2599 innen und außen ernst nimmt, aber grenzübergreifend Ausgleich, Abrüstung und
2600 sozialer Gerechtigkeit verpflichtet ist. Eine Entspannungspolitik, die
2601 internationales Recht und den Weg der Diplomatie und Verhandlung stärkt. Die
2602 endlich die Fluchtursachen bekämpft – nicht die Geflüchteten. Die solidarischen
2603 Handel und gemeinsame Entwicklung stärkt, statt Standortkonkurrenz und
2604 neokoloniale Ausbeutung zu verschärfen. Die aktiv jene Menschen, Organisationen,
2605 Gewerkschaften und Bewegungen unterstützt, die für Demokratie und Gerechtigkeit
2606 eintreten, anstatt weiter Deals mit Diktatoren zu machen. Die dafür sorgt, dass
2607 die EU nicht ein Treiber des Wettrüstens bleibt, sondern eine Friedensunion wird.

2608 Das kann gelingen mit einem neuen Internationalismus, der ohne Doppelstandards
2609 Völkerrecht und Menschenrechte achtet – und überall für Gerechtigkeit,
2610 Kooperation und Demokratie eintritt. Die Grenzen verlaufen zwischen oben und
2611 unten, unser Kampf für Gerechtigkeit ist universell. Denn es braucht weltweit
2612 soziale Gerechtigkeit, eine klimagerechte Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit,
2613 Menschenrechte und handlungsfähige internationale Strukturen. Wir streiten daher
2614 für eine EU, die weder Spielball noch imperialer Akteur in der neuen
2615 Welt(un)ordnung ist. Für eine EU, die sich strategisch unabhängig vom
2616 Rüstungswettlauf und der Blockkonfrontation zwischen den USA auf der einen und
2617 China und Russland auf der anderen Seite macht. Eine EU, die dem Frieden und der
2618 globalen Gerechtigkeit verpflichtet ist.

2619 Wir verstehen uns als aktiver Teil der Friedensbewegung. Wir wollen die
2620 Friedensbewegung stärken und aufbauen. Gemeinsam mit Aktivistinnen, Bewegungen
2621 und Gewerkschafter*innen wollen wir Druck machen für eine Politik, die den
2622 Menschen in den Mittelpunkt stellt. Daher verweigern wir uns der Einteilung der
2623 Welt in die Einflussphären von Großmächten. Deswegen wollen mit der Politik des
2624 militärischen Tunnelblicks in der EU brechen und treten für zivile Alternativen
2625 weltweit ein. Deswegen lehnen wir Waffenexporte und das Geschäft mit Waffen,
2626 Zerstörung und Tod ab. Deswegen stellen wir uns überall gegen Großmachtspolitik
2627 und imperiale Vorherrschaft. Deswegen gehören für uns Sicherheit und soziale
2628 Gerechtigkeit zusammen. Deswegen bilden das Völkerrecht und die Charta der
2629 Vereinten Nationen für uns den Rahmen der internationalen Beziehungen. Deswegen
2630 stehen wir dafür ein, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Deswegen ist
2631 DIE LINKE die Friedenspartei.

2632 **Gegen den russischen Angriffskrieg – für Frieden in der Ukraine**

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Putins und die begangenen
2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.
2635 Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand
2636 leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in
2637 Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür verfolgt
2638 werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen
2639 auf der Flucht unterstützen. Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der
2640 Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UN.

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärischen Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden.

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um
2657 – auch gegen den Willen der USA – mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf

2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.
2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.
2672 - Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!
2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.
2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.
2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 gegen Putin.
2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

2693 Kollektive Sicherheit in Europa statt Aufrüstungsspirale und
2694 Blockkonfrontation

2695 Militärbündnisse wie die NATO geben vor, mehr „Sicherheit“ für ihre Mitglieder
2696 durch die Bündelung von Gewaltpotenzialen zu schaffen. Insbesondere die
2697 Vereinbarungen zur Aufrüstung sorgen jedoch für mehr Unsicherheit und führen zu
2698 einem Sicherheitsdilemma. Denn andere Länder stocken ebenfalls ihre
2699 Rüstungshaushalte auf. Statt Geld in Sozialpolitik zu stecken, gehen Milliarden
2700 an Rüstungsunternehmen.

2701 Während vonseiten der NATO oft von einem Verteidigungsbündnis gesprochen wird,
2702 sieht die Bilanz anders aus. Vom Kosovokrieg über den Irak bis zum „War on
2703 Terror“: Oft haben im Westen kurzfristige Profitinteressen in der Handelspolitik
2704 und imperiale Ambitionen der NATO und ihrer Verbündeten triumphiert. Auch aktuell
2705 missachten NATO-Staaten, wie die Türkei oder die USA und Verbündete, wie Saudi-
2706 Arabien, systematisch Völkerrecht und Menschenrechte. Die NATO ist keine
2707 „Wertegemeinschaft“.

2708 Auch die neue Sicherheitsstrategie der Bundesregierung und entsprechende Konzepte
2709 der EU bleiben dem Vorrang „militärischer Sicherheit“ und der Unterordnung unter

2710 die NATO verhaftet. Doch militärische Aufrüstung schafft nur scheinbar mehr
2711 Sicherheit, tatsächlich erhöht sie die Gefahr gewalttätiger Konfrontationen.
2712 Einige EU-Staaten beteiligen ihre Streitkräfte inzwischen sogar an der Eskalation
2713 zwischen den USA und China. Das ist brandgefährlich. Wir wollen raus aus dieser
2714 Spirale.

2715 Denn fast alle Staaten auf der Welt rüsten auf – und ein Ende ist nicht in Sicht.
2716 Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Ampelregierung mit den
2717 Stimmen der CDU und der AfD-Opposition ein Sondervermögen zum Bundeshaushalt
2718 von über 100 Milliarden Euro beschlossen. Damit will die Bundesrepublik über
2719 Nacht das Ziel der NATO übererfüllen, zwei Prozent des Bruttoninlandsproduktes
2720 für Militär und Rüstung auszugeben. Aufrüstung bekommt – gegen das Friedensgebot
2721 des Grundgesetzes – Verfassungsrang. Weit höhere Zuwächse des Rüstungshaushaltes
2722 sind im Gespräch. Dazu kommen die Aufrüstung und Militarisierung der EU.
2723 Insgesamt sind in ihrem aktuellen Finanzrahmen bis zu 46 Milliarden Euro
2724 öffentliche Investitionen für Rüstung und militärisch relevante
2725 Forschungsprojekte vorgesehen. Die von EU-Kommission und Bundesregierung
2726 verfolgte Version einer „strategischen Autonomie“ soll der EU vor allem die
2727 Möglichkeit geben, militärisch global zu agieren. Die „Zeitenwende“ hin zu einem
2728 neuen Rüstungswettlauf bedeutet, dass Ressourcen vom Kampf für Klimaschutz,
2729 bessere Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und soziale Sicherheit verschoben
2730 werden zu (noch) mehr Militär. Diese Politik treibt eine Aufrüstungsspirale an,
2731 die keinesfalls mehr Sicherheit in Europa schafft. Denn das Militär in der EU ist
2732 nicht unterfinanziert. Die Rüstungsausgaben der einzelnen EU-Staaten sind bereits
2733 viermal so hoch wie z. B. die Rüstungsausgaben Russlands.

2734 Wir streiten für eine EU, die strategisch unabhängig ist, aber für Frieden,
2735 Verhandlungen und Abrüstung eintritt. Wir wollen daher eine Sicherheitsstrategie
2736 für Europa, die nachhaltig Sicherheit schafft, ohne weiter zu eskalieren und den
2737 Rüstungswettlauf anzutreiben und die zugleich international wieder eine
2738 Perspektive für Abrüstung und Deeskalation eröffnet.
2739 Wir fordern:

2740 - Stopp der Aufrüstung und keine militärischen Auslandseinsätze, stattdessen
2741 gegenseitige Sicherheit, Abrüstung, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und den
2742 Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale. Die riesigen
2743 Schlupflöcher in den EU-Rüstungsexportrichtlinien müssen geschlossen und
2744 Sanktionen für Verstöße geschaffen werden.

2745 - Stopp der Militarisierung der EU! Keine EU-Armee und Auflösung der EU-
2746 Battlegroups sowie der „Verteidigungsagentur“ der EU. Die geplanten
2747 Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für „Militärische Mobilität“ und
2748 Pesco wollen wir in Investitionen für sozial-ökologischen Umbau und
2749 Energieunabhängigkeit umwidmen.

2750 - Das Prinzip der Parlamentsarmee darf nicht aufgeweicht werden, über Einsätze
2751 der Bundeswehr muss weiter der Bundestag entscheiden.

2752 - Wir werden keiner Veränderung der EU-Verträge zustimmen, die Schritte zu einer
2753 weiteren Militarisierung der EU umfassen.

2754 - Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für
2755 die Mitgliedsstaaten schreibt Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss
2756 überwunden werden.

2757 - Wir wollen die Streitkräfte in Europa abrüsten. Es braucht eine konventionelle
2758 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster
2759 Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).

2760 - Die EU darf nicht Teil von Konfrontation und Eskalation sein! Daher müssen
2761 unnötige Provokationen wie das Großmanöver „Air Defender“ oder eine dauerhafte
2762 Stationierung von deutschen Kampftruppen an der russischen Grenze unterbleiben.

2763 - Auch wenn es aufgrund des russischen Angriffskrieges gerade schwer vorstellbar
2764 ist: Langfristig braucht es die Perspektive eines kollektiven Sicherheitssystems
2765 in Europa. Wir wollen dafür eine Wiederbelebung der OSZE und ihre
2766 Weiterentwicklung als OSZE 2.0 zur zentralen Struktur für eine nachhaltige
2767 Friedens- und Sicherheitsordnung.
2768 - Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem
2769 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags
2770 über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa
2771 einsetzen. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung
2772 taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten. Ziel muss
2773 die Beseitigung aller Atomwaffen sein.
2774 - Wir wollen die US-Militärbasen in der EU schließen, da diese Aufmarschorte der
2775 Blockkonfrontation sind und für völkerrechtswidrige Kriege, gezielte Tötungen
2776 durch Drohnenangriffe, extralegale Inhaftierungen, die Stationierung und Lagerung
2777 von Atomwaffen und geheimdienstliche Überwachung weltweit benutzt werden.
2778 - Keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit! Keine Fake-News-Kampagne und keine
2779 „Trollfabrik“ hat so viel zur Destabilisierung der EU beigetragen wie die
2780 jahrelange, von verschiedenen Bundesregierungen vorangetriebene Kürzungspolitik.
2781 Statt einer Neuauflage der Austeritätspolitik braucht ein stabiles Europa massive
2782 öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerechten
2783 Umbau.
2784 - Die EU muss zivile Konfliktlösungskapazitäten, internationalen
2785 Katastrophenschutz und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Wir wollen einen
2786 zivilen europäischen Friedensdienst gründen und zivile Strukturen für
2787 internationalen Katastrophenschutz aufbauen. Zivil-militärische Kooperationen
2788 lehnen wir ab – zivile Hilfe darf nicht an militärischen Maßnahmen geknüpft
2789 werden.

2790 **Kein Geschäft mit Tod und Zerstörung! Rüstungsexporte stoppen**

2791 Kriege werden mit Waffen geführt und verursachen millionenfaches Leid, aber viele
2792 Rüstungskonzerne und ihre Anteilseigner verdienen damit ein Vermögen. Sie haben
2793 ein Interesse an wachsenden Profiten und kein Interesse an einem schnellen Ende
2794 der Gewalt. Eine Gesellschaft, in der das Geschäft mit dem Tod wächst, ist nicht
2795 friedlich. Wir stehen dagegen für eine andere Perspektive: Statt immer mehr
2796 Waffen, wollen wir eine Wirtschaft, die nützliche Güter für die Menschen
2797 herstellt und ihre Ressourcen zur Lösung gemeinsamer Herausforderungen nutzt.

2798 - Das Geschäft mit dem Tod lehnen wir ab. Wir wollen keine Waffen und
2799 Rüstungsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete liefern, denn jede Waffe findet ihren
2800 Krieg, manche sogar mehrere. Die Linke fordert daher ein gesetzliches Verbot von
2801 Rüstungsexporten.

2802 - Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir
2803 fordern ein Ende der Hermes-Bürgschaften auf Rüstungsgeschäfte!

2804 - Wir wollen den militärisch-industriellen Komplex in Europa nicht weiter aus-,
2805 sondern zurückbauen.

2806 - Rüstungskonversion ist machbar: Gemeinsam mit gesellschaftlichen Partner*innen
2807 aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen wollen wir

Konversionsprogramme

2808 für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue,
2809 zivile Arbeitsplätze zu schaffen.

2810 - Wir treten für die Ächtung der Entwicklung, Produktion und Verwendung
2811 vollautonomer Waffen ein. Die Bundesregierung muss dafür eine internationale
2812 Initiative starten.

2813 - Wir lehnen die Entwicklung einer bewaffneten Eurodrohne ab, ebenso wie „Future

2814 Combat Air System“ und ähnliche gemeinsame Rüstungsprojekte. Die EU muss einen
2815 ersten Schritt tun und sich international für eine völkerrechtlich bindende
2816 Ächtung von bewaffneten Drohnen einsetzen.

2817 - Wir fordern ein EU-weites Exportverbot von biologischen bzw. chemischen Dual-
2818 Use-Gütern an Staaten, die die jeweilige Konvention zum Verbot biologischer bzw.
2819 chemischer Waffen nicht unterzeichnet und ratifiziert haben.

2820 - Investitionen in die Zukunft statt Profite für Rüstungskonzerne! Große Aufgaben
2821 liegen beim CO₂-neutralen Umbau unserer Wirtschaft vor uns. Dafür wollen wir die
2822 nötigen Investitionen mobilisieren und Rüstungsausgaben umwidmen.

2823 **Gute Nachbarschaft: Menschenrechte verteidigen – keine Deals mit**
2824 **Diktatoren!**

2825 Während Bundesregierung und EU-Kommission gern von Menschenrechten und
2826 feministischer Außenpolitik reden, ist die Realität leider eine völlig andere.
2827 Militär- und Polizei verschmelzen zunehmend, insbesondere an den von Frontex
2828 bewachten Außengrenzen der EU. Die Militarisierung der EU-Außengrenzen und die
2829 militärische „Unterstützung“ von Drittstaaten zur Vorverlagerung der europäischen
2830 Grenzen zum Zweck der Migrationsabwehr ist brutal, inhuman und verletzt massiv
2831 die Charta der Grundrechte. Sie destabilisiert die Gesellschaften. Die
2832 Kooperation mit autoritären Staaten zur Abschottung der EU gegen Geflüchtete
2833 schafft selbst neue Unsicherheiten. Das schadet auch der Demokratie in Europa –
2834 in einer Festung kann sich keine Demokratie entwickeln. Abschottung ist
2835 inzwischen selbst zu einem großen Geschäftszweig geworden, mit Überwachung und
2836 „Sicherheitstechnik“ werden riesige Profite erzielt. Auch die Abhängigkeit der
2837 europäischen Energieversorgung von fossilen Diktaturen (früher Russland, heute
2838 Katar) schadet dem weltweiten Klima, unserer Demokratie hier und den Menschen vor
2839 Ort. Bisher exportiert die EU über Beitritts- und Assoziierungsabkommen sowie
2840 ihre Handelspolitik zudem häufig Kürzungs- und Privatisierungspolitik in ihre
2841 Nachbarschaft. Das muss sich ändern.

2842 - Das Sterben stoppen – die europäischen Grenzen müssen entmilitarisiert werden!
2843 Drohneneinsätze, Stacheldraht, Pushbacks, Mauern und andere Maßnahmen zur
2844 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. (Siehe Kapitel 5, Menschen retten:
2845 legale Fluchtwege)

2846 - Die Unterstützung für und Kooperation mit NATO-Staaten und ihren Verbündeten,
2847 die – wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime oder Saudi-Arabien im brutalen
2848 Krieg im Jemen – das Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.

2849 - Wir fordern ein Ende der Beteiligung an internationalen Polizei- und
2850 Geheimdiensteinsätzen oder Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung
2851 autoritärer Regime, wie in Ägypten, Tunesien, Saudi-Arabien, Libyen oder Marokko,
2852 dienen.

2853 - Die Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen durch NATO-Verbündete und
2854 Behörden in der EU wollen wir beenden. Die PKK muss endlich von der „Terrorliste“
2855 der EU gestrichen werden.

2856 - Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und
2857 Söldnerfirmen in der EU.

2858 - Es braucht massive Investitionen in erneuerbare Energien in ganz Europa und den
2859 EU-Nachbarstaaten von Nordafrika bis Asien! Das hilft Demokratien und ihre
2860 Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen.

2861 - Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern, statt Deals mit Diktatoren und
2862 Warlords zur Abschottung gegen Geflüchtete schließen! Deswegen unterstützen wir
2863 fortschrittliche Bewegungen und Zivilgesellschaft von Kurdistan über den Sudan
2864 bis in die Westsahara.

2865 - Eine nachhaltige Friedensordnung und kollektive Sicherheit brauchen ein
2866 stabiles ökonomisches Fundament. Nötig ist daher eine solidarische
2867 Nachbarschafts- und Handelspolitik, die vor Ort investiert und an die Einhaltung
2868 von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist.
2869 - EU-Erweiterung an soziale und demokratische Standards knüpfen! Eine EU-
2870 Mitgliedschaft muss an soziale und demokratische Entwicklungsindikatoren vor Ort
2871 gebunden werden und darf weder politische Verhandlungsmasse für die
2872 geostrategischen Interessen von NATO und USA sein, noch an Kürzungs- und
2873 Privatisierungsaufgaben gekoppelt werden.

2874 Internationales Recht stärken – Konflikte zivil und friedlich lösen

2875 Das Völkerrecht und die Charta der UN sind der Rahmen für die friedliche
2876 Austragung von Konflikten. Beim internationalen Recht darf es keine
2877 Doppelstandards geben – im Gegenteil: Wir brauchen mehr internationale
2878 Kooperation zwischen Staaten und grenzübergreifende Rechte für die Menschen. Wir
2879 wollen daher internationales Recht stärken und Verstöße überall ahnden.

2880 - Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen, dafür müssen die internationale
2881 Gerichtsbarkeit gestärkt und Doppelstandards überwunden werden. Auch westliche
2882 Staaten wie die USA müssen sich verantworten.

2883 - Völker- und menschenrechtliche Konventionen gelten auch für die EU und ihre
2884 Verbündeten! Der Debatte über eine Lieferung von geächteten Waffen in
2885 Ausnahmefällen (wie z. B. Streumunition) erteilen wir eine klare Absage. Kein
2886 Zweck heiligt die Mittel!

2887 - Die EU muss sich überall aktiv für die Freilassung politischer Gefangener
2888 einsetzen. Wir sind solidarisch mit verfolgten Whistleblowern wie Edward Snowden
2889 und Journalisten wie Julian Assange, die Kriegsverbrechen und rechtswidrige
2890 Überwachung der USA öffentlich gemacht haben.

2891 - Wir fordern ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten.

2892 - Die EU muss den Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen, wie die Einbindung von
2893 Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, Abgabe von Schusswaffen und zivile
2894 Vermittler, richten. Die für den zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellten
2895 Mittel müssen systematisch erhöht werden.

2896 - International bereits bewährte Instrumente wie unbewaffnetes ziviles
2897 Peacekeeping müssen gefördert werden.

2898 Sicherheit geht anders: Vereinte Nationen stärken ...

2899 DIE LINKE streitet für eine friedliche EU, die nicht an der Konkurrenz der
2900 militärischen Pole teilnimmt, sondern eine ausgleichende Rolle einnimmt.
2901 Multilateralismus meint die kooperative und gleichberechtigte Zusammenarbeit
2902 mehrerer Staaten zur Lösung gemeinsamer Probleme. Eine multipolare Weltordnung
2903 bedarf der Einhegung durch multilaterale Strukturen.

2904 Am Ende der Blockkonfrontation von NATO und Warschauer Pakt hätte es die
2905 Möglichkeit gegeben, den Weg freizumachen für ein kollektives Sicherheitsbündnis,
2906 das nicht zu Unsicherheit für andere führt. Diese Gelegenheit ist verpasst
2907 worden. Die Entwicklung seitdem zeigt nicht, dass dieser Weg unmöglich war,
2908 sondern dass er notwendig gewesen wäre. Es bleibt die Herausforderung, eine
2909 globale Friedensordnung zu schaffen, die möglichst alle Staaten umfasst. Auch
2910 deshalb bedarf es eines Endes der russischen Aggression und eines gerechten
2911 Friedens in der Ukraine.

2912 Das System der Vereinten Nationen (UN) umfasst fast alle Staaten der Erde, es ist
2913 der akzeptierte Rahmen für die Überwindung des Sicherheitsdilemmas. Die Charta
2914 der UN verankert die Gleichheit der Nationen, ihre Souveränität und das Verbot

2915 von Angriffskriegen sowie das Friedensgebot. Dazu gehört das auch von NATO-
2916 Staaten immer wieder unterlaufene Interventionsverbot.

2917 Für DIE LINKE stellen die UN den Ansatzpunkt für die Staaten der EU dar, eine
2918 gemeinsame zivile Außenpolitik praktisch zu organisieren und global Sicherheit zu
2919 schaffen. Wir reduzieren Sicherheit nicht auf Militär und Gewalt, sondern nehmen
2920 die tieferliegenden Ursachen von Unsicherheit in den Blick: Fehlende soziale
2921 Sicherheit resultiert oft aus ökonomischen Interessen. Die Macht zwischen
2922 globalem Norden und Süden ist auch im System der UN gleich verteilt. Dennoch sind
2923 die Institutionen und Unterorganisationen der UN inklusiver und transparenter als
2924 alle informellen Zusammenschlüsse mächtiger Staaten wie die G20 oder die G7. Bis
2925 heute spielen Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die
2926 Weltbank eine wichtige Rolle bei der Entwicklung globaler Wirtschafts- und
2927 Handelspolitik. Jahrzehntlang agierten sie als Hebel für Privatisierungen und
2928 Kürzungen. Wir wollen dagegen die UN und ihre entsprechenden internationalen
2929 Institutionen stärken und sie zu Foren für soziale Entwicklung machen.

2930 - Wir wollen die UN aufwerten und zu dem internationalen Ort machen, an dem
2931 verfeindete Staaten niederschwellig in Dialog treten. Entspannungspolitik kann es
2932 nur unter jenen geben, die miteinander Konflikte haben.

2933 - Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der
2934 für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden.

2935 - Wir wollen einen Ausgleich ökonomischer Interessen im Nord-Süd-Verhältnis
2936 erreichen. Die Unterorganisationen der UN haben erhebliches Wissen, das für die
2937 Entwicklung einer gerechten Welthandelspolitik genutzt werden muss.

2938 - Wir wollen Fragen des Welthandels verstärkt in die UN holen. So können sie
2939 angemessen mit sozialen, entwicklungs- und umweltpolitischen Zielen verknüpft
2940 werden – und die UN-Nachhaltigkeitsziele mit Leben gefüllt werden.

2941 - Wir fordern eine vierte Konferenz für Entwicklungsfinanzierung unter
2942 Federführung des Wirtschafts- und Sozialrates der UN (ECOSOC), um strukturelle
2943 Probleme der Wirtschaftspolitik in Finanzregulierung, Schulden, Steuern, Handel
2944 und Technologie anzugehen.

2945 ... und demokratisieren!

2946 Dabei treten wir für eine demokratische Reform der UN ein, nur so kann sie
2947 nachhaltig gestärkt werden. Denn auch die UN bedarf dringend der Reform. Der UN-
2948 Sicherheitsrat ist aufgrund der Konflikte zwischen den Großmächten häufig
2949 blockiert. Die sechs ständigen Mitglieder nehmen im System der UN zugleich eine
2950 derart privilegierte Rolle ein, dass sie die Charta der UN de facto immer wieder
2951 brechen können. Dies galt für die USA im Irak, wie heute für Russland in der
2952 Ukraine. Als Union von 27 Staaten hat die EU in der Vollversammlung ebenso viele
2953 Stimmen, dieses Gewicht gilt es endlich gemeinsam mit anderen Staaten zu nutzen.

2954 - Die UN-Generalversammlung muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden.
2955 Die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat lehnen wir
2956 ab.

2957 - Humanitäre Hilfe ist keine Verhandlungssache! Immer wieder wird der UN-
2958 Sicherheitsrat durch die Einzelinteressen der Großmächte blockiert, selbst in
2959 humanitären Fragen. Das zeigt sich z. B. in Syrien und hat fatale Auswirkungen
2960 für viele Menschen. Wir wollen eine von einzelnen Mitgliedstaaten unabhängige UN-
2961 Instanz schaffen, die Hilfslieferungen in Konfliktregionen ermöglicht, ohne die
2962 Zustimmung des Sicherheitsrates zu benötigen.

2963 - Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die
2964 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
2965 oder das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht

2966 in der Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer
2967 müssen endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die
2968 Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR geht es nur um einen Bruchteil
2969 der deutschen Rüstungsausgaben.

2970 Um den Einfluss privater Akteure zurückzudrängen, wollen wir die Basisbeiträge
2971 für die UN anheben, insbesondere für die reichen Länder.

2972 **Sozial gerecht weltweit**

2973 Immer noch profitieren der Westen und die EU-Länder von ungerechten
2974 Handelsbeziehungen, die auf Jahrhunderten des Kolonialismus aufbauen. Oft sind
2975 die Arbeitsbedingungen am Ende der europäischen Lieferketten brutal. Das hat
2976 fatale Effekte für Milliarden Menschen: Die weltweite Hungerkrise, ausgelöst
2977 durch die Folgen des Klimawandels, Ausbeutung und ungleiche Verteilung von
2978 Ressourcen, bedroht weltweit Millionen Menschen. Um Ressourcen, wie seltene
2979 Erden, die für die Digitalisierung und den klimagerechten Umbau entscheidend
2980 sind, ist längst ein weltweiter Konkurrenzkampf entbrannt. Bei der Suche nach
2981 Energiealternativen droht für Staaten des globalen Südens ein „grüner
2982 Kolonialismus“. Der Streit um ukrainische Getreideexporte hat gezeigt, wie fragil
2983 die Ernährungsversorgung in weiten Teilen der Welt ist. Wichtige Entscheidungen
2984 der globalen Wirtschaftspolitik werden von exklusiven Gruppen wie Paris Group, G7
2985 oder G20 getroffen. Mit dem „Splitting“, also dass Freihandelsabkommen ohne
2986 Zustimmung der Mitgliedsländer und ihrer Parlamente durchgesetzt werden, werden
2987 demokratische Mehrheiten ausgehebelt. Entwicklungsprogramme des globalen
2988 Nordens, wie die Afrika-Strategie der EU, dienen eher den ökonomischen Interessen
2989 und dem Einfluss seiner Eliten und großer Konzerne. Oft legitimieren sie
2990 bestehenden Ungleichheiten, ohne für eine spürbare Verbesserung der Situation in
2991 den Ländern des Südens zu sorgen. Es ist daher kein Wunder, dass die Kritik an
2992 der Politik von EU und USA inzwischen weltweit wächst. Dagegen würde eine EU, die
2993 in unserer multipolaren Welt inklusive Lösungen verhandelt, auch an
2994 diplomatischem Gewicht gewinnen. Ein multilateraler Ausgleich von Interessen
2995 umfasst dabei auch Fragen von Ökonomie und Entwicklung.

2996 Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens
2997 muss fair, ökologisch gerecht und auf der Grundlage demokratischer Prinzipien
2998 gestaltet werden. Globale Ungleichheiten müssen endlich durch inklusive Foren
2999 angegangen werden. Wir begrüßen deshalb Initiativen innerhalb der UN, die allen
3000 betroffenen Ländern eine Stimme geben, wie das Forum „UN Financing for
3001 Development“ und die Vorschläge für eine neue globale Steuerkonvention. Die
3002 Nachhaltigkeitsziele der UN (Agenda 2030) haben die Weltgemeinschaft auf Ziele
3003 verpflichtet, die zentraler Bestandteil einer auf Kooperation setzenden Politik
3004 mit den Ländern des globalen Südens sein müssen. Aktuell ist das Erreichen der
3005 Agenda-2030-Ziele hochgradig gefährdet. Auch ein Überschreiten des 1,5-Grad-
3006 Zieles des Pariser Klimaabkommens wird für die Länder des globalen Südens
3007 katastrophale Folgen haben. Das Konzept der „geteilten, aber unterschiedlichen
3008 Verantwortlichkeit“ (shared, but differentiated responsibilities) aus den
3009 globalen Klimaverhandlungen muss daher auch auf anderen Politikfelder angewendet
3010 werden.

3011 **Gerechte Handelspolitik: Kooperation statt Konkurrenz**

3012 Wir wollen Ausbeutungen in den Nord-Süd-Beziehungen entschieden entgegentreten,
3013 Armut und Hunger bekämpfen und die Lasten der Klimapolitik gerecht verteilen.
3014 Sicherheit umfasst mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Die Versorgung mit guten
3015 Lebensmitteln muss gewährleistet sein, es muss Zugang zu medizinischer

3016 Versorgung, zu Wohnraum, Kultur, Bildung und Ausbildung in einer intakten Umwelt
3017 geben.

3018 - Wir wollen ein effektives europäisches Lieferkettengesetz, das wirksam gegen
3019 Kinderarbeit, Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden vorgeht
3020 und klare Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorschreibt. Der Finanzsektor darf
3021 von diesem Gesetz nicht ausgeschlossen bleiben. Der EU-Rat muss den Weg für die
3022 Lieferkettenrichtlinie des Europaparlamentes freimachen. (Siehe Kapitel 2, „Für
3023 die sozial-ökologische Rohstoffwende“)

3024 - Europäische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) setzen auf Ausbeutung von
3025 Rohstoffen und Migrationsabwehr, das lehnen wir ab. Wir wollen sie durch
3026 Kooperations- und Investitionsabkommen ersetzen, die systematisch darauf
3027 ausgerichtet sind, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

3028 - DIE LINKE setzt sich gegen die Freihandelsideologie und für faire
3029 Kooperationsabkommen ein, die die UN-Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab haben, im
3030 Einklang mit Klimaschutzzielen, Menschenrechten, Entwicklungszusammenarbeit und
3031 Rechten von Beschäftigten stehen und die Bekämpfung von Armut, anstelle von
3032 Profitstreben zum Ziel hat.

3033 - Zentrale Bestandteile fairer Abkommen sind eine Ablehnung des Handels mit
3034 landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für deren Produktion Wälder abgeholzt werden
3035 oder die biologische Vielfalt gefährdet wird, eine Rohstoffwende, die
3036 Kreislaufwirtschaft stärkt (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
3037 Abfälle“) und der Transfer von Technologie und Wissen.

3038 - Demokratische Beteiligung und Transparenz müssen bei Verhandlungen
3039 gewährleistet sein! Wir wollen die volle Einbeziehung der Zivilgesellschaft,
3040 einschließlich kleinbäuerlicher Initiativen, Frauennetzwerken, indigener Gruppen
3041 usw. und eine starke Beteiligung der Parlamente bei Verhandlungen. Es braucht
3042 hohe Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards für Produkte und Dienstleistungen
3043 sowie klare Regeln beim Datenschutz. Sonderklagerechte von Konzernen müssen
3044 abgeschafft werden.

3045 - Überwindung von Hunger und Armut heißt: Existenzsicherung für bäuerliche
3046 Betriebe und Landarbeiter*innen weltweit! Wir wollen Regionen darin unterstützen,
3047 Landwirtschaft nicht vorrangig für den Export zu betreiben. Es muss Schluss damit
3048 sein, dass Nahrungsmittelmärkte von außen mit Lebensmitteln – wie durch in der EU
3049 subventionierte Lebensmittel – überschwemmt werden. Wir wollen die ökologische
3050 Produktion weltweit fördern und dafür internationale Systeme vereinbaren, die vor
3051 Preisverfall schützen.

3052 - Wir lehnen das Mercosur-Abkommen, wie es aktuell verhandelt wird, ab. Damit
3053 bleibt Lateinamerika reiner Rohstofflieferant, mit negativen Folgen für Klima,
3054 Artenschutz und Menschenrechten. Das Abkommen dient vor allem Konzernen und
3055 missachtet Bedürfnisse von Mensch und Natur. Stattdessen wollen wir Beziehungen
3056 zwischen der EU und Lateinamerika auf Augenhöhe durch einen
3057 Partnerschaftsvertrag, der Arbeitnehmerrechte und Umwelt in allen beteiligten
3058 Staaten schützt und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung voranbringt.

3059 - Wir unterstützen das UN-Treaty-Abkommen, das Unternehmen in die Pflicht nimmt,
3060 die Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte erhalten
3061 dadurch die Möglichkeit, am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte
3062 einklagen zu können.

3063 - Wir wollen ein Exportverbot für Pestizide, die in der EU und in den
3064 Mitgliedsstaaten aus Umwelt- und Gesundheitsgründen nicht zugelassen sind. Das
3065 Ziel einer Landwirtschaft ohne Pestizide muss Grundlage der EU-Handelspolitik
3066 sein. (Siehe Kapitel 2, Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft)

3067 Klimafolgen ausgleichen – Verursacher zur Kasse

3068 Die ökonomischen wie politischen Verheerungen der Klimakatastrophe überfordern
3069 viele Länder, das treibt Gewalt und Kriege an. Zugleich ist Krieg der größte
3070 Klimakiller. Die EU will den Ländern des globalen Südens nach vielen
3071 Jahrhunderten ungebremster Zerstörung von Natur und Klima durch den globalen
3072 Norden nun mit erhobenem Zeigefinger Vorschriften beim Klimaschutz machen. Doch
3073 die Mehrheit der EU-Klimamittel an den Süden besteht aus Krediten, die die Länder
3074 weiter in die Schuldenfalle treiben. Mit der Digitalisierung haben zudem neue,
3075 geografisch ungleich verteilte Rohstoffe eine neue Bedeutung erlangt. Auch von
3076 dieser neuen Geoökonomie gehen neue Herausforderungen für gerechten Handel und
3077 die Bewahrung von Frieden aus. Es braucht Klimagerechtigkeit!

3078 - Wir setzen uns für eine schnelle und transparente Umsetzung des auf der COP27
3079 beschlossenen Kompensationsfonds für Klimaschäden ein. Eine gerechte
3080 Lastenverteilung zwischen den Ländern des Nordens und des Südens muss
3081 sichergestellt werden.

3082 - Ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder ist auch aus Gründen des
3083 Klimaschutzes unerlässlich. (Siehe Kapitel 3, „Klimagerechtigkeit weltweit“)

3084 - Internationale Konzerne dürfen sich nicht mehr von Klimaschutzmaßnahmen
3085 freikaufen, nein zu Greenwashing und Ablasshandel! (Siehe Kapitel 3, „Energie, so
3086 geht´s gerecht“)

3087 - Es braucht schnellen Technologietransfer, damit Photovoltaik- und
3088 Windkraftanlagen oder Batterien für die Mobilität auch in den Ländern des
3089 globalen Südens selbst produziert werden können.

3090 - Die Elektrifizierung der Mobilität darf nicht auf Kosten der Umwelt in anderen
3091 Regionen der Welt erfolgen, in denen die Rohstoffe für E-Mobilität wie Lithium,
3092 Kupfer oder Bauxit entrissen werden.

3093 - Wir müssen unseren Rohstoffbedarf verringern und die Kreislaufwirtschaft
3094 fördern, um die globale Ausbeutung von Ressourcen zu verringern. Wir unterstützen
3095 ein Recht auf Reparatur, dass Hersteller verpflichtet zu fairen Preise
3096 Ersatzteile bereitzuhalten. (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
3097 Abfälle“)

3098 - Unternehmen müssen verpflichtet werden, Umweltschutz und Menschenrechte beim
3099 Abbau von Rohstoffen einzuhalten. (Siehe Kapitel 2, „Für die sozial-ökologische
3100 Rohstoffwende“)

3101 Global gerecht: Schulden streichen und Entwicklung finanzieren

3102 Viele Länder des globalen Südens drohen an ihren Schulden zu ersticken. Die
3103 Überschuldung hat dramatische Folgen, da durch Tilgung von Zinsen kaum Geld für
3104 die Bekämpfung von Armut, für Bildung und Gesundheit bleibt. Statt eines
3105 Schuldenschnitts finanziert die EU-Entwicklungshilfe, etwa mit
3106 Infrastrukturmaßnahmen über die Initiative „Global Gateway“. Aber damit will sie
3107 vor allem Anreize für private Geldgeber schaffen. So wird einer Senkung von
3108 Standards, Deregulierung von Märkten und der Privatisierung von Infrastruktur Tür
3109 und Tor geöffnet. Die Initiative wird vor allem aufgrund geostrategischer
3110 Erwägungen, als Gegenmodell zur chinesischen Seidenstraßeninitiative, entwickelt
3111 und nicht primär zur Armutsbekämpfung. Doch ein globales Finanzierungsprogramm
3112 muss die Verbesserung der Lage der Menschen vor Ort zum Ziel haben.

3113 - Wir fordern einen Schuldenschnitt und eine nachhaltige Entschuldungsinitiative.

3114 - Wir wollen eine gezielte Ausrichtung der Global-Gateway-Initiative auf sozial-
3115 ökologischen Umbau, transparente Verwendung der Mittel in partnerschaftlichen
3116 Übereinkommen und klare menschenrechtliche Standards für Unternehmen.

3117 Die Koppelung von Entwicklungshilfegeldern an Abschottungsmaßnahmen und
3118 Grenzkontrollen lehnen wir ab. Eine Vergabe von Geldern darf nicht an der

3119 Zusammenarbeit zur Migrationsabwehr gekoppelt werden. (Siehe Kapitel 5, Menschen

3120 retten: legale Fluchtwege)

3121 5. MEHR DEMOKRATIE, WENIGER LOBBYISMUS

3122 Wir streiten für eine EU, in der Demokratie jeden Tag erlebbar wird. Wir wollen
3123 die Rechte der Menschen stärken – für mehr Teilhabe und Mitbestimmung, gegen
3124 Überwachung und Ausbeutung. Wir wollen das Europäische Parlament stärken und den
3125 Einfluss der mächtigen Lobbyverbände in Brüssel begrenzen. Demokratie muss mehr
3126 bedeuten, als alle paar Jahre seine Stimme abzugeben. Demokratie bedeutet mehr
3127 Gleichheit: beim Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum, bei den
3128 Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern in Europa und in Deutschland, bei
3129 den Entscheidungen, die das Leben aller in Europa betreffen. Die öffentlichen
3130 Leistungen, die soziale Vorsorge dürfen nicht durch Profitstreben, Spekulation
3131 und Markt kaputt gemacht werden.

3132 Demokratie ist nicht eine Frage von Bekenntnissen und schönen Worten. Demokratie
3133 braucht soziale Grundlagen, gesellschaftliche Strukturen und Dienstleistungen.
3134 Ein starker Sozialstaat schützt nicht nur vor Armut, er macht den
3135 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gesellschaft überhaupt erlebbar. Grundrechte
3136 sind mehr als die Abwehr von Willkür und Überwachung. Das Recht auf Wohnen ist
3137 ein Grundrecht wie das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung. Das Recht an
3138 den eigenen Daten muss ebenso verteidigt werden, wie das Recht, frei von Armut zu
3139 leben. Der Kampf für eine gerechte Verteilung des Reichtums, für gleichwertige
3140 Lebensverhältnisse in der EU und eine funktionierende soziale Daseinsvorsorge
3141 gehören untrennbar zum Kampf für mehr Demokratie.

3142 Seit die sozialen Grundlagen der Demokratien in Europa ausgehöhlt werden, werden
3143 die Rechten stärker. Die rechten Regierungen machen mobil gegen Sozialstaat und
3144 Demokratie, gegen die Rechte der Menschen und gegen Arbeitsschutzgesetze,
3145 Frauenrechte, Queers und Geflüchtete. Sie befeuern Rassismus und
3146 Menschenfeindlichkeit. DIE LINKE steht gegen die rechtsextremen Bewegungen und
3147 Parteien überall in Europa. Wir wehren uns gegen den Abbau von Demokratie und
3148 Grundrechten. Wir kämpfen überall gegen Rassismus und Diskriminierung. Wir wollen
3149 den Rechten den Treibstoff entziehen: Das Gefühl so vieler Menschen, dass es
3150 nicht gerecht zugeht ist richtig, aber die Antworten der Rechten sind falsch und
3151 schädlich. Sie befördern Ungerechtigkeit und Unrecht und stärken die Macht der
3152 Mächtigen im Namen der Ohnmächtigen.

3153 Die Charta der Europäischen Grundrechte ist gut, aber sie muss endlich
3154 eingehalten werden. Die Grundrechte in Europa müssen unantastbar und einklagbar
3155 sein. Auch die Geflüchteten, die sich auf den Weg in die Europäische Union
3156 machen, sind Träger*innen dieser Grundrechte. Wie die EU die Geflüchteten
3157 behandelt, sagt etwas über die Menschenwürde überall in der EU aus. Wir
3158 verteidigen die Rechte der Geflüchteten auf Leben und menschenwürdige Behandlung.
3159 Wir verteidigen damit auch die Rechte aller Menschen.

3160 In den vergangenen Jahren haben Tausende europäische Bürger*innen,
3161 Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Gewerkschaften im Rahmen der
3162 Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE) Ideen für Reformen der EU-Institutionen
3163 entwickelt. Der Zukunftskonvent organisierte zum ersten Mal einen transnationalen
3164 demokratischen Prozess. 2022 wurden 49 Vorschläge als Ergebnis vorgelegt. Diese
3165 Vorschläge spiegeln die Erwartungen der europäischen Bürger*innen: Sie wünschen
3166 sich eine stärkere öffentliche Daseinsvorsorge, höhere Steuern für
3167 Großunternehmen, kostenfreie Bildungs- und Erziehungsangebote. DIE LINKE war Teil
3168 des Zukunftskonvents, wir unterstützen die Forderungen – und treten an, um sie in
3169 der EU zu verwirklichen.

3170 **Das Europäische Parlament stärken**

3171 Wir wollen das Europäische Parlament zu einem vollwertigen Parlament und einer
3172 starken, demokratischen Vertretung der Bevölkerung machen. Derzeit liegt das
3173 Initiativrecht für EU-Gesetze allein bei der EU-Kommission. Gerade bei der
3174 Kommission gibt es einen starken, institutionalisierten Einfluss von
3175 Lobbygruppen. Wir fordern deshalb:

3176 - Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen,
3177 damit es selbst Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik entwickeln kann.

3178 - Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das Parlament
3179 gleichberechtigt mit Rat und Eurogruppe entscheiden können.

3180 - Nur das Europäische Parlament soll die Kommission und die Präsident*in der
3181 Kommission vorschlagen, wählen und abwählen können.

3182 - Das Europäische Parlament soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges
3183 Haushaltsrecht bekommen. Es soll auch die EZB demokratisch kontrollieren (Siehe
3184 Kapitel 1, „Europäische Geldpolitik“)

3185 **Lobbyismus einen Riegel vorschieben**

3186 Schätzungsweise 25 000 Lobbyist*innen mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden
3187 Euro nehmen in Brüssel Einfluss auf die EU-Institutionen. Etwa 70 Prozent von
3188 ihnen arbeiten für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Sie genießen
3189 privilegierte Zugänge zu den Kommissar*innen. Sie nehmen massiv Einfluss auf die
3190 Gesetzgebungsverfahren und überhäufen die Abgeordneten mit Änderungsanträgen
3191 für Gesetzesvorlagen – oder versuchen, die Gesetze gleich selbst zu schreiben.
3192 DIE LINKE will dem Einfluss der wirtschaftsnahen Lobbyisten einen Riegel
3193 vorschieben.

3194 - Wir wollen Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen. Die bisherigen
3195 Verschärfungen reichen nicht aus. Wer Gegenleistungen für Handlungen oder
3196 Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Abgeordnetenmandats
annimmt,

3197 soll bestraft werden. Einschränkungen und Ausnahmen wollen wir abschaffen.

3198 - Nebenverdienste von Abgeordneten müssen zeitnah, auf den Euro genau
3199 veröffentlicht werden.

3200 - Spenden von Unternehmen und Lobbyisten an Parteien im Europäischen Parlament
3201 sowie Parteiensponsoring wie Unternehmensstände auf Parteitagungen wollen wir
3202 verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25 000 Euro im Jahr begrenzen.

3203 - Wir fordern digital lesbare rechtsverbindliche Lobby- und Transparenzregister,
3204 die den Einfluss von Lobbygruppen auf die Gesetzgebung sichtbar machen.

3205 - Wir fordern eine strikte Wartezeit für Mitglieder Europäischen Kommissionen
3206 (EU-Kommissar*innen), die nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt in
3207 privatwirtschaftliche Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen
3208 sie zuvor politisch befasst waren. Die Länge der Wartezeit soll sich an ihrer
3209 Amtszeit und dem sich daraus ergebenden zeitlichen Anspruch auf Übergangsgeld
3210 orientieren.

3211 **Neue Verträge und eine Verfassung für die EU**

3212 DIE LINKE will die Demokratieblockade der Europäischen Union lösen. Die Verträge
3213 von Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU
3214 eingeschrieben. Wir brauchen eine friedliche, soziale und demokratische EU mit
3215 veränderten vertraglichen Grundlagen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Eine
3216 neue Verfassung kann nur von und mit den Menschen, Gewerkschaften, sozialen
3217 Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Europa entwickelt werden.

- 3218 - Deshalb treten wir für einen Verfassungskonvent ein, in dem Vertreter*innen aus
3219 den EU-Staaten einen Entwurf für eine Verfassung diskutieren.
- 3220 - Die Ergebnisse der Europäischen Zukunftskonferenz von 2022 sind eine gute
3221 Grundlage. Der Prozess der Zukunftskonferenz kann ein Vorbild für den
3222 Beteiligungsprozess eines solchen Verfassungskonventes sein.
- 3223 Eine Veränderung der Europäischen Verträge steht seit 2007 erstmals ernsthaft zur
3224 Debatte, denn die Krisen von Krieg und Corona haben deutlich gemacht, dass die
3225 neoliberalen Grundlagen nicht haltbar sind. Die überzogenen Schuldenregelungen
3226 verhindern, dass langfristige gesellschaftliche Aufgaben auch langfristig
3227 öffentlich finanziert werden. Doch anstatt Aufgaben der Daseinsvorsorge wie
3228 Energie und Wasser, Bahn, Post, Telekommunikation, Bildung, Gesundheitsversorgung
3229 etc. wieder in die öffentliche Hand zu nehmen, werden bürokratische und
3230 ineffiziente Strukturen zur Überwachung der Unternehmen geschaffen, die diese
3231 Dienstleistungen in einem gemeinsamen Markt anbieten. Die Folgen sind überall zu
3232 sehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge wird auf Verschleiß gefahren,
3233 Gesundheitssysteme brechen zusammen, Bahn- und Nahverkehr funktionieren nicht,
3234 in Bildung und Erziehung klaffen riesige Lücken und es wird viel zu wenig
3235 investiert in nachhaltige Energie und Wirtschaft.
- 3236 - DIE LINKE fordert, dass öffentliche Direktinvestitionen der Staaten und der EZB
3237 und die eigenwirtschaftliche Betätigung von EU, Bund, Ländern und Kommunen zur
3238 Stärkung einer sozialen und ökologischen Transformation der Wirtschaft und für
3239 eine öffentliche Daseinsvorsorge in die EU-Verträge aufgenommen und gestärkt
3240 werden müssen.
- 3241 - Privatisierung von Dienstleistungen darf nicht mehr in den Verträgen
3242 festgeschrieben und befördert werden.
- 3243 Wir wollen, dass sich aktuelle und kommende EU-Beitrittskandidaten ohne Vorbehalt
3244 zu Demokratie und Menschenrechten bekennen. Die aktuelle Regierung der Türkei
3245 muss die Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen,
3246 Demokratie und Meinungsfreiheit garantieren, die Verfolgung der demokratischen
3247 Opposition beenden sowie alle inhaftierten Parlamentarier*innen und
3248 Bürgermeister*innen der oppositionellen kurdischen Partei HDP freilassen.
- 3249 - Die Bürger*innen der Beitrittskandidaten müssen über den Beitritt in die EU in
3250 Volksentscheiden abstimmen können.
- 3251 - Der Beitritt darf nicht an die Voraussetzung geknüpft werden, dass neoliberale
3252 Wirtschaftsreformen umgesetzt werden.

3253 **Damit Bewegung reinkommt: Mehr Bürgerinitiativen**

- 3254 Mehr als drei Viertel aller europäischen Bürger*innen wünschen sich mehr
3255 Mitsprache bei Entscheidungsfindungen in der EU. Bürger*inneninitiativen sind
3256 dafür ein wichtiges Mittel. Wir setzen uns dafür ein, dass bürokratische Hürden
3257 für Initiativen gesenkt werden und die Ergebnisse verbindlich in die
3258 Gesetzgebungsverfahren einfließen.
- 3259 - Bürger*innen in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und
3260 Volksbegehren EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren.
- 3261 - Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer vollgültigen EU-
3262 Bürgergesetzgebung ausgebaut werden: Die Initiator*innen sollen das Recht
3263 bekommen, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und eine EU-weite
3264 Volksabstimmung anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat.
- 3265 - Eine EU-Beteiligungsinfrastruktur braucht einen zentralen Onlinezugang für alle
3266 Beteiligungsinstrumente. Auf dem Zugang müssen alle Beteiligungsinstrumente
3267 erreichbar sein, erklärt werden und die Bürger*innen müssen sich darüber
3268 vernetzen können.

3269 Grund- und Menschenrechte stärken – für alle

3270 Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken. Die EU muss endlich der
3271 Menschenrechtskonvention beitreten. Die Europäische Menschenrechtskonvention
3272 muss um das Recht auf Asyl und Schutz auf der Flucht ergänzt und für jeden
3273 Mitgliedstaat der EU verbindlich geregelt werden.

3274 - Soziale Grundrechte müssen – entsprechend der revidierten Europäischen
3275 Sozialcharta des Europarates – von einzelnen Personen auch beim Europäischen
3276 Gerichtshof einklagbar sein.

3277 - Sozialleistungen in einem Staat dürfen für Bürger*innen anderer EU-Staaten
3278 nicht eingeschränkt werden, wie es beim Kindergeld immer wieder von rechts
3279 gefordert wird. Das menschenwürdige Existenzminimum muss unabhängig vom
3280 Aufenthaltsstatus jederzeit gewährleistet werden.

3281 - Wir fordern, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrifft,
3282 wozu sie seit 2010 verpflichtet ist.

3283 - Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung. Die Erhebung, Verarbeitung und das
3284 Teilen von personenbezogenen Daten in und zwischen europäischen und nationalen
3285 Behörden muss auf ein Minimum beschränkt sein.

3286 - Um eine Verletzung der Grundrechte zu verhindern und den Schutz der
3287 Privatsphäre aller Personen zu gewährleisten, fordern wir ein europaweites Verbot
3288 der Verwendung von Gesichtserkennungstechnologien im öffentlichen Raum. Studien
3289 belegen: Entsprechende Software ist anfällig für Ungenauigkeiten, rassistische
3290 Diskriminierung und Identitätsbetrug.

3291 - Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten
3292 in der EU regelmäßig länderspezifisch evaluiert wird und Verstöße durch den
3293 Europäischen Gerichtshof (EuGH) sanktioniert werden.

3294 - Rechtsstaatsmechanismen verbessern: EU-Mittel sollen nur an Mitgliedsstaaten
3295 vergeben werden, die die EU-Grundwerte achten.

3296 - Millionen Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben und arbeiten, dürfen nicht
3297 politisch mitbestimmen, nur weil sie den falschen Pass haben. Wir fordern ein
3298 gemeinsames EU-Wahlrecht mit einem aktiven und passiven Wahlrecht für alle
3299 Menschen, die dauerhaft in der EU leben.

3300 - Auch Jugendliche müssen stärker politisch teilhaben können. Bislang dürfen
3301 16- und 17-Jährige nur in vier EU-Mitgliedsstaaten zur Wahl des Europaparlaments
3302 gehen. Wir wollen, dass das aktive Wahlrecht in allen EU-Mitgliedsländern auf 16
3303 Jahre gesenkt wird.

3304 - Das Europäische Parlament hat sich verschiedentlich gegen Rassismus und
3305 Diskriminierung ausgesprochen – auch auf Initiative der LINKEN. Den Worten müssen
3306 Taten folgen:

3307 - Wir wollen, dass die EU kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa
3308 verlässlich fördert.

3309 - Die Kopenhagener Kriterien zum Schutz der Rechte von Minderheiten, denen sich
3310 2004 alle Beitrittskandidaten unterworfen haben, müssen von allen Mitgliedsstaaten
3311 eingehalten werden.

3312 - Die EU soll sich für die europaweite Anerkennung der Jenischen als Minderheit
3313 einsetzen.

3314 - Sinti*zze und Rom*nja haben das Recht, die Freizügigkeitsregelungen überall in
3315 der EU in Anspruch zu nehmen. Diskriminierende Sonderregelungen müssen
3316 abgeschafft werden.

3317 Eine Union der Gleichberechtigung

3318 Geschlechtergerechtigkeit europaweit

3319 In ganz Europa verdienen Frauen weniger als Männer, leisten mehr Sorgearbeit in
3320 der Familie und bekommen weniger Rente im Alter. Ärmere Frauen vorwiegend aus
3321 Osteuropa versorgen pflegebedürftige Menschen in Ländern wie Deutschland zu
3322 unwürdigen Bedingungen. Die soziale Ungleichheit zwischen Frauen wird größer: Die
3323 einen machen Karriere, die anderen putzen ihre Wohnungen. Jeden dritten Tag wird
3324 allein in Deutschland eine Frau getötet (Femizid). Für Hunderttausende Frauen in
3325 Europa gehört Gewalt durch den Partner zur alltäglichen Erfahrung. DIE LINKE
3326 kämpft gegen Verhältnisse, in denen Frauen, trans und andere queere Menschen
3327 unterdrückt und benachteiligt werden. Wir setzen uns dafür ein, die
3328 Lebensbedingungen aller Frauen zu verbessern und sie konsequent vor Gewalt zu
3329 schützen. Gleichberechtigung auf allen Ebenen voranzubringen, steht für uns in
3330 Verbindung mit Kämpfen für gute Arbeit und gute Löhne, für eine andere Verteilung
3331 des gesellschaftlichen Reichtums und der gesellschaftlichen (Sorge-)Arbeit, für
3332 sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, gegen Ausbeutung und Ausgrenzung,
3333 und gegen Antifeminismus, Homo- und Transfeindlichkeit. Für diese Ziele fordern
3334 wir auf EU-Ebene:

3335 - Gute Arbeit und soziale Absicherung für alle Frauen. Frauen arbeiten häufig in
3336 prekären, nicht sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen sie in
3337 reguläre Beschäftigung mit guten Arbeitsbedingungen überführen. Für Branchen,
3338 deren Geschäftsmodell auf unfreiwilliger Teilzeitarbeit besteht (z. B. im
3339 Einzelhandel) fordern wir das Recht auf eine Vollzeitstelle.

3340 - Lohndiskriminierung europaweit beenden – gleicher Lohn für gleichwertige
3341 Arbeit. Wir setzen uns für kürzere Arbeitszeiten in ganz Europa ein, damit mehr
3342 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern entsteht. Wir schlagen dafür eine
3343 Verkürzung auf etwa 30 Std. pro Woche (4-Tage-Woche) vor: bei vollem Lohn- und
3344 Personalausgleich und für die Beschäftigten flexibel über die Berufsbiographie zu
3345 wählen. Dann können mehr Männer unbezahlte Sorgearbeit übernehmen. (Siehe
3346 Kapitel 1, „Umverteilen für gute Arbeit“)

3347 - Antidiskriminierungsgesetze in allen EU-Staaten mit Verbandsklagerechten.

3348 - Sexismus bekämpfen und Rechte von Frauen stärken. Verbindliche
3349 Antisexismusregelungen im öffentlichen und privaten Sektor.

3350 - Bessere Bezahlung und mehr Personal in „Frauenberufen“ (Pflege, Sozial- und
3351 Erziehungsdienste, Einzelhandel). Wir unterstützen Streiks der dort Beschäftigten
3352 und ihrer Gewerkschaften.

3353 - Sorgearbeit finanziell und sozial aufwerten: Mit besserer Bezahlung und guten
3354 Arbeitsbedingungen werden Sorgeberufe (z. B. Pflege und Erziehung) attraktiver
3355 (etwa für Männer, die ihren Job in der Industrie verlieren). Das ist auch eine
3356 Antwort auf den Fachkräftemangel. (Siehe Kapitel 1, „Umverteilen für gute
3357 Arbeit“)

3358 - Informelle Arbeit in Privathaushalten zur 24-Stunden-Betreuung von
3359 pflegebedürftigen Menschen („Live-in-Care“) wollen wir in reguläre
3360 Arbeitsverhältnisse mit Sozialversicherung, gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und
3361 Mindestlohn umwandeln.

3362 - Bedingungen für pflegende Angehörige müssen verbessert werden. (Siehe Kapitel
3363 1, „Gute Gesundheit und Pflege“)

3364 - Wir streiten für flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder und alte
3365 Menschen in ganz Europa.

3366 - Die Istanbul-Konvention gegen Gewalt gegen Frauen muss in allen Mitgliedstaaten
3367 vorbehaltlos umgesetzt werden.

3368 - Flächendeckende Versorgung für von Gewalt betroffene Frauen mit Schutzräumen,
3369 Beratungsangeboten und psychologischer Begleitung. Auch digitale Gewalt gegen
3370 Frauen muss bekämpft werden.

3371 - Verbindliche Mindeststandards für eine wohnortnahe medizinische Versorgung

3372 (ambulant und stationär) bei Krankheit und Schwangerschaft (mit jeweils
 3373 notwendigen Vor- und Nachsorgemaßnahmen) (Siehe Kapitel 1, „Gute Gesundheit und
 3374 Pflege“)

3375 - Unabhängige Frauengesundheitseinrichtungen und -initiativen sowie
 3376 frauenspezifische Gesundheitsforschung stärker finanziell fördern.

3377 - Gewalt gegen Frauen, trans und queere Personen und ihre Verfolgung als
 3378 Asylgrund europaweit anerkennen.

3379 - Spezifische Unterstützung und psychologische Begleitung für die Opfer von
 3380 sexueller Gewalt in Kriegsgebieten und menschenverachtenden Regimes

3381 - Bedarfs- und bedürfnisgerechte Unterbringung und Schutzräume für geflüchtete
 3382 Frauen und ihre Kinder sowie für trans und queere Menschen. Sozialpädagogisches
 3383 Fachpersonal mit gender- und queer-sensibler Schulung in den Unterkünften.

3384 - Finanzielle Förderung von Initiativen für die Selbstorganisation und
 3385 Interessenvertretung von geflüchteten Frauen und queeren Menschen.

3386 - Reproduktive Rechte in ganz Europa stärken. Abschaffung aller Einschränkungen
 3387 des Abtreibungsrechts in den Strafgesetzbüchern der EU-Mitgliedsländer.

3388 Finanzielle Unterstützung von Bündnissen für sexuelle und körperliche
 3389 Selbstbestimmung sowie von Medizinstudierenden und Ärzt*innen, die sich für die
 3390 Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen.

3391 - Kostenfreie Empfängnisverhütung (inklusive „Pille danach“) für alle. Es müssen
 3392 Gelder für die Erforschung neuer Verhütungsmittel bereitgestellt werden,
 3393 besonders für Männer.

3394 - Sicherer und kostenloser Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen überall in
 3395 Europa.

3396 - EU-weites Förderprogramm für schulische und außerschulische Bildungsarbeit
 3397 gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit, das Betroffeneninitiativen einbezieht.

3398 - Rechte von Sexarbeiter*innen stärken und ihre Gesundheitsversorgung mit
 3399 niedrigschwelligen Angeboten verbessern.

3400 - Opfer von Menschenhandel – auch „Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung“ –
 3401 wollen wir besser schützen (Aufenthaltsrecht, psychische Betreuung,
 3402 Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen).

3403 **Queer, sozial und gerecht**

3404 DIE LINKE will ein Europa, in dem lesbische, schwule, bi, trans, inter und
 3405 nichtbinäre (= queere) Menschen angstfrei, selbstbestimmt und sozial abgesichert
 3406 leben können. Dieses Ziel ist in keinem Mitgliedsland der EU erreicht, auch wenn
 3407 sich in einigen Ländern die rechtlichen Bedingungen für queere Menschen
 3408 verbessert haben. Zugleich haben sie sich in anderen Ländern verschlechtert.

3409 Überall in der EU sind queere Menschen überdurchschnittlich von Armut und
 3410 Ausgrenzung betroffen. Das zeigt sich besonders in der Arbeitswelt, im
 3411 Bildungsbereich und der Gesundheitsversorgung. Auch die (Selbstbestimmungs-)
 3412 Rechte von trans, inter und nichtbinären Personen werden noch nicht in allen EU-
 3413 Mitgliedsstaaten anerkannt.

3414 Daher fordern wir:

3415 - Mehr finanzielle Mittel für die Selbstorganisation und Interessenvertretung von
 3416 queeren Menschen. Die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen
 3417 Initiativen und NGOs, die sich für ihre Rechte und Anliegen einsetzen, muss
 3418 europaweit ausgebaut und verstetigt werden.

3419 - Nationale Aktionspläne gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung
 3420 queerer Menschen in allen Mitgliedsstaaten, die um soziale Aspekte erweitert
 3421 werden, damit auch sozioökonomisch schlechter gestellte Queers von den
 3422 Programmen profitieren.

3423 - Projekte, mit denen queere Jugendliche und ältere queere Menschen vor

3424 Obdachlosigkeit geschützt werden. Housing-First-Angebote für diese Gruppen.
3425 - Hassgewalt insbesondere gegen trans, inter und nichtbinäre Menschen
3426 konsequenter zu verfolgen und zu bestrafen. Ihre statistische Erfassung muss
3427 genauer und regelmäßig veröffentlicht werden.
3428 - Die Prävention von trans- und queerfeindlicher Gewalt in allen
3429 gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Insbesondere im Bildungsbereich, der
3430 Kinder- und Jugendhilfe, der Verwaltung und in der Arbeitswelt sind Aufklärungs-
3431 und Sensibilisierungsmaßnahmen erforderlich.
3432 - Unternehmen sollen die Selbstorganisation ihrer queeren Beschäftigten fördern
3433 und Strategien gegen ihre Diskriminierung am Arbeitsplatz entwickeln.
3434 - Ein Selbstbestimmungsgesetz für trans Menschen in allen EU-Mitgliedsstaaten.
3435 - Mehr Beratungs- und Gesundheitszentren für queere und insbesondere für trans
3436 und inter Menschen.
3437 - Die EU muss sich gegenüber Menschenrechtsverletzungen an queeren Menschen
3438 auch außerhalb der EU eindeutig positionieren und dagegen protestieren.
3439 - Derzeit werden die Rechte der Eltern von zwei Millionen Kindern in der EU in
3440 einem anderen Mitgliedstaat nicht vollständig anerkannt. Wir wollen, dass
3441 Regenbogenfamilien europaweit gleichgestellt werden. Die EU-Kommission hat dazu
3442 einen Verordnungsvorschlag beschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der
3443 Europäische Rat diesen Vorschlag annimmt.
3444 - Wir wollen die Reform des Abstammungsrechts, damit Kinder in Regenbogenfamilien
3445 gleiche Rechte haben. Kinder lesbischer, bisexueller, trans, inter und
3446 nichtbinärer Elternteile sind noch immer auf die Stiefkindadoption angewiesen, um
3447 einen zweiten rechtlichen Elternteil zu bekommen.
3448 - Unabhängig von Ehe muss es möglich sein, Familienverantwortung zu übernehmen.
3449 Auch Regenbogenfamilien, in denen die Elternschaft nicht an die Paarkonstellation
3450 gebunden ist, brauchen rechtliche Anerkennung.
3451 - Wir wollen das Sorge- und Besuchsrecht am Kindeswohl ausrichten.

3452 **Für ein inklusives und soziales Europa**

3453 DIE LINKE kämpft für ein Europa, in dem Menschen mit Behinderungen und
3454 chronischen Erkrankungen nicht benachteiligt und ausgegrenzt werden. Von diesem
3455 Ziel sind alle Mitgliedsstaaten der EU noch weit entfernt, auch wenn einige
3456 Länder mehr Fortschritte in Richtung Inklusion gemacht haben als andere. Ein
3457 einheitlicher Stand und weitere Verbesserungen werden dadurch blockiert, dass
3458 einige Länder die Umsetzung der 5. EU-Gleichstellungsrichtlinie auf EU-Ebene
3459 verhindern. Dazu zählt auch Deutschland. Menschen mit Behinderungen sind
3460 überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit und Armut bedroht. Viele Menschen mit
3461 Behinderungen müssen gegen ihren Wunsch in stationären Einrichtungen leben. Das
3462 verstößt gegen ihr Selbstbestimmungsrecht. Für ein inklusives und soziales Europa
3463 fordern wir:
3464 - Die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung gegenüber der 5. EU-
3465 Gleichstellungsrichtlinie beenden und ihre Umsetzung auf EU-Ebene vorantreiben.
3466 - Alle rechtlichen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen müssen
3467 überall in der EU aufgehoben werden. Das betrifft besonders psychiatrische
3468 Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse.
3469 - Barrierefreiheit muss im öffentlichen Bereich und in den privaten
3470 Wirtschaftssektoren europaweit umfassend umgesetzt werden.
3471 - Mehr ambulante, inklusive und barrierefreie Wohnangebote und Sozialräume. Als
3472 europaweite Richtschnur muss gelten: so viel ambulante Versorgung wie möglich, so
3473 wenig stationäre Einrichtungen wie nötig.
3474 - Unabhängige Beratungsstellen, in denen Menschen mit Behinderungen und
3475 chronischen Erkrankungen als „Expert*innen in eigener Sache“ angenommen werden.

3476 Entsprechende Initiativen, Maßnahmen und Informationskampagnen müssen finanziell
3477 unterstützt und gefördert werden.
3478 - Wir wollen einen EU-Schwerbehindertenausweis. Der von der EU-Kommission
3479 angekündigte Entwurf einer European-Disability-Card (Europäischer
3480 Behindertenausweis) muss umgesetzt werden.
3481 - Die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und chronischen
3482 Erkrankungen am Arbeitsplatz muss verhindert werden!
3483 - Wir fordern eine europaweite Beschäftigungspflicht: Arbeitgeber müssen
3484 verpflichtet werden, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in
3485 privaten Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen zu beschäftigen. Dafür müssen
3486 verbindliche Quoten festgelegt werden.

3487 **Kampf gegen rechts**

3488 Europa erlebt einen gefährlichen Rechtsruck. Nach Jahrzehnten des neoliberalen
3489 Abbaus von sozialen Rechten, der Abschottung gegen Geflüchtete und einer Politik
3490 der in Kauf genommenen Verarmung bestimmter Regionen und Länder sind in vielen
3491 Ländern Parteien der extremen Rechten auf dem Vormarsch. Zum Teil regieren sie
3492 sogar bereits mit. Zu oft übernehmen die bürgerlichen Parteien Sprache und
3493 Forderungen der extremen Rechten und stärken sie dadurch zusätzlich. Der Effekt
3494 ist eine Erosion von Demokratie, Menschenrechten und Humanität, die sich auch auf
3495 europäischer Ebene zeigt.

3496 DIE LINKE stellt sich der extremen Rechten entgegen. Wir stehen überall auf gegen
3497 Nationalismus und Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus,
3498 gegen Antisemitismus und Homophobie, gegen alle Formen der
Menschenfeindlichkeit.

3499 Wir gehen in ganz Europa mit Antifaschist*innen auf die Straße und stellen uns
3500 den Neonazis in den Weg, wir verteidigen den öffentlichen Raum gegen die Versuche
3501 der Rechten, dort Angst zu verbreiten. Die Rechte will Grund- und Bürgerrechte
3502 abbauen und demokratische Institutionen schwächen. Dagegen setzt DIE LINKE auf
3503 mehr Demokratie und mehr soziale Rechte.

3504 Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiter*innenklasse und den
3505 Forderungen Feminismus, Antirassismus, der LSBTTIQ*-Bewegung und dem Kampf
3506 gegen Klimawandel. Solidarität ist unsere Waffe – sie ist unteilbar!

3507 - Die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
3508 und der Agentur für Grundrechte müssen in den Mitgliedsstaaten umgesetzt
3509 werden. Nichtumsetzung muss sanktioniert werden.

3510 - Der EU-Aktionsplan gegen Rassismus soll über 2025 hinaus und unter Einbeziehung
3511 von Vertreter*innen von durch Rassismus bedrohten Gruppen, Expert*innen und
3512 Wissenschaftler*innen verlängert werden. 2020 unterstützte die Mehrheit der
3513 Abgeordneten des EU-Parlamentes in einer Resolution die Black-Lives-Matter-
3514 Bewegung – jedoch ohne rechtliche Konsequenzen. Die EU muss auf die
3515 Mitgliedsstaaten einwirken, um Racial Profiling, rassistische Polizeigewalt und
3516 institutionellen Rassismus zu bekämpfen.

3517 - DIE LINKE fordert, dass europaweite Programme finanziell gestärkt werden, die
3518 langfristig und dauerhaft Mittel für Initiativen und Projekte gegen Rassismus und
3519 andere Formen der Diskriminierung bereitstellen. Sie sollen Bestandteil einer
3520 europäischen Präventionsarchitektur gegen alle Formen des Rassismus und
3521 Neofaschismus werden.

3522 - Die extreme Rechte ist europaweit vernetzt. Deshalb müssen länderübergreifende
3523 Monitoringprojekte geschaffen und unterstützt werden. Die Erkenntnisse zu
3524 länderübergreifenden Verbindungen im Rechtsterrorismus müssen gebündelt und

3525 ausgewertet werden.

3526 - Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt in der EU, um der auf
3527 Vertreibung gerichteten Intention der Täter*innen entgegenzutreten. Wir
3528 verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen sowie andere sakrale oder
3529 symbolische Orte. Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den
3530 Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und sind solidarisch mit Opfern
3531 rechter Gewalt und ihren Angehörigen. Sie müssen langfristig besser unterstützt
3532 werden.

3533 Sicherheit statt Überwachungsstaat – Polizei im Rechtsstaat

3534 Unter den Schlagworten „Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität“ bzw. der
3535 „irregulären“ Migration hat die EU in den vergangenen Jahrzehnten die
3536 Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden massiv ausgebaut. Sie beruht auf
3537 umfassenden Datenbanken, die besonders eine Bevölkerungsgruppe betreffen:
3538 Migrant*innen. Mit der „Interoperabilitätsverordnung“ werden diese Datenbanken
3539 umfassend über ein gemeinsames Abfrageportal miteinander verknüpft: EURODAC zur
3540 Erfassung von Asylsuchenden, VIS zur Erfassung von Visumantragsteller*innen, das
3541 im Aufbau befindliche Entry/Exit-System (EES) zur Erfassung aller Einreisen von
3542 Drittstaatsangehörigen und ihrer Aufenthaltstitel, das European Travellers
3543 Identification and Authorization System (ETIAS) zur Erfassung aller
3544 Drittstaatsangehörigen, die von der Visumpflicht befreit sind. Von ihnen allen
3545 werden biometrische Daten gespeichert, anhand derer die Datenbanken ebenfalls
3546 durchsucht werden können. Hinzu kommt das Schengener Informationssystem (SIS),
3547 das neben Einreiseverboten auch gesuchte Personen und Gegenstände umfasst. Mit
3548 Milliardensummen wurden Systeme aufgebaut, die die lückenlose Erfassung von
3549 Migrant*innen sicherstellen sollen und zugleich Ausdruck eines Generalverdachts
3550 gegen diese Bevölkerungsgruppe sind. Auch soziale Bewegungen und Fußballfans
3551 werden inzwischen grenzüberschreitend überwacht, immer wieder werden etwa
3552 anlässlich von Großdemonstrationen Grundrechte eingeschränkt. Wir verteidigen die
3553 Grundrechte und wollen die Demokratie ausweiten.

3554 Wir wollen von den riesigen, milliardenteuren Datenhalden zu einem System
3555 gegenseitiger Rechtshilfe zurückkehren, bei dem die Polizeibehörden im Einzelfall
3556 personenbezogene Daten bei anderen Behörden abfragen können.

3557 Die EU-Kommission erklärt regelmäßig, dass sie gegen Rassismus und Hassrede
3558 vorgehen will, präsentiert aber kaum konkrete Maßnahmen. In Deutschland trifft
3559 unrechtmäßige Polizeigewalt vor allem arme Menschen, die überdurchschnittlich
3560 zugleich als Angehörige nichtweißer Minderheiten besonderem Verdacht ausgesetzt
3561 sind (Racial Profiling). Rassistische und unverhältnismäßige Polizeiarbeit spielt
3562 eine wichtige Rolle dabei, herkunftsspezifische Ungleichheiten in Europa
3563 aufrechtzuerhalten.

3564 - Es braucht klare Regeln, um Maßnahmen, die allein oder weitgehend an das äußere
3565 Erscheinungsbild von Betroffenen anknüpfen, zu verhindern: Verdachtsunabhängige
3566 Kontrollen durch Polizeibehörden müssen verboten werden. Wir benötigen klare
3567 Leitlinien für die Praxis, die vorbeugende Schulungen und strenge Maßnahmen zur
3568 Rechenschaftslegung und zur Ahndung von Verstößen umfassen sollten.

3569 - Polizeiliche Razzien, die pauschal auf migrantische Orte zielen, lehnen wir ab.
3570 Gleiches gilt für die Verwendung stigmatisierender Begriffe wie
3571 „Clankriminalität“ und „soziale Brennpunkte“ als Grundlage der Polizeiarbeit und
3572 Begründung für Razzien. Wir setzen uns dafür ein, dass ethnisierende Kategorien
3573 bei personenbezogenen Hinweisen in der Polizeiarbeit grundsätzlich ausgeschlossen
3574 werden.

3575 - Die EU-Institutionen sollen eine europaweite Überprüfung national angewandter

3576 Polizeitechniken und -methoden zur Inhaftierung von Personen einleiten und mit
3577 den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um Methoden zu verbieten, die irreversible
3578 Schäden oder den Tod verursachen können.
3579 - Die Europäische Kommission muss Leitlinien für unabhängige
3580 Polizeibeschwerdestellen und deren Befugnisse zur Überprüfung von polizeilichen
3581 Maßnahmen bereitstellen.
3582 - Die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie muss überwacht werden. Die Opfer von
3583 Polizeibrutalität müssen im Rahmen des EU-Mechanismus auf nationaler Ebene
3584 geschützt werden.
3585 - Die zunehmende Kriminalisierung sozialer Bewegungen in der EU muss gestoppt
3586 werden. Protest und ziviler Ungehorsam sind legitim und nötig für eine lebendige
3587 Demokratie.

3588 **Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa**

3589 Seit 2014 sind fast 30 000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Diese schreckliche
3590 Bilanz europäischer Abschottungspolitik muss zu einer grundlegenden Änderung der
3591 EU-Asylpolitik führen. Wir stehen für eine EU, die Menschen auf der Flucht
3592 sicheren Schutz bietet, die keine Deals mit Diktator*innen macht, die Krieg als
3593 Mittel der Politik ächtet und endlich verhindert, dass Zehntausende im Mittelmeer
3594 ertrinken. Flucht ist kein Verbrechen! In ihren Verträgen hat die EU sich
3595 verpflichtet, die Genfer Flüchtlingskonvention einzuhalten. Täglich verstößt sie
3596 dagegen: Schutzsuchende werden an den EU-Außengrenzen misshandelt und
3597 rechtswidrig zurückgeschoben. Im Juni 2023 sind vor Pylos mehr als 500 Menschen
3598 infolge eines Abdrängversuchs der griechischen Küstenwache gestorben. Auch hinter
3599 dem meterhohen Grenzzaun an der polnisch-belarussischen Grenze sterben
3600 regelmäßig Schutzsuchende in Frost und Schlamm, zum Teil nach rechtswidriger
3601 Zurückweisung durch Polen. Dennoch leitete die EU-Kommission keine
3602 Vertragsverletzungsverfahren wegen rechtswidriger Pushbacks ein. Diese tödliche
3603 Kumpanei der Abschottung muss enden! Die Grenzschutzagentur Frontex war
3604 zumindest
3605 indirekt an Pushbacks beteiligt oder vertuscht sie. Das internationale Seerecht
3606 verpflichtet zur Rettung von Menschen in Not auf dem Meer, sie dürfen auch nicht
3607 in unsichere Länder wie Libyen zurückverbracht werden.
3608 DIE LINKE steht für eine solidarische und humane Migrations- und Asylpolitik, die
3609 die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und
3610 insgesamt die Menschenrechte und die Humanität zum Maßstab ihres Handelns
3611 nimmt. Rechte Parteien schüren die Angst, dass Migration den Wohlstand bedroht.
3612 Doch Wohlstand und soziale Sicherheit werden bedroht, weil Grenzen für Konzerne
3613 und Banken viel durchlässiger sind als für Menschen, die vor Krieg und Elend
3614 fliehen. Gegen die ganz große Koalition der Abschottung derer, die uns mehr Zäune
3615 und Mauern als Lösungen verkaufen wollen und faktisch Zehntausende Tote in Kauf
3616 nehmen, zielen wir auf eine Gesellschaft ohne Abschottung.

3616 **Menschen retten: Legale Fluchtwege**

3617 Die EU hat erst mit der Türkei und jetzt mit Tunesien ein umfassendes
3618 Partnerschaftsabkommen geschlossen, das die Abwehr von Geflüchteten vor den EU-
3619 Außengrenzen im Gegenzug für Investitionen vorsieht. Vier Monate zuvor hatte das
3620 Europäische Parlament die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen in Tunesien
3621 kritisiert: Das Parlament war ausgesetzt, Journalist*innen, Richter*innen und
3622 Gewerkschafter*innen wurden willkürlich inhaftiert. Jetzt erhält Tunesien von der
3623 EU 1,5 Mrd. Euro. Das ist ein Skandal.
3624 In den Lagern an den EU-Außengrenzen herrschen inhumane Zustände. Grenz- und

3625 Lagerbewachung werden hochgerüstet. Regelmäßig kommt es zu
3626 Menschenrechtsverletzungen, Folter, Verschleppung und Vergewaltigung.

3627 - Eine Vorverlagerung der Grenzabwehr, sei es in Afrika oder sonst wo, lehnen wir
3628 ab. Keine Deals mit Diktaturen!

3629 - Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss umgewandelt werden in eine
3630 europäische Rettungsmission.

3631 - Wir fordern einen effektiven und ausfinanzierten Überwachungsmechanismus gegen
3632 Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen

3633 - Seenotrettung ist nicht nur legal, sondern nach dem internationalen Seerecht
3634 Pflicht. Es braucht eine EU-finanzierte Seenotrettungsmission, um das

3635 Massensterben auf dem Mittelmeer zu beenden und die Ausschiffung in einen
3636 sicheren Hafen in der EU zu gewährleisten

3637 - Da die EU dieser Pflicht nicht nachkommt, versucht die Zivilgesellschaft, diese
3638 Lücke zu schließen. Dieses Engagement muss gewürdigt und unterstützt werden,

3639 statt es zu kriminalisieren. Zivile Seenotrettung darf nicht unter Strafe
3640 gestellt oder systematisch behindert werden.

3641 - Wir benötigen sichere Fluchtwege für Geflüchtete in die EU, humanitäre Visa zur
3642 legalen Einreise und/oder die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.

3643 Aufnahmeregelungen für Schutzbedürftige müssen ausgeweitet werden, etwa auch
über

3644 das Resettlementprogramm des UNHCR.

3645 - Armut-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge müssen verbindliche Flüchtlingsrechte
3646 bekommen. Niemand flieht freiwillig!

3647 - Binnengrenzkontrollen in der EU sind grundsätzlich rechtswidrig. Die

3648 Ausnahmeregelungen müssen aufgehoben werden.

3649 **Asyl als Grundrecht – ohne Einschränkungen**

3650 Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) lehnen wir ab. Es ist eine
3651 moralische Bankrotterklärung und ein Einknicken vor den rechten Kräften in

3652 Europa. Es verschlimmert die Situation an den Außengrenzen, inhaftiert
3653 Schutzsuchende und gefährdet Menschenleben. In Schnellverfahren und unter

3654 Haftbedingungen sind keine fairen Prüfungen möglich. Mit diesem Beschluss

3655 entrechtet die EU-Regierungen schutzbedürftige Menschen und zieht die Mauern der
3656 Festung Europa höher. Stacheldraht statt Willkommenskultur ist die Botschaft der

3657 EU-Asylreform.

3658 - Wir wollen ein humanes und menschenrechtsbasiertes Aufnahmesystem, das eine
3659 menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden jederzeit

3660 uneingeschränkt gewährleistet.

3661 - Es darf keine Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer geben.

3662 - Weg von der „Hotspot“-Politik: Wir fordern humane Aufnahmebedingungen statt
3663 Lager, in denen Schutzsuchende ohne Perspektive unter unmenschlichen Bedingungen

3664 festgehalten werden.

3665 - Das unfaire Dublin-System muss überwunden und durch eine solidarische Regelung
3666 ersetzt werden. Bei der Bestimmung des Aufnahmelandes müssen die berechtigten

3667 Interessen von Schutzsuchenden maßgeblich berücksichtigt werden (z. B.

3668 Familienbindungen, Sprachkenntnisse). Aufnahmebereite Länder, Städte und Regionen
3669 sollen mit EU-Mitteln finanziell und strukturell besonders unterstützt werden.

3670 - Der Familiennachzug muss uneingeschränkt gewährleistet werden, insbesondere für
3671 international Schutzberechtigte und anderen Schutzbedürftige, die nicht in ihr

3672 Herkunftsland zurückkehren können.

3673 - Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der

3674 Doppelbestrafung lehnen wir grundsätzlich ab – im Gegensatz zu allen anderen

3675 Fraktionen im Bundestag und Europaparlament. Wir haben immer dagegen gestimmt
3676 und werden das auch in Zukunft tun.
3677 - Individuelle Bedarfe besonders schutzbedürftiger Gruppen müssen berücksichtigt
3678 werden: queere Geflüchtete), unbegleitete minderjährige Flüchtlinge,
3679 traumatisierte Personen und weitere vulnerable Gruppen haben spezifische Schutz-
3680 und Hilfebedürfnisse, für die es qualifiziertes Fachpersonal und geeignete
3681 Unterkünfte braucht. Zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs, die sich für
3682 ihre Rechte und Selbstorganisation einsetzen, müssen finanziell unterstützt und
3683 gestärkt werden.
3684 - Familien vereinen! Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den
3685 Herkunftsländern nicht anerkannte gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und
3686 auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.

3687 **Willkommen braucht Strukturen**

3688 Wir wollen einen EU-Fonds für Willkommens-Kommunen, der Geflüchteten
3689 Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen
3690 Städten hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern
3691 wollen, können damit Mittel für Versorgung und Integration von Geflüchteten
3692 beantragen. Diese Investitionsmittel können von ihnen allgemein für die
3693 öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden – so gewinnt Solidarität!
3694 - Wir fordern eine soziale Offensive für alle, eine gut ausgestattete öffentliche
3695 Daseinsvorsorge und wollen den Mangel in den Kommunen und vor Ort bekämpfen.
3696 - Wir wollen eine europäische Fluchtumlage zur Verantwortungsteilung, die an die
3697 Wünsche und Interessen der Geflüchteten anknüpft und bestehende
3698 Familienbindungen, sprachliche Kenntnisse und individuelle Umstände maßgeblich
3699 berücksichtigt.
3700 - Die Zugänge zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete und Migrant*innen, zu
3701 internationalen Schulen, und die Anerkennung von Qualifikationen,
3702 Berufsabschlüssen und -erfahrungen müssen vereinfacht werden. Es muss
3703 niedrigschwellige Angebote für Sprachkurse geben.
3704 - EU-weite Lösungen setzen eine länderübergreifende Zusammenarbeit und
3705 gemeinsame Konzepte voraus. Dafür sollen die Interreg-Mittel des Europäischen
3706 Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) für die Zusammenarbeit zwischen Regionen
3707 und Ländern innerhalb der EU zur Verfügung gestellt werden.

3708 **Legalisierung jetzt!**

3709 Kein Mensch ist illegal! In Europa leben Hunderttausende Menschen ohne Papiere
3710 oder ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschen mit und ohne Aufenthaltsrecht oder
3711 Arbeitserlaubnis leisten Arbeit, ohne die unser Alltag und unsere Wirtschaft
3712 nicht funktionieren würden. Sie arbeiten – oft zu niedrigsten Löhnen – in
3713 Privathaushalten und in der Pflege, in der Landwirtschaft, auf dem Bau und im
3714 Gastgewerbe. Weil sie oft keine Aufenthaltspapiere oder Arbeitserlaubnis haben,
3715 sind sie verstärkt Ausbeutung und Betrug durch Arbeitgeber oder Vermieter
3716 ausgesetzt.
3717 - Menschen ohne Aufenthaltsstatus haben oft keine Möglichkeit, eine
3718 Krankenversicherung abzuschließen. Wir wollen, dass sie Zugang zu guter
3719 Gesundheitsversorgung haben. Sie sollen nicht befürchten müssen, von Ärzt*innen
3720 oder dem Krankenhaus der Polizei oder Ausländerbehörden gemeldet zu werden.
3721 - Menschen haben ein Recht auf Bewegungsfreiheit und ein Recht auf die Wahl ihres
3722 Wohnortes.
3723 - Menschen ohne Papiere dürfen nicht kriminalisiert werden! Wir setzen uns für
3724 eine EU-weit abgestimmte Legalisierungskampagne ein.

3725 **Gemeinsam lernen: Bildung**

3726 Bildung muss bedarfsgerecht aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die
3727 Mittel für Bildungsprogramme in der EU sind angewachsen: Erasmus+, das
3728 Flaggschiff der EU-Bildungsprogramme, und COSME, ein Programm u. a. für
3729 Weiterbildungen und Beschäftigung junger Menschen bekamen im letzten Haushalt
3730 doppelt so viel Geld. Die Orientierung auf „Wettbewerbsfähigkeit“ ist geblieben.
3731 Durch den gemeinsamen Europäischen Bildungsraum (European Education Area – EEA)
3732 sollten die Bildungszugänge für alle leichter werden. Doch es muss mehr
3733 passieren, um Ungleichheiten in der Bildung zu beseitigen – das zeigt auch der
3734 Zwischenbericht 2022. In der Pandemie haben sich die Ungleichheiten weiter
3735 verschärft. Bis zu 32 Prozent aller Lernenden waren im Frühjahr 2020 zeitweilig
3736 von den Bildungsprozessen abgeschnitten. DIE LINKE hat sich im Europäischen
3737 Parlament besonders starkgemacht für mehr Zugang für sozial Benachteiligte und
3738 mehr Programmangebote auch für Lehrende. Wir streiten für ein Bildungssystem, das
3739 überall in Europa und von der Kita bis zur Promotion ohne Gebühren, öffentlich
3740 bedarfsgerecht finanziert und sozial durchlässig organisiert ist.

3741 - Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss
3742 öffentlich finanziert werden.

3743 - Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Bildungspolitik sich auf den gesamten
3744 demokratischen Bildungsprozess bezieht und nicht auf Wissenserwerb in Mathematik,
3745 Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT-Fächern) verkürzt wird.

3746 - Interkultureller Dialog, humanistische Bildung, demokratischer Austausch sowie
3747 unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und Lehre gehören zu allen
3748 inklusiven Bildungsansätzen.

3749 - Wir fordern die Reform des Bologna-Systems. Hochschulen sind mehr als
3750 Einrichtungen zur Arbeitsmarktbefähigung, wie sie im Bologna-Prozess verstanden
3751 wurden. Hochschulen müssen europaweit als offene, soziale und demokratische
3752 Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen Lehre und Forschung sich
3753 frei und unabhängig von Markt und Profit, aber in gesellschaftlicher
3754 Verantwortung entwickeln können.

3755 - Die Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums muss das Bleiberecht
3756 sicherstellen und vor Abschiebung schützen. Auch Wissenschaftler*innen, die
3757 politisch verfolgt werden, wollen wir die Fortführung ihrer wissenschaftlichen
3758 Arbeit an Hochschulen in Deutschland und der EU ermöglichen.

3759 **Für unabhängige Medien und das Recht auf Kritik**

3760 Damit Menschen informiert an den gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben
3761 können, müssen Medien unabhängig und kritisch berichten können. Auch in der EU
3762 werden Journalist*innen, Aktivist*innen für Klimagerechtigkeit und Menschenrechte
3763 mit Klagen ohne Aussicht auf Erfolg überzogen, um sie einzuschüchtern. Öffentlich
3764 vorgebrachte Kritik soll damit unterbunden oder die entsprechenden
3765 Nichtregierungsorganisationen in den Konkurs getrieben werden.

3766 - Wir fordern, die neue Anti-SLAPP-Richtlinie der EU (SLAPP: strategic lawsuit
3767 against public participation – für das Recht auf eine strategische Klage gegen
3768 öffentliche Beteiligung) zu verschärfen.

3769 - Das geplante Medienfreiheitsgesetz sieht den „Schutz der nationalen Sicherheit“
3770 als möglichen Grund der Einschränkung von Pressefreiheit vor. Das lehnen wir ab.

3771 - Betroffene Journalist*innen sollen rechtliche und psychologische Beratung
3772 erhalten und die Kosten dafür erstattet bekommen.

3773 - Medien benötigen Öffentlichkeit. Europäische fiktionale wie dokumentarische
3774 Produktionen sollten europaweit besser zugänglich und auffindbar gemacht werden.

3775 - Das Gesetz über Digitale Dienste (DSA – Digital Services Act) ist eine Gefahr
3776 für die Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit, wie auch die internationale

3777 Vereinigung von Bürgerrechtsbewegungen European Digital Rights (EDRi)
3778 kritisierte. Proaktive algorithmische Filter, die gegen die Nutzer*innen sozialer
3779 Medien eingesetzt werden, schränken die Meinungsfreiheit empfindlich ein. Mit dem
3780 Gesetzesvorschlag werden Industrieinteressen gegen digitale Bürger*innenrechten
3781 gestärkt. Digitale Werke, die unter Beteiligung der öffentlichen Hand oder
3782 öffentlicher Unternehmen geschaffen wurden, müssen als digitale Gemeingüter unter
3783 offenen Lizenzen veröffentlicht werden.
3784 - Wir fordern einen umfassenden Schutz von Whistleblowern. Bisher sind im neuen
3785 Hinweisgebergesetz in der EU und Deutschland Geheimdienste und ihre illegalen
3786 Operationen ausgenommen.

3787 Kreatives Europa

3788 Viele Kreative sind von der Pandemie in ganz Europa in Erwerbslosigkeit und
3789 Transferleistungsbezug gedrängt worden. Die Arbeitsverhältnisse der Kreativen
3790 müssen krisenfest und nach gewerkschaftlichen Standards geregelt werden.
3791 - Wir wollen eine Kultur des Teilens stärken. Der freie Zugang zu und Umgang mit
3792 Wissen und Kultur muss abgesichert werden. Dazu gehören eine weitgehende Fair-
3793 Use-Regelung, eine Verkürzung der Schutzfristen und Schrankenregelungen für
3794 Wissenschaft und Bildung.
3795 - Die europäische Verordnung zur Netzneutralität muss verschärft werden, damit
3796 Internetunternehmen sie nicht weiter europaweit weitgehend straffrei unterlaufen
3797 können.
3798 - Die europäischen Rahmenbedingungen für die Rechte freier Arbeiter*innen müssen
3799 per Gesetz geregelt und Mindestlöhne bzw. -honorare eingeführt werden.
3800 - Um einen EU-weiten Rahmen für bessere Arbeitsbedingungen von
3801 Kulturproduzent*innen zu schaffen, soll die Einführung eines europaweiten „Fair-
3802 Work-Siegels“ in der kreativen Branche geprüft werden. Solch ein Siegel soll für
3803 alle Konzertangebote, Musiktitel, Computerspiele, Theaterereignisse, Bücher,
3804 Ausstellungen usw. vergeben werden, wenn Kreative dort gut bezahlt werden und
3805 ordentliche Verträge haben.
3806 - Keine Doppelbesteuerungen bei grenzüberschreitendem Arbeiten für gemeinsame
3807 Produktionen.
3808 - Die für 2021–2027 vereinbarten Mittel für das Programm Creative Europe MEDIA
3809 zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft müssen der aktuellen
3810 Krisenlage angepasst und erhöht werden.

3811 Europäische Erinnerungspolitik

3812 Wir rufen zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der EU auf. Die
3813 Aufarbeitung und Erinnerung an den Kolonialismus und den damit verbundenen
3814 Sklavenhandel und die Sklaverei müssen präsenter werden.
3815 - Es soll für die EU eine gesetzliche Grundlage für die Rückgabe unrechtmäßig
3816 erworbener Kulturgüter aus kolonialen Kontexten geschaffen und die
3817 Herkunftsforschung ausgebaut werden. Ebenso muss die Rückgabe von NS-Raubkunst
3818 gesetzlich geregelt werden, weil damit u. a. EU-weit gehandelt wurde.
3819 - Die Folgen der Sklaverei wirken bis heute weltweit durch tradierten und
3820 wiederbelebten Rassismus. Wir fordern eine Anerkennung für die Opfer. Es müssen
3821 gesetzliche Regelungen für Entschädigungsansprüche geschaffen werden. Das ist in
3822 der Europäischen Menschenrechtskonvention bereits vorgesehen, wird aber nicht
3823 durchgesetzt.
3824 - Die kritische Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe muss Teil der
3825 Lehrpläne werden.
3826 - Der Ankauf von aktuell geraubten Kulturgütern, wie etwa aus Syrien und dem
3827 Irak, durch Museen und Privatleute muss unterbunden werden. Solche Güter müssen

3828 zurückgeführt werden.

3829 - Weil der Meeresspiegel steigt und extreme Wetterereignisse zunehmen, wird es
3830 schwieriger, das UNESCO-Welterbe und Denkmäler zu erhalten. Wir fordern ein
3831 separates Programm der EU für Pflege und Erhalt, vergleichbar dem Europäischen
3832 Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

3833 Verbraucher*innen schützen

3834 Unternehmen, Banken und Konzerne sitzen gegenüber Verbraucher*innen am längeren
3835 Hebel und nutzen ihre Macht oft aus – so zum Beispiel bei Abgasbetrug der
3836 Automobil-Hersteller beim Diesel-Skandal. DIE LINKE setzt nicht nur auf
3837 Transparenz, wir wollen die Rechte von Verbraucher*innen stärken. Viele windige
3838 Geschäftspraktiken zielen auf Menschen mit geringem Einkommen und Senior*innen –
3839 denen tut diese Abzocke im Portemonnaie besonders weh.

Verbraucher*innennverbände

3840 müssen mehr Rechte bekommen. Sie bündeln die auf viele Personen verteilten
3841 Einzelinteressen gegenüber z. T. globalen Unternehmen. Auch nach der Umsetzung
3842 dieser EU-Richtlinie stehen Verbandsklagen unter dem Primat des Schutzes
3843 wirtschaftlicher Interessen. Die Verbraucherverbände müssen hohe
3844 Haftungssicherheiten hinterlegen und mindestens von 50 Betroffenen
3845 Verbraucheransprüche belegen. Wir fordern:

3846 - ein Opt-out-Verfahren wie in den Niederlanden, bei dem sich Verbraucher*innen
3847 vorher nicht in einem Klageregister anmelden muss,

3848 - weitreichende Informations- und Auskunftsrechte gegenüber Behörden und
3849 Unternehmen,

3850 - Beschwerderechte gegenüber Behörden, um sie zu konkretem Handeln gegenüber
3851 unlauteren Unternehmen auffordern zu können,

3852 - eine ausreichende und unabhängige Finanzierung der Arbeit von
3853 Verbraucherorganisationen. Die Unternehmen müssen nach dem Verursacherprinzip
3854 beteiligt werden. Staatliche Einnahmen aus Kartellstrafen und unlautere Gewinne
3855 der Unternehmen müssen den Organisationen direkt zufließen.

3856 - Reiserecht: Wir wollen generell ein Rechte auf Klage und Schadenersatzschaffen,
3857 besonders bei Buchungsportalen – wahlweise im Land des Unternehmenssitzes und
3858 des Klägers/Geschädigten.

3859 - Ernährung: Eine verständliche und verbraucherfreundliche Nährwertkennzeichnung
3860 soll verpflichtend werden.

3861 - Wir fordern eine strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips bei der Regulierung
3862 von hormonschädlichen Stoffen und eine Chemikalienpolitik, die die Gesundheit des
3863 Menschen in den Vordergrund stellt.

3864 - Nach der EU-Chemikalienverordnung (REACH) zur Verringerung der Verwendung
3865 krebserregender und biologisch nicht abbaubarer Stoffe dauert es mehr als zehn
3866 Jahre, bis eine bereits verwendeten Chemikalie verboten werden kann. Wir fordern
3867 dagegen schnelle und zuverlässige Prüfverfahren.

3868 - Grenzwerte für die Belastung von Lebensmitteln und Wasser mit Chemikalien
3869 und/oder Keimen dürfen nicht angehoben werden, damit die Interessen einzelner
3870 Industriezweige, wie etwa der europäischen Fischerei geschützt werden können.
3871 Wirtschaftspolitik darf nicht auf Kosten der Gesundheit gehen, gerade wenn es um
3872 die Akkumulation von Stoffen in Tierprodukten geht.

3873 - Wir fordern das Verbot von giftigen Chemikalien. Per- und polyfluorierte
3874 Alkylverbindungen (PFAS) sind Ewigkeitschemikalien, weil sie durch die Umwelt
3875 nicht abgebaut werden können. Die Einstellung der Verwendung für bestimmte
3876 Produkte durch die EU 2022 begrüßen wir, fordern aber, dass das Verbot auf alle
3877 Produkte ausgedehnt wird.

3878 **Datenschutz und Schutz vor staatlicher Überwachung**

3879 Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, der Massendatenspeicherung
3880 bei staatlichen und privaten Akteuren entgegenwirkt. Die europäische
3881 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurde vor der letzten Europawahl beschlossen.
3882 Seitdem wird sie unterhöhlt, indem geschlossene Datenräume geschaffen werden, wie
3883 etwa beim europäischen Raum für Gesundheitsdaten (European Health Data Space –
3884 EHDS). Dieser Tendenz in der EU-Kommission wollen wir entgegentreten. Wir setzen
3885 uns für die konsequente Umsetzung der DSGVO ein, besonders wenn es um große
3886 Konzerne wie Facebook geht. DIE LINKE hat sich für ein komplettes Verbot von
3887 Tracking und personalisierter Werbung eingesetzt, um die skrupellosen
3888 Geschäftspraktiken zu beenden. Im Gesetz für digitale Dienste konnte DIE LINKE
3889 ein Verbot von personalisierter Werbung für Minderjährige und besseren Schutz von
3890 persönlichen Daten durchsetzen. Das Sammeln hochsensibler Daten zu Gesundheit
3891 oder sexueller und politischer Orientierung für Werbezwecke ist zukünftig
3892 untersagt.

3893 - Die EU muss Druck auf Irland machen, damit Milliardenstrafen gegen Facebook
3894 wegen der Datenschutzverstöße verhängt werden.

3895 - Aus den Enthüllungen von Edward Snowden vor zehn Jahren wurden keine Lehren
3896 gezogen: Der Datenaustausch mit den USA verstößt gegen den europäischen
3897 Datenschutz und muss beendet werden.

3898 - Wir fordern die seit Langem geplanten E-Privacy-Verordnung. Private
3899 elektronische Kommunikation muss stärker geschützt werden. Massenhaftes Scannen
3900 privater Kommunikation lehnen wir ab, ebenso wie Chatkontrolle.

3901 - Das Auslesen von Ende-zu-Ende-verschlüsselter Kommunikation auf den Endgeräten
3902 durch Spähsoftware oder Staatstrojaner (Quellentelekommunikationsüberwachung,
3903 Onlinedurchsuchung) lehnen wir generell ab. Es ist ein Sicherheitsrisiko, da
3904 dafür Schwachstellen in der Software gezielt offengehalten werden – was auch
3905 Kriminelle nutzen können.

3906 - Die digitale ID muss an eine physische Chipkarte gebunden bleiben, um
3907 ausreichend Sicherheit zu gewährleisten. Das EU-Vorhaben für die digitale
3908 Brieftasche (eIDAS) sehen wir deshalb aus Datenschutzsicht sehr kritisch.

3909 - Die Menschen dürfen nicht Objekt staatlicher Datenausspähung werden. Die EU
3910 muss sich zum Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei,
3911 Geheimdiensten und Militär bekennen und das verteidigen.

3912 - Datenaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden muss auf eine rechtsstaatliche
3913 Basis gestellt und die Rechte der Betroffenen müssen gestärkt werden. Daten
3914 dürfen nur bei echten grenzüberschreitenden Ermittlungen ausgetauscht werden.

3915 - Wir stellen uns gegen pauschalisierte Überwachungsmaßnahmen und gegen
3916 pauschalisierten Datenaustausch. Illegal erworbene Daten dürfen in Deutschland
3917 und der EU nicht in Gerichtsverfahren verwendet werden.

3918 - Die zahlreichen Urteile des EUGH zum Verbot der Vorratsdatenspeicherung müssen
3919 endlich umgesetzt werden.

3920 - Die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten und das neue Ein- und
3921 Ausreisensystem für visumfrei Reisende muss abgeschafft werden.

3922 In der EU existieren mit dem Visuminformationssystem, dem Schengener
3923 Informationssystem und den nationalen Fluggastdatensystemen bereits Register über
3924 einhundert Millionen Menschen, die in der Vergangenheit in die EU eingereist
3925 sind. Jetzt kommen Datenspeicher mit weiteren Hunderten Millionen Datensätzen
3926 hinzu: Ein neues System zur Registrierung aller Personen, die visumfrei in die EU
3927 einreisen können und ein System, in dem alle Einreisen und die Gültigkeitsdauer
3928 von Einreise- und Aufenthaltserlaubnissen gespeichert werden. Die Datensätze
3929 enthalten alle biometrischen Daten und werden unter dem Schlagwort der
3930 „Interoperabilität“ miteinander verknüpft. Auf diese Daten haben Polizei und

3931 Geheimdienste Zugriff. Schon die schiere Menge dieser Daten macht den formal
3932 geltenden Datenschutz zur Farce.

3933 Anwendungen der künstlichen Intelligenz werden bereits umfangreich im Bereich
3934 Migration, Asyl sowie Grenzkontrollen entwickelt und eingesetzt. Ihr Einsatz
3935 führt häufig zu massiven Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen (Recht auf
3936 Privatsphäre, Datenschutz und Verfahrensrechte).

3937 Deshalb fordern wir:

3938 - Verbot von KI-gestützten Systemen zur individuellen Risikobewertung und -
3939 profilierung im Bereich Migration,

3940 - Verbot von KI-gestützten vorhersagenden (predictive) Analysesystemen in den
3941 Bereichen Migration, Asyl und Grenzkontrolle zum Zweck der Unterbindung,
3942 Einschränkung und Verhinderung von Migration,

3943 - Verbot von automatisierter Gesichtserkennung und Verhaltensklassifikation in
3944 öffentlich zugänglichen Räumen.

3945 - Hasskriminalität und digitale Gewalt müssen bekämpft werden. Wir setzen uns für
3946 Melden und Löschen ein. Chatkontrollen lehnen wir ab.

3947 - Die Anonymität im Netz muss gewahrt werden. Alterskontrollen helfen dem
3948 Jugendschutz nicht.

3949 - Neue Technologien wie künstliche Intelligenz brauchen Technik- und
3950 Grundrechtfolgenabschätzung durch Dritte, bevor neue Systeme in die Gesellschaft
3951 eingeführt werden.

3952 - Den Export von Überwachungstechnologien und von Technologien, die als Waffe zum
3953 Einsatz kommen können, wollen wir verbieten.

3954 IT- und Datensicherheit

3955 Immer mehr Vorgänge erfolgen digital. Von Verbraucher*innen und Anbieter*innen
3956 von Dienstleistungen (Ärzt*innen, Bibliotheken, Behörden etc.) wird erwartet,
3957 digitale Systeme zu nutzen. Die Sicherheit aller IT-Produkte und damit der darin
3958 anfallenden Daten darf dabei nicht von der Technikkompetenz oder vom Geldbeutel
3959 der Anwender*innen abhängen. Vielmehr ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, die
3960 Sicherheit dieser Systeme und der Daten entlang der Wertschöpfungskette zu
3961 gewährleisten, um zuverlässigen Datenschutz für alle zu ermöglichen und die
3962 digitale Spaltung nicht noch weiter zu vertiefen.

3963 - Datensicherheit durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche
3964 Voreinstellungen (by design and by default) muss Zulassungsbedingung für den
3965 europäischen Markt sein (also in den Voreinstellungen von Hard- und Software und
3966 bei der Entwicklung von Software).

3967 - Verpflichtende Sicherheitsupdates für die Lebensdauer der Geräte sind nötig.
3968 Wir wollen die Mindestgarantiepflicht auf fünf Jahre erhöhen (in Abhängigkeit von
3969 der Art des Gerätes). Herstellerunabhängige Nutzung und Updates über die
3970 Garantiezeiten hinaus müssen möglich sein.

3971 - Ankauf, Verkauf und Ausnutzen von Sicherheitslücken in IT-Systemen durch
3972 Geheimdienste, Polizeibehörden u. a. wollen wir verbieten. IT-Sicherheitslücken
3973 müssen im Interesse aller geschlossen werden. Denn sonst stehen sie immer auch
3974 Kriminellen offen.

3975 - Wir wollen die IT-Sicherheitsforschung entkriminalisieren, d. h. Hacking, wenn
3976 es zum Zweck der Verbesserung der IT-Sicherheit erfolgt.

3977 - Open-Source-Entwicklung wollen wir fördern: Dadurch können Sicherheitslücken
3978 schneller erkannt und behoben werden. (Siehe Kapitel 2, „Das Internet von den
3979 Konzernen befreien“)

3980 Digitale Teilhabe für alle sichern

3981 Auf dem Land gibt es oft kein Netz, weil der flächendeckende Ausbau für die
3982 privaten Anbieter nicht profitabel ist. Den Menschen geht das Datenvolumen aus,
3983 weil das Geld nicht reicht. Oder sie haben kein Smartphone, auf dem man private
3984 Daten sicher eingeben kann. Es gibt viele Gründe, warum digitale Angebote
3985 gesellschaftliche Teilhabe für Menschen erschweren können. Wir wollen, dass die
3986 soziale Spaltung nicht weiter vertieft, sondern verringert wird!

3987 - Die durch Konzerne ohnehin verbundenen Telekommunikationsnetze wollen wir in
3988 eine öffentliche, europäische Telekommunikationsinfrastruktureinrichtung
3989 überführen, vergleichbar den früheren nationalen Postbehörden. Die dadurch
3990 erzielten Effizienzgewinne wollen wir für den Ausbau der Gigabitinfrastruktur
3991 nutzen.

3992 - Lange Garantiezeiten technischer Geräte erleichtern Menschen mit weniger Geld
3993 eine sichere Nutzung digitaler Angebote. Die Kosten für digitale Geräte,
3994 Anschluss und Datenvolumen müssen in den Regelsätzen der Grundsicherung
3995 berücksichtigt werden.

3996 - Für Barrierefreiheit müssen flächendeckend Unterstützungsangebote für
3997 Internetzugang finanziert werden. D. h. nicht nur Geräte, sondern auch Personen,
3998 die dabei helfen, Formulare im Internet auszufüllen und ähnliches. (Siehe Kapitel
3999 2, „Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken“)

4000 - Fortbildungen zu Computer- und Internetnutzung müssen flächendeckend angeboten
4001 und finanziert werden.

4002 - Es muss stets auch möglich sein, nicht-digital Anträge beim Amt abzugeben,
4003 Anfragen beim Kundenservice zu stellen, Karten fürs Schwimmbad, die Bahn oder das
4004 Kino zu bekommen – ohne zusätzliche Gebühren. Menschen müssen insbesondere bei
4005 Ämtern, Ärzt*innen u. ä. unkompliziert die Möglichkeit haben, ihre Anliegen mit
4006 einem Menschen zu besprechen und Unterstützung zu bekommen.

